



Nr. 97, März 2014

Musik und Gesellschaft

Sorg - **Einführung**/Tomberg - **Im Spannungsverhältnis von Gewaltherrschaft und Humanität - Händel/Köhler - Antikapitalismus im Musikdrama - Wagner**"/Schneider - **Komponisten aller Länder, vereinigt euch!**/Rienäcker - **Brecht-Eislers „Maßnahme“**/Degenhardt - **Politisches Lied in Deutschland**/Sorg - **Populäre Musik im globalen Kontext**/Stroh - **Fünf Fragen und Antworten**/van Keeken - **Musikgeschmack und Klassenstruktur**/Binas-Preisendörfer - **Kulturelle Selbstbildungen**

Vor der Europawahl

Dräger - **Die europäische Linke**/Wiegel - **Rechte auf dem Vormarsch**

Große Koalition

Goldberg/Leisewitz/Reusch - **Was bringt die Große Koalition?**

Marx-Engels-Forschung

Goldschmidt - **„Kommunismus“ - falsch verstandener Begriff? (Teil II)**

Und: Meyer - **Lateinamerika nach Chile 1973/**

Wollenberg - **Rosa Luxemburg und die „Freiheit der Andersdenkenden“**

Rosa Luxemburg vollständig

dietz berlin

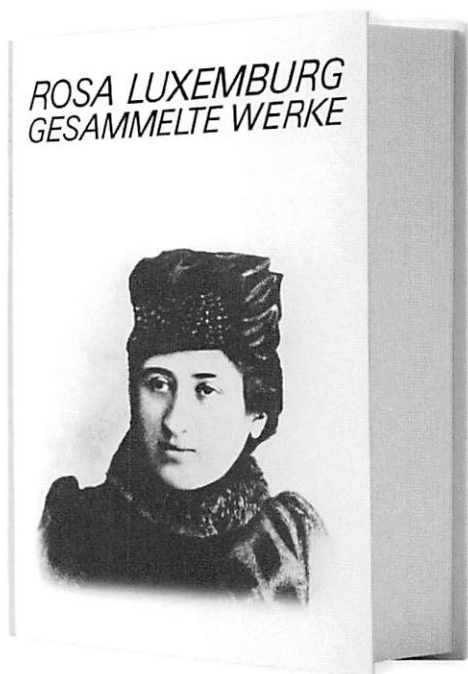
Mit diesem Band wird begonnen, die »Gesammelten Werke« Rosa Luxemburgs zu ergänzen; der letzte Band erschien 1975.

In Band 6 werden für die Zeit von 1893 bis 1906 insgesamt 270 Dokumente erstmalig bzw. wieder veröffentlicht. Dabei handelt es sich vorwiegend um deutsche Texte. Aus dem Französischen sind acht Übersetzungen enthalten, aus dem Russischen eine. In den nächsten Jahren sollen zwei weitere Bände die Werkausgabe vervollständigen: Band 7 in ähnlichem Umfang für den Zeitraum von 1907 bis 1918 mit deutschen Texten und einigen Übersetzungen aus dem Französischen und Englischen; Band 8 mit der Übersetzung sämtlicher noch ausstehender polnischer Arbeiten.

Damit wird zum ersten Mal eine Gesamtausgabe aller erhalten gebliebenen Dokumente Rosa Luxemburgs, einschließlich der handschriftlichen Zeugnisse in Gestalt von Entwürfen, Gedankenskizzen und Notizblättern, vorliegen.

Subskription bis 31. März 2014 bei Fortsetzungsbestellung der noch ausstehenden Bände der Gesammelten Werke je 39,90 Euro, separate Bestellung 49,90 Euro.

Annelies Laschitza, Jg. 1934, Prof. Dr., Herausgeberin der Gesammelten Werke und der Gesammelten Briefe Rosa Luxemburg sowie Rosa-Luxemburg- und Karl-Liebnecht-Biographin.



Rosa Luxemburg Gesammelte Werke

Band 6

Herausgegeben von Annelies Laschitza,
Eckhard Müller

992 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag,
49,90 Euro, ISBN 978-3-320-02301-0

Eckhard Müller, Jg. 1943, Dr., Mitherausgeber
der Schriften August Bebels.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**Vierteljahresschrift
25. Jahrgang
Heft 97 (März 2014)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heiningner
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Dr. Gerd Wiegel
Gastredakteur: Prof. Dr. Richard Sorg

5 **Editorial**

Musik und Gesellschaft

- Richard Sorg*
8 **Musik und Gesellschaft – Einführung in die Thematik**
- Friedrich Tomberg*
22 **Musik im Spannungsfeld von Gewaltherrschaft und Humanität**
Das Beispiel G. F. Händel
- Kai Köhler*
29 **Antikapitalismus im Musikdrama**
Richard Wagners „Der Ring des Nibelungen“
- Frank Schneider*
42 **Komponisten aller Länder, vereinigt euch!**
Formen der Selbsthilfe am Beginn der musikalischen Moderne
- Gerd Rienäcker*
51 **Stichpunkte zur Diskussion über Brecht-Eislers Lehrstück**
„Die Maßnahme“
- Kai Degenhardt*
66 **Wie viel Bewegung braucht das Lied?**
Eine Positionsbestimmung des politischen Liedes in Deutschland anhand seiner Geschichte
- Richard Sorg*
79 **Populäre Musik im globalen Kontext**
Susanne Binas-Preisendörfers materialistische Musikanalyse
- Wolfgang Martin Stroh*
88 **Fünf Fragen und Antworten zur Musik aus Sicht der marxistischen Tätigkeitstheorie**
- Alan Ruben van Keeken*
101 **Musikgeschmack und Klassenstruktur**
„Guter Geschmack“, kulturelles Kapital und der musikalische „Allesfresser“
- Susanne Binas-Preisendörfer*
115 **Kulturelle Selbst-Bildungen**
Zum Stellenwert selbstorganisierter musikalischer Praktiken angesichts medialer Multioptionalität
-

Vor der Europawahl

Klaus Dräger

- 126 „So wie einst der Commandante?“
Die europäische Linke vor der Europawahl 2014

Gerd Wiegel

- 138 Die Rechte in Europa auf dem Vormarsch
-

Große Koalition

Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch

- 148 Was bringt die Große Koalition?
-

Marx-Engels-Forschung

Werner Goldschmidt

- 166 ‘Kommunismus’ – ein falsch verstandener Begriff?
Überlegungen zur Dialektik von Individualität und Kollektivität bei Marx (Teil II)
-

Weitere Beiträge

Regine Meyer

- 182 Historische Entwicklung in Lateinamerika nach der
neoliberalen Offensive in Chile 1973

Jörg Wollenberg

- 187 Rosa Luxemburg und die „Freiheit der Andersdenkenden“
Teil I: Die Gruppe „Neuer Weg“ und die Ausgabe der „Russischen Revolution“ von
Rosa Luxemburg in Paris 1939
-

Berichte

Ben Lewis

- 195 Rosa Luxemburg – Demokratie und Revolution
Paris, 4. bis 5. Oktober 2013

Gerd Wiegel

- 197 Zur Lage des Marxismus
Berlin, 13. bis 15. Dezember 2013
-

201 Buchbesprechungen

Kapital-Einführung (Martin Schraven zu Alexander von Pechmann)

Marxsche Philosophie (Sebastian Klauke zu Urs Lindner)

Die Möglichkeiten der Marx-Rezeption (Sebastian Klauke zu Matthias Steinbach/Michael Ploenus [Hrg.])

Rosa Luxemburg und die Emanzipation junger Staaten (Jörg Goldberg zu Ingo Schmidt [Hrg.])

Flugstunden mit der italienischen KP (Phillip Becher zu Lucio Magri)

Politische Bildung (Bernhard Wilhelmer zu Harald Werner)

Kritik der EU-Befürworter (Peter Römer zu Andreas Wehr)

222 Autorinnen und Autoren**4 Impressum****Impressum**

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Dr. Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. 01. 2014.

Editorial

Musik ist im Alltagsleben allgegenwärtig. Sie ist ein Prozess mit vielen beteiligten Akteuren – von den ästhetisch-künstlerisch und technisch Produzierenden über die Rezipienten und Hörenden bis zu den ökonomischen Verwertern. Und so, wie die Voraussetzungen und Bedingungen von Musikmachen stets gesellschaftlich-kulturell geprägt sind, so auch das Musikverstehen. In die Deutung des Sinns von Musik gehen Bedürfnisse, Interessen, soziale Gebrauchszusammenhänge ein, aber auch wirtschaftliche Organisationsformen, technologische und mediale Voraussetzungen. All dies lässt auch die ästhetische Gestalt bestimmter Musikformen nicht unberührt. Der Frage, wie und worin sich dieser gesellschaftliche Charakter von Musik zeigt und wie er gefasst werden kann, sind die Beiträge des Schwerpunkts „Musik und Gesellschaft“ im vorliegenden Heft gewidmet. Dem soll im Folgenden mit Blick auf ganz unterschiedliche Bereiche der Musik nachgegangen werden.

Einführend gibt *Richard Sorg* nach einem kurzen historischen Rückblick und einer Betrachtung von Theodor W. Adornos musiksoziologischen Überlegungen eine knappe Skizze der Musikphilosophie von Hegel, der Musik als „kadenzierte Interjektion“, als künstlerische Formung natürlicher menschlicher Laute, verstand und das Gesellschaftliche von Musik bereits in ihrem Ausdrucks- und Mitteilungsbedürfnis enthalten sah. Er stellt daran anschließend das musikwissenschaftliche Konzept von Hanns-Werner Heister vor, der anknüpfend an Hegel und an die materialistische Theorietradition Musik als In- und Miteinander von ‚Natur‘ und ‚Kunst‘ begreift, als eine besondere Sprache zur Aneignung der Wirklichkeit, widergespiegelt im ästhetischen Material „als ihr Abbild und zugleich ihr Gegenbild“.

Diesem Einstieg folgen eine Reihe Beiträge, die die Frage nach dem Gesellschaftlichen in der Musik mit Blick auf die Musikgeschichte untersuchen. *Friedrich Tomberg* geht mit Blick auf Händel und seine Zeit von der Diskrepanz zwischen bedrückenden gesellschaftlichen Verhältnissen und der Heiterkeit und Schönheit der Musik aus, die oft als ‚Affirmation‘ (Adorno) kritisiert wurde. Er verweist darauf, dass Kunstwerke oft beides zugleich zu sein vermögen: „Instrumente ideologischer Beeinflussung wie auch implizit das Spürbarmachen eines ganz anderen, dem Entgegenstehenden“. Auf die Gegenwart gewendet plädiert Tomberg dafür, sich nicht eurozentrisch auf die kulturelle Malaise Europas zu fixieren, sondern den Horizont auszuweiten in Richtung auf eine erst noch werdende neue Weltkultur. Vor dem Hintergrund, dass Richard Wagners Musikdrama „Der Ring des Nibelungen“ immer wieder als eine Kritik an Kapitalismus und Geldherrschaft gedeutet wurde, fragt *Kai Köhler* nach der Art dieses zwiespältigen Antikapitalismus. Seine These: Anders als in der Zeit seiner Teilnahme an der Märzrevolution sei für den Wagner des „Ring“ Politik überhaupt das Übel, so dass die Tetralogie das „Paradox eines revolutionären Konformismus“ darstelle, was der Rezeption durch das deutsche Publikum entgegen kam. *Frank Schneider* beschreibt frühe Versuche von Komponisten neuer Musik, mit der Gründung von Berufsverbänden im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts angesichts der auf Klassik und Romantik fixierten Kanonisierung des Konzert- und Opern-Repertoires Möglichkeiten für

eine angemessene öffentliche Präsenz ihrer neuen Musik zu schaffen, der er eine nach wie vor fragile Existenz „zwischen Pop-Delirium und Klassik-Rausch“ bescheinigt. *Gerd Rienäcker* erörtert am Beispiel des Brecht/Eisler'schen Lehrstücks „Die Maßnahme“ und dessen umstrittener Aufführungs- und Rezeptionsgeschichte die Schwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten von Verhaltensweisen und Entscheidungen insbesondere in politischen Ausnahmesituationen. Er verdeutlicht die eigenständige Rolle der Musik in diesem Stück in ihrer teilweise kontrapunktischen Funktion zum Text. „Das politische Lied ist mausetot!“, jedenfalls das ‚linke‘, so der Ausgangsbefund von *Kai Degenhardt*. Er gibt einen Überblick über ein halbes Jahrtausend einer wechselhaften Geschichte des politischen Liedes in Deutschland vor der Folie der jeweiligen politisch-sozialen Kämpfe und zeigt, wie ein solches Vorhaben schon bei der Frage der Quellen und der Überlieferung auf das Grundproblem stößt, dass die Sieger der Geschichte „dem Volk ihre Musik aufgedrückt und die der Verlierer ausgerettet“ haben.

An diese musikhistorischen Beiträge schließen sich gegenwartsbezogene Analysen des Musikprozesses an. Der Musikprozess als ganzer kann nur in der Verknüpfung von ästhetischen, technologischen und ökonomischen Dimensionen sowie von lokalen und globalen Gesichtspunkten angemessen begriffen werden. Das ist die Quintessenz der materialistischen Musikanalyse des Buches über Popmusik im Medienzeitalter von *Susanne Binas-Preisendörfer*, die *Richard Sorg* vorstellt. *Wolfgang Martin Stroh* erörtert Teilaspekte der Musik, indem er einige marxistische Theoreme wie „das Basis-Überbau-Modell und die Widerspiegelungstheorie“, das Modell „Musik als Ware“ mit den Begriffen „Fetischcharakter“ und „Aura“ sowie die „Tätigkeitstheorie“ als „Modell der aktiven Aneignung von Wirklichkeit der Kritischen Psychologie“ daraufhin untersucht, was sie jeweils für die Analyse und Erklärung zu leisten vermögen. Für ihn erweist sich insbesondere die Tätigkeitstheorie als fruchtbar, vor allem, wenn man den Focus nicht nur auf die Kunstmusik einenge und auch Fragen etwa der Musikpädagogik und Musiktherapie einbeziehe. Vor dem Hintergrund der Bourdieu'schen Analysen zum Musikgeschmack der höheren Klassen als Distinktionsmerkmal diskutiert *Alan Ruben van Keeken* die Hypothese, dass bei Vertretern der neuen Mittelschichten tradierte bürgerliche Hochkulturmuster sich auflösen würden und eine Öffnung zu früher verachteten Musikformen über die alten Grenzen von E- und U-Musik festzustellen sei. Aus Sicht ihrer Tätigkeit als Hochschullehrerin, die vor allem mit der Ausbildung von MusiklehrerInnen und MusikvermittlerInnen befaßt ist, unterzieht *Susanne Binas-Preisendörfer* die aktuellen Forderungen nach kultureller Bildung einer kritischen Prüfung. Angesichts dessen, dass heute Medien und Peers das tradierte Verständnis von Bildungsprozessen in Frage stellen würden, plädiert sie für Praktiken einer ‚Selbst-Bildung‘ insbesondere bei Jugendlichen im Feld der Populärmusik und konkretisiert das am Beispiel von HipHop.

Die Redaktion dankt *Richard Sorg* (Hamburg) als Gastredakteur dieses Heftes sehr herzlich für die Betreuung des Schwerpunktes und *Hanns-Werner Heister* für fachlichen Rat und Anregungen bei der Autorengewinnung.

Vor den Europa-Wahlen: Die anstehenden Europawahlen nimmt *Klaus Dräger* zum Anlass, die divergierenden Positionen der im Europaparlament vertretenen linken Parteien zu rekapitulieren. Er verweist auf Differenzen zwischen „Souveränisten“ und „Euro-Föderalisten“ sowie den Konsens in der Ablehnung von Austeritätspolitik und neoliberalen Lissabon-Vertrag. *Gerd Wiegel* zeigt, dass im Zentrum der rechten EU-Gegnerschaft keine Kritik der antiegalitären Politik der EU steht, sondern dass – bei allen Unterschieden zwischen den verschiedenen Parteien der Rechten – ihre Gemeinsamkeit im „Abwehernationalismus“ besteht, der die soziale Frage ethnisiert. Der durchaus bestehende Einfluss der Rechten im Milieu von Lohn- und Sozialabhängigen stellt die Linksparteien vor besondere Herausforderungen.

Große-Koalition: Die Große Koalition, so *Jörg Goldberg*, *André Leisewitz* und *Jürgen Reusch* in ihrer Einschätzung des Wahlausgangs, zielt auf eine weitere Stärkung des „Standorts Deutschland“ bei breitem Konsens der „Sozialpartner“; seitens der Gewerkschaften wird Kooperationsbereitschaft signalisiert. Der in der Wahl geschwächten Linken stehen ernste Richtungsauseinandersetzungen bevor.

Marx-Engels-Forschung: In der Fortsetzung seines Beitrags zum Kommunismusbegriff aus Z 96 diskutiert *Werner Goldschmidt* die geschichtstheoretischen Implikationen des Marxschen Schlüsselbegriffs der freien Assoziation freier Individuen vor dem Hintergrund der Geschichte des „Real-Sozialismus“ und des zeitgenössischen „High-Tech-Kapitalismus“.

Weitere Beiträge: *Regine Meyer* untersucht den neoliberalen Umbau der chilenischen Gesellschaft seit dem Putsch von 1973. Mit Blick auf ganz Lateinamerika konstatiert sie bedeutende soziale Fortschritte in den letzten 15 Jahren. *Jörg Wollenberg* rekonstruiert die Rosa-Luxemburg-Rezeption durch die Gruppe „Neuer Weg“ im Exil und erläutert wie es 1939 zur Exil Ausgabe von Luxemburgs Schrift „Die russische Revolution“ in Paris kam. Der Autor analysiert hiermit Diskussionen innerhalb der so genannten „Zwischengruppen“ in den Zeiten der Volksfrontpolitik.

Die *Berichte und Buchbesprechungen* betreffen u.a. Tagungen und Veröffentlichungen zu Rosa Luxemburg und zur aktuellen Marxismus-Diskussion.

Redaktionsinternes: Hinweisen möchten wir noch einmal besonders auf die erweiterten Such- und Recherchemöglichkeiten auf der Z-Homepage, die unter <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/> zu erreichen ist. Die Jahrgänge 2003 bis 2009 sind dort inzwischen komplett zum Lesen und Herunterladen verfügbar. Weitere Jahrgänge werden nach und nach folgen. Neben der Stichwortsuche kann nach Autorinnen und Autoren sowie nach Schwerpunktthemen gesucht werden. Unter der Rubrik „Hefte/Gesamtverzeichnis“ ist eine pdf-Datei mit den kompletten Inhaltsverzeichnissen der Hefte 1-80 verfügbar.

Der Schwerpunkt des Juni-Heftes 2014 (Z 98) ist dem Thema „Internationale Handelspolitik/TTIP“ gewidmet.

Richard Sorg

Musik und Gesellschaft – Einführung in die Thematik

1 Zur Fragestellung

Nachgedacht über die Rolle der Musik und ihre Auswirkungen auf Individuum und Gesellschaft wurde bereits vor zweieinhalb Jahrtausenden, ob in der griechischen antiken Philosophie u.a. von *Platon* oder im alten China von *Konfuzius*. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts machte Max Weber in der von ihm begründeten Musiksoziologie (Weber 1921) das Verhältnis von Musik und Gesellschaft zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, wobei er die Besonderheiten des abendländischen Entwicklungsweges mit dem Begriff der ‚Rationalisierung‘ zu fassen versuchte, worin er auch die Quintessenz für die Herausbildung des in Europa entstandenen Kapitalismus sah. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es dann vor allem die musiksoziologischen Arbeiten von *Theodor W. Adorno* (vgl. z.B. Adorno 1968), in denen die Thematik im Licht der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule erörtert wurde. Zeitlich um einiges später publizierte 1984 in der DDR *Christian Kaden* sein Buch „Musiksoziologie“, das sich empirisch u.a. auch auf musikethnologische Einzelstudien stützte und theoretisch-konzeptionell eine Orientierung an Theoremen von Karl Marx durch Bezugnahmen auf Systemtheorie und Kybernetik aktualisierte, wie sie etwa durch Georg Klaus in die Diskussion in der DDR eingebracht worden waren.

Die für den Schwerpunkt dieses Heftes gewählte, weit gespannte Frage nach dem Verhältnis von Musik *und* (bzw. in) Gesellschaft, wie *Hanns-Werner Heister* (Stroh/Mayer 2000, 349) vorschlug, impliziert eine Fülle von Einzelfragen. Aus Sicht einer an der marxistischen Denktradition orientierten, vor allem sozialwissenschaftlichen, aber auch allgemein philosophischen Theoriebildung und Empirie geht es u.a. um Teilfragen wie: Was ist überhaupt Musik? Was sind ihre Funktionen? Wie prägen sich soziale Verhältnisse in Musik aus? Wie sind die Mechanismen der Wirkungen von Musik beschaffen? Welche Besonderheiten weist die Musik in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft auf? Zu fragen wäre etwa nach der gesellschaftlichen Bedeutung bestimmter Bereiche und Formen von Musik (von Klassik bis Jazz, Rock- oder Pop-Musik). Interessant könnten auch Fallstudien sein, etwa zu gesellschaftlich einflussreichen Komponisten wie beispielsweise *Richard Wagner* (vgl. z.B. Kaden 1993 oder Rienäcker 2001), oder Einschätzungen zur Neuen Musik. Eine materialistische Musik- und Kunstauffassung wird nicht zuletzt auch die Beiträge von Hanns Eisler und Bertolt Brecht zu befragen haben. Aus dem Umfeld der DDR-Musikwissenschaft wären – über Christian Kaden und Gerd Rienäcker hinaus – vor allem auch Arbeiten von Georg Knepler und Günter Mayer zu nennen.

2 Eine Bestandsaufnahme zur marxistischen Musikforschung

Vom 5. bis 7. November 1999 fand an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg eine internationale, schwerpunktmäßig deutsch-deutsch besetzte Tagung statt unter dem Titel „Musikwissenschaftlicher Paradigmenwechsel? Zum Stellenwert marxistischer Ansätze in der Musikforschung“, vorbereitet von zwei Musikwissenschaftlern, von *Günter Mayer* aus der DDR, und von *Wolfgang Martin Stroh* von der Universität Oldenburg. Die hier debattierten Fragen sind im Wesentlichen immer noch relevant.

In seinem Einstiegsbeitrag (Stroh/Mayer 2000, 15ff) charakterisierte Günter Mayer die Teilnehmenden (von denen einige auch im vorliegenden Heft vertreten sind) als politisch ‚links‘ engagiert, d.h. auf eingreifend-alternatives Handeln und auf soziale Veränderungen im Sinne allgemeiner menschlicher Emanzipation bezogen. Inspiriert durch die Entdeckung der materialistischen Dialektik seien viele angeregt worden, auch nach der sozialen Funktion der Musik in Geschichte und Gegenwart zu fragen, und dies anders als in den „bürgerlichen Institutionen bzw. in den von Dogmatikern beherrschten Institutionen sozialistischer Länder[en]“ gedacht und gelehrt wurde. Dieses Erbe reiche zurück bis in die 1920er Jahre; und viele seien nicht zuletzt z.B. durch Hans Eisler zu Marx gekommen.¹

In seinen Thesen zur Tagungsvorbereitung (ebd. 367ff) finden sich einige knappe Hinweise zur Geschichte der marxistischen Musikforschung: Erste wissenschaftliche Ansätze, Marx' analytische Methode auf die Musik als sozialhistorisches Phänomen anzuwenden, auf ihre Entwicklung „als Reflex und Agens der gesellschaftlichen Widerspruchsbewegung“, habe es seit den 1920er Jahren in der Sowjetunion und in kapitalistischen Ländern mit starker Arbeiterbewegung und breiten, revolutionär orientierten musikalischen Aktivitäten gegeben. Dieser Paradigmenwechsel habe zu neuen Fragestellungen und zu Ergebnissen einer vor allem soziologisch orientierten Musikforschung geführt, aber auch zu einer neuen Musikästhetik, all dies wesentlich außerhalb der akademischen Musikwissenschaft. Dadurch wurden, insbesondere auch durch den „systemtheoretischen Begriff der historischen Gesellschaftsformation“, herkömmliche Kategorien abgelöst und eine neue Sicht auf Musik und Musikentwicklung „als eines geschichtlich sich ausdifferenzierenden Teilsystems des sozialhistorischen Gesamtzusammenhangs“ ermöglicht. Dies habe zur Erweiterung des Musikbegriffs beigetragen und zum tieferen Begreifen der „Relationen zwischen Musik und sozialer Wirklichkeit“, der Musikkultur und der Wechselbeziehungen der Teilsysteme von Komposition/Produktion über Interpretation, Distribution, Austausch bis zur Rezeption/Aneignung (ebd. 368). Der um 1930 durch Marxisten begonnene „Paradigmenwechsel“ habe einen methodologischen Fortschritt in die Musikforschung insgesamt eingebracht.

¹ Mayer erwähnt z.B., dass Eisler 1931 Leiter einer AG „Dialektischer Materialismus und Musik“ der MASCH war, die es damals in 26 deutschen Städten gab (Stroh/Mayer 2000, 16).

Kritisiert worden sei zugleich von Anfang an die zunächst überbetonte historisch-soziologische Orientierung, eine Überpolitisierung musikalischer Phänomene, die vulgärmaterialistischen Ableitungen und ein mechanistisch-deterministisches Denken, anstatt den relativ eigengesetzlichen Prozessen musikalischer Entwicklung hinreichend Rechnung zu tragen, „der Vermittlung ihrer ästhetischen Eigenart mit den ökonomischen, sozialen, politischen, ideologischen, kulturellen Widerspruchsbewegungen im jeweiligen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang.“ (Ebd. 369) Der damals begonnene internationale Diskurs wurde, so Mayer, unterbrochen „durch den Sieg des Faschismus in Deutschland“ und „durch den stalinistischen Dogmatismus in der Sowjetunion“ bis in die ersten Nachkriegsjahre hinein, nach dem 2. Weltkrieg dann aber reaktiviert und weiterentwickelt. Seit den 1960er Jahren sei die dogmatische Erstarrung und Vereinseitigung nicht zuletzt durch neue Entwicklungen in der Gesellschaftstheorie, der Psychologie oder der Semiotik zurückgedrängt worden, insbesondere dann in den 1970er und 1980er Jahren, als auch die Populärmusik in den Focus trat, was zuvor schon in der Musikethnologie selbstverständlich gewesen war (ebd. 370). Ähnliche Entwicklungsprozesse vollzogen sich relativ selbständig insbesondere im Gefolge von 1968 in den kapitalistischen Ländern vor allem Westeuropas, aber auch außerhalb Europas.

Mit dem Ende der DDR und der Sowjetunion 1989-1991 haben sich die Bedingungen für eine an Marx orientierte Musikforschung einschneidend verändert: Marxisten wurden ‚abgewickelt‘ oder isoliert; und das Scheitern des Realsozialismus sei auch als Scheitern der Marxschen Theorie interpretiert worden. Ein Jahrzehnt nach dem Einschnitt von 1989/90, so das damalige Resümee von Mayer, sei es Zeit zu prüfen, ob und in welcher Hinsicht die analytische Methode von Marx in der Musikforschung historisch überholt oder von bleibendem Wert sei für die Entwicklung der Musikwissenschaft.

Im Tagungsband finden sich weitere interessante Beiträge, u.a. die Berichte aus den einzelnen Ländern, hier insbesondere zur DDR von Gerd Rienäcker („Marxistische Musikwissenschaft in der DDR – Errungenschaften und Komplikationen“, ebd. 38ff sowie 112ff) und zur alten BRD von Wolfgang Martin Stroh („Marxistische Musikwissenschaft unter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, ebd. 46ff). Als eine der wenigen Frauen, die an dieser Tagung teilnahmen, beklagte Eva Rieger („Marxistische Wurzeln und exotische Blüten? Anmerkungen zur feministischen und schwul-lesbischen Forschung in der Musikwissenschaft“, ebd. 98ff) zu Recht die ‚Gender-Blindheit‘ der Musikwissenschaft, die für Ost wie für West goltene habe, sowie die weitgehende Fixierung auf deutsche Musik, selbst bei führenden westdeutschen Repräsentanten der Disziplin wie Carl Dahlhaus oder Hans Heinrich Eggebrecht. Hanns-Werner Heister („Perspektiven der Musikwissenschaft“, ebd. 345ff) skizzierte eine „Neue Musikwissenschaft“ als deutschsprachiges Gegenstück zur US-amerikanischen „New Musicology“. Und Thematiken, wie sie z.B. von Peter Wicke („Musik und Politik, Medien und Globalisierung“, ebd. 207ff) angesprochen wurden, fanden später eine Fortführung in Publikationen wie etwa in dem 2010 erschienenen Buch „Klänge im Zeitalter ihrer medialen Verfügbarkeit.“

Popmusik auf globalen Märkten und in lokalen Kontexten“ von Susanne Binas-Preisendörfer (vgl. hierzu Sorg im vorliegenden Heft, S. 79ff.).

3 Musik und Gesellschaft am Beispiel von Adornos Musiksoziologie

Nach dem kurzen historischen Rückblick soll der systematisch-theoretischen Frage nachgegangen werden, wie sich soziale Verhältnisse in der Musik ausprägen, dies am Beispiel von Adornos Musiksoziologie, die insbesondere ab den 1960er Jahren in Westdeutschland erheblichen Einfluss hatte. Im „Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie“ hatte Marx (MEW 13, 8f) seinen methodischen Leitfadens für die Untersuchung gesellschaftlich-historischer Prozesse skizziert, der später, wenn auch vielfach verkürzt, als Basis-Überbau-Theorie einflussreich wurde. Gegen ‚mechanistische‘ Interpretationen dieses Konzepts hatte sich bekanntlich schon Friedrich Engels in seinen Altersbriefen gewandt und die ‚relative Selbständigkeit‘ der Überbauerscheinungen sowie der geistigen Prozesse hervorgehoben und betont, dass diese nur ‚in letzter Instanz‘ von den Basisprozessen bestimmt würden. Hält man die Basis-Überbau-Theorie, allen Verkürzungen zum Trotz, für ein methodisch sinnvolles Forschungskonzept, stellt sich die Frage, wo die Musik in einem solchen Theorie-Konzept anzusiedeln ist.

Günter Mayer z.B. zählt Musik als spezifische Form menschlicher Produktivität wesentlich zu den Produktivkräften (Mayer 1966). Dass von einer wie auch immer gearteten und begründeten ‚relativen Selbständigkeit‘ von Kunst und Musik auszugehen ist, dürfte heute weitgehend Konsens sein. Die Frage nach der angemessenen Verhältnisbestimmung gehört sicher zu den schwierigsten Theorieproblemen einer materialistische Musik-Analyse: Wie, über welche Wege und Mechanismen ‚setzt‘ sich Gesellschaftliches in Musik ‚um‘, ‚resoniert‘ es in ihr? Für Georg Knepler, den wohl einflussreichsten Musikwissenschaftler der DDR, galt es, die Vielfalt der dabei zu berücksichtigenden ‚Vermittlungen‘ zu erforschen.²

Der Begriff der *Vermittlung*, ein Zentralbegriff der Hegelschen Philosophie und Dialektik, steht auch bei Theodor W. Adorno im Zentrum seiner musiksoziologischen Überlegungen. Er beklagte, dass die musiksoziologische Erkenntnis, die gesellschaftliche Dechiffrierung musikalischer Phänomene, „die Einsicht in ihr wesentliches Verhältnis zur realen Gesellschaft“ sowie in ihren inneren sozialen Gehalt und ihre Funktion immer noch unbefriedigend sei (Adorno 1968, 208). Auch wenn der Name Karl Marx kaum fällt, sind doch

² Soll die „die Musizierenden und die Musik einschließende gesellschaftliche Totalität transparent werden, gilt es, die *Vermittlungen* bloßzulegen, die vom allgemeinen gesellschaftlichen Verhalten, von der Arbeit und der sozialen Gliederung, von den jeweiligen Errungenschaften und Leistungen, vom Denken, Wollen und Fühlen der Menschen hinführen zu der Art und Weise, in der jeweils musiziert wird, und zur Beschaffenheit der musikalischen Produkte.“ (Knepler 1977, S. 541. – Diese Vermittlungen versucht er z.B. an der „Herausbildung der Komposition“ oder an der „Erfindung‘ der Oper“ zu zeigen, ebd. 205ff und 251ff.)

gewisse theoretische Bezüge auf diesen unverkennbar. So schlägt Adorno vor, auf die Musiksoziologie kategorial das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen anzuwenden (vgl. hierzu auch ebd. 234ff). Zur Produktivkraft gehöre neben dem Komponieren auch die künstlerische Arbeit des Reproduzierens. Zu den Produktionsverhältnissen zählt er „die ökonomischen und ideologischen Bedingungen, in die jeder Ton und die Reaktion auf einen jeden eingespannt ist“ (ebd. 234). Einen Aspekt der Produktionsverhältnisse bilden im „Zeitalter der Bewusstseins- und Unbewusstseinsindustrie [...] auch die musikalische Mentalität und der Geschmack der Hörer.“ Er ordnet die Tätigkeit des Musikers also der gesellschaftlichen Arbeit, der Produktion zu. Die gesellschaftliche Distribution und Rezeption der Musik dagegen sei bloßes Epiphänomen, das zahllosen gesellschaftlichen Selektions- und Steuerungsprozessen durch Industrien, Konzertagenturen oder Festspielleitungen unterliege. „All das geht ein in die Präferenzen der Hörer; ihre Bedürfnisse werden nur mitgeschleift.“ (Ebd. 213)

„Die kritische Theorie der Gesellschaft rechnet die Kunstwerke dem Überbau zu und hebt sie dadurch von der materiellen Produktion ab“ (ebd. 215), nicht zuletzt durch das kritische Element großer Kunstwerke. Die Arbeit des Künstlers, selbst die individuellste, sei stets gesellschaftliche Arbeit, die bestimmt wird durch ein gesellschaftliches Gesamtsubjekt. Im objektiv vorgegebenen Verhältnis von Verfahrensweisen und Materialien kommunizieren der künstlerische und materielle Stand der Epoche. Gemäß dem Vorrang der Produktivkräfte vor den Produktionsverhältnissen entscheide sich das musikalische Bewusstsein der Gesellschaft doch von der musikalischen Produktion her; maßgeblich sei „die in den Kompositionen geronnene Arbeit, ohne dass die Unendlichkeit der Vermittlungen ganz durchsichtig wäre.“ (Ebd. 216)

Bei der Betonung der ‚Vermitteltheit‘ dieser Vorgänge in „verborgenen Formkonstituenten“ (ebd. 218) nimmt er immer wieder auch das ‚östliche‘ Negativbeispiel ins Visier: „Die Gesellschaft setzt nicht, wie die verhärtete Doktrin des Diamat ihren Untertanen einbläut, direkt, handfest, nach dem Jargon jener Doktrin: realistisch in Kunstwerken sich fort, wird nicht geradenwegs sichtbar in ihnen. Sonst wäre kein Unterschied zwischen Kunst und empirischem Dasein“. Wenn Adorno schreibt: „Eine zulängliche gesellschaftliche Lehre vom Überbau [...] müsste die Komplexität des Verhältnisses, ja die Verselbständigung des Geistes selbst noch begreifen aus der Gesellschaft, schließlich der Scheidung zwischen niedriger und sogenannter geistiger Arbeit“³, erinnert das an die Forderung von Marx im *Kapital*, wonach es der materialistisch angemessene Weg sei, die „verhimmelten Formen“ des gesellschaftlichen Bewusstseins (bei Marx hier bezogen auf die Religion), aus den „wirklichen Lebensverhältnissen“ zu rekonstruieren (MEW 23, 293, Anm. 89). Auch „autonome Musik“ habe „kraft jener Scheidung ihren Ort in der gesellschaftlichen Totalität, deren Kainszei-

³ Die Einteilung in „ernste“ Musik und „leichte Muse“, in E- und U-Musik sieht Adorno letztlich bereits in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ältester Klassenverhältnisse begründet (ebd. 240).

chen sie trägt“ (Adorno 1968, 218), aber es wohne ihr die Idee der Freiheit inne – im Habitus des Widerstands gegen das ihr gesellschaftlich Auferlegte. „In der voll autonomen Musik wird der Gesellschaft in ihrer bestehenden Gestalt opponiert durch die Wendung gegen die Zumutung der Herrschaft, die in Produktionsverhältnissen sich verummmt.“ (Ebd. 219) Ihre ‚Unverwertbarkeit‘ sei Negation der Gesellschaft, was Adorno andernorts an der Neuen Musik der Schönberg-Schule zu zeigen versucht.

Kunst kenne wie die Philosophie „eine sei’s auch prekäre Logik des Fortgangs“ (ebd. 221), eine „Einheit des Problems“. Trotz Distanz scheinen doch „die immanente Logik des Problemzusammenhangs und die auswendigen Determinanten schließlich wieder zusammenzufließen“. – Was ist dieser ‚Problemzusammenhang‘? Geht es dabei um die relativ selbständige Entwicklung des ‚Gedankenmaterials‘, wie es Engels nannte? „Gelten dürfte, dass jene Vermittlung nicht äußerlich, in einem dritten Medium zwischen Sache und Gesellschaft stattfindet, sondern innerhalb der Sache“, hier der spezifischen musikalischen Form und Struktur.⁴ „Was den Geist in der Musik weitertreibt, das von Max Weber mit Recht als zentral erkannte Rationalitätsprinzip, ist kein anderes als die Entfaltung der außerkünstlerischen, gesellschaftlichen Rationalität. Diese ‚erscheint‘ in jener.“ (Ebd. 222) – Max Weber fasst freilich, worauf Adorno nicht eingeht, die gesellschaftliche Rationalität als „Zweckrationalität“ (bei Horkheimer/Adorno: „instrumentelle Vernunft“) – wobei die Zwecke dezisionistisch durch irrationale Wertentscheidungen gesetzt werden –, nicht aber als vernünftige Einrichtung des gesellschaftlichen Ganzen.

Wie die Dechiffrierung der in der Musik sedimentierten gesellschaftlichen Totalität, wesentliche Aufgabe von deren Soziologie, konkret aussehen könnte, verdeutlicht Adorno an Beethoven: Prototyp des revolutionären Bürgertums, sei dieser zugleich der einer ihrer gesellschaftlichen Bevormundung entronnenen autonomen Musik. Seine Werke sprengen insofern das Schema der Adäquanz von Musik und Gesellschaft, entsprechen der dynamisch sich entfaltenden gesellschaftlichen Totalität nur vermittelt. „Gesellschaft wird in Beethoven begriffslos erkannt, nicht abgepinselt. Was bei ihm thematische Arbeit heißt, ist das sich Abarbeiten der Gegensätze aneinander, der Einzelinteressen; die Totalität, das Ganze [...] ist [...] der Inbegriff jener thematischen Arbeit und deren Resultat, das Komponierte, in eins.“ (Ebd. 224) Die Motivkerne, das Besondere, seien präformiert vom Allgemeinen, der Tonalität, wie das Individuum in der

⁴ Die Umsetzung gesellschaftlicher Bedürfnisse „in rein musikalische Problemstellungen“, erläutert er an der Wendung zum ‚galanten Stil‘ mit dem neuen bürgerlichen Publikum Mitte des 18. Jahrhunderts. Komponisten seien damals mit einem anonymen Markt konfrontiert worden, dessen Anforderungen ins Zentrum der musikalischen Produktion drangen. Durch den Kommerz und das neue Publikum wurde zugleich „die kompositorische Produktivkraft entfesselt und gesteigert“ (ebd. 223), so Adorno in soziologischen Anmerkungen zum deutschen Musikleben in einer Publikation des deutschen Musikrats, Februar 1967. Er schreibt (in der dort angegebenen Publikation S. 2ff): „gesellschaftliche Zwänge, die anscheinend der Musik äußerlich widerfahren, werden von deren autonomer Logik und dem kompositorischen Ausdrucksbedürfnis absorbiert und verwandelt in künstlerische Notwendigkeit: in Stufen richtigen Bewusstseins.“

individualistischen Gesellschaft. Ein Beispiel für (Hegel'sche) Dialektik in der Musik demonstriert Adorno, wenn er schreibt: „Die entwickelnde Variation, Nachbild gesellschaftlicher Arbeit, ist bestimmte Negation: unablässig bringt sie das Neue und Gesteigerte aus dem einmal Gesetzten hervor, indem sie es, in seiner quasi-naturalen Gestalt, seiner Unmittelbarkeit, vernichtet.“ (Ebd.)

Insgesamt nun sollen die Negationen Affirmation bewirken, Analogon zur liberalistischen Theorie, der die gesellschaftliche Praxis nie entsprochen habe. „Das Beschneiden, sich aneinander Abschleifen der Einzelmomente, Leiden und Untergang, wird gleichgesetzt einer Integration, die jedem Einzelmoment Sinn verleihe durch seine Aufhebung hindurch.“ Deshalb die unerschütterte Reprise, die Wiederkehr des Aufgehobenen, des Gleichen, rechtfertigend, „was einmal war, als Resultat des Prozesses.“ Die Reprise sei wie in Hegels „absolutem Wissen“, dem Schlusskapitel der Phänomenologie, Zusammenfassung des Gesamtwerks. Hier „wird große Musik zum inwendigen Welttheater“ (ebd. 225).

Über einige Mechanismen der Vermittlung von Gesellschaftlichem in der Musik heißt es: Auch die Komponisten sind gesellschaftliche Wesen, haben sich von Kindheit an „angepasst an das, was rings vorgeht, später sind sie bewegt von Ideen, die ihre eigene, selber bereits sozialisierte Reaktionsform aussprechen“ (ebd. 226). Das „Gesellschaftliche an den komponierenden Individuen und den Verhaltensschemata, die ihre Arbeit so und nicht anders dirigieren, besteht darin, dass das kompositorische Subjekt ... selber ein Moment der gesellschaftlichen Produktivkräfte bildet“. Dass Beethovens Musik strukturiert sei wie jene Gesellschaft des aufsteigenden Bürgertums, habe zur Bedingung, dass seine „primär-musikalische Anschauungsform in sich vermittelt war durch den Geist seiner Klasse in der Periode um 1800“. Die Vermittlungen im einzelnen zu erkennen, sei schwierig, „der blinde Fleck der Erkenntnis“. Vermutlich aktualisiere sich jene Einheit von Gesellschaftsinhalt und dessen Niederschlag in der Kunst „in mimetischen Vorgängen, frühkindlichen Angleichungen an soziale Muster, eben den ‚objektiven Geist‘ der Epoche“ (ebd. 227). Außer solchen unbewussten Identifikationen seien „Mechanismen der Selektion“ sozial relevant, wobei „die einen oder anderen Momente in den Subjekten herausgeholt, honoriert“ werden. Der Künstler sei „Funktionär der je ihm sich stellenden Aufgaben. In diesen aber steckt die ganze Gesellschaft; durch sie wird Gesellschaft zum Agens auch der autonomen ästhetischen Prozesse. Was die geistesgeschichtliche Phrase als Schöpfertum verherrlicht [...], konkretisiert sich in der künstlerischen Erfahrung als Gegenteil der Freiheit [...]. Versucht wird die Lösung von Problemen.[...] Vermöge der Objektivität der Aufgaben [...] hören die Künstler auf, private Individuen zu sein, und werden gesellschaftliches Subjekt oder dessen Statthalter.“ (Ebd. 228) Sie taugen als Künstler desto mehr, je mehr ihnen, wie Hegel gewusst habe, „diese Selbstentäußerung glückt.“ Nach Analogie zur Philosophie gehe es um eine gänzlich durchgebildete, systematische Komposition. „Ihr Ideal ist Musik als deduktive Einheit [...]. Das ist der ästhetische Aspekt der Grundthese von Webers Musiksoziologie, der von der fortschreitenden Rationalität. Dieser Idee hing Beethoven objektiv nach, ob er es wußte oder nicht.“

Musik werde ästhetisch wie auch gesellschaftlich „umso wahrer und substantieller, je weiter sie vom offiziellen Zeitgeist sich entfernt“ (ebd. 229); diesen habe damals eher Rossini als Beethoven verkörpert. Im Wahrheitsgehalt des Kunstwerks versammelt sich die Gesellschaft, „all ihre Gewalt, all ihr Widerspruch und all ihre Not. Das Gesellschaftliche in Kunstwerken [...] ist nicht nur ihre Anpassung an auswendige Desiderate von Auftraggebern oder vom Markt[,] sondern gerade ihre Autonomie und immanente Logik.“ (Ebd. 230) – Dies ist der auf den ersten Blick paradox erscheinende Clou der These von Adorno zum Verhältnis von Kunst/Musik und Gesellschaft. Eine solche ‚innere Vermittlung‘ ist natürlich viel weitreichender als die Frage nach Auftraggebern und Finanzierung etc., ohne dass diese darum unwichtig wäre. „Die ästhetische Qualität der Werke [...] konvergiert mit dem gesellschaftlich Wahren.[...] Immanente Mängel von Kunst sind Male gesellschaftlich falschen Bewusstseins. Der gemeinsame Äther aber von Ästhetik und Soziologie ist Kritik.“⁵

Die Vermittlung von Musik und Gesellschaft werde schließlich evident in der Technik. „In ihr verkörpert sich in der Kunst ... der gesellschaftliche Stand der Produktivkräfte einer Epoche“ (ebd. 231). Die Technik „vergesellschaftet auch den vermeintlich einsamen Komponisten“, indem die gesellschaftlichen Produktivkräfte mit seiner eigenen Produktivkraft verschmelzen. Mit der originalen⁶ und zugleich widerständigen Aneignung der Technik werde der Komponist zugleich „Exekutor der gesellschaftlichen Tendenz. ... Individuell musikalische Produktivität verwirklicht ein objektives Potential.“ Dies gelte für Beethoven, der zugleich für die Emanzipation des Subjekts und für die Idee einer freien Gesellschaft gestanden habe, die über die bürgerliche hinausging. „Wodurch Kunst als Schein von der gesellschaftlichen Realität Lügen gestraft werden kann, die in ihr erscheint, das gestattet umgekehrt, die Grenzen einer Realität zu überschreiten, von deren leidender Unvollkommenheit die Kunst beschworen wird.“ (Ebd. 232)⁷

⁵ Nichts an der Musik taue ästhetisch, was nicht auch – und sei’s über die Negation des gesellschaftlich Unwahren – gesellschaftlich wahr wäre (ebd. 211). Ideologisch sei Musik, wo in ihr die Produktionsverhältnisse über die Produktivkräfte den Primat erhalten, etwa durch verklärende Ablenkung vom banalen Dasein. Wie weit der Massengeschmack manipuliert ist, sei eine empirische Forschungsaufgabe, wobei Adorno im Kitsch das musikalische Äquivalent der Verlogenheit sieht (ebd. 239).

⁶ Dass Originalität durch und durch vermittelt sei, habe Beethoven in dem Satz ausgesprochen, „vieles, was dem Originalgenie des Komponisten zugeschrieben werde, sei dem geschickten Gebrauch des verminderten Septimakkords zu verdanken“ (ebd. 231).

⁷ In einer neueren Analyse des Adorno’schen Begriffs der Vermittlung hat Max Paddison die These Adornos bekräftigt, dass der gesellschaftliche Gehalt gerade auch in der autonomen Struktur des Musikwerks sedimentiert ist (Paddison 2007). - Auf die trotz aller Gegensätze auch bemerkenswerten Verbindungslinien zwischen Theodor W. Adorno und Hanns Eisler hatte Günter Mayer in einem frühen Artikel aufmerksam gemacht (vgl. Mayer 1966).

4 Zu Hegels Musikphilosophie

Wo immer eine materialistische Musikforschung sich bei der Erschließung ihres Gegenstands Erkenntnisgewinne erhoffte, wurde nicht nur auf die theoretisch-methodischen Anregungen von Marx und Engels zurückgegriffen, sondern immer wieder auch auf Hegel, und zwar unbeschadet seines ‚Idealismus‘, wobei sich bei ihm faktisch mehr ‚Materialistisches‘ findet, als auf den ersten Blick sichtbar ist.

Sein Musikverständnis hat er vor allem in seinen Ästhetik-Vorlesungen dargestellt. Die Entwicklungsrichtung in der Reihe der Künste, die Hegel von der Architektur über die Skulptur, die Malerei, die Musik bis zur Poesie historisch-philosophisch entfaltet, verläuft *vom Äußeren*, dem Materiellen, *zum Inneren*, der Subjektivität und dem Geistigen (vgl. Hegel 1986, S. 131ff). Die in Tönen, dem Material der Musik, vergegenständlichte „Objektivität“ des Musikwerks sei sowohl ein *Ausdruck* des Inneren eines Subjekts (Komponist, Musiker) als auch eine *Mitteilung* an ein anderes, an das hörende Subjekt mit einer *Wirkung* aufs Innere dieses Rezipienten. Der Inhalt der Musik sei „das an sich selbst Subjektive, und die Äußerung [...] zeigt [...], daß sie eine Mitteilung ist“, wodurch das Subjekt ergriffen und in Bewegung gebracht wird (ebd. 136).

In der Musik herrsche „ebenso sehr die tiefste Innigkeit und Seele als der strengste Verstand, so daß sie zwei Extreme in sich vereinigt, die sich leicht gegeneinander verselbständigen“ (ebd. 139). Sie vereint Emotionalität und Rationalität, basiert auf Gesetzen der Harmonie, beruhend auf quantitativ-mathematischen, physikalischen Verhältnissen, drückt Empfindung aus und bewirkt Empfindung.

Das Spezifische, zugleich Schöpferische der Musik sei es, das Fühlen und Denken eines Subjekts im Element der Töne hörbar und mitteilbar zu machen, es dadurch für die Empfindung und Mitempfindung neu hervorzubringen, wobei diese durch die künstlerische Gestalt neu geschaffene Realität eine befreiende Wirkung habe. Das Ich erweitere sich durch die von außen aufgenommene Empfindung. Diese breitet sich dann „zum Ausdruck aller besonderen Empfindungen auseinander, und alle Nuancen der Fröhlichkeit, Heiterkeit, des Scherzes, der Laune, des Jauchzens und Jubelns der Seele, ebenso die Gradationen der Angst, Bekümmernis, Traurigkeit, Klage, des Kummers, des Schmerzes, der Sehnsucht usf. und endlich der Ehrfurcht, Anbetung, Liebe usf. werden zu der eigentümlichen Sphäre des musikalischen Ausdrucks“ (ebd. 150).

In der Formel „*kadenzierte Interjektion*“ fasst Hegel die Musik als ein Widerstandsverhältnis von Naturhaftem und Kulturell-Gesellschaftlichem: „Schon außerhalb der Kunst ist der Ton als Interjektion, als Schrei des Schmerzes, als Seufzen, Lachen die unmittelbare lebendigste Äußerung von Seelenzuständen und Empfindungen, das Ach und Oh des Gemüts.“ Die „Interjektionen [...] geben am Tone und im Tone selber eine Stimmung und Empfindung kund, die sich unmittelbar in dergleichen Töne hineinlegt und dem Herzen durch das Herausstoßen derselben Luft macht; dennoch aber ist diese Befreiung noch keine Befreiung durch die Kunst. Die Musik muß im Gegenteil die Empfin-

dungen in bestimmte Tonverhältnisse bringen und den Naturausdruck seiner Wildheit, seinem rohen Ergehen entnehmen und ihn mäßigen. So machen die Interjektionen wohl den Ausgangspunkt der Musik, doch sie selbst ist erst Kunst als die kadenzierete Interjektion.“ (Ebd. 150f)

Das musikalische Kunstwerk bedarf einer „stets wiederholten *Reproduktion*“ und „erneuten Verlebendigung“: zum einen wegen der Flüchtigkeit der vorüberauschenden Töne; zum anderen muß die Äußerung des subjektiven Inneren, das die Musik zur Erscheinung zu bringen hat, „sich auch unmittelbar als Mitteilung eines *lebendigen Subjekts* ergeben, in welche dasselbe seine ganze eigene Innerlichkeit hineinlegt“ (ebd. 158f).

„Die eigentümliche Gewalt der Musik ist eine *elementarische* Macht, d. h. sie liegt in dem Elemente des *Tones*, in welchem sich hier die Kunst bewegt.“ (Ebd. 155) Im Materiellen des Tones liegt die Wirkungsmacht der Musik, weil sie Materielles in uns (Gefühle) anrührt; vom Elemente des Tons wird das Subjekt ergriffen und „in Tätigkeit gesetzt“, in Bewegung. An einen materiellen Träger gebunden ist auch das Erklingen von Musik, die Töne nur hervorbringen kann, „insofern sie einen im Raum befindlichen Körper in sich erzittern macht und ihn in schwingende Bewegung versetzt“ (ebd. 163). Das quantitative, numerische Verhältnis der Schwingungen in derselben Zeitdauer sei die „Grundlage für die Bestimmtheit der Töne“ (ebd. 178).

Die „tiefere Musik“ müsse „das einfache erste Zusammenstimmen zu Dissonanzen auseinanderreißen. Denn erst in dergleichen Gegensätzen sind die tieferen Verhältnisse und Geheimnisse der Harmonie ... begründet. ... Die Kühnheit der musikalischen Komposition verläßt deshalb den bloß konsonierenden Fortgang, schreitet zu Gegensätzen weiter, ruft alle stärksten Widersprüche und Dissonanzen auf und erweist ihre eigene Macht in dem Aufwühlen aller Mächte der Harmonie, deren Kämpfe sie ebenso sehr beschwichtigen zu können und damit den befriedigenden Sieg melodischer Beruhigung zu feiern die Gewißheit hat.“ (Ebd. 189) Nur als Bewegung durch die Gegensätze hindurch „übt die Musik in ihrem eigentümlichen Elemente der Innerlichkeit, die unmittelbar Äußerung, und der Äußerung, die unmittelbar innerlich wird, die Idealität und Befreiung aus, welche, indem sie zugleich der harmonischen Notwendigkeit gehorcht, die Seele in das Vernehmen einer höheren Sphäre versetzt.“ (Ebd. 190) Die Musik müsse die Mittel besitzen, „welche den Kampf von Gegensätzen zu schildern befähigt sind“, etwa durch Dissonanzen, die freilich wieder, „um für Ohr und Gemüt eine Befriedigung herbeizuführen“ (ebd. 183), eine Auflösung fordern, einen „Rückgang zu Dreiklängen“. Darum spricht Hegel in seiner Kurzformel von „Kadenzierung“.

Gegen eine simplifizierte Sicht des Widerspiegelungscharakters der Musik heißt es: Die Musik „muß den Ausdruck der Empfindungen nicht als Naturausbruch der Leidenschaft wiederholen, sondern das zu bestimmten Tonverhältnissen ausgebildete Klingen empfindungsreich beseelen und insofern den Ausdruck in ein erst durch die Kunst und für sie allein gemachtes Element hineinheben, in welchem der einfache Schrei sich zu einer Folge von Tönen,

zu einer Bewegung auseinanderlegt, deren Wechsel und Lauf durch Harmonie gehalten und melodisch abgerundet wird“ (ebd. 197).

Zusammengefasst: Das ‚Innere‘ will sich ‚äußern‘, sich ausdrücken, vergegenständlichen und verkörpern in einer äußeren Gestalt. Durch die gefundene musikalische *Form*, die etwas Geistig-Kulturelles darstellt, wird der Stoff, die Vielfalt der Empfindungen, die sich aus *äußeren Erfahrungen* und *inneren Gefühlen* speisen, in eine bewusste, ordnende, strukturierende, das Chaotische bändigende Gestalt gebracht. Und diese künstlerische Formgebung und Gestaltung macht uns, eine Wirkung und Funktion von Musik, *frei* von der Abhängigkeit und von der Überwältigung durch diese erfahrenen, wahrgenommenen Empfindungen – oder mildert sie zumindest.

Wenn Musik nach Hegel wesentlich im dialektischen Wechselspiel einer ‚Äußerung‘ des ‚Inneren‘ verankert ist, wie kommt dann die Sozialität, die Gesellschaft ins Spiel?

Indem das menschliche Subjekt die von innen und von außen empfangenen Eindrücke aneignet, entwickelt es zugleich das Bedürfnis, diese innerlich verarbeiteten Erfahrungen auszudrücken, musikalisch im Material der Töne. Elementar geschieht dies zunächst in der naturlauthaften Interjektion; doch indem die innere wie die äußere Natur zunehmend gesellschaftlich-kulturell gestaltet wird, erfährt auch dieses Ausdrucksbedürfnis eine gesellschaftliche Formung, die in der Kunst immer weiter ‚ausgebildet‘ wird. Zu solchen Ausdrucksformen gehören in der Musik dann auch eine kulturell bestimmte Tonfolge; historisch ist dabei im ‚Abendland‘ die kadenzbasierte Tonalität entstanden. – Im Ausdrucks- und Mitteilungsbedürfnis der Kunst und Musik ist also bereits das Gesellschaftliche enthalten.

5 Ein aktuelles Musikverständnis in der Hegel’schen und marxistischen Theorietradition: Heister

Einen Allgemeinbegriff von Musik zu bestimmen, sei schwierig, da sie als Vielzahl von epochal, regional und sozial bestimmten verschiedenen Musikarten und Musiksprachen erscheine. „Als spezifischer Gegenstand sozialer, kollektiver Tätigkeit hat es Musik zu tun mit Gefühl und Zahl, mit Aktion und Kontemplation, mit Natur, Arbeit und Geist.“ (Heister 1990, 481) Die große „Spannweite, das Nicht-Körperliche und Ungreifbare bei oft unmittelbarster und handgreiflichster körperlicher Wirkung“, macht sie schwer begreifbar; diese ‚Unbestimmtheit‘ werde bisweilen „ideologisch verklärt“, insbesondere im Falle der ‚absoluten‘, von jedem Realitätsbezug vermeintlich freien Instrumentalmusik.

Die Kurzformel von Hegel (Musik als ‚kadenzierter Interjektion‘) legt auch Hanns-Werner Heister seinem Überblicksartikel „Musik“ zugrunde. Die Formel verweise auf das In- und Miteinander von ‚Natur‘ und ‚Kunst‘, von Physisch-Psychischem und Historisch-Sozialem. In der neuzeitlichen europäischen Musik bilde ‚Kadenz‘ (wörtlich: das Fallende) mit ihrem Ausgangspunkt, dem ‚Quintfall‘, als Abfolge von zwei Dreiklängen über den beiden Grundtönen „die musikalisch-logische Folge der harmonischen Funktionen Dominante und Tonika.

Sie hat schließende Wirkung. „ Einerseits beruhe sie auf Konvention, bilde andererseits (etwa im Deutschen) den Sprechtonfall nach. Die ‚Interjektion‘ (Ausruf, Schrei), ein physiologisch bedingter Naturlaut, werde als menschliche Äußerung kulturell geformt. Als ‚exekutive Kunst‘, die des aktuellen Vollzugs bedürfe, besitze die Kommunikationsform Musik zugleich kollektiven Charakter, „der ineins Gemeinschaft und Individualität, Entgrenzung und Bewahrung des Ichs ermöglicht“ (ebd. 482). Musik sofort als Kunst zu fassen, verstelle jedoch den Blick auf ihre Anfänge und blende bei ihrer Entwicklung die vermittelnde Rolle der gesellschaftlichen Arbeit aus.

In Genese, Gehalt, Gestalt und Funktion von Musik „gehen Natürliches und Geschichtlich-Gesellschaftliches, Sinnliches und Geistiges, Gefühls- und Verstandesmäßiges, Unbewusstes und Bewusstes, Individuelles und Kollektives, Praktisches und Theoretisches ein“ (ebd. 483). Im Musikprozeß vollziehe sich eine *Aneignung* der natürlichen und sozialen Wirklichkeit sowie eine Betätigung und *Vergegenständlichung* des Menschen, seiner Fähigkeiten und produktiven Kräfte.

Mythologisch gespiegelt werde das Gegensätzliche in der Musik z.B. in Apollon versus Dionysos, eine „gebändigte Orgie“ (so Knepler 1977, 175). Im Alltagsbewusstsein würden Anteil und Rolle des Gefühlsmäßigen und Sinnlichen gegenüber dem Rationalen und Technischen häufig überschätzt oder vereinsseitigt, in ‚tönende Mathematik‘ oder ‚Sprache des Herzens‘ aufgespalten, wobei die jeweilige Akzentuierung sich im Gegen- und Nebeneinander zweier Hauptlinien der Musikästhetik spiegele, die „aristotelisch“ und „pythagoräisch“ heißen können (Heister 1990, 483).

Phylogenetisch wie ontogenetisch werde Musik (und Kunst überhaupt) motiviert durch das ‚natürliche‘, kulturell und kommunikativ entfaltete „Ausdrucksbedürfnis“, eine Affektentladung, eine „akustisch gestaltete Reaktion auf innere wie äußere Zustände“. Entstanden sei Musik aus Kommunikationen akustischer und optisch-gestischer Art (ebd. 484). Historisch entfaltete sie sich zur Kunst im Rahmen des ästhetischen Verhaltens. Das griechische ‚*mousiké*‘ umfasse die Einheit von Tanz-, Wort- und Ton-Kunst, mit dem gemeinsamen Nenner ‚Rhythmus‘. „[A]ls mimetische Äußerung und Reaktion auf innere wie externe Umwelt ist Musik Reaktion, aber auch Entäußerung und Aktion. Denn in ihr und mit ihr setzt der Mensch Eindrücke aus der Wirklichkeit um. Er setzt damit aber auch etwas Neues, Eigenes in die Welt: die Kunst als ‚Vergegenständlichung menschlicher Wesenskräfte‘.“ Das Ineinander von Reaktion und Aktion in der Musik „lässt sich mit den aristotelischen Begriffen der ‚Katharsis‘ und ‚Mimesis‘ fassen.“ „Katharsis‘ als ‚Reinigung der Gefühle‘ werde erzeugt durch ‚Mimesis‘, die mehr sei als Nachahmung, vielmehr „bewertende Nachbildung von Sachverhalten und Beziehungen“ im gesellschaftlichen Zusammenleben. Als ‚Mimesis der Praxis‘ mildere sie kompensatorisch Mängel der Realität, erreichte durch Reproduktion etwa von Schmerzempfindung und -äußerung, durch sinnliche Vergegenwärtigung eines Abwesenden.

Bei der Musikproduktion sind Arbeitsgegenstand das Klangmaterial, Arbeitsinstrument oder -mittel zunächst die menschliche Stimme, dann Instrumente

und Maschinen: Singen und Klingen als Ursprung von Vokal- und Instrumentalmusik. Aus der Fülle des Schall-Materials wählen Kulturen und Zeiten wertend aus, bilden syntaktische Beziehungen zwischen den Elementen.

Als besondere Sprache vermittele Musik eine „emotiv grundierte [...] Aneignung der Wirklichkeit“ (ebd. 486), welche sie im spezifischen ästhetischen⁸ Material widerspiegele: „als ihr Abbild und zugleich ihr Gegenbild“. Die Musik sei das, was sie zeigt (wovon sie ‚spricht‘), „in der Weise eines Als-Ob: als sinnlich-gegenwärtiger Schein.“ Diese Fähigkeit (übrigens aller Kunst), etwas Abwesendes erscheinen zu lassen, ist ihr ‚zauberischer‘ Charakter, ihr Changieren zwischen Spiel und Arbeit, Heiterkeit und Ernst.

Als Mitteilung sei Musik Produktion wie Produkt, zugleich aber auch Kommunikation, angelegt im Ausdruckszwang. Während mit der durch die sinnlich-geistige Wahrnehmung vermittelten Wirkung der Musikprozess zwar sein *Ende* finde, erreiche er sein *Ziel* aber erst, wenn die Vernehmenden selbst wieder tätig werden; erst in diesem wirksam Werden erfülle sie eine soziale Funktion. Ihre Zwecke wie ihre Wirkungen umfassen ein breites Spektrum: von der Aufforderung zum Tanz oder zur Arbeit, zur Weltflucht oder Welterkenntnis. Benutzt wird sie gesellschaftlich von den Oberen und Unteren, sie verschönt Humanität wie Barbarei. Die Musik als solche tut gar nichts; um wirksam zu werden, muss sie angeeignet und umgesetzt werden durch menschliche Subjekte und ihre Praxis. Es bedürfe also zusätzlicher Tätigkeit, des Wiedereingehens der Kunst in die Praxis, der sie entsprang (ebd. 487).

Im Übergang von der Interjektion zur kadenziierten Interjektion, von Natur zur Kunst, ist für Heister aller Fortschritt in der Musik angelegt, ebenso wie die Zweideutigkeit dieses Fortschritts, indem Naturbeherrschung auch die Herrschaft über Menschen einschließen kann. Im 20. Jahrhundert habe sich der Musikbegriff ausgeweitet, dies sowohl durch die Vermischung der Kulturen als auch durch die Nutzung von neuem Material und neuen Verfahren der Klangerzeugung und -bearbeitung (z.B. Computermusik). Heisters Zusammenfassung lautet: „Als kadenziierte Interjektion ist Musik Ausdruck und Konstruktion, Mimesis der gegebenen Praxis und Aufruf zu verändernder Praxis – Kunst. Als Kunst hat sie einen alle einzelnen Zwecke übergreifenden Sinn: sie ist Vorschein einer möglichen besseren Welt.“ Zu deren Verwirklichung könne sie als Antrieb fungieren.

Literatur

Adorno, Theodor W., 1968: Einleitung in die Musiksoziologie. Zwölf theoretische Vorlesungen, Reinbek [gehalten Wintersemester 1961/62]

⁸ Nach Knepler haben die im Laufe der Evolution entstandenen ästhetischen Fähigkeiten für Menschen die Funktion, ihre Handlungen „gedanklich zu verstehen, emotiv bewerten und dergestalt eingliedern zu können in ihre natürliche und gesellschaftliche Umwelt. Menschengezogenes mit Naturgegebenem zu versöhnen – um es auf eine knappe Formel zu bringen -, war das Motiv zur Hervorbringung auch der Musik.“ Musik habe eine „weltbildformulierende, bewußtseinsbildende, ansteckend gemeinschaftsfördernde Funktion“. (Knepler 1995, S. 25)

- Becker, Alexander / Vogel, Matthias (Hg.), 2007: *Musikalischer Sinn - Beiträge zu einer Philosophie der Musik*, Frankfurt/Main
- Binas-Preisendörfer, Susanne, 2010: *Klänge im Zeitalter ihrer medialen Verfügbarkeit. Popmusik auf globalen Märkten und in lokalen Kontexten*, Bielefeld
- Eisler, Hanns, 1973: *Musik und Politik. Schriften 1924-1948*, hg. v. G. Mayer, Leipzig
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 1986: *Vorlesungen über die Ästhetik*, Bd. III, Werke 15, Frankfurt/Main, S.131-222
- Heister, Hanns-Werner, 1990: Art.: *Musik*, in: *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*. Hg. Hans Jörg Sandkühler, zusammen mit Armin Regenbogen u.a., 4 Bde, Hamburg, Bd. 3, 481-488
- Heister, Hanns-Werner, 1997: *Politische Musik*, in: *Musik in Geschichte und Gegenwart (= MGG)*, Sachteil Bd. 7, hg. v. Ludwig Finscher, Kassel, Stuttgart, Sp. 1661-1682
- Kaden, Christian, 1984: *Musiksoziologie*, Berlin/DDR
- Kaden, Christian, 1993: *Des Lebens wilder Kreis. Musik im Zivilisationsprozeß*, Kassel u.a.
- Kaden, Christian, 1993: *Richard Wagners Leben im Werk. Zur Physiognomie des Komponisten in der Moderne*, in: Kaden 1993, S. 157-170
- Kaden, Christian, 1997: Art.: *Musiksoziologie*, in: *MGG* Bd. 6, Kassel, Sp. 1618-1658
- Knepler, Georg 1977: *Geschichte als Weg zum Musikverständnis. Zur Theorie, Methode und Geschichte der Musikgeschichtsschreibung*, Leipzig
- Knepler, Georg, 1995: *Musiktheorie*, In: *Kreutziger-Herr, Annette [Red.]: Theorie der Musik. Analyse und Deutung. Hamburger Jahrbuch für Musikwissenschaft*, hg. v. C. Floros u.a., Bd. 13, Laaber, S. 11-28
- Knepler, Georg, 1997: Art.: *Musikgeschichtsschreibung*, in: *MGG* Bd. 6, Sp. 1307-1319
- Koelsch, Stefan / Fritz, Tom, 2007: *Musik verstehen – Eine neurowissenschaftliche Perspektive*, in: *Alexander Becker /Matthias Vogel (Hg.), Musikalischer Sinn - Beiträge zu einer Philosophie der Musik*, Frankfurt/Main, 237ff
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich: *Werke*, Berlin, 1956ff (= MEW)
- Mayer, Günter, 1966: *Zur Dialektik des musikalischen Materials*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Nr. 11, S. 1367-1388
- Metscher, Thomas, 2010: *Logos und Wirklichkeit. Ein Beitrag zu einer Theorie des gesellschaftlichen Bewusstseins*. Frankfurt/Main u.a.
- Paddison, Max, 2007: *Die vermittelte Unmittelbarkeit der Musik. Zum Vermittlungsbegriff in der Adornoschen Musikästhetik*, in: *Becker / Vogel 2007*, S. 175-236
- Rienäcker, Gerd, 2001: *Richard Wagner. Nachdenken über sein „Gewebe“*. Berlin
- Stroh, Wolfgang Martin / Mayer, Günter Hg., 2000: *Musikwissenschaftlicher Paradigmenwechsel? Zum Stellenwert marxistischer Ansätze in der Musikforschung. Dokumentation einer internationalen Fachtagung vom 5. - 7. November 1999 in Oldenburg*, Oldenburg
- Weber, Max, 1921: *Die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik*, hg. v. Th. Kroyer, Mn. [verfasst 1912/13], abgedr. auch in: *Max Weber – Gesamtausgabe*, Bd. I/14: *Zur Musiksoziologie*. Nachlaß 1921, hg.v. Christoph Braun und Ludwig Finscher 2004.

Friedrich Tomberg

Musik im Spannungsfeld von Gewaltherrschaft und Humanität

Das Beispiel G. F. Händel

Ernst ist das Leben, heiter ist die Kunst – so der Schlusssatz im Auftakt zu Schillers *Wallenstein*, einer Tragödie, oder zu Deutsch: einem Trauerspiel. Da verbietet sich, sollte man denken, schon vom Titel her jegliche Heiterkeit. Nicht so bei diesem Autor. Er spricht anderenorts sogar vom „Vergnügen an tragischen Gegenständen“, hat dem einen ganzen Aufsatz gewidmet. Hat er vergessen, wieviel an Schrecken und Leid, Verzweiflung und Bösartigkeit in seinen eigenen Dramen aufgehäuft ist – und eben auch im *Wallenstein*? Gewiss, alles ist bloß Fiktion, aber doch eine, die für das Leben zu stehen beansprucht. Und das allerdings, sagt Schiller, ist ernst.

Tragik und Heiterkeit in der Kunst – ein Gegensatz?

Dieses Leben mit all seinen Gebrechen bleibt der Kunst nicht äußerlich. Das hat natürlich auch Schiller nicht übersehen. So weiß er und bezieht sich darauf, dass das Grundgefühl, das eine Tragödie, ob neu oder antik, hervorruft, Mitleid ist, worauf schon Aristoteles aufmerksam gemacht hat, der an der altgriechischen Tragödie noch die Furcht hinzuzählt. Wo bleibt da die Heiterkeit? Von ihr spricht der antike Philosoph nicht, wohl aber von Katharsis, von Reinigung, und zwar bezogen auf Furcht und Mitleid. Sobald die Aufführung der Tragödie zu Ende war, konnte ein antiker Grieche sich mindestens so erleichtert fühlen, wie, salopp gesagt, in späteren Zeiten der katholische Sünder, dem die Beichte eine Absolution eintrug. Grund genug zur Heiterkeit, für die denn auch gesorgt war, indem dem tragischen Geschehen regelmäßig eine Komödie folgte, die zu froher Stimmung genug Anlass gab.

Freude, schöner Götterfunke, so beginnt die bekannte Ode von Schiller. Wir kennen sie aus Beethovens Neunter. Und es ist leicht zu merken, dass dem Dichter die Freiheit im Sinne lag, für die einige Jahre später die Franzosen auf die Barrikaden gingen. Wenn es irgendein Kunstwerk in jener Epoche gibt, das den Werken der großen griechischen Tragiker gleichgestellt werden kann, dann diese Sinfonie. Leid, Mitleid, Trauer spricht sich kaum einmal so eindringlich aus, wie im dritten Satz. Und hernach im vierten und letzten Satz die Emphase der Freiheit, hervorgegangen, könnte man sagen, aus Katharsis. Grund genug zur Freude.

Händels heitere Affirmation der gesellschaftlichen Realität

Schiller hat das Vergnügen an tragischen Gegenständen damit begründet, dass im vorgeführten Geschehen die Moral oder gleichbedeutend die Vernunft die sinnlichen Antriebe besiegt, nach einem Durchgang durch viel Schmerz und Leid. Mag

man in solchen Fällen nicht gerade von Heiterkeit sprechen, so legt sich dies jedoch nahe bei Musikwerken der Wiener Klassik und unzähligen seit der Renaissance ihnen vorhergehenden Kompositionen, und eben denen aus jener Zeit, die man als Barock bezeichnet, in der Epoche also, in der eine politische Gewaltherrschaft und ökonomische Unterdrückung sich unter dem Namen Absolutismus in fast ganz Europa durchgesetzt hat. Mag es sich bei Opern, Oratorien, Kantaten und ähnlichen Kombinationen mit Außermusikalischem anders verhalten haben: aus Instrumentalkompositionen dieser Vergangenheit jedoch springt uns noch und noch eine Freude an, der sich der Hörer, wenn er nicht gerade Grund zum Trauern hat, kaum entziehen kann. Hier ist nichts vom Ernst jener Lebensverhältnisse zu spüren, in denen sich die Komponisten ja doch vorfanden.

Die Renaissance, wissen wir, verging, die oberitalienischen Republiken verloren ihre Souveränität, das Sagen hatte in den überall sich durchsetzenden Territorialstaaten nur noch einer, der absolute Monarch, ein Autokrat von Gottes Gnaden. Die freudige Gestimmtheit der Musik kümmerte das nicht, sie wechselte die Formen und entwickelte, zumal in Frankreich, einen hohen Stil, sich damit den Ritualen absoluter Herrschaftsausübung anpassend. Und als dann doch das Bürgertum zu einer ökonomischen und politischen Potenz gelangt war, verbanden sich gerade im damaligen Avantgardeland der Zivilisation, in England, beide Klassen zu gemeinsamer Herrschaft. Das niedere Volk hingegen blieb draußen, die Masse der Bauern zumal verharrte in Elend, Armut, Unterdrückung. Zentrum dieses Herrschaftskompromisses war London. Und mitten dahinein geriet einer der hervorragendsten Komponisten der Epoche, Georg Friedrich Händel. Er komponierte direkt für die nach wie vor institutionell machthabende Monarchie, schrieb seine Opern für ein Publikum, das sich in der Hauptsache aus Adel und zu Reichtum und Ansehen gelangtem Bürgertum zusammensetzte, und befließigte sich eines Stils, der noch genug vom Höfischen seiner Vorgänger an sich hatte, um von den oberen Klassen weiterhin als eine Verherrlichung ihrer Lebensweise goutiert werden zu können.

Fortschrittlichkeit des Absolutismus

Händel ein Fürstenknecht, so wie man dies später einem Dichter wie Goethe vorgehalten hat? Man kann das auch anders sehen. Romain Rolland, der einst hochberühmte Pazifist und Prokommunist und dazu ein exzellenter Kenner des Händelschen Lebenswerkes, spricht von der großen Objektivität, dem überragend Unpersönlichen seiner Musik, dem eine „göttliche Heiterkeit“ anhing (Rolland 1955, 134). Er sei dem Geist des Südens verwandt gewesen, „jenem homerischen Geist, der sich Goethe im Augenblick seiner Ankunft in Neapel offenbarte“ (ebd.) Zudem sieht er in ihm einen Wegbereiter Beethovens. Dieser allein sei „in seinen mächtigen Spuren weitergegangen und dem Wege gefolgt, den er gebahnt hat“ (225). Händel selbst könne einem als „eine Art gefesselter Beethoven“ erscheinen (168).

Beethoven, der seine Widmung an Napoleon zerriss, als dieser sich selbst zum Kaiser krönte und Händel, der sich einer Monarchie einfügte, die bei all ihrer Ausbeutung einer hart arbeitenden Bevölkerung auch noch die sich entwi-

ckelnde Marktwirtschaft in sich aufzusaugen suchte – geht das zusammen? Um die Wende zum 19. Jahrhundert war für den Komponisten Beethoven wie für den Dichter Goethe oder den Philosophen Hegel zumindest der jüngere Napoleon das große Versprechen einer Einigung Europas, wo nicht der ganzen Welt, hin zu einer Menschheit, die keine Kriege, keine Knechtschaft mehr kennen würde. *Alle Menschen werden Brüder*, das hätte ohne das Erlebnis eines dem ersten Anschein nach die Revolution vollendenden Napoleon bei einem Beethoven wohl kaum so gezündet.

Es kam anders in Europa. Die Staaten auf diesem Kontinent vereinigten sich nicht. Der sich durchsetzende Kapitalismus trieb sie vielmehr in eine Feindschaft gegeneinander, die in einen Weltkrieg auslief, dem dann noch ein zweiter folgte. Ganz anders im Laufe des 18. Jahrhunderts, zu Händels Zeit also. Da stand zumal in Westeuropa der Staat auf der Höhe seiner Macht. Er förderte den vorrückenden Kapitalismus und suchte ihn nur soweit zu fesseln, wie die Bourgeoisie selbst nach der obersten Herrschaft zu greifen sich anschiekte. Eben mit seiner ausdrücklich antidemokratischen *Überwölbung* der oft bunt gewürfelten Bevölkerung einer größeren Region unter ein- und dasselbe unantastbare Gesetz genügte dieser absolutistische Staat, so paradox es erscheinen mag, einem Interesse des Volkes, das er unterjochte. Er war es ja, der überhaupt die Möglichkeit schuf, dass Volksmacht sich bilden konnte. Er brachte seiner *bäuerlichen* wie bürgerlichen Bevölkerung keine Freiheit, aber in gewisser Hinsicht Gleichheit. Sie alle waren gleichermaßen Untertanen, konnten sich damit, in Konfrontation zu dem einen Herrn ihrer aller, einer alle verbindenden wesentlichen Gemeinsamkeit bewusst werden. Und den Städten gewährte dieser König von Gottes Gnaden dazu, dosiert, einige wirkliche Freiheiten, die den Bürgern aber zunehmend nicht ausreichten. So schuf er sich selbst die Guillotine, unter der die obersten Amtsträger, den Monarchen voran, ihren Kopf verloren. Da war viel Grund zu Rebellion gegen all den Machtmißbrauch durch die *Repräsentanten* des Systems, nicht aber gegen dieses System selbst – freilich nur, solange die Revolution noch nicht genügend herangereift war.

Leo Kofler beschreibt den Frühabsolutismus ausdrücklich als „fortschrittlich“ (Kofler 1971, 140ff.) – in Übereinstimmung mit Karl Marx, der die ökonomischen Gesellschaftsformationen Europas in den Phasen ihres Aufstiegs alle als „progressiv“ ansah, den Kapitalismus nicht ausgenommen (Marx 1859, 9). Georg Knepler gesteht gar – in Entgegensetzung zum *absolutistischen* Hof Ludwigs XIV. – dem „aufgeklärten Hof Josephs II.“ in der Spätphase des Absolutismus zu, dass er ein „Bündnis mit Schichten des Bürgertums auf Kosten des Adels angestrebt habe“ und aus dieser Haltung heraus sogar Mozarts revolutionsschwangeren *Figaro* zuließ (Knepler 1977, 308). Er schildert die Opernhäuser für die ganze Epoche als Orte, an denen alle Schichten der Gesellschaft sich zusammenfanden, vornehmlich in der bürgerlichen, aber auch der höfischen Oper, freilich immer in der Trennung, dass die „großbürgerlich-aristokratischen Patrone“ in den Logen ihren Platz hatten, und im Parkett das bürgerliche Publikum saß oder auch stand, zusammen mit den Plebejern, die manchmal sogar umsonst Eintritt hatten (ebd., 304). So jedenfalls war es in Venedig, aber das

venezianische Beispiel verbreitete sich über ganz Europa, rief allerdings eine aristokratische Reaktion hin zum höfischen Stil hervor. Dennoch: Wie im Shakespeare-Theater so kam auch auf der Opernbühne nichts Geringeres ins Spiel, „als die Erweiterung einer standesgebundenen zu einer nationalen Kultur und eines klassenmäßig beschränkten zu einem universellen Weltbild“ (ebd.). So ließ sich denn auch das Volk in den Bühnenhandlungen nicht aus einer Tradition herausdrängen, die ihren Ursprung in bäuerlichen oder spielmännischen Spielen hatte. Zwar waren Opern von seiten der Aristokratie auch als „Erziehung“ gedacht, als Einfügung in ihre Ideologie (ebd., 309), sie konnte aber das Gegenteil nicht vermeiden: die Stärkung des Selbstbewußtseins des Volkes und damit die unerlässliche subjektive Voraussetzung für die Revolution.

Händel in London: Volksverbundenheit eines „Fürstenknechts“?

So in Frankreich. Anders in England. Dort wurde eine Revolution von französischen Ausmaßen durch eine politische Versöhnung der Klassen vermieden – der oberen natürlich nur; das Volk blieb weiter ausgeschlossen. Dennoch erkämpfte es sich im Laufe des 19. Jahrhunderts sowohl eine Besserung seiner Lebensverhältnisse wie eine bedingte Teilhabe an der Politik, die die Klassengegensätze jedoch nicht aufzuheben vermochte. Es überrascht schon ein wenig, dass Romain Rolland das „freie England“ des 18. Jahrhunderts mit der römischen Republik und den Komponisten und „genialen Improvisator“ Händel mit einem Rhetor in ihr vergleicht. Wie bei den Griechen die agorá, war es bei den Römern das Forum, wo das Volk – griechisch demos, römisch populus – sich, angefeuert durch die Rhetoren, in gegenseitig bildendem Austausch, seiner kollektiven Subjektivität bewusst werden konnte. In England nun war es nach Rolland ganz besonders die Musik dieses „Vorläufers des Sturm und Drang“ (Rolland 1955, 169), die das Volk aufzurütteln vermochte. Mit den Aufführungen seines *Israel in Ägypten* sei Händel in der Zeit der jakobitischen Invasion gar zum „Sprecher der Volksseele“ geworden. Seine Kunst habe sich durch den Jungbrunnen der Volksmusik immer wieder erneuert (222), sie sei für seine Zeit erstaunlich populär gewesen (ebd.). „Was ich unter dem volkstümlichen Charakter der Musik Händels vor allem verstehe, drückt sich“ hebt Rolland hervor, „darin aus, dass sie wirklich für ein ganzes Volk geschaffen wurde und nicht nur für eine Elite von Dilettanten, wie die französische Oper zwischen Lully und Gluck“ (ebd., 223). Mit all dem war auch Händel der „Erziehung“ zur herrschenden Ideologie, die von den Opern und Oratorien ausging, nicht entzogen. Kunstwerke, sowie deren Veranstaltungen wie bei Opern oder Schauspielen, vermögen eben oft beides zugleich zu sein: Instrumente ideologischer Beeinflussung wie auch implizit das Spürbarmachen eines ganz anderen, dem Entgegenstehenden.

Immanente Humanität der Kunst

Ihre Qualität als Kunst haben Kunstwerke nach Schiller nur dann, wenn sie vermittelt über die Sinne in den Menschen das Selbstbewußtsein ihrer Humani-

tät zu stärken vermögen. Es ist, wie dieser philosophierende Dichter in seinen *Briefen über die ästhetische Erziehung*, darlegt, die Macht der Schönheit, die die Individuen von aller einseitigen Bestimmtheit ihrer Lebensrealität abzulösen vermag. Durch sie in einen „ästhetischen Zustand“ universaler Ermöglichung versetzt, kommt es ihnen zu, sich zu einem in sich selbst vollendeten Ganzen frei selbst zu bestimmen (Schiller 1977, 69). Eben diese mit der menschlichen Natur gegebene „innere Notwendigkeit“ der Entfaltung des reichen, weil „einer Totalität der menschlichen Lebensäußerung bedürftige(n) Mensch(en)“ (Marx 1844, 544) stößt in der Wirklichkeit aber auf Beschränkungen, die aus der Empfindung des inneren Ganzen heraus nur dann hingenommen werden können, wenn sie als Momente eines Verwirklichungsprozesses der menschlichen Gattung wahrgenommen werden dürfen, wie Schiller dies als Aufgabe über die Individuen hinaus für die ganze Menschheit zuweilen emphatisch besingt. So eben auch in der *Ode an die Freude*, die eine emotionale Vorwegnahme dessen sein will, was einmal sein soll: eine Brüderlichkeit – und wir fügen hinzu: gleichermaßen auch eine Schwesterlichkeit – der ganzen Menschheit.

Es ist immer eine aus der Begegnung mit der gegebenen Gesellschaft entstandene Bestimmtheit der Gestaltung, in die auf seiten der Kunstwerke die Potentialität universaler Humanität sich kleidet, indem ihr auf Seite der Rezipienten eine ebenfalls gesellschaftlich geprägte *Individualität* entspricht, durch die hindurch in deren Innerstem der Funke gewissermaßen zündet. Das vermochte sich auch noch im 20. Jahrhundert zu ereignen. So in der Liedkunst eines Hanns Eisler, dem es, wie dem ihm eng verbundene Brecht und vielen anderen Künstlern, um die Verhinderung des Faschismus durch eine proletarische Revolution ging. Die stand zwar, wie sich später herausstellte, seit längerem schon nicht mehr auf der Tagesordnung der Geschichte. Hingegen war der durch den revolutionären Willen ermöglichte antifaschistische Kampf ein aus der geschichtlichen Situation erfordertes absolutes humanes Muss. Die Kunst war hier unmittelbar engagiert. Aber auch wenn sie das nicht ist, ist sie darin immer politisch, dass sie jene innerste Intention der menschlichen Natur mit Energie anfüllt, die nach Schiller wahrer Kunstgenuss – jawohl Genuss – mit dem Erreichen des „ästhetischen Zustandes“ zu erreichen vermag, und zwar in dem Maße, wie die Lebenswirklichkeit der Rezipienten schon auf die in ihrer Gegenwart gegebenen Möglichkeiten einer geschichtlich werdenden *Humanität* praktisch gerichtet ist, wie sehr es auch an einem klaren Bewusstsein darüber mangeln mag.

Heiterkeit aus „verruchter Affirmation“? – Adornos Missvergnügen

Wo aber ist von der Realität selbst her noch ein Anspruch auf Humanität zu erspüren, nachdem der Faschismus hatte zur Macht gelangen können und von einer revolutionären Kraft in der Gesellschaft nicht mehr die Rede sein kann? Die Gegenwart im Auge, aber doch auch mit Bezug auf die Jahrhunderte vorher, bemerkt Theodor W. Adorno in seiner *Ästhetischen Theorie*: „Kunst wird human in dem Augenblick, da sie den Dienst kündigt. Unvereinbar ist ihre

Humanität mit jeglicher Ideologie des Dienstes am Menschen. Treue hält sie den Menschen allein durch Inhumanität gegen sie“ (Adorno 1973, 293). Für diesen erbarmungslos human engagierten Kunstanalytiker ist eindeutig: Nachdem die Barbarei mit Auschwitz ihren *Höhepunkt* erreicht hat, wäre es gar nicht mehr erlaubt, wie er eine Zeitlang forderte, noch Gedichte zu schreiben oder sonst Kunst zu produzieren, da selbst in der schonungslosen Aufdeckung des Grauens immer noch irgendwie Lust entsteht. Wahre Kunst, deklariert Adorno, ist gegenüber der Realität niemals deren Affirmation. In Zeiten der Klassik war sie es zwar und rief dadurch Freude und Genuss hervor, aber das war nur ein Schein, hinter dem sich die Obsession gegen alle gesellschaftliche Realität verbarg, musikalisch auffindbar in den Dissonanzen, die sich freilich in der Klassik immer noch in eine vordergründige Harmonie hineinziehen ließen, freilich auch mit einem Hauch von „apparition“ (Adorno 1973, 130, 137), in religionsnaher Sprache von „Epiphanien“ eines „Nichtseienden, als ob es wäre“ (ebd., 128), dem als dem „Geist“ eines jeden Kunstwerks sich dennoch irgendwie eine vage Hoffnung zuweht. Bis Beethoven dann allem versöhnlichen Schein entgegen das Signal zur Moderne setzt, die sich unauflösbar dissonant präsentiert, und nichts weniger hervorzurufen versucht als „Genuss“. Das also war in der Musik die heroische Tat des sich entfesselnden Beethoven, nicht aber schon die des noch gefesselten, namens Händel.

Ernst das Leben, heiter die Kunst – Diese „Platitudo“ des „Hofpoet[en]des deutschen Idealismus“ namens Schiller (Adorno 1974, 147f.) hat nach Adorno heute gründlich ausgespielt. Auch in der Klassik war sie allenfalls ein Neben aspekt. Selbst bei Mozart ist die „Versöhnung“ mit der Realität nur ein Schein, eine Konzession an den Zeitgeschmack, die die hinter ihr hockende Unversöhnlichkeit durchaus durchblicken läßt (Adorno 1973, 265). Allenfalls könne man der Kunst im Ganzen, die nach Schiller in ihrem Wesen Spiel sei, Heiterkeit insofern zusprechen, als aufgrund dessen aus ihr eine „Kritik des tierischen Ernstes“ zu entnehmen sei, „welchen die Realität über die Menschen verhängt“ (Adorno 1974, 149).

Man müsste schon, ist dem entgegenzuhalten, Musik aus der sinnlichen Wahrnehmung, von der sich bekanntlich der Ausdruck Ästhetik herschreibt, herausnehmen, wenn man ganz großen Werken Mozarts und unzähliger seiner Vorgänger Heiterkeit als ein überwältigendes Wesensmerkmal absprechen wollte. Wo sie dies nicht ausdrücklich ist, vermag sie die Menschen doch in eine innere Übereinstimmung zu bringen, in eine Freude von der Art, die Schillers Ode besingt, sei sie auch noch so sehr gleichzeitig von Trauer durchzogen, wie in Bachs Matthäuspassion oder in Mozarts Requiem. Alle diese Werke weisen das auf, was Adorno am meisten hasst, die „verruchte Affirmation“. Warum denn sollten sie nicht? Diese ganze geschichtliche Periode gab in Europa allen Grund zu froher Gestimmtheit, in ihr vollzog sich mit dem Aufstieg des Bürgertums und seiner Produktionsweise, dem Kapitalismus, ein Aufstieg der gesellschaftlichen Realität, der ebenso als unerläßliche *Voraussetzung* für zumindest die Möglichkeit einer freien Menschheit angesehen werden muss wie etwa, nach einem Wort von Friedrich Engels, die antike Sklaverei.

Immer noch Glut unter der Asche in Europas kultureller Malaise

Hat sich das alles aber nicht bestenfalls als Illusion entlarvt? Haben wir nicht vielmehr heute den humanitären *Kladderadatsch*? Nein, den haben wir nicht. Wir haben lediglich eine Vernebelung des Blicks auf die Realität, der auch ein Adorno erlegen ist. Diese Zeit ist keine des Stillstands, sondern die einer ungeheuren Revolutionierung, wie seit dem Neolithikum nicht mehr, mit allen scheußlichen Auswüchsen allerdings, die Revolutionen nun mal mit sich bringen. Dieses Rumorens wird man aber nicht gewahr, wenn man über die tradierte Identifizierung der europäischen Kultur mit der Menschheit nicht hinauskommt. Die hierzulande heute *dominante* Kunst hält sich nur an das, was ihr unmittelbar sinnlich zugänglich ist, und das ist die kulturelle Malaise Europas. Und da nimmt sie etwas wahr, was wirklich so ist. Sehen wir die europäische Kultur als eine lodernde Flamme an, so ist sie, wie Peter Knopp bemerkt, zu einer Glut unter der Asche *herabgebrannt*. Die aber ist noch da. Und es gibt, nach Knopp, Komponisten die in ihr rühren, um sie wieder zum *Aufflammen* zu bringen. Er nennt für den Bereich der Kammermusik u.a. als Namen Isabel Mundry und Helmut Lachenmann.

Es wird aber wohl eines stärkeren revolutionären Windstoßes von außen bedürfen, soll das Feuer wiederum angefacht werden können. Die Flamme, die dann entsteht, wird allerdings nicht mehr die der alten, endgültig vergangenen regionalen Kultur sein können, sondern wird Teil jenes Flammenmeers zu sein haben, in dem sich die erst noch werdende neue Weltkultur ausdrückt. Wir, genauer unsere Enkel, wo nicht gar Urenkel, werden dann auch die Feuerwerksmusik eines Händel wieder – historisch relativiert –, hören dürfen, wie sie seinerzeit gemeint war, als sie in Diensten der gewalttätig Herrschenden doch dem Volk sich zuwandte und zumindest schon einen Funken seines Willens zu humaner Macht wachrief, für dessen Entflammen die Menschheit auch in den zwei, drei Jahrhunderten seither wohl noch wird einiges zu leisten haben.

Literatur

Th. W. Adorno, *Ästhetische Theorie*, Frankfurt am Main 1973

Th. W. Adorno, *Ist die Kunst heiter?* In: *Noten zur Literatur IV*, Frankfurt am Main 1974

Georg Knepler, *Geschichte als Weg zum Musikverständnis*, Leipzig 1977

Peter Knopp, *Entfachte Aschenglut. Über einen Aspekt aktueller Kammermusik*, Vortrag Deutschlandfunk Kultur, 29. 9. 2013

Leo Kofler, *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, 4. Aufl., Neuwied und Berlin 1971

Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844)*, in: MEW, Ergänzungsband 1, Berlin 1968, 465ff.

Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859)*, in: MEW 13, Berlin 1961, 3ff.

Romain Rolland, *Händel*, 2. Aufl., Berlin 1955

Friedrich Schiller, *Über die ästhetische Erziehung des Menschen*, Stuttgart 1977

Kai Köhler

Antikapitalismus im Musikdrama

Richard Wagners „Der Ring des Nibelungen“

Wagners Tetralogie ist ein Sonderfall des Musiktheaters. Allein die Ausmaße des Werks markieren den Anspruch auf Außerordentlichkeit. Drei Abende, dazu ein Vorspiel, das allein die Spieldauer manch anderer Oper übertrifft – die etwa fünfzehn Stunden Musik und Handlung verlangen vom Publikum, sich ganz auf die Welt dieses Werks einzulassen. Sich darauf einzulassen heißt, seine Bedeutung herauszufinden oder es doch wenigstens in bestem Glauben mit Bedeutung zu versehen; und das betrifft auch die Darstellung des Kapitalismus, die sich im Werk findet

Wagner hatte besonders im materiellen Elend seines ersten Pariser Aufenthalts 1840/41 den Opernbetrieb seiner Zeit als profitorientierte Vergnügungsanstalt hassen gelernt und die wohldotierte Position eines königlich-sächsischen Kapellmeisters an der Dresdener Hofoper nach seiner Beteiligung an der 1848er Revolution verloren. In den unmittelbaren Folgejahren entwarf er als Exilant in der Schweiz die Konzeption eines Musikdramas, das im Anschluss an die attische Tragödie eine Veranstaltung des Volkes werden sollte. Stellte die herkömmliche Oper die Virtuosität der Einzelkünste Komposition, Gesang, Tanz und Bühnenbild aus, so sollten diese Bestandteile im Musikdrama zu einer Gefühlseinheit verschmolzen werden. War die herkömmliche Oper das Vergnügen der Reichen, so sollte das Musikdrama die Kunst des Volkes sein. Entsprechend wählte Wagner für seine Tetralogie (wie auch für fast alle anderen seiner Werke) einen deutschen oder zumindest für deutsch erklärten Stoff.

Man muss heute nicht mehr betonen, dass Wagners Kompositionen wie „Lohengrin“, „Tristan und Isolde“ oder „Parsifal“ auf Stoffen eines europäischen Mittelalters beruhen, das von Nationen noch kaum etwas wußte; dass das Nibelungenlied und gar skandinavische Quellen wie die Edda und die Wälsungensage, der Wagner wichtige Motive für seine Konzeption der Tetralogie entnahm, nicht – wie damals als selbstverständlich gesetzt – als deutsch-germanisch zur nationalen Geschichte gehörten.

Trotz völkischer Grundlage konnte „Der Ring des Nibelungen“ offensichtlich keine Volksoper werden. Wagner wollte sie aus dem durchkapitalisierten Opernbetrieb heraushalten und ließ sich zuletzt vom bayrischen König Ludwig II. für die Uraufführung des Gesamtwerks 1876 das Festspielhaus Bayreuth teilfinanzieren. Einen anderen Teil übernahmen die zu diesem Zweck gegründeten (und bis heute fortbestehenden) Richard-Wagner-Vereine, die Geld sammeln und dadurch freien Eintritt garantieren sollten. Am Ende mussten die Besucher doch zahlen. Doch wäre es ohnedies sogar der musikinteressiertesten Dienstmagd unmöglich gewesen, eine gute Woche Urlaub zu nehmen und eine Bahnfahrt nach sowie ein Hotel in Bayreuth zu bezahlen. Die Kunstform Oper war für die

ganze Bevölkerung allenfalls in Großstädten zugänglich, allenfalls für einen Abend und allenfalls für kürzere Werke, die nicht wegen ihrer Spieldauer wie die drei Hauptteile des „Rings“ bereits am späten Nachmittag beginnen mussten.

Das von Wagner gewählte Format schloss also entgegen seiner Absicht den größten Teil der Bevölkerung zunächst aus (und nur sehr widerstrebend gestattete er dem Leipziger Opernintendanten Angelo Neumann 1878 die Übernahme der Musikdramen in den dortigen Repertoirebetrieb, und auch nur, weil die ersten Bayreuther Festspiele mit großem Defizit abgeschlossen hatten und Wagner – wieder einmal – Geld brauchte). Wenn auch die Bevölkerung fehlt, steht doch das Volk vor der Tür. Die vorgeblich nationale Quelle des Stoffs, die Monumentalität der Ausführung, das in vielen Passagen auskomponierte Pathos erleichterten eine völkische Rezeption. Die Bayreuther Festspiele als Machtzentrum förderten diese Lesart. Cosima Wagner als Witwe des Komponisten, der rassistische Ideologe Houston Stewart Chamberlain als ihr Hausideologe, in der folgenden Generation die Hitler-Verehrerin Winifred Wagner als Leiterin der Festspiele bestimmten mindestens bis 1945 die Machtverhältnisse in Bayreuth, und dies im Einklang mit den nationalistischen Überzeugungen einer Mehrheit des deutschen Bürgertums, die auch die Mehrheit der Besucher in den Opernhäusern stellte.

Daneben gab es immer die Minderheit, die den „Ring des Nibelungen“ als Kritik an Kapitalismus und Geldherrschaft verstand. George Bernard Shaw stellte in „The Perfect Wagnerite“ 1898 (deutsch zuerst 1908) den Wagner der 1848er Revolution als Sozialisten vor und begriff das Bergwerk, in dem die Nibelungen schuften müssen, als zeitgenössische Fabrikhölle.¹ Für Thomas Mann war Wagner von einer „revolutionären Umgestaltung“ der bürgerlichen Gesellschaft überzeugt und ist der „Ring“ Resultat dieser Überzeugung.² Joachim Herz brachte die Tetralogie in seiner Leipziger Inszenierung ab 1973 als Analyse von Klassenverhältnissen auf die Bühne. Patrice Chéreau ließ in der von Pierre Boulez dirigierten Bayreuther Inszenierung von 1976 das Personal in Kostümen aus dem 19. Jahrhundert auftreten und zeigte so, dass Wagner den Mythos zur Zeitkritik nutzte – damals zur Empörung des Festspielpublikums.³

Tatsächlich geht es um Antikapitalismus – fragt sich, um welchen. Tatsächlich sieht Shaw den positiven Helden Siegfried als Verkörperung der anarchistischen Ideale Bakunins (und gleichzeitig als „Vorahnung von Nietzsches Übermensch“).⁴ Thomas Mann beruhigt das bürgerliche Publikum in der zi-

¹ Vgl. George Bernard Shaw: Wagner-Brevier. Frankfurt a. M. 1989, S. 51f., S. 39.

² Thomas Mann: Richard Wagner und „Der Ring des Nibelungen“. In: Ders.: Reden und Aufsätze 1, Frankfurt a.M. 1990, S. 502-527, hier S. 511.

³ Die Empörung der Zuschauer über die – verglichen mit manchem heutigen Regieirrsinn – genau gearbeitete und werksnahe Inszenierung ist dokumentiert bei Sven Oliver Müller: Richard Wagner und die Deutschen. Eine Geschichte von Haß und Hingabe. München 2013, S. 221ff.

⁴ Shaw, a.a.O., S. 72; Marx' Theorie fertigt er konsequent in seinem Wagner-Buch als weltfremd ab (S. 138f.).

tierten Festrede zu einer Zürcher Aufführung 1937 mit der Versicherung, Wagner sei kein „eigentlich politischer Mensch“ gewesen und habe „aus seinem Widerwillen gegen das Treiben politischer Parteien nie ein Hehl gemacht“. Vielmehr habe er „sozial-sittlich“ über die bürgerlich-kapitalistische Ordnung hinaus auf eine „von Machtwahn und Geldherrschaft befreite, auf Gerechtigkeit und Liebe gegründete brüderliche Menschenwelt“ gezielt.⁵ Doch ist gerade, wo allgemeine Sittlichkeit von Parteien nichts wissen will, Misstrauen angebracht.

Ein biographisches Herangehen hilft hier nicht. So unstreitig Wagner auf der Seite der Revolution in Dresden an den 1848er Auseinandersetzungen teilgenommen hat und von seinen Überzeugungen auch in den folgenden Jahren, in denen er den „Ring“ ausführte, nicht abgerückt ist – damit ist nur belegt, dass er gegen die bestehende Herrschaft, wie er sie auffasste, protestierte, nicht aber, wofür er war. Geradezu hoffnungslos ist der Versuch, aus seinen Schriften ein konsistentes Weltbild herauszuarbeiten. Wagner wendete sich in unzähligen Formulierungen gegen Geldherrschaft, christlich-repressive Religion und sinnenfeindliche bürgerliche Moral. Aus all den politisch-programmatischen, ästhetischen, autobiographischen oder einfach brieflich-kommunikativen Äußerungen ein geschlossenes, progressives Programm herauszuarbeiten⁶, scheidet nicht nur an der unklaren Begrifflichkeit fast aller dieser Texte. So konsequent Wagner als Komponist seine Ästhetik entwickelte, so taktisch beweglich war er in der Ansprache von Adressaten.

Ebensowenig hilft der Rekurs auf politische Theorie und Philosophie. Der Dresdner Kontakt mit Bakunin und die Lektüre des Frühsozialisten Proudhon haben sicher Spuren im „Ring“ hinterlassen. Möglich ist auch, dass die resignative Philosophie Schopenhauers, die Wagner 1854 kennenlernte, die Gestaltung des Endes im Detail beeinflusste. Doch war die Einheit von Tod und Erlösung im „Ring“ schon zuvor skizziert. Sie findet sich zudem bereits in Wagners vorangegangenen Opern.

Ohnehin ist der politische Gehalt eines Kunstwerks nicht der der Theorien, die ins Werk eingegangen sind, sondern er entsteht erst in der ästhetischen Gestaltung. Diese Gestaltung ist auch bei einem theoretisierenden Künstler wie Wagner selten die von der Theorie vorgegebene. In „Oper und Drama“ (1851) entwarf Wagner seine Konzeption des Musikdramas, das sich von den zuvor komponierten Opern radikal unterscheiden sollte. Statt der Trennung von Musik, Wort und Handlung zielt Wagner auf eine Einheit, die vom Gefühl unmittelbar nachzuvollziehen ist. Musikalische Wendungen sollen mit Lautfolgen und Bedeutungen verschmelzen; Sprache und Klang sollen mit szenischen Eindrücken identisch werden.

All das ist zum Scheitern verurteilt. Dass die Wahrnehmungen verschiedener Sinne, ungestört vom Verstand, zu einem Ganzen verschmelzen, ist angesichts

⁵ Mann, a.a.O., S. 511f.

⁶ So etwa Udo Bembach: *Der Wahn des Gesamtkunstwerks. Richard Wagners politisch-ästhetische Utopie.* Frankfurt a.M. 1994.

einer künstlerischen Aufführung nur für Momente zu haben, doch nicht über 15 Stunden hinweg. Im günstigsten Fall sitzt da ein Hörer, der sich nicht mehr mit der selbstzweckhaften Freude an einer virtuoson Gesangsleistung begnügt, sondern z.B. die Tonfolge, die zu bestimmten Worten erklingt, im Gedächtnis behält und sie später wiedererkennt. Das ist eine Leistung des Verstands. Eine angemessene Rezeption des „Rings“ bedeutet, der Theorie des Komponisten entgegen, eine Intellektualisierung des Hörens und stellt damit eine Frage, auf die zurückzukommen sein wird: die nach dem Verhältnis von Ganzem und Detail.

Die Handlung

In „Das Rheingold“ raubt der Nibelungenzwerg Alberich das Gold, und weil er auf Liebe verzichtet, vermag er aus dem Gold einen Ring zu schmieden, der die Weltherrschaft garantiert. Wotan, das Oberhaupt der Götter, hat sich von den Riesen Fasolt und Fafner die Burg Walhall bauen lassen und diesen zum Lohn die Göttin Freia versprochen, die er aber nicht herauszurücken gedenkt. Weil er durch Verträge herrscht, kann er die Riesen nicht einfach um ihren Lohn pressen. Der Feuergott Loge berichtet Wotan von Alberichs Raub und lenkt ihn auf den Gedanken, die Burg mit dem Gold zu bezahlen. Wotan und Loge fahren hinab in Alberichs Unterwelt, wo der Zwerg mittlerweile die anderen Nibelungen gezwungen hat, für ihn im Bergwerk Gold zu sammeln. Durch List stehlen Wotan und Alberich den angehäuften Schatz, den Ring und einen Tarnhelm, den Alberich seinen Bruder Mime anzufertigen gezwungen hat. Alberich belegt den Ring mit einem Fluch, der sich auch sogleich bewahrheitet: Als sich die Riesen mit dem Diebesgut bezahlen lassen, bricht unter ihnen ein Streit um das Erworbene aus, und Fafner erschlägt seinen Bruder Fasolt.

Die Götter ziehen am Ende dieses „Vorabends“ in Walhall ein. Freilich weiß Wotan, dass ihre Macht verloren wäre, sollte Alberich irgendwann den Ring wiedererlangen. Wotan steht vor der paradoxen Aufgabe, den Ring zu bekommen, ohne die Legalität, auf der sein System beruht, zu verletzen. Die Folgen dieses Versuchs sind in den drei Hauptteilen der Tetralogie geschildert.

Wotan zeugt neun Walküren, die ihm die gefallenen Helden nach Walhall bringen sollen; doch weiß er selber, dass die Helden vor der weltbeherrschenden Kraft des Ringes nicht bestehen könnten. Eher setzt er Hoffnungen auf das heldische Geschwisterpaar Siegmund und Sieglinde, dessen Schicksal das Zentrum von „Die Walküre“ bildet. Als die Geschwister eine inzestuöse Liebesbeziehung eingehen, muss sich allerdings Wotan als Hüter der Moral gegen Siegmund wenden. Siegmund fällt, doch Wotans Lieblingswalküre Brünnhilde rettet die schwangere Sieglinde. Der zürmende Gott bestraft Brünnhilde, doch begreift er die neue Chance: der kommende Held soll frei die Tat begehen, die jedem seiner Gefolgsleute verwehrt bliebe. Brünnhilde wird für diesen Siegfried als Braut vorbereitet, indem sie in Schlaf versenkt und mit einem Feuer umgeben wird, das nur der stärkste Held zu durchschreiten wagt.

Das ist das Ziel des zweiten Abends, „Siegfried“. Sieglinde starb bei der Geburt, und der Titelheld wächst elternlos in einer Höhle des Zwergs Mime auf,

der seine eigenen Pläne mit ihm hat: Siegfried soll Fafner erschlagen, der mithilfe des Tarnhelms die Gestalt eines Drachen angenommen hat. Danach will Mime Siegfried töten, um sich selbst in den Besitz der Beute zu setzen. Der erste Teil gelingt, der zweite nicht: Siegfried tötet zwar den Drachen, erobert den Ring, durchschaut aber Mimes Absicht und schlägt ihn tot. Auf dem Weg zu Brünnhilde tritt Siegfried Wotan entgegen, der als „Wanderer“ die Welt durchstreift und Respekt von Siegfried einfordert. Der menschliche Held aber, der völlig regellos aufwuchs, zerhaut mit seinem Schwert den Speer Wotans, der die Vertragsherrschaft symbolisiert. Wotan hat die Niederlage, die zugleich seinem geheimen Wunsch entspricht: Siegfried agiert tatsächlich unabhängig von ihm.

Siegfried durchschreitet Loges Flammen, findet Brünnhilde und erfährt die große Liebe, wobei freilich nur die Frau die Zusammenhänge kennt. Dies wird Siegfried in der „Götterdämmerung“ zum Verhängnis, als er zu neuen Abenteuern aufbricht. Auch Alberich hat inzwischen einen Sohn gezeugt: Hagen, der in der Menschenwelt am Hof der Gibichungen seine Intrigen spinn. Qua Zauberkraft lässt er Siegfried Brünnhilde vergessen und bewegt ihn dazu, mit dem Tarnhelm die Gestalt des Gibichungen-Königs Gunther anzunehmen und für diesen Brünnhilde ein zweites Mal zu erobern. Dass die gewaltsam an den Königshof geschleppte Brünnhilde die Täuschung durchschaut, nicht aber deren Hintergründe, hat Hagen einkalkuliert. Sie beteiligt sich an einem Komplott, das zur Ermordung Siegfrieds führt. Zu spät begreift sie, dass auch Siegfried getäuscht wurde. Sie nimmt den Ring an sich, gibt ihn den Rheintöchtern zurück und stürzt sich in ein hochaufloderndes Feuer, das zugleich Walhall, wo die Götter seit langem auf ihren Untergang warten, verbrennt.

Klassenordnung und Mythos

In der Handlung geht es offenkundig um die mythische Verdichtung realer Erfahrungen. Offenkundig sind Herrschaft und ihre verschiedenen Ebenen und Techniken ein Thema: durch Vertrag, Moral und eine punktuelle Gewalt, die mit den grundlegenden ideologischen Werten nicht in Widerspruch geraten darf (Wotan), durch Besitz, Tarnung und Gewalt (Alberich). Zu fragen ist zunächst, ob dabei bestimmte Figuren oder Figurengruppen Klassen zugeordnet werden können.⁷

„Walhall ist Wall Street“ – dieses Bonmot des Komponisten-Enkels Wieland Wagner anlässlich seiner Bayreuther „Ring“-Inszenierung von 1965 findet in der Handlung nur zum Teil seine Entsprechung. Wahr ist daran, dass Wotan

⁷ Vgl. Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik: Arbeitsheft 21. Joachim Herz inszeniert Richard Wagners „Ring des Nibelungen“ am Opernhaus Leipzig. I. Teil: Das Rheingold, Die Walküre. Berlin 1980, bes. S. 20ff. Dies ist bis heute der gründlichste Versuch, den „Ring“ mit materialistischen Kriterien zu analysieren, wobei die Beteiligten bei Wagner ein weitaus fortschrittlicheres Gesellschaftsbild finden als dieser Beitrag. Ein neuerer Sammelband: Udo Bermbach (Hg): Alles ist nach seiner Art. Figuren in Richard Wagners „Ring des Nibelungen“. Stuttgart, Weimar 2001, ist ganz auf gattungshistorische und psychologische Fragestellungen beschränkt. Klassenkategorien haben in dieser Wissenschaft keinen Stellenwert mehr.

seine Herrschaft auf bürgerliche Weise durch Verträge gesichert hat und dass sie auf eine Familienmoral angewiesen ist, wie sie das aufsteigende Bürgertum für seine Repräsentation einsetzte. Zwar hält er sich selbst nicht an diese Moral – die Walküren sind ebenso wie Siegmund und Sieglinde außerhalb der Ehe mit der Göttin Fricka gezeugt. Doch erzwingt ebendiese Fricka in der „Walküre“, dass sich Wotan von dem Geschwisterpaar abwendet. Die Wotanskinder mussten kräftig und moralfrei sein, um den Ring zu stehlen; als sie entsprechend moralfrei sich paarten, war die Weltordnung erschüttert und musste Wotan ihrer Vernichtung zustimmen.

Bis hierhin entspricht Wotans Zwickmühle, stehlen zu müssen und nicht stehlen zu dürfen, dem Problem der bürgerlichen Herrschaft, sich durch allgemeinmenschliche Ideale zu legitimieren, die anfallende Gewalt darum qua Ethik erklären zu müssen und manchmal, wo die Erklärung zu dünn ausfällt, Rückzugsmanöver auszuführen. Doch ist Wotan ökonomisch alles andere als ein Kapitalist. Er hat sich zwar, insofern der Klasse entsprechend, die Burg Walhall bauen lassen, ohne bereits über die Bezahlung dafür zu verfügen. Grund war aber, ganz privat und der Geschlechterideologie verhaftet, das Drängen des Eheweibs Fricka, dass der allzu umherschweifende Mann sich ein Heim bauen möge.⁸

Investiert wird nichts, ökonomischer Gewinn fällt nicht an. Die Götterherrschaft beruht nur auf der Rechtsordnung, die sie gefährdet. Nebengötter wie Donner, die die Probleme durch Gewalt lösen wollen, treten nur im „Rheingold“ (und musikalisch im Vorspiel zur „Walküre“) auf und werden schnell auf ihren minderen Rang verwiesen.

Eine Zwischenstellung nehmen die Riesen ein, die zuerst wie das Proletariat erscheinen, indem sie Walhall erbauen. Doch schnell zerfällt die Einheit der Brüder: Fasolt will die Göttin Freia für sich und zielt auf sinnlichen Genuss, liebt sie vielleicht wirklich – Fafner, der zunächst bereit gewesen wäre zurückzutreten, will bei der Verteilung der Beute den größeren Teil und vor allem den Ring. Mit Reichtum und Weltherrschaft vermag er allerdings nichts anzufangen. Mithilfe des Tarnhelms verschafft er sich die abschreckende Drachengestalt, die es ihm erlaubt, den Besitz zu verteidigen. „Ich lieg und besitz / – laßt mich, schlafen“ (696), verkündet er gähnend kurz vor seinem Tod in „Siegfried“. Der Schatz trägt keine Zinsen, Fafner wirkt wie eine Karikatur eines die Grundrente verzehrenden Adels. Freilich hatte diese Klasse zu Wagners Zeit auch in Deutschland längst schon gelernt, sich an den Kapitalismus anzupassen.

Am einfachsten scheint Alberich zuzuordnen. Vom Entschluss an, das Rheingold zu rauben, wirkt sein Handeln wie die kapitalistische Praxis ohne ideologische Beschönigungen. Der Verzicht auf Liebe fällt ihm leicht, da er – wenigstens aus Sicht der Rheintöchter – ohnehin zu hässlich ist. Pragmatisch überlegt er: „Erzwäng / ich nicht Liebe, / doch listig erzwäng‘ ich mir Lust?“ (534)

⁸ Vgl. Richard Wagner: Die Musikdramen. München 1978, S. 536f.; Nachweise nach dieser Ausgabe mit Seitenangabe im Haupttext.

Während die Götterwelt, bei durchaus unordentlicher Lebensweise, doch das Eheprinzip hochhält, bekennt sich Alberich zur Prostitution.

In der dritten Szene von „Rheingold“ wird dann deutlich, wie eine von Alberich beherrschte Welt aussieht. Schon die Verwandlungsmusik, zu der Wotan und Loge zwecks Ringraub in sein Bergwerk hinabsteigen, lässt keinen Zweifel daran, dass es sich um eine Fabrik handelt: für einige Momente unterbricht monoton klirrendes Hämmern den Fortgang der Musik; zwar immerhin im Rhythmus des Leitmotivs, das für die Nibelungen steht, aber immerhin eine Verdrängung von Musik durch Lärm, die für die Entstehungszeit des Werkes ganz außerordentlich ist.

In Alberichs Unterwelt herrschen denn auch schlimmste Arbeitsbedingungen. Durch Schläge werden die anderen Zwerge dazu gezwungen, das Gold zusammenzuraffen, mit dem Alberich in Zukunft die Welt beherrschen will. Die klangliche Modernität hat Interpreten dazu verführt, in dieser Szene eine Anklage gegen den Frühindustrialismus zu sehen. Doch ist gemessen daran Alberichs Methode, die Nibelungen zur Arbeit zu zwingen, archaisch. Er beschäftigt nicht freie Lohnarbeiter, sondern prügelt Sklaven.

Man sollte den Widerspruch nicht auflösen. Zum einen ist der freie Lohnarbeiter dem Zwang unterworfen, seine Arbeitskraft zu verkaufen, und lebte er darum unter zeitgenössischen Umständen nicht viel besser als ein Sklave, so dass ein naiver Kritiker der Verhältnisse den rechtlichen Fortschritt übersehen konnte. Zum anderen wird hier zum Problem, mit den Mitteln des überkommenen Mythos moderne Verhältnisse zu erfassen. Ein Mythos, der die Zeiten überdauert hat, bietet künstlerisch den Vorteil, komplexe Verhältnisse in einprägsame Bilder oder Szenen zu bannen. Der Nachteil besteht in der Gefahr, dass gegenüber dem Dauernden das Neue verloren geht.

Doch geht im Mythenmotiv des Tarnhelms auch ein Moment ins Werk ein, das in die Zukunft vorausgreift und erst heute real wird. Der Tarnhelm kann seinem Träger jede beliebige Gestalt verschaffen oder ihn unsichtbar machen. Letztere Funktion würde es Alberich erlauben, selber ungesehen jeden Nibelungen bei seiner Goldsuche zu überwachen, das heißt potenziell allgegenwärtig zu sein und auf diese Weise jeden Schlendrian verhindern zu können. Die Vervielfältigung der Macht ist im Werk nicht durchgeführt und wäre auch szenisch problematisch (weil Unsichtbarkeit im Theater nur mittelbar zu spielen möglich ist). Sie verweist aber auf eine der interessantesten und modernsten Figuren im „Ring“, Alberichs Bruder Mime, der seine Falschheit schon in seinem Namen vor sich herträgt.

Antisemitismus

Mime ist in „Rheingold“ ein Handwerksmeister mit außerordentlichen technischen und mit minderen geistigen Fähigkeiten. Er kann den Tarnhelm schmieden, versteht aber nicht dessen Funktion – beschränktes Spezialistentum also, das auch gleich bestraft wird, indem der unsichtbar gewordene Alberich ihn prügelt.

Auch in „Siegfried“ ist Mime derjenige, der sich mit einer beschränkten Schläue in Lagen bringt, die ihm schaden. Glaubte man ihm aber in „Rheingold“ noch,

ein Opfer seines Bruders zu sein, so erscheint er nun als Täter. Er kümmert sich zu dem einzigen Zweck um Siegfried, dass der für ihn den Ring stiehlt. In einer Art von groteskem Wiegenlied plärrt er dem Zögling immer wieder dieses eigennützige Verdienst ins Ohr: „Als zullendes Kind / zog ich dich auf“ (665). Der Mime des „Siegfried“ hat, indem er für Siegfried auch die Stelle der Mutter einnimmt, als einzige Figur der Tetralogie keine eindeutige Geschlechtsidentität, was hier im Kontrast zu dem fröhlichen Naturburschen Siegfried als defizitär gilt.

Mehr noch: Der technische Spezialist Mime wird in „Siegfried“ auf seinem ureigensten Feld gedemütigt. Es geht im ersten Aufzug unter anderem darum, das von Wotan in Stücke zerschlagene Schwert von Siegfrieds Vater Siegmund wieder zusammenzuschweißen. Mimes Versuche scheitern. Dagegen gelingt es dem Laien Siegfried, das väterliche Schwert auf unkonventionelle Art wiederherzustellen. Mag seine Methode kulturhistorisch technisch auf der Höhe der Zeit sein⁹ – werkimmanent, aus Sicht des konservativen Mime, ist es revolutionär, wenn Siegfried die Teile des Schwerts zerspält, um aus dem geschmolzenen Metall das neue Schwert zu schmieden.

Mime ist mehrfach als Judenkarikatur interpretiert worden. Das ist nicht über den üblen Gegensatz von (positivem) schaffendem versus (negativem) raffendem Kapital möglich, denn schaffendes Kapital kommt im „Ring“ nicht vor, und gerafft wird nirgends über Kredit und Zins und Wucher, sondern bühnen-tauglich sichtbar stets durch Gewalt. Antisemitischen Stereotypen entspricht Mime aber über eine defizitäre Männlichkeit – musikalisch kein Heldentenor, sondern eine karikiert hohe Stimme; über den Kontrast zwischen einer im besten Falle Konservierung der bestehenden Kultur und Siegfrieds Fähigkeit, das Neue zu tun; einer Geschwätzigkeit, welche die Lüge nur notdürftig verbirgt.

Ihren Höhepunkt findet die Karikatur, wenn die Brüder Mime und Alberich in einem scherzohaften Zwischenspiel sich keifend gegenseitig beschuldigen und Anspruch auf den Ring erheben. Dies wirkt wie das Klischee von der Judenschule, an der es angeblich denkbar unordentlich zugeht. Hier schlägt die antisemitische Ideologie Wagners durch, der nicht nur 1850 eine Streitschrift gegen „Das Judentum in der Musik“ anonym publizierte, sondern 1869, nun mit Verfasserennung, eine erweiterte Fassung vorlegte. Man kann musikalisch argumentieren, dass dies in den „Ring“-Musikdramen nur ein Einsprengsel ist und Alberich sowie später sein Sohn Hagen auch Passagen singen, die die Würde der Personen nicht beschädigen; dass Wotans gemütvoller Kommentar: „Alles ist von seiner Art: / an ihr wirst du nichts ändern“ (697) zwar Rassengrenzen akzentuiert, jedoch andernorts musikalisch unterlaufen ist.

Der Musik Alberichs entgegen können jedoch gerade jene Personen, die dem modernen Kapitalismus am nächsten stehen, am ehesten antisemitisch aufgefasst werden. Ein entsprechend eingestelltes Publikum, wie es die Mehrheit in Bayreuth bis mindestens 1945 war, dürfte sich von keiner Werklogik irritieren

⁹ So der Hinweis von Joachim Herz, in: Akademie, a.a.O., S. 30.

lassen. Als Siegfried den Drachen Fafner erschlagen hat und, von Blut bespritzt, fähig wird, das eigentlich Gemeinte hinter dem Gesagten zu verstehen, da plaudert Mime unfreiwillig aus, dass sich hinter seiner angeblichen Fürsorge die böse Absicht versteckt, Siegfried zu töten. Es ist eine der Bühnenwirksamsten Szenen der ganzen Tetralogie: wie einmal Heuchelei hörbar wird, zur Irritation des Heuchlers; und wie jeder Versuch, das Gemeinte zu vertuschen, doch dazu führt, dass die Wahrheit noch einmal betont wird. Doch ist dieses gesellschaftlich fast Allgemeine hier eben der antisemitisch diffamierten Zwergenrasse zugeschoben und schlägt dann zur emotionalen Zufriedenheit des Zuschauers der unkomplizierte Held Siegfried den Lügner tot.¹⁰

Es ist hier und für die Kapitalismuskritik im „Ring“ weniger interessant, dass auch die Identifikationsfigur Siegfried zum Scheitern verurteilt ist. Als freier Mensch soll er für Wotan den Ring beschaffen, ohne seine Aufgabe zu kennen – ein unlösbarer Widerspruch. Er muss der furchtlos dreinschlagende Anarch sein, der eben wegen seiner Eindimensionalität den Intrigen Alberich-Hagens schutzlos ausgeliefert ist. Und auch die Liebe, als Gegenmotiv zu dem Ring, der die Macht bedeutet, trägt den weltbedrohenden Egoismus in sich. Brünnhilde weigert sich im ersten Aufzug der „Götterdämmerung“, den Ring den Rheintöchtern zurückzugeben. Als Geschenk Siegfrieds ist er für sie das Symbol ihrer Liebe; so vertut sie die Chance, den umfassenden Untergang abzuwenden.

In solchen Konstellationen siegt der Dramatiker Wagner, der die Probleme seiner Figuren konsequent durchführt, über den Ideologen, der eine außergesellschaftliche Liebe der großen, freien Individuen herbeiphantasiert. Der Komponist aber stattet die problematischen Figuren mit einer Musik aus, die die Probleme überdeckt und zur Identifikation mit Größenphantasien einlädt, auch mit der Größe im Untergang.¹¹

Die musikalische Zeit

Dies verweist auf die Bedeutung der Komposition. Die bisherige Argumentation war fast ausschließlich an der Handlung orientiert – fast als wäre der „Ring des Nibelungen“ ‚nur‘ ein Theaterstück. Musik wäre natürlich unabdingbar, weil das mythisch Grobe mancher Figurenzeichnungen auch im damaligen Sprechtheater lächerlich gewirkt hätte. Doch ist der Blick auf den

¹⁰ Bereits Theodor W. Adorno: Versuch über Wagner, in: Ders.: Gesammelte Schriften 13. Frankfurt a.M. 1971, S. 7-148, hier S. 21f., hat Mime als Judenkarikatur interpretiert. Adornos Schrift ist bis heute unverzichtbare Grundlage einer ideologiekritischen Wagner-Forschung. Aus der reichhaltigen Literatur zum Antisemitismus bei Wagner und in dessen Figurengestaltung vgl. auch Paul Lawrence Rose: Richard Wagner und der Antisemitismus. Zürich 1999, sowie Marc A. Weiner: Antisemitische Fantasien. Die Musikdramen Richard Wagners. Gegenargumente bei Hermann Danuser: Universalität oder Partikularität? Zur Frage antisemitischer Charakterzeichnung in Wagners Werk. In: Dieter Borchmeyer, Ami Maayani, Susanne Will (Hg.): Richard Wagner und die Juden. Stuttgart, Weimar 2000, S. 79-102.

¹¹ Die Ambivalenz von Handlungslogik, Szene und Musik ließe sich, wozu hier der Raum fehlt, auch anhand der Natur aufzeigen, die in der Tetralogie einen zentralen Platz beansprucht.

„Ring“ als Musiktheater aus mehreren Gründen unabdingbar. Zum einen ist Wagners Konzeption tatsächlich insofern moderner als die vorangegangene Oper: Im angestrebten Gesamtkunstwerk soll jeder einzelne Beitrag nur in Hinsicht auf das Ganze zählen, wird also die Arbeitsteilung auf die Spitze getrieben. Das gilt auch für den Orchesterklang¹², der zumeist auf die Verschmelzung von Klangfarben abzielt und das individuelle Spiel höchstens im Falle von Fehlern, nicht aber beim Gelingen wahrnehmbar macht. Was der Hörer als unmittelbares Gefühl erleben soll, ist auf der Ebene der Produktion Resultat eines gegenüber dem Opernbetrieb, wie Wagner ihn vorfand, sogar noch zugespitzten Intellektualismus.

Auch auf der Werkebene führt die musikalische Dimension im Falle angemessener Wahrnehmung nur über den Verstand zum Gefühl. Das zeigt der Einsatz der „Leitmotive“, die Personen, Dinge oder Situationen bezeichnen. Entsprechende Listen wurden nachträglich erstellt, mit Billigung Wagners. Doch nach seiner ursprünglichen Konzeption in „Oper und Drama“ sollte eine Abfolge von Tönen, die zu bestimmten Worten in einer bestimmten Situation erklingen war, einen Gefühlswert annehmen und beim Wiedererscheinen abrufen.

Einen Gefühlswert abzurufen heißt indessen, das Gefühl zu denken. Das Leitmotiv führt zur musikalisch-szenischen Präzision. Man kann das gegenüber der Moderne kritisch wenden, mit der Bemerkung, dass die Personen ihre musikalischen Motive wie ein Werbebanner vor sich hertrügen.¹³ Das gilt denn auch für einige fanfarenartige Wendungen wie das Siegfried- oder das Schwert-Motiv. Doch stehen insgesamt die Motive nicht so isoliert gegeneinander wie Adidas und Nike. Vielmehr gehen sie ineinander über oder sind sie doch so eingesetzt, dass sie den gesungenen Inhalt infragestellen.¹⁴

Zwei Beispiele: Das Motiv der Nibelungen hat einen markanten Rhythmus, der scheinbar unmotiviert im Vorspiel zum zweiten Aufzug der „Walküre“ wiederholt wird. Aus diesem Rhythmus geht dann aber das Walkürenmotiv hervor, das Wotans Lieblingstochter Brünnhilde bezeichnet wie auch die ganze Gruppe der Töchter, die die toten Helden einsammeln. Es ist blutige Schreckensarbeit, und zwar so sinnlos wie das Tun der von Alberich gezwungenen Nibelungen. Wotan mag eine Armee von Kämpfern aufstellen – doch bekommt Alberich, wenn er den Ring zurückerhält, auch die Verfügung über die Welt und damit auch über die toten Helden, die ihn abwehren sollen.

Zentral ist das „Entsagungsmotiv“, das die Rheintöchter verkünden. Das natürliche Rheingold zum Ring der Herrschaft verwandeln könne nur, „wer der Minne Macht versagt“ (533) – so singen sie, als sie noch nicht glauben, dass dies Alberich wirklich tun könnte. Das Motiv gehört aber nicht nur zu dem bösen Zwerg, sondern auch zu den Göttern. Bereits in der zweiten Szene des „Rheingold“ prägt

¹² Vgl. dazu Adorno, a.a.O., S. 68ff.

¹³ So Adorno, ebd., S. 29.

¹⁴ Vgl. Carl Dahlhaus: Wagners Konzeption des musikalischen Dramas. In: Ders.: Gesammelte Schriften 7. Laaber 2004, S. 11-140, hier S. 85ff.

ebendiese Tonfolge den Auftritt von Wotan, der Freia den Riesen versprochen hat, um die Burg Walhall zu bezahlen. Die scharfe Trennung der Arten, die Wotan als Wanderer gegen die Judenkarikaturen in „Siegfried“ zu singen hat, scheint hier durch eine Kommentarfunktion der Musik vorab dementiert. An solchen Stellen möchte man glauben, dass die Tetralogie eine Vorform des epischen Theaters ist.

Dem entspricht der Umgang mit der Zeit. Wagner zielt, wie gezeigt, auf Gegenwartigkeit, indem jede Tonfolge bei ihrem ersten Erklingen mit einer konkreten Bühnenerscheinung, häufig auch mit einem Text verknüpft ist. Nun ist dieses Prinzip auf zweifache Art durchbrochen. Zum einen gibt es Vorausdeutungen wie das Schwert-Motiv, das am Ende des „Rheingold“ erklingt und auf Wotans Handlungen im folgenden Teil verweist, oder das Siegfried-Motiv, das am Schluss der „Walküre“ die Absichten Wotans und Brünnhildes bezeichnet. Die musikalische Ebene verrät die Gedanken der Figuren – hier: Wotans Pläne – und schafft so in gewissem Maße eine Distanz; in gewissen Maße, weil sie, bei aller Modernität im Detail, klanglich mit Blechfanfare und Streichergesang auf etablierte Klischees zurückgreift und diese zu einem Pathos übersteigert, das die bürgerliche Hörerschaft, deren Wendung zum Imperialismus bald nach der Uraufführung der Tetralogie 1876 einsetzt, zur Identifikation einlädt.

Zum anderen gibt es von der „Walküre“ an umfangreiche und dramaturgisch nicht immer zwingend begründete Dialogstellen, in denen das Vorangegangene nacherzählt wird. Dadurch werden zwar die reichhaltig erklingenden Leit-motive der Hörerschaft eingepägt, die auf diese Weise eine deutlichere Verbindung zwischen vielen Tonfolgen und einem konkreten Inhalt herzustellen vermag als in den anderen drei Bühnenwerken, die Wagner nach seiner Konzeption des Musikdramas komponiert hat – „Tristan und Isolde“, „Die Meistersinger von Nürnberg“, „Parsifal“ sind verglichen mit dem „Ring“ auf der musikalischen Ebene weitaus schwieriger mit Elementen der Handlung zu verknüpfen. Diese Deutlichkeit mittels Wiederholung im „Ring“ ist freilich erkaufte mit einer Potenzierung der Zeitebenen.

Was heißt das? Werkgenetisch bedeutete die musikdramatische Forderung, alles einmal gegenwärtig gehabt zu haben, dass sich an den zunächst konzipierten Schlussteil „Siegfrieds Tod“ – jetzt also die „Götterdämmerung“ – wie an jeden Teil der Vorgeschichte notwendig ein noch früherer anlagerte. Für das fertige Werk bedeutet es umgekehrt, dass die späteren Teile von den früheren okkupiert werden. Alles, was geschieht, ist vorherbestimmt. Der bewusste Hörer der „Götterdämmerung“ erlebt das Geschehen nur noch wie eine Erinnerung. Das erzeugt den Eindruck von Notwendigkeit und Pathos, der nun nicht mehr durch das unmittelbar Geschehene oder Gehörte, sondern reflexiv durch die Evidenz des Unausweichlichen entsteht.

Darum können die beiden positiven Hauptfiguren mögliche Auswege ablehnen, ohne dass dies den Gesamteindruck störte. Die wohlinformierte, doch auf ihre Liebe fixierte Brünnhilde behält im ersten Aufzug der „Götterdämmerung“ den Ring; der ganz unwissende Siegfried wäre im dritten Aufzug sogar bereit, ihn den Rheintöchtern zu schenken, was die aber entgegen der Handlungslogik

ablehnen, weil eben Siegfried nicht wüsste, was er tut. Die tragischen Folgen sind unausweichlich; Brünnhilde wird nach ihrem Fehler von Siegfried in der Tarnhelm-Maske Gunthers entführt, Siegfried dann von Hagen getötet.

Die Musik verbietet gerade dem mitdenkenden Hörer die Frage: Warum sind die so dumm? Vom Ende zurück an den Anfang. Das Vorspiel zum „Rheingold“ wurde vielfach sowohl als Naturmusik wie auch als Entstehung der Welt gedeutet. Wirklich erlaubt der zunächst diffuse Klangeindruck in den dunkelsten Registern des Orchesters, aus dem sich erst allmählich identifizierbare musikalische Motive herauschälen, sowohl die Interpretation, dass da etwas fließt, was durch den Titel des Vorabends bereits als der deutsch-urtümliche Strom Rhein bezeichnet ist, als auch den Eindruck, dass aus etwas nicht Fassbarem eine Welt entstehe.

Die Pointe ist allerdings, dass in dieser Ursuppe die Rheintöchter herumswimmen, die eine feste (und, wie uns die Musik zeigt: fragwürdige) Abstufung der Arten im Kopf haben und nur leider das Selbstbewusstsein der Natur, dass sie durch Liebesentsagung gefährdet sei, unzureichend verinnerlicht haben. Auch hat Wotan bereits vor diesem Beginn seine Vertragsherrschaft begonnen und dabei ebenfalls die Natur gestört und ausgebeutet. Hier liegt ein dramaturgisches Problem, das auch eines der subjektiv aufrichtigen Kritik Wagners an der Herrschaft des Goldes und des Rings ist, der in Alberichs Hand das Gold vervielfachen kann. Ausgerechnet der Anfang von Wotans Herrschaft, die in jedem Teil der Tetralogie eindringlicher als dem historischen Verfall ausgesetzt erscheint, wird nie gezeigt. Erst in einer Nornen-Erzählung ganz am Beginn der „Götterdämmerung“ ist der Vorgang, der als einziger nie szenische Gegenwärtigkeit erlangt, nachgeliefert.

Das Verhältnis von musikalischer Gegenwart, szenischer Präsenz und Handlungslogik ist im „Ring“ grundsätzlich spannungsvoll, und zwar derart, dass eine bruchlose Auflösung nicht möglich ist. Und genau dies führt zur Kritik an dem Geschichtsbild in der Tetralogie, die auch eine Kritik ihrer Variante des Antikapitalismus ist.

Politisch beschränkter Antikapitalismus

„Der Ring des Nibelungen“ zeigt ökonomische Vorgänge nur sehr skizzenhaft. Nun ist dies auf der Bühne ohnehin nur schwer möglich, und sogar ein auf Wirtschaft bezogenes Theaterstück wie „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“ des Marxisten Brecht hat falsche Ideologien über die Beseitigung des Übels als zentrales Thema. Wagner unterscheidet sich von Brecht bei seiner Anklage von Herrschaft nicht in seiner Konzentration auf Politik, sondern darin, dass er nicht der falschen Politik eine richtige gegenüberstellt. Vielmehr ist für ihn Politik überhaupt das Übel – sei es Alberichs unvermittelte Gewalt, sei es Wotans Vertragssystem.

Seine Sehnsucht richtet sich deshalb auf einen Urzustand vor jeder Zerspaltung. Selbstverständlich ist ein solcher Zustand für einen Künstler bereits des 19. Jahrhunderts weder denkbar noch gestaltbar. Vielmehr führt der als kunstrevo-

lutionär ausgegebene Versuch, die musikalische Oberschichtsgattung Oper mit all ihrem Spezialistentum und ihrer Geschäftsorientierung zu überwinden, zu der noch arbeitsteiligeren und zuschussbedürftigeren Gattung Musikdrama.

Diese Gattung führt potentiell zu einem neuen Zeitbegriff, das heißt auch: einem Geschichtsbild, das sich von dem der früheren Opern unterscheidet. Dieser Zeitbegriff ist in dem „Ring“ als Gründungswerk der Gattung reiner entfaltet als in späteren Konzeptionen Wagners und dann anderer Komponisten, die wieder Opernmomente ins Musikdrama integrieren. Es handelt sich um das Paradox einer reflexiven Unmittelbarkeit, bei der das Wiedererscheinen von Motiven, die ehemals Gegenwartsstatus hatten, zwar gegenwärtige Gefühle und Gedanken auslöst. Doch zielt all dies darauf, das spätere Bühnengeschehen mit dem Attribut des Unausweichlichen auszustatten.

Dabei ist nicht der Gedanke problematisch, dass das Vergangene gegenwärtige Abläufe bestimmt, und nicht einmal die Darstellung von Unausweichlichem, die sich seit der attischen Tragödie als ästhetisch wirksam erwiesen hat und tatsächlich von bestimmten Punkten eines Geschehens an realistisch ist. Vielmehr wird die punktuelle Kritik an Einzelphänomenen des Kapitalismus dadurch reaktionär ausdeutbar, dass sie an den Gedanken des Verzichts geknüpft ist.

Vor allem Wotan ist, vom zweiten Aufzug der „Walküre“ an, Protagonist des Verzichts. Nachdem er begriffen hat, dass sein Plan mit Siegmund zum Scheitern verurteilt ist, will er trotz gelegentlichen Aufbäumens nur noch „das Ende“ (616). Negatives Gegenbild ist die Brünnhilde des ersten Aufzugs der „Götterdämmerung“, die ein nicht katastrophales Ende verhindert, indem sie ‚egoistisch‘ den Verzicht verweigert. Nun besteht gerade der Zugewinn durchs bürgerliche Zeitalter in der Konzeption eines Individuums, das etwas will, und brächte die Überwindung dieser Epoche gerade die Umdeutung dieses Wollens ins Gesellschaftstaugliche.

Wagner dagegen komponiert die Vergeblichkeit, indem er auf der Handlungsebene individuelles Wollen als verwerflich zeigt, auf der musikalischen Ebene Geschichte in Reflektion auflöst. Es bleibt dann eine Sehnsucht nach dem Ur-tümlichen, die für die tatsächliche deutsche Rezeption mindestens bis 1945 in all den mehrheitsfähigen mythisch-nationalen, antisemitischen, sich gewaltbereit am klanglichen Pathos berausenden Hör- und Sehweisen manifestiert hat – eine ganz moderne Sehnsucht nach dem Undifferenzierten.

Diese primitive Lösung tut dem weitaus differenzierteren Werk Gewalt an und ist dennoch in ihm begründet. Der auskomponierte Verzicht zugunsten des Spiels der Rheintöchter, die sich am Ende freuen dürfen, ist der Verzicht auf jede Frage, zu wessen Nachteil der Kapitalismus agiert und wie – und zu wessen Gunsten – seine Vorteile zu wenden wären. Stattdessen hat Wagner mit seiner Tetralogie das Paradox eines revolutionären Konformismus auf die Bühne gebracht.

Frank Schneider

Komponisten aller Länder, vereinigt euch!

Formen der Selbsthilfe am Beginn der musikalischen Moderne*

Man kann wohl sicher sein, dass der titelgebende Appell – eine Parodie des berühmten Schlusssatzes aus dem „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels – in dieser Form bislang weder gedacht noch gesagt worden ist. Es wäre gewiss eine unsinnige Provokation, wenn er als Wegweiser in die Zukunft dieses edlen und überwiegend unrevolutionären, aber mittlerweile durchaus auch in Vereinen und Verbänden organisierten Berufszweiges empfohlen würde. Hingegen erfasst der griffige Slogan ziemlich präzise eine Stimmung und Vorstellung unter zahlreichen Komponisten vor etwa hundert Jahren, die ihnen nicht etwa ein Weltgeist des Kommunismus zugehaucht hat, sondern die einer mehr oder weniger klaren Einsicht in spürbare Veränderungen ihrer beruflichen Funktion und sozialen Lage entstammen.

Umbruchzeit

In der Wendezeit zum 20. Jahrhundert häuften sich vor allem für die innovativen Kräfte unter ihnen die Schwierigkeiten für eine qualitativ wie quantitativ angemessene öffentliche Präsenz ihrer neuen Musik. Einerseits wurden sie durch die auf Klassik und Romantik fixierte Kanonisierung des Konzert- und Opern-Repertoires zunehmend an den Rand der interpretatorischen und rezeptiven Aufmerksamkeit gedrängt. Andererseits konnte die ständige Präsenz älterer, genialer Gipfelleistungen die eigene Produktivität sehr lähmen, zumal sie meist im kritischen Vergleich nur selten Gnade fand. Schließlich wurden vielen Anhängern einer avancierten Kreativität generell die ästhetischen Usancen und utilitären Rituale des bürgerlichen Musikbetriebs zum Problem, so dass sie freiwillig nach neuen spezifischen Darbietungsformen für ihre Kunst zu suchen begannen. Allenthalben strebten auch die Komponisten danach, ihrer traditionellen künstlerischen Isoliertheit – oft auch existentiellen Einsamkeit – zu entkommen und nach Verbündeten für einen Prozess notwendiger Selbsthilfe zu trachten, die ihrer drohenden gesellschaftlichen Marginalisierung entgegenwirken konnte.

Derartige Sezessionen im Interesse neuer Musik sind europaweit und auch in den beiden Teilen Amerikas nach 1900 zu beobachten, wo meist in den Zentren des professionellen Musiklebens neue kommunikative Strukturen entstanden – mit der übereinstimmenden Tendenz, innovative Ideen und Personen zur Geltung zu bringen – aber natürlich in denkbar unterschiedlichen Formen und Be-

* Das Manuskript basiert auf einem Vortrag zum Symposium „Arnold Schönberg. Max Reger und der Verein für musikalische Privataufführungen“, Wien, Oktober 2012, Arnold-Schönberg-Center.

strebungen im einzelnen. Solche Interessen-Gemeinschaften konnten aus dem Bündnis von Lehrern und Schülern hervorgehen, wie etwa im Falle des Wiener Schönberg-Kreises, aber auch anderswo, wie in München bei Ludwig Thuille oder Max Reger, in Berlin bei Ferruccio Busoni, in Paris bei Gabriel Fauré oder später Nadja Boulanger, in Antwerpen bei Paul Gilson oder in Budapest bei der Verbindung Hans Koesslers mit seinem großen Schülerkreis. Oft waren es auch Interpreten, die gezielt neue Musik fördern wollten und dafür einen Kreis von Komponisten um sich scharten, denen sie günstigste Aufführungsbedingungen ermöglichten – um etwa beispielsweise nur an die Dirigenten Willem Mengelberg und Ernest Ansermet oder den Dresdner Pianisten Paul Aron zu denken. Andere Komponisten schlossen sich interdisziplinären Gruppierungen wie in Berlin dem „Sturm“-Kreis oder später der „Novembergruppe“, den italienischen und russischen Futuristen, den diversen „Dada“-Kreisen oder in Chile der Gruppe „Los diez“ und in Brasilien der „Semana de Arte moderna“ an. Die diversen Bewegungen, Gesellschaften und Vereine, die vor allem von Komponisten initiiert wurden und ausschließlich der Förderung moderner Musik dienen sollten, waren in den verschiedenen Ländern natürlich auch sehr unterschiedlich motiviert und organisiert – aber wie immer man ihren Nutzen und ihre Effizienz im einzelnen bewertet: keine reicht im Hinblick darauf an Arnold Schönbergs Wiener Privatverein der Jahre 1918-21 heran – dieser bis dahin gewiss radikalsten, originellsten und musikgeschichtlich spektakulärsten Unternehmung kompositorischer Selbsthilfe.

Schönbergs „Wiener Privatverein“

Am 1. Juli 1918 berichtete Alban Berg seiner Frau von Arnold Schönbergs „herrlicher Idee, in der nächsten Saison wieder einen Verein zu gründen, der es sich zur Aufgabe macht, Musikwerke aus der Zeit Mahlers bis jetzt seinen Mitgliedern allwöchentlich vorzuführen, eventuell auch öfters als einmal dasselbe Werk, wenn es schwer ist“.¹ Schönberg hatte seine Vorstellungen von notwendigen Alternativen zu den etablierten Formen des Konzertwesens allerdings schon früher, 1904, noch vor seinen eigentlichen Skandalkonzerten, zu realisieren versucht, als er, enttäuscht vom musikalischen Engagement des sogenannten „Ansortge-Vereins“, zusammen mit seinem Schwager Alexander Zemlinsky eine allerdings nur kurzlebige „Vereinigung schaffender Tonkünstler“ mit Gustav Mahler als Präsidenten gründete. Damals bezweckte er, „der Musik der Gegenwart in Wien eine ständige Pflegestätte zu bereiten, das Publikum in fortlaufender Kenntnis über den jeweiligen Stand des musikalischen Schaffens zu halten. Um den Schwierigkeiten und Hindernissen, gegen welche das Neue in der Musik immer zu kämpfen hatte, wirksam zu begegnen“², forderte Schönberg „Aufführungen, welche eine außerordentlich genaue und streng in den Intentionen des Komponisten gehaltene Vorbereitung

¹ Alban Berg, zit. nach: Briefe an seine Frau, München/Wien 1965.

² Arnold Schönberg, zit. nach: Gedenkausstellung 1974 (Redaktion Ernst Hillmar), Wien 1974, S. 71.

erheischen“.³ Nun, nach Ende des Ersten Weltkrieges und unmittelbar während der Tage, da sich Österreich als Republik konstituierte, hielt er die Gelegenheit für günstig, mit einer neuerlichen Vereinsgründung unter verschärften Prinzipien ein praktisches Beispiel dafür zu liefern, wie er sich verantwortlichen Umgang mit neuer Musik vorstellte. Sich auch hier von Anfang an als absolut autoritärer Lenker und Leiter verstehend, formulierte er die Leitlinien zum Gründungsgespräch im November: Nur speziell interessierte, nach Vermögen zahlende Mitglieder haben Zutritt; die Werk-Interpretationen müssen intensivst geprobt werden und höchsten Ansprüchen genügen; bei Absehung von künstlerisch Wertlosem wird keine aktuelle stilistische Richtung bevorzugt; die Musik des Gründungskreises tritt zurück hinter einen weiten internationalen Horizont, vor allem mit Blick auf Länder, die noch eben im Krieg als feindlich galten; Orchesterwerke erklingen in professionell hergestellten, kammermusikalischen Arrangements; schwierige Werke können in Abständen wiederholt werden; um gleichmäßige Neugier zu erhalten, bleibt das Programm im Vorfeld geheim; am Abend hat die Bekundung ästhetischer Urteile zu unterbleiben; die Presse hat keinen Zutritt.⁴ Dieses Bündel von strengen Richtlinien, das in insgesamt 117 Konzerten mit 154 zeitgenössischen Kompositionen, von denen etwa 100 mehrmals erklangen, zur Anwendung kam, macht den Verein unverwechselbar und einmalig (wenn man von seinem kurzen Prager Nachleben absieht). Gleichwohl darf man bei der Betrachtung einzelner Aspekte auch feststellen, dass diese Arbeit historisch nicht völlig isoliert geschah, sondern als Teil eines international verlaufenden Prozesses von vorläufigen, ähnlich oder alternativ motivierten und nachfolgenden Musiker-Vereinigungen betrachtet werden kann.

Von Berlin bis New York

Die wachsenden Spannungen zwischen konservativen und innovativen Kräften in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sind zwar überall zu beobachten, aber sie erreichen kaum jene Dramatik, die die Wiener Verhältnisse charakterisiert – Paris gelegentlich ausgenommen. Aus den Städten im kulturell dezentralisierten Deutschen Kaiserreich, auch den großen Wiener Konkurrenten München und Berlin ist zu unserem Thema kaum Signifikantes zu vermelden – vielleicht nicht zuletzt, weil hier die regionalen Forschungen bislang kaum gezielt erfolgten. In der deutschen Hauptstadt spielte im ersten Jahrzehnt die musikalische Moderne im ansonsten opulenten Musikleben noch keine gewichtige Rolle. Die hier lebenden, damals durchaus namhaften Komponisten, die mit zwei Ausnahmen heute nur noch Experten kennen, waren in der Musik-Sektion der Preußischen Akademie der Künste behaglich versammelt, gaben sie doch mit ihrem Schaffen im Nachhall der Romantik ansonsten kaum Anlass zu größeren Aufregungen. Die Ausnahmen waren als

³ Vgl. dazu Gedenkausstellung 1974, a.a.O., S. 72.

⁴ Aus dem Vereinsprospekt, zit. nach: Hermann Danuser, Die Musik des 20. Jahrhunderts, Laaber 1984, S. 119.

komponierende Dirigenten an den beiden führenden Orchestern präsent – Richard Strauss bei der Königlichen Kapelle und Ferruccio Busoni von Zeit zu Zeit bei den Philharmonikern. Beide förderten im Rahmen ihrer Verpflichtungen durchaus jüngere Talente, und namentlich Busonis insgesamt 12 Konzerte zwischen 1902 und 1909 waren daraufhin angelegt, fast ausschließlich internationale Novitäten zu bringen und dabei nach Möglichkeit und Vermögen die ausgewählten Komponisten ihre neuen Arbeiten selbst einstudieren und dirigieren zu lassen, so dass sich die Frage der angemessenen Interpretationen im Hinblick auf die Bedürfnisse der Autoren in der Regel nicht stellen konnte. Unter anderem zeigten sich Edward Elgar, Guy Ropartz, Albéric Magnard, Jean Sibelius, Johan Wagenaar und 1909 der junge Béla Bartók dem Berliner Publikum. Dennoch dirigierte Ferruccio Busoni die meisten Werke selbst, so 1903 ein echtes, leider verschollenes Kuriosum, nämlich „Syrische Tänze“ von Heinrich Schenker in der Orchestrierung Schönbergs. Erst nach dem Krieg im revolutionär erregten Berlin werden Formen einer vereinsmäßigen Förderung neuer Musik erprobt. Hermann Scherchen, der natürlich von Schönbergs Wiener Unternehmung wusste, gründete 1919 eine „Neue Musikgesellschaft“, die während ihres einjährigen Bestehens große Konzerte mit den Philharmonikern und dem Blüthner-Orchester, aber auch diverse Kammermusikabende durchführte. Nach seinem Rückzug wurde daraus die von Fritz Windisch betreute „Melos-Gemeinschaft“, die sich 1922 in das musikalische Segment der interdisziplinären „Novembergruppe“ einfügte. Ähnlich wie in Wien achtete man auf hohen interpretatorischen Standard, jedoch im Unterschied zu Schönberg betonten Hermann Scherchen und seine Nachfolger eine soziale Öffnung, das Interesse am Gewinnen und Verstehen-Lernen eines möglichst breiten Hörerkreises. Die Musiker dieser scharf antibourgeois, aber stilistisch vollkommen heterogenen Gruppe, die erst von Max Butting und Heinz Tiessen, später von Wladimir Vogel sowie dem Musikkritiker Hans-Heinz Stuckenschmidt geleitet wurde, erregte insbesondere durch ihre Workshop-Arbeit und durch Konzerte mit zum Teil provozierend unkonventioneller Musik weite Aufmerksamkeit.

Stuckenschmidt war auch an einer anderen Unternehmung in Hamburg beteiligt. In der Saison 1923/24 organisierte er dort zusammen mit dem Schönberg-Schüler Josef Rufer einen Konzert-Zyklus „Neue Musik“. Rufer konzipierte sie strikt nach dem Vorbild des Schönberg-Vereins als eine Art Stiftung, deren Mitgliedschaft man durch einen Pauschalbeitrag erwarb und mithilfe eines Lichtbildausweises Zutritt zu den Konzerten einschließlich Proben erlangte. Auch die Presse war, wie in Wien, ausgeschlossen. Stuckenschmidt kümmerte sich um die Finanzierung für einen Stiftungs-Fonds – die nötigen Mittel acquirierte er aus dem reichen Freundeskreis eines Kaufmanns, der ein Bruder des Regisseurs Jürgen Fehling war und ihn bei diesem Projekt selbstlos unterstützte. Die Interpreten waren durchweg hochrangig, und das Programm bewies weiten internationalen Horizont. Den ersten Abend bestritt Eduard Steuermann, für den letzten gewann man Schönberg höchstpersönlich, der, mit Erika Beilke als Solistin, seinen „Pierrot lunaire“ dirigierte.

Ein anderer Musiker aus Schönbergs Kreis, der Dirigent Heinrich Jalowetz, versuchte in Frankfurt eine Version des Privatvereins zu etablieren, aber er scheiterte – im Unterschied zu einer 1923 von Paul Hindemith und dem Dirigenten Reinhold Merten gegründeten „Gemeinschaft der Musik“. Weil sie das Konzert in seinen elitären Formen bekämpfen wollten, versuchten sie programmatisch, „die fast schon verloren gegangene Gemeinschaft zwischen Ausführenden und Hörern wieder herzustellen“, wobei persönlicher Ehrgeiz der Produzenten auszuschließen sei und dem Publikum erhebliche Mitspracherechte bei der Programmgestaltung eingeräumt werden sollten.

Außerhalb des deutschsprachigen Raums stellen sich die Verhältnisse in ähnlich widersprüchlicher Farbigkeit dar, wobei sich in der Regel die Probleme einer innovativen Musik mit den Fragen nach den jeweiligen nationalen Identitäten verknüpften. In den Ländern Osteuropas und des Balkan wollte man sich einerseits gegen jenen konservativen Populismus emanzipieren, der à la Glinka die Komponisten nur als Arrangeure einer Musik betrachtete, die angeblich das Volk komponiert. Andererseits galt es, sich aus den Fängen einer vorwiegend deutsch-österreichischen ästhetischen Hegemonie zu befreien, von der das Musikleben in diesen Ländern, soweit nicht russischer Hoheit unterstellt, deutlich geprägt war. Dieser doppelten Aufgabe widmeten sich die diversen Gesellschaften für neue Musik bzw. Verbände für Komponisten, die allenthalben entstanden und meist von letzteren auch inspiriert und geleitet wurden, beispielsweise von Manolis Kalomires in Athen seit 1916 (auf der Basis seines kämpferischen Manifests von 1908), von Bartók in Budapest seit 1911 oder von George Enescu in Bukarest seit 1920, der auch einen der frühesten Preise für Kompositionen auslobte.

Formell, nicht inhaltlich davon abzuheben, ist der musikgeschichtlich durchaus signifikante Zusammenschluss von vier miteinander befreundeten, außerordentlich begabten jungen Komponisten im Jahre 1905 in Warschau zu einer Vereinigung in Anlehnung an eine von Schriftstellern und Malern dominierten Gruppierung namens „Junges Polen“, die seit 1890 bestand. Diese vier, nämlich Karol Szymanowski, Gregorz Fitelberg, Ludomir Rózycki und Mieczysław Karłowicz gründeten mit Hilfe eines aristokratischen Mäzens einen Musik-Verlag, seltsamer- bzw. verständlicher Weise in Berlin, den sie „Verlagsverlag Jungpolnischer Komponisten“ nannten und der ab Februar 1906 auch Konzerte aus seinem neuen Repertoire veranstaltete – bis heute ein prägendes Ereignis in der Geschichte der polnischen musikalischen Moderne.

Auch in Russland etablierten sich nach der Jahrhundertwende neue Bewegungen, um das Entstehen neuer Musik und ihre öffentliche Wahrnehmung zu fördern – in alten Konkurrenzen zwischen Moskau und Sankt Petersburg und im fortgesetzten Streit zwischen Traditionalisten, die allen Fortschritt aus Westeuropa erhofften, und den sogenannten „Novatoren“, die alles Heil aus den Kräften der eigenen Kultur und Geschichte ersehnten – in persona: Pjotr I. Tschaikowski und seine Adepten contra jene fünf Musiker, die sich seit 1862 als „Mächtiges Häuflein“ bezeichnen ließen. Ein Schüler Tschaikowskis, Ser-

gej Tanejew, und weitere Kollegen vom Moskauer Konservatorium gründeten 1902 eine „Musikalisch-Wissenschaftliche Gesellschaft“, die in Konzerten mit Vorträgen und Diskussionen systematisch westliche und einheimische Musik ihrer Zeit bekannt machten. Ähnliche Ziele verfolgten sogenannte „Historische Konzerte“, die Sergej Wasilenko, ein Schüler Tanejews, ab 1907 veranstaltete und dabei der internationalen Moderne (aber auch dem eigenen Schaffen) viel Raum gewährte. In Sankt Petersburg rief der Komponist und Kritiker Wjatscheslaw Karatygin mit Freunden „Abende zeitgenössischer Musik“ ins Leben (die über 10 Jahre währten), um vor allem junge Talente zu fördern und ihre Musik – lebend in einer „Epoche des Futurs und des Plusquamperfekts“, wie er meinte – in ein reiches Programmangebot aus Geschichte und Gegenwart zu integrieren.⁵ Auf diesem Forum debütierten beispielsweise Strawinsky, Nikolai Mjaskowski oder Sergej Prokofjew, der in seiner Autobiographie eindringlich darstellt, wie es dabei zuing. Nach der Oktoberrevolution, im Zeichen von Lunatscharkis progressiver Kulturpolitik, als man noch politische und künstlerische Revolutionen zusammendachte, erlangte die „Assoziation für zeitgenössische Musik“ in Petersburg mit avancierten, völlig vorurteilslosen Programm-Konzerten auch internationales Aufsehen. So förderte sie junge Talente wie Dmitri Schostakowitsch, Alexander Mossolow und Gawril Popow oder organisierte die dritte „Wozzeck“-Inszenierung nach Berlin und Prag, bis sie 1929 von der stalinistischen Diktatur aufgelöst und neue Musik des Westens überhaupt im Zeichen des „Sozialistischen Realismus“ und neu geschaffener Berufs-Zwangverbände stigmatisiert wurde.

In den Ländern des Baltikums, die erst nach dem Krieg zu nationaler Unabhängigkeit fanden, setzte auch die Entstehung emphatisch neuer Musik verspätet ein, die dann meist ohne größere Verwerfungen von staatlichen Institutionen – Orchestern, Hochschulen, Verlagen – auch gefördert wurde. Ähnliches lässt sich von den Verhältnissen in den skandinavischen Ländern sagen, wo allerdings – so in Finnland 1917, in Schweden 1918, in Dänemark 1921 – Berufsverbände für Komponisten und in Kopenhagen eine Gesellschaft für Neue Musik entstanden, die in der Regel effizient ihre Interessen vertraten. Obwohl auch auf den Britischen Inseln das romantische Erbe länger als auf dem Kontinent lebendig blieb und neue Musik sich eher retardierend entfaltete, und obwohl die seit 1895 von Henry Wood geleiteten Proms (*promenade series*: Promenadenkonzerte) in London durchaus ein Ohr für Zeitgenossen hatten, gründeten 1905 einige Komponisten – John Blackwood McEwen, Tobias Matthay und andere – die erste „Society of British Composers“ wiederum mit dem Ziel, Konzerte für Zeitgenossen zu organisieren und neue Werke zu publizieren. Es war ein reiner Männerverein, der erst 1914 auch Frauen wie Ethel Smith zuließ. Der Anlass zur Gründung wirkt skurril, aber „very british“: Ein junger Komponist namens Benjamin Dale hatte eine Kla-

⁵ Wjatscheslaw Karatygin, zit. nach Dorothea Redepfennig, *Geschichte der russischen und der sowjetischen Musik*, Band 2, Teilband 1, Laaber 2008, S. 28.

viersonate in d-Moll im Umfang von 60 Seiten produziert, die wegen des Umfangs niemand edieren mochte und die daher zum ersten Druckerzeugnis, also gleichsam dem Gründungs-Dokument der Gesellschaft wurde. Auch in den Benelux-Ländern entstanden schon relativ früh Berufsverbände, so in den Niederlanden 1911 eine „Genossenschaft der Tonkünstler“, 1918 gefolgt von der „Nederlandsche Vereniging tot Ontwikkeling der Moderne Scheppende Toonkunst“, die von so markanten Talenten wie Daniel Ruyneman, Matthijs Vermeulen, Henri Zagwijn und Sem Dresden initiiert wurde. In Belgien machte seit 1925 die Gruppe „Les Synthétistes“ auf sich aufmerksam, weil sie erfolgreich im Interesse neuer Musik Druck auf Veranstalter auszuüben verstand. Es handelte sich um eine komponierende Schülerschar des übermächtigen Paul Gilson, der in Brüssel und Antwerpen unterrichtete und einflussreiche musikpolitische Positionen besetzte. Auch in Frankreich war die Idee einer kompositorischen Interessenvertretung mit bedeutenden Musikern verbunden, so mit Camille Saint-Saëns, der schon 1871 nach dem verlorenen Krieg gegen Deutschland und zur Stärkung einer nationalen und trotz künstlerischen Respekts entwagnerten „Ars gallica“ eine „Société nationale de musique“ mitbegründet und geleitet hatte. Als eine jüngere Generation, darunter Claude Debussy und Maurice Ravel, für interne ästhetische Unruhe und massiven Streit sorgte, kam es 1909 zum sezessionistischen Akt einer Gegengründung, der „Société musicale indépendante“, mit Gabriel Fauré als erstem Präsidenten und so bekannten Mitgliedern wie Maurice Ravel, Charles Koechlin und Florent Schmitt. In das „Comité de direction“ wurden bemerkenswertere auch Ausländer – etwa Bartók, Schönberg und Strawinsky – gewählt. Spätere Gruppenbildungen in den Zwanziger Jahren wie „Les six“ oder „Jeune France“ stehen auf einem anderen Blatt und müssen hier leider unberücksichtigt bleiben.

Auf dieser tour d'horizon gibt ein kurzer Blick auf die Schweiz nach der Jahrhundertwende abermals nur wenig Einschlägiges zu erkennen – mit Ausnahme von Genf, wo die privaten „Auditions de jeudi“, veranstaltet von dem Musikologen Robert-Aloys Moser ab 1913, sowie ihre Fortsetzung als „Nouvelle Auditions“ durch das Ehepaar Hentsch-Humbert (einem wohlhabenden Unternehmer und einer Pianistin) zu einem wichtigen Treffpunkt junger Schweizer Komponisten wurden. Und natürlich bekamen sie – neben berühmteren ausländischen Zeitgenossen – durch die Gründung des Orchestre de la Suisse Romande und ihres ersten, für neue Musik sehr empfänglichen Chefdirigenten Ernest Ansermet seit 1918 ein glänzendes Podium öffentlicher Wirksamkeit – vorausgesetzt, sie widersprachen nicht dessen autoritärem Geschmack. Auch von Portugal und Spanien kann man absehen, da die Moderne, neben ersten Versuchen auf dem Gebiet des Musik- und Tanztheaters, hier vorerst kaum fruchtbaren Boden fand. Ähnliches sollte man vielleicht auch von Italien denken, aber da findet sich ein bemerkenswerter Vorgang: Der hoch- und vielseitig begabte Alfredo Casella, in Sorge um die Erneuerung vor allem der italienischen Instrumentalmusik, gründete nach französischem Vorbild der „Société musicale indépendante“ (bei der er übrigens von 1911-14 das Amt des Ge-

neralsekretärs bekleidete) eine „Società nazionale di musica“ (später „di musica moderna“), die von 1917-19 bestand und sich mit der Zeitschrift „Ars nova“ ein einflussreiches Publikationsorgan leistete. Auf Anregung des Dichters Gabriele D’Annunzio gründete Casella (der mittlerweile Schönbergs Wiener Aktivitäten mit großem Interesse verfolgt hatte) nun gemeinsam mit seinen Kollegen Gian Francesco Malipiero und Mario Labroca eine neue Gesellschaft unter dem Namen „Corporazione della nuova musica“, die wesentlich auch von der amerikanischen Mäzenin Elisabeth Sprague Coolidge unterstützt wurde. In Umkehrung dieser überseeischen Hilfe sei nur noch der kursorischen Vollständigkeit halber erwähnt, dass zwei Emigranten aus Europa, Edgard Varèse und Carlos Salzedo, der Durchsetzung US-amerikanischer neuer Musik entscheidende Impulse vermittelten, als sie 1921 in New York die „International Composers Guild“ ins Leben riefen und Konzerte mit ausschließlich neuer Musik sehr erfolgreich organisierten. Die Ziele änderten sich kaum, als nach einer Abspaltung im Jahr 1923 der Verein „League of Composers“ und ab 1928 seine Nachfolge-Organisation „Pan-American Association of Composers“ hieß, nun gemeinsam geleitet von Edgard Varèse, Henry Cowell und Carlos Chavez.

Endpunkt und Anfang?

Als im Sommer 1922 in Salzburg – unter impulsgebender Mitwirkung von Vertretern der Wiener Schule um Schönberg – die „Internationale Gesellschaft für Neue Musik“ gegründet wurde, schien es, als ob all die eben beschriebenen lokalen, nationalen, regionalen Unternehmungen zu ihrer Förderung endlich auch das geschichtlich logische und gesellschaftlich vernünftige, grenz-überwölbende Dach erhielten. Gewiss war damit ein plausibler Endpunkt für die Durchsetzung kompositorischer Interessen gesetzt, der zugleich aber – historisch gesehen – einen zwiespältigen Anfang gleichsam auf höherer Verwaltungsstufe darstellt, die bis heute funktioniert und uns auch heute noch mit all ihren Vorteilen und Problemen berührt. Für die Komponisten bedeutete Arbeit im Rahmen geregelter Organisiertheit, zu der nach und nach ein fest vernetzter Kranz verlegerischer, interpretatorischer, medialer, musikologischer, kunstkritischer und anderweitig unternehmerischer Spezial-Aktivitäten hinzukam, weniger Furcht vor sozialer Deklassierung, mehr Freiraum für schöpferische Produktivität und höhere Chancen ihrer Wahrnehmbarkeit im Musikleben. Dieser gesamte Vorgang, der seine innere Notwendigkeit immer wieder unter Beweis stellt, ist aber auch stets von der Gefahr des kulturellen Separatismus begleitet – einer Abkoppelung von jenen Minderheiten, die sich ohnehin nur noch mit klassischer Musik beschäftigen, zugunsten einer soziologisch marginalen Schicht von professionellen Interessenten, die meist unter sich bleiben und allzu gern ihr oft snobistisches Selbstverständnis pflegen. Woher im Augenblick die notwendigen, auffrischenden Quellen für die Erneuerung neuer Musik kommen sollten, bleibt ungewiss, während wohl sicher zu sein scheint, dass sie zuallerletzt aus einem geschlossenen Kreislauf sich nur gegenseitig anerkennender und für unverzichtbar sich haltender Kommu-

nikation zu gewinnen ist. Um solche notwendigen Impulse zu generieren, sollte ich meinen Grundgedanken vielleicht mindestens so erweitern: Komponisten, vereinigt euch nicht nur mit euresgleichen!

Mehr wird wohl praktisch nicht zu fordern sein, wenn man die nach wie vor fragile Existenz der Branche zwischen Pop-Delirium und Klassik-Rausch nicht noch zusätzlich gefährden will. Aber insgeheim könnte man den Slogan auch probenhalber sogar einmal radikal umkehren: Komponisten aller Länder, trennt euch wieder voneinander! Ändert die Paradigmen eurer Ästhetiken, die Prinzipien eurer Künste, ehe es vielleicht andere von euch erzwingen. Überlasst anderen die Veränderung der Welt – ist der ferne Osten nicht immer noch rot? Verschönert sie lieber noch einmal wieder (und überlasst das nicht den Wiener sowie anderen Klassikern!) – und handelt, indem (wie am Ende Voltaire's Candide) jeder seinen Garten bestellt.

Nachtrag

Auf die irritierte Frage eines Redakteurs „In welche Richtung sollen die Komponisten (der Neuen Musik) ihre Ästhetiken und Prinzipien verändern? Wem sollen sie ‚die Veränderung der Welt‘ überlassen? Sollen sie sich resigniert in den Konformismus einpassen? Die Welt nur ‚verschönern‘, ohne sie auch ‚verändern‘ zu wollen – entsprechend einem anderen umgewandelten Marx-Zitat: ‚Die Komponisten haben die Welt nur verschieden verschönert; es kommt drauf an, sie (auch!) zu verändern!‘?“ antwortet der Verfasser:

„Ihre Irritation in Bezug auf den Schlussabschnitt meines Textes kann ich gut verstehen – ja, ich bin sogar erfreut darüber, weil er Fragen bei einem interessierten Leser provozieren soll. Weil er auf eine aktuelle Problematik, vielleicht nur als indirekte Konsequenz aus dem Thema, abhebt, aber nicht ausgeführt werden sollte, habe ich mich sprachlich spielerisch auf eine poetisch-rhetorische Attitüde eingelassen, um der allzu glatten Mechanik der beschriebenen geschichtlichen Vorgänge ein dialektisch-diabolisches Moment abschließend entgegenzusetzen. Zwar hat die beschriebene Institutionalisierung die materiellen Verhältnisse der Komponisten stabilisiert, aber sie hat eben auch wenig mit den geistigen Dimensionen zu tun, den eigentlich geschichtsbildenden Vorgängen des Komponierens, jenem ‚Freiwerden des schöpferischen Geistes‘, von dem Schönberg spricht. Es ist eben leider so, dass heute, trotz bedeutender sozialer Sicherungen in diesem Bereich und trotz einiger genialer Ausnahmen, das Niveau des Komponierens zunehmend sinkt – eben in jene Richtung der Anpassung an den Markt (zu dessen verderblichsten Repräsentanten beispielsweise viele Dirigenten in ihrer notorischen geistigen Faulheit gehören) und an eine tapetengleiche Klang-Unkunst, die – sich rasch verbreitend – mich sehr frustriert, weil sie alle Aufklärungs-Bemühungen um die Werte traditioneller Kunst konterkariert. Ich konnte nur das Problem etwas sarkastisch anreißen, ohne öffentliche Antworten anzubieten. Das kann in meinem Verständnis eine kaum wahrnehmbare Kunstwissenschaft auch gar nicht leisten – das müssen schon die Komponisten selber tun.“

Gerd Rienäcker

Stichpunkte zur Diskussion über Brecht-Eislers Lehrstück „Die Maßnahme“

Am späten Abend des 13. Dezember 1930 fand im Hause der Berliner Philharmonie eine denkwürdige Uraufführung statt. Das von Bertolt Brecht und Hanns Eisler gemeinsam geschriebene Lehrstück „Die Maßnahme“.¹ Über vierhundert Sänger – rekrutiert aus mehreren Arbeiterchören – unter der Leitung von Karl Rankl, acht bis zehn Instrumentalmusiker, vier Schauspieler waren daran beteiligt. Seit dieser Aufführung tobten heftige Kontroversen: Sie bezogen sich nicht so sehr auf die Obliegenheiten eines Lehrstücks, nicht so sehr auf das Zusammenspiel von Wort, Handlung, Musik, statt dessen auf politische Dimensionen der gezeigten, mithin diskutierten Situationen, Entscheidungen, Vorgänge. Eben diese Kontroversen flammten nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wieder und noch heftiger auf, so dass Brecht von weiteren Aufführungen abriet. Musikalische, zunehmend auch szenische Versuche in den achtziger und neunziger Jahren, fast bis zum heutigen Tage, allesamt geprägt von der Absicht, Brechts, auch Eislers Abraten zu überwinden, offenbaren, dass die politischen Kontroversen nicht getilgt sind.

Ein im Brecht-Eisler-Jahr 1998 im Brecht-Haus veranstaltetes internationales Symposium nahm unter der Überschrift „Maßnahmen“ ein Gutteil der Auseinandersetzungen, Kontroversen auf, fragend nach Gründen und möglichen Perspektiven. Der seit 1999 vorliegende Band „Maßnahmen“² hat den damaligen (und nicht nur damaligen) Diskussionen um dieses Stück, um dessen mögliche und nicht mögliche Aufführungen vielerlei Argumente beigestellt: *Zum einen* dadurch, dass die Genese des Lehrstücks behandelt wurde, und dies eingehender als bisher. *Zum anderen* dadurch, dass die Vorgangsfiguren und dramaturgischen Strukturen immer noch ganz kontrovers gelesen werden. *Zum Dritten* dadurch, dass die Wirkungsgeschichte aus unterschiedlichen Perspektiven erörtert wird. Und *zum Vierten* durch eigene Analysen zur Musik, genauer, zu einigen ihrer strukturellen, idiomatischen, semantischen und funktionellen Besonderheiten.

All dies aufs Neue aufnehmend, mögen einige der Probleme rekapituliert, zumindest angedeutet werden – in gebotener Kürze; sie wirklich zu entfalten, ist auch hier nicht möglich; auf eine wirkliche Analyse des Lehrstückes – nicht nur der Text-Fassungen, sondern aller konstitutiven Medien und ihres Zusammenhangs – muss verzichtet werden.

¹ Bertolt Brecht, Die Maßnahme. Kritische Ausgabe mit einer Spielanleitung von Reiner Steinweg, Frankfurt am Main 1972; 2. korr. A. 1976. Vgl. auch das textlich-musikalische Szenarium im Anhang zu diesem Beitrag.

² Inge Gellert, Gerd Koch, Florian Vaßen (Hrsg.), Maßnahmen: Die Maßnahme. Kontroverse Perspektive Praxis Brecht / Eislers Lehrstück. Theater der Zeit. Recherchen I, Berlin 1999 (im Folgenden zitiert als „Maßnahmen“).

Entstehungskontext

(1.) Zum einen geht es um Besonderheiten der Genese³: Das bezieht sich auf Brechts frühere und gleichzeitige Befassung mit dem „Jasager“ (später auch „Neinsager“), damit um Besonderheiten der Vorgangsfiguren, um Eislers erste Rezeption dieses Lehrstücks, um mehrere Stufen der Umarbeitung in das Lehrstück „Die Maßnahme“, wiederum um Auseinandersetzungen zwischen Brecht und Eisler während dieser Umarbeitung, ja, es geht um die Rolle von Hanns Eisler diessseits und jenseits des Politischen⁴. Hier müsste genauer auf Traditionslinien schon des ersten Lehrstückes, auf auratische Gebilde⁵, abgezogen von bestimmten Ländern, Erdteilen, Gesellschaften (etwa China⁶) eingegangen werden, Wiederum geht es um Brechts Auseinandersetzung mit Bräuchen, Ritualen, um Brechts positive, vorab negative Religiosität⁷, schließlich um übergreifende Maximen des Epischen Theaters insgesamt, um Maximen des Lehrstücks⁸ im Besonderen. Dies ist unerlässlich, um auszumachen, was in der „Maßnahme“ davon aufgenommen, davon umgebogen, davon getilgt wird. Genauer wäre auf ganz verschiedene Arten der Zusammenarbeit zwischen Brecht und Eisler einzugehen – angefangen mit zwischenzeitlichen Disputen, weitergehend zum gemeinsamen Verfassen der Texte. Für die „Maßnahme“ gilt, so Günter Hartung, das erstere, für „Rundköpfe und Spitzköpfe“ das zweite.

Genauer wäre auch nach Eislers und Brechts politischen Konzepten vor und während der frühen dreißiger Jahre, zuvor auch nach dem Wissen um politi-

³ Vgl. Günter Hartung, Die Genesis des Maßnahme-Textes, in: „Maßnahmen“, S. 23 ff. Hanns Eislers Wege zur „Maßnahme“ hat kürzlich Peter Schweinhardt ausführlich dargestellt. Vgl. P. Schweinhardt, Der Weg zur Maßnahme, Zu Hanns Eislers frühen Theaterarbeiten., in: Hanns Eisler: Angewandte Musik, München 2012, S. 28 – 63 (= Musikkonzepte. Neue Folge, hrsg. v. U. Tadday, Sonderband 2012).

⁴ Hartung weist darauf hin, dass bestimmte Schichten der Figuren, Situationen, Aktionen des Lehrstückes „Der Jasager“ von den Veränderungen fast unberührt blieben. Er vermutet, dass sich gerade daraus die Schwierigkeiten der „Maßnahme“, möglicherweise ihre Unspielbarkeit, ergeben. (Hartung, a.a.O., S. 30)

⁵ Zum Begriff „Aura“ vgl. Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: ders., Illuminationen. Ausgewählte Schriften, Frankfurt a.M. 1961, S. 148-184. Aura ist nicht eine Gegebenheit – auch nicht ein Kunstwerk –, sondern jener Dunstkreis, der sich zwischen die Gegebenheit und den Betrachter schiebt, der also die Berge blau scheinen lässt.

⁶ Für Brecht spielten Traditionen und neuere soziale, politische, ökonomische Konstellationen in China eine große Rolle – freilich idealisiert, auratisiert.

⁷ Vgl. hierzu Th. Hörnigk / S. Kleinschmidt (Hrg.), Brechts Glaube. Brecht-Dialog 2002, Theater der Zeit. Recherchen 11, Berlin 2002.

⁸ Sowohl auf Maximen der Lehrstücke von Brecht allgemein (vgl. hierzu die einschlägigen Bestimmungen von Reiner Steinweg und Werner Mittenzwei) als auch auf Besonderheiten des Lehrstücks „Die Maßnahme“ im Besonderen. Für das letztere entfallen einige der Maximen: Mitnichten ist die Trennung zwischen Akteuren und Zuschauern aufgehoben im gemeinsamen Spiel, im gemeinsamen Durchspielen relevanter Situationen, sondern es sind individuelle und gemeinschaftliche Akteure einem Publikum konfrontiert – die Veranstaltung findet 1930, wie bereits erwähnt, im Hause der Berliner Philharmonie statt!

sche Bewegungen zu fragen.⁹ Unerlässlich, wenn die dem Stück eingesenkten Verlautbarungen über Revolution, Kommunismus, über „die Partei“ nicht Halb- und Fehlverständnissen anheim fallen, gar zu Lobliedern, gerichtet an reale kommunistische Parteien, umgepolt werden sollen.

Wie Günter Hartung konstatiert, hatte Brecht geringe Kenntnisse über das So und nicht Anders Kommunistischer Parteien. Indessen gilt der KPD unter Ernst Thälmann sein Argwohn, und die Frage, ob die Partei in einem Hause mit Telefonen sitze, ob in ihr geheime Beschlüsse gefasst würden, könnte durchaus kritisch gemeint sein.¹⁰ Solch halb erkannter Realität stellt Brecht eine „ideale Partei“ gegenüber.¹¹ Nicht anders Eisler: Noch in späten Jahren äußerte er sich sarkastisch über den „Suffkopf“ Ernst Thälmann.¹² Den Bruch seiner Schwester Ruth Fischer mit beiden Brüdern übergang er, zumindest öf-

⁹ Sie nun sind, wie auch aus den Darstellungen von Klaus Völker, Wolfgang Fritz Haug und Manfred Lauer mann (in: *Maßnahmen*, a.a.O.) ersichtlich, in sich widersprüchlich, da einerseits vom Dickicht der historischen Ereignisse seit 1928 (teilweise auch von theoretischen und praktischen Konzepten der Kommunistischen Parteien), andererseits von Idealvorstellungen einer klassenlosen Gesellschaft geprägt. Auf der einen Seite befürwortet Brecht, was ihm aus der Situation der UdSSR am Ende der zwanziger Jahre bekannt wurde (und was er notwendigerweise idealisiert). Auf der anderen Seite kritisiert er das Führerprinzip in der KPdSU und der KPD, beklagt er das mindere intellektuelle, also auch das mindere politische Niveau der Führung der KPD, fordert er die Abschaffung jeglicher Lüge, jeglicher Verstellung, jeglicher „Pfiffigkeit“ – in alldem könnte er sich auf Marx' Vorstellungen berufen. Vgl. hierzu Wolfgang Fritz Haug, a.a.O., S. 36-38, der hierzu mehrere Notate Brechts aus den Jahren 1930-32 anführt. Allerdings sind auch Brechts intime Äußerungen in sich widersprüchlich, was mehrere Eintragungen in das „Arbeitsjournal“, überdies einige Texte in den dreißiger und vierziger Jahren offenbaren: Die industrielle Umwälzung in der UdSSR legte ihm zeitweilig nahe, dass der Ansbuch der Produktion für den Sozialismus wichtiger sei als die Demokratie, vor allem als die Freiheit des Einzelnen und der Gemeinschaft. Solche Äußerungen wiederum werden von anderen kontrapunktiert. Vgl. Gerd Rienäcker, *Der Verdiente Mörder des Volkes*, in: Th. Hörnigk / A. Stephan (Hrg.), *Rot gleich Braun? Nationalsozialismus und Stalinismus bei Brecht und Zeitgenossen*. Brecht-Dialog 2000, Theater der Zeit. Recherche 4; vgl. dazu auch Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen*, Berlin 2003. Nicht minder widersprüchlich dürften Eislers Vorstellungen sein: Auf der einen Seite bekennt er sich zu den Ereignissen in der UdSSR, vor allem im Affront zu bürgerlichen Interpretationen, die allein den Terror ins Zentrum stellen – und nicht minder zu grundsätzlichen Maximen der KPD, die er ja auch in der „Roten Fahne“ zu vertreten, zumindest nicht zu unterlaufen hatte; vgl. hierzu: Hanns Eisler, *Gesammelte Werke*, Serie. III, Bd. 1, *Musik und Politik*. Schriften 1924-1948, hrg. von Günter Mayer, Leipzig 1973. Auf der anderen Seite artikuliert er seinen Argwohn, allerdings in privater Korrespondenz, vermutlich auch in Gesprächen mit Brecht. Vgl. hierzu: Eisler-Mitteilungen, Heft 56, Oktober 2013: Eisler und Stalin – und Stalins Opfer.

¹⁰ Vgl. Hartung, a.a.O., S. 26 f. Hartung zitiert mehrere Äußerungen von Brecht über den Zustand der KPD sowie über Gefahren des Parteimonopols in der UdSSR. Dies, so Hartung, entzieht allen Versuchen, Brecht als Abschilderer realer Praktiken der Kommunistischen Parteien hinstellen, das Fundament. Freilich hält die Wirkungsgeschichte der „Maßnahme“ sich nicht daran.

¹¹ Diese Partei sitzt nicht in einem Haus mit Telefonen; in ihr finden keinerlei Geheimbeschlüsse statt. Überdies hat sie tatsächlich „tausend Augen“. Inwieweit nahm Brecht zur Kenntnis, dass die realen kommunistischen Parteien in Häusern „mit Telefonen“ saßen, dass ein Geheimbeschluss dem anderen folgte, dass die KPdSU von Anfang an über Geheimdienste verfügte? Spätere Äußerungen nehmen dies partiell zur Kenntnis, um es fast zeitgleich zu verdrängen.

¹² So teilte es mir Stephanie Eisler im Jahre 1998 mit.

fentlich, mit Schweigen. Das Verhalten der Schwester wiederum ist eine Reaktion auf den Tod ihres Lebensgefährten Arkadij Maslov in Havanna, übergreifend auf das Geschehen während der sogenannten „Säuberungsprozesse“ in Moskau und danach – von hier aus bewertete sie das Frühere neu.¹³

Ausnahmesituation und Normalfall

(2.) Zum anderen steht das Miteinander ganz unterschiedlicher Fabelschichten zur Debatte: Gewiss geht es im Lehrstück um Revolutionen¹⁴, um Maximen des Verhaltens der Einzelnen und der Gemeinschaften vor und während der Revolutionen, um die Rolle revolutionärer Avantgarden. Gewiss geht es um Befragungen und um deren Resultate, gewiss um Urteile. Gewiss geht es um „Maßnahmen“¹⁵, welcher Art immer. Aber es geht, so meine Lesart, um all dies in *Ausnahmesituationen*: Inmitten illegaler Arbeit, darin niemand erkennbar sein darf, wenn das Ganze nicht gefährdet werden soll. Dies meint „Auslöschung“, das meint auch die Entscheidung, bei der Flucht den jungen Genossen nicht nur an der Grenze zurück zu lassen, sondern unkenntlich zu machen durch Tötung, durchs Hineinwerfen in die Kalkgrube.¹⁶

¹³ Vgl. ihre Anklage gegen Gerhart, später auch Hanns Eisler seit 1944 – eine wesentliche Vorbedingung für die Vorladung ihrer Brüder vor das Komitee für unamerikanische Umtriebe. Vgl. hierzu Jürgen Schebera, Hanns Eisler. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Mainz u.a. 1998, S. 198 ff. Ob Ruth Fischers Lebensgefährtin wirklich in Stalins Auftrag ermordet wurde, ist weiterhin offen; vgl. Mario Kessler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961), Köln u.a. 2013, S. 385 ff., 415 ff.; Albrecht Betz, „Böse Schwester? Ruth Fischer alias Elfriede Eisler“, in: Eisler-Mitteilungen 56, 20. Jahrgang/ Oktober 2013, S. 46 f. Der Vorwurf gegen Hanns Eisler, vor allem gegen Brecht, bezieht sich u.a. auf „Die Maßnahme“ – auch Ruth Fischer interpretierte das Lehrstück als Apologie stalinistischen Terrors.

¹⁴ Von einer „Weltrevolution“ ist in den ersten Szenen die Rede, und dies, obwohl Lenin die Hoffnung auf eine deutsche, gar europäische Revolution längst aufgegeben hatte. Aber im Raum steht 1930 natürlich die chinesische Revolution: In China zerbricht 1927 die Allianz der Kommunisten mit der Guomindang; es kommt in mehreren großen Städten zu Aufständen, die niedergeschlagen werden. In den folgenden Jahren werden Hunderttausende Anhänger der Kommunisten getötet. Im August 1930 entsteht die „Rote Armee“. Hartung schreibt in „Maßnahmen“: „Die Wahl des Handlungsorts erklärt sich zwanglos aus dem großen Interesse, das die linke Intelligenz in Europa seit langem der chinesischen Revolution entgegenbrachte und das den Zeitungsleser Brecht schon Ende 1926 zu einem Gedicht *Dreihundert ermordete Kulis berichten an eine Internationale* inspiriert hatte.“ Es fragt sich aber, auf welche Revolution Brecht und Eisler abheben – geht es überhaupt um konkrete Revolutionen oder um eine abstrakte? Brecht hatte, auch darauf weist Hartung hin, von den Debatten um den Begriff der Weltrevolution nach 1917/18 und 1924 „bis dato keine näheren Kenntnisse“; es ist Eisler, der ihn politisch belehrt. Dass Brecht und Eisler (Eisler weitaus früher als Brecht) die Vorgänge in Russland 1917 euphorisch – und großenteils idealisiert – wahrnahmen, ist vielfach belegt. Es fragt sich, wann solcher Idealisierung sich Fragezeichen zugesellen. Brecht-Eislers Äußerungen sind durchweg vorsichtig, und das hängt mit den Ereignissen in Deutschland um 1928 ff. zusammen. Überdies lassen sich in beider Äußerungen alle je erdenklichen Widersprüche fest machen – Widersprüche, die nicht nur taktischen Erwägungen gehorchen.

¹⁵ Zu ganz unterschiedlichen Bedeutungsfeldern des Begriffs „Maßnahme“ vgl. u.a. die Texte von Florian Vaßen, Wolfgang Fritz Haug, Manfred Laueremann, Helmuth Kiesel in „Maßnahmen“, a.a.O.

¹⁶ Ob Eislers Versuch, den Tod des jungen Genossen, wie alle Vorgänge des Lehrstücks, ins

Was da im Stück als ABC des Kommunismus¹⁷, als revolutionäres Verhalten, als revolutionäre Tugend, als Maßnahme vorgeführt, erörtert wird, lässt, so meine Lesart, sich nicht verallgemeinern:

Nicht „der Revolutionär“ an sich soll nur eine Tugend haben, nämlich Revolutionär zu sein¹⁸, sondern nur in dieser Ausnahmesituation kann dies gelten. Nicht das Handeln im Geheimen, in Geheimbünden ist „der Revolution“ immanent, sondern es gilt auch hier die Ausnahme.

Nicht das „Versinken in Schmutz“, das „Umarmen des Schlächters“¹⁹, das „Begehen aller Missetat“ um der Veränderung willen soll als Einziges verallgemeinert werden, sondern es gilt hier die Ausnahmesituation: Wer zu illegaler Arbeit genötigt ist, wird Schleichwege zu gehen, den Schlächter zu umarmen, Missetaten zu begehen, zu lügen haben, damit er den Gegnern unkenntlich bleibt. Nicht das Opfer des Einzelnen, damit die Gemeinschaft überlebt, damit gar „die Sache“ gerettet sei, lässt sich verallgemeinern, sondern all dies ist Ausnahme²⁰ – so meine Lesart.

Allerdings müsste dann gefragt werden, ob das Ausnahmehafte der Situationen, Entscheidungen, Handlungen, etc. im Lehrstück zureichend kenntlich gemacht wird, vor allem: warum eben diese Ausnahmesituationen, eben diese (nicht verallgemeinerbaren) Ausnahmeverhaltensweisen öffentlich diskutiert

Symbolische zu kehren (vgl. seine Gespräche mit Nathan Notowicz in: Nathan Notowicz, Gespräche mit Hanns Eisler und Gerhart Eisler, Berlin 1971, S. 181 f.) hilfreich ist, sei dahin gestellt. Indessen gehorcht Eislers Reaktion den Gegebenheiten des Kalten Krieges, latent auch seiner Betroffenheit über den Stalinschen Terror.

¹⁷ Zur Erinnerung: Weder Marx noch Engels waren bereit, die ökonomischen, sozialen und philosophischen Analysen und die daraus resultierenden Theoreme aufs Niveau einer Fibel, aufs ABC herunter zu schrauben. Im Vorwort zur französischen Ausgabe des theoretischen Hauptwerkes „Das Kapital“ machte Marx deutlich, dass die Wissenschaft „keine Landstraße“, sondern ein „steiler Pfad“ sei. Zu fragen ist jedoch danach, was einer Theorie, was den ihr zugrunde liegenden Analysen widerfahren muss, damit beides in massenhafte Bewegungen einmünden, mehr noch, sie beeinflussen kann. Wann und warum sind handhabbare „Lehren der Klassiker“ unumgänglich und um welchen Preis? Wann und warum muss ein „ABC“ des Kommunismus, ein ABC kommunistischen Verhaltens formuliert und durchgesetzt werden, und was fällt dabei unweigerlich unter den Tisch? So zu fragen steht nicht nur an, wenn es um Wege von Marx zu Lenin, von Lenin zu Stalin geht – diesseits und jenseits politischer, sozialer Ausnahme!

¹⁸ So aber lesen es Manfred Lauer (a.a.O., S. 39 ff.) und Helmuth Kiesel (a.a.O., S. 83 ff.), teilweise auch Joachim Fiebach (a.a.O., S. 62 ff.).

¹⁹ Wortwendungen im Text „Ändere die Welt“ (VI, Beschluss).

²⁰ Ausnahme wie das Geschehen in der UdSSR während des Bürgerkrieges und der Intervention von außen in den Jahren 1918 ff. – Ausnahme wie alle von Leo Trotzki verantworteten Maßnahmen des Terrors? Trotzki selbst deutet sie im Nachhinein so: Er sei sich der Brutalität seiner Maßnahmen wohl bewusst, aber sah sich dazu in den Jahren genötigt, in denen er als Kriegskommissar wirkte. Stalin hingegen warf er vor, daraus den Normalfall gemacht zu haben. Vgl. hierzu Isaac Deutscher, Trotzki, Bd. I und II, Stuttgart 1962. Freilich minimiert das Ausnahmehafte der Maßnahmen ihre Brutalität nicht, und ob diese sich durchweg aus der Situation rechtfertigen lässt, muss bezweifelt werden. Schon für Lenin-Trotzkis Vorgehen gegen den Aufstand in Kronstadt, ebenso für die Massaker gegenüber Vertretern der orthodoxen Kirche dürfte das nicht zutreffen. Allerdings sollten wir mit moralischen Urteilen vorsichtig sein. Vgl. hierzu warnend: Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien 1995.

werden sollen, und dies in einer ungewöhnlich opulenten Veranstaltung? Inwieweit reagiert dies auf politische Ausnahmesituationen in Deutschland um 1930²¹ – auf die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, auf das Stelldichein insgesamt verheerender sozialpolitischer Maßnahmen nicht nur der Regierung Brüning, auf das beklemmende Anwachsen nationalsozialistischer Bewegungen (und dies ideologisch ebenso wie handfest praktisch) – auf Situationen also, in denen eigentliche „Tugenden“ kommunistischen Verhaltens nicht diskutiert werden können, weil sie der Donquichoterie anheim fallen?

Wann jedoch, unter welchen Umständen, könnte aus Ausnahmesituationen der Normalfall werden? Und welche Rolle ist, freiwillig oder unfreiwillig, dem Lehrstück, seiner Aufführung zugeordnet, ja, hat es diese Transformation selbst durch strukturelle und funktionelle Besonderheiten initiiert?²²

Hier stoßen kontroverse Auslegungen aufeinander auf engstem Raume, und dies nicht erst im Nachhinein, in Kenntnis der Moskauer Prozesse und des ihnen folgenden Terrors.

Es wäre aber der Ausnahmefall genauer zu entfalten, Situation für Situation (vgl. das Szenarium im Anhang). Dabei stellt sich heraus, dass das darin Modellierete durchaus historische Konkretion erfährt – und zwar nicht durch Stalins Exzesse, die anfangs der dreißiger Jahre noch nicht ihre eigentlichen Ausmaße erreichten, sondern durch jene Modalitäten illegaler Arbeit während des Nationalsozialismus: Hier nämlich, in den Zellen des Widerstandes, war es nötig, die Teilhaber im Unkenntlichen zu lassen; hier nämlich entstanden Situationen, in denen das Leben des Einzelnen nicht mehr im Zentrum stand, Situationen auch, in denen selbst in der Folter das Unkenntliche der noch nicht Inhaftierten nicht getilgt werden durfte – eine Maxime, die nahezu jeden überforderte.²³

Derlei Ausnahmefälle nun bedürfen nicht der Glorie, vor allem dürfen sie nicht zum Vor-Modell des Eigentlichen gehoben werden. Gerade solch verheerende Nobilitierung aber ist dem Stück, ist seiner Rezeption, ist denn auch den meisten Aufführungen widerfahren, – noch, ja, gerade die Inszenierung von Frank Castorf (2008 an der Berliner „Volksbühne“) hat daran teil, indem sie ein Gutteil der Stückvorgänge in Gefilde stalinistischer und poststalinistischer Diktatur lenkt, also auch die das eigentliche Geschehen flankierenden Loblieder auf „die Partei“ zu Elogen tatsächlicher Parteien

²¹ Vgl hierzu Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe*, Bonn 1990.

²² So die Deutung von Helmuth Kiesel, in: „Maßnahmen“, S. 83 ff.

²³ Ich verweise auf das Schicksal von Marianne Gundermann alias Johanna Rudolph. Marianne Gundermann (1902-1974), in der DDR Kulturpolitikerin und Händel-Forscherin, seit 1919 Mitglied der KAP, seit 1924 der KPD, nach 1933 u.a. illegale Arbeit in Deutschland und den Niederlanden, 1943 in Amsterdam verhaftet, 1943-1945 in den KZs Auschwitz und Ravensbrück, dann in Schweden, hatte unter der Folter Namen einzelner Genossen genannt. Nach Rückkehr in die SBZ 1946 Aberkennung der Parteimitgliedschaft, 1956 Aufnahme in die SED, 1970 rehabilitiert. Veröffentlichungen u.a. über Arnold Zweig, Händel. Marianne Gundermann war zeitweilig gezwungen, das Pseudonym Johanna Rudolph anzunehmen. Sie hat diese Sanktion nie verwunden.

empor hebt, und dies mit der Gebärde des Abscheus vor all dem Gebrauch solcher Elogen!²⁴

Entstehung, Rezeption, Abstraktion

(3.) Zum Dritten, also nochmals geht es um den konkreten historischen Ort, darin das Stück entwickelt wurde: Wolfgang Fritz Haug²⁵ hebt hervor, dass Brecht-Eisler ihr Lehrstück konzipierten, bevor Stalins Terror seinen Höhepunkt erreicht hatte, bevor er für Außenstehende in seinen Dimensionen ruckbar wurde. Es fragt sich allerdings, ob das sich so verallgemeinern lässt. Eher muss erkundet werden, was Eisler und Brecht davon wussten – andere nämlich hatten Kenntnis und daraus resultierende Vorahnung des Kommenden.²⁶

Dies zu erkunden kann der Visitation des ökonomischen, sozialen, politischen Geschehens in Deutschland nicht entraten: Was nämlich stand dort am Horizont, und worauf reagierte es? Solche Erkundung muss das So und nicht Anders der KPD in den zwanziger Jahren, namentlich unter der Führung von Ernst Thälmann, im Auge haben, überdies die tödliche Auseinandersetzung mit der SPD, daran beide Parteien gleichen Anteil haben, schließlich die Direktiven der Komintern diesseits und jenseits der Diffamierung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“: Inwieweit gingen auch Brecht und Eisler solcher Diffamierung auf den Leim, und worauf bezog sich beider Abweisung der SPD?

(4.) Zum Vierten geht es um historische Orte der Rezeption: D.h. um den heaufziehenden Nationalsozialismus in Deutschland, um den Faschismus in Italien, zugleich um Stalins Diktatur in der UdSSR mitsamt all den Modalitäten ihrer Verschleierung und Nobilitierung. Von hier aus ist einsichtig, warum Lobreden auf „die Partei“ nun doch zur Rechtfertigung von Diktaturen taugten – im Nachhinein zumindest. Und warum daraus Rezeptions-Schichten erwachsen, die offenbar nicht tilgbar zu sein scheinen.

Brecht-Eislers Lehrstück als Rechtfertigung diktatorischer Maßnahmen, vor allem der Auslöschung jedweder Individualität, jedweder Menschlichkeit zu lesen, gehorchte nicht nur den Antikommunismen, später auch den Regularien des Kalten Krieges. Sondern es waren auch die Linken betroffen über das spätere Geschehen – also auch Brecht und Eisler, woraus sich ihr Rat verstehen lässt, die „Maßnahme“ aus dem Verkehr zu ziehen.²⁷

²⁴ Dieser Abscheu resultiert aus höchst ungunstigen Erfahrungen auch linker Künstler in der DDR, lässt sich daher im Zusammenhang mit der politischen und künstlerischen Biographie Frank Castorfs wohl verstehen. Für die Geschichtsschreibung hingegen ist er nicht tauglich; den Vorgangsfiguren des Lehrstücks „Die Maßnahme“ und ihren historischen Kontexten ebenso wie den szenisch-musikalisch-dramaturgischen Verfahrensweisen wird sie schwerlich gerecht.

²⁵ Wolfgang Fritz Haug: „Maßnahmen“, S. 33 ff.

²⁶ Vgl. hierzu Manfred Laueremann, a.a.O. Inwieweit die von ihm heraus gearbeiteten Koinzidenzen zu Carl Schmitt triftig sind, sei hier offen gelassen.

²⁷ Hierzu schreibt Hartung: „Das von den Autoren in der Zeit des Kalten Krieges ausgesprochene Aufführungsverbot trug der Tatsache Rechnung, daß alle die Gruppen, für die das Werk ursprünglich ‚bestimmt [war] und die allein eine Verwendung dafür [hatten]‘ – nämlich die ‚Arbei-

(5.) Zum Fünften geht es um Subjekte der Rezeption: Sie nun lassen sich nicht über einen Leisten schlagen: Nicht nur Repräsentanten bürgerlicher Individualität verwarnten und verwarren sich gegen jedwede Tilgung des Individuellen – ob dies inmitten derzeitiger Gesellschaften zum Schattenboxen verkommt, steht auf einem anderen Blatt –, sondern auch Repräsentanten der Linken, insofern sie sich auf Marx berufen: Dort nämlich ist vom jederzeit Öffentlichen der Revolution, vom Zu-sich-Kommen der Individualität im Kommunismus²⁸, ohnehin von der Kürze einer „Diktatur des Proletariats“ die Rede. Inwieweit sich Marx' Vorstellungen realisieren ließen und lassen, steht wiederum auf anderem Blatte; immerhin waren sie für viele Linke verbindlich, geradezu für jene, die unter die Räder mancher „Säuberungen“ gerieten.

(6.) Zum Sechsten sind jene Abstraktionen ins Visier zu nehmen, die bereits einigen Zeitgenossen, erst recht den Späteren Schwierigkeiten bereiten: Abstraktionen unterschiedlichen Grades, die zu ihrer Zeit mehr oder weniger in ganze Bündel von Konkreta sich auflösen lassen. Da ist von „Revolution“ die Rede – inwieweit sind die Vorgänge der Oktoberrevolution oder deren idealisierte Bilder darin aufgenommen? Da ist von den „Klassikern“ die Rede – wer ist damit gemeint? Schon Marx lässt sich in seinen theoretischen und handfest politischen Verlautbarungen kaum auf einen einfachen Nenner bringen, zwischen den „Grundrissen“, erst recht dem „Kapital“ und dem „Manifest der Kommunistischen Partei“, erst recht den „Inauguraladressen“ gibt es erhebliche Differenzen, die sich nicht nur den unterschiedlichen Funktionen und Adressaten zuschreiben lassen. Was nun widerfährt den theoretischen Einsichten von Marx²⁹, auch von Engels, im Lauf ihres Vertriebs innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung, erst recht vor, während und nach der Oktoberrevolution in Rußland und in

terchöre', an die Eisler, und die proletarischen ‚Laienspielgruppen‘, an die Brecht vornehmlich gedacht hatte (M236), durch die Nazizeit ganz und gar vernichtet waren und nicht künstlich wieder geschaffen werden konnten. Auch war es bei einigem bösen Willen möglich, die sowjetischen Schauprozesse, die eine Travestie der *Maßnahme* darstellten, ihr als geheime Intention zu unter-schieben. Doch über all das wurde mit dem Verbot indirekt ein Gebrechen der *Maßnahme* eingestanden, das allerdings Mißdeutungen begünstigte und das sie nicht zuletzt ihrer eigentümlichen Entstehungsgeschichte zu verdanken hatte.“

²⁸ Vgl. Wolfgang Fritz Haug, a.a.O.

²⁹ Namentlich den Einsichten seiner Hauptschrift „Das Kapital“: Wie erwähnt, hatte Marx im Vorwort zum ersten Band sich jedweder Vereinfachung seiner Analysen verweigert – die Wissenschaft sei keine Landstraße, sondern ein „steiler Pfad“. Von Handleitungen, um die ökonomischen, erst recht politischen Regulative sich anzuzeigen für die kommenden Auseinandersetzungen, gar von einem ABC kann nicht die Rede sein. Auch das von Marx und Engels gemeinsam verfasste „Manifest der Kommunistischen Partei“ offeriert kein ABC des Kommunismus – ganz abgesehen davon, dass nur wenige, indessen aufschlussreiche Worte dem Kommunismus gelten: Worte, die in den späteren Kämpfen, auch in den Entwürfen nichtkapitalistischer Gesellschaften keine Rolle spielten – nämlich dass die Befreiung des Individuums die Voraussetzung sei für die Befreiung der Gesellschaft. Die tatsächlichen sozialistischen Gesellschaften hingegen hätte Marx als „rohster Kommunismus“ gebrandmarkt! Wiederum ist zu fragen, inwieweit Marx' (ungewöhnlich sparsam artikulierte) Visionen der Revolution (darin eingeschlossen der „Diktatur des Proletariats“, davon nur in den „Randglossen zur Kritik des Gothaer Programms“ die Rede ist) sich je realisieren lassen.

Deutschland?³⁰ Inwieweit wird da Lenin mitgedacht, namentlich das Bündel seiner Äußerungen zur Revolution und seine auch heute lesenswerte Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“? Und, derlei Fragen vorausgesetzt, was lässt sich über Brechts und Eislers Marx- und Lenin-Rezeption sagen, woraus, aus welchen Erfahrungen ist sie gespeist³¹, zu welchen Einsichten führt sie beide, – und sind auch ihre Einsichten in sich widersprüchlich, und dies abgesehen von ihrer Prozessualität?

Die Musik zur „Maßnahme“

(7.) Zum Siebenten und Wesentlichen geht es um die mediendramaturgische Struktur: Den Texten nämlich ist Musik, ist das Musizieren, sind Musizierhandlungen nicht akzessorisch, nicht Zutat, Illustration, nicht nur Kommentar. Sondern es ist das Stück durchweg geprägt durch ganz unterschiedliche Musizierhandlungen, und dies auch an Stellen, die auf den ersten Blick keine Musik enthalten.

Ich habe in „Musik als Agens“³² versucht, einige Prinzipie solcher Strukturierung fest zu machen: Zunächst waren zwei Passagen in Augenschein zu nehmen – der Eingangschor (I), dessen instrumentaler Beginn³³ die ersten Takte des Eingangschores der Matthäuspassion von J. S. Bach, wenngleich mit kleinen, aber höchst beredten Abweichungen, in sich aufnahm; hernach, dazu als Kontrast, das erste Lied des Händlers (VI), gesungen von einem Operntenor in extrem hoher Lage, begleitet vom Klavier und einer Solotrompete.

Von hier aus war über Merk-Würdigkeiten der Besetzung, über das Gegeneinander verschiedener Besetzungstypen³⁴ nachzudenken sowie über die von Eisler zugespitzten Disproportionen zwischen übergroßem Chor³⁵ und kleiner Instrumentalbesetzung. Schließlich und endlich waren ganz unterschiedliche Positionen der Musik systematisch zu erfassen: Mehrgliedrige, in sich mehr oder minder geschlossene Stücke, diesseits und jenseits von Strophenliedern³⁶, ihre Schrumpfung zu wenigen Takten³⁷, kurze Einwüfe der Bläser und des Schlagwerks, die die gesprochenen Texte und bestimmte Körper-Handlungen gliedern

³⁰ Hier sind die Aktivitäten von Hermann Duncker mit zu denken – seine Lektionen innerhalb der MASCH spielen eine erhebliche Rolle.

³¹ Zur Erinnerung: Eisler befasst sich mit Marx bereits vor Beginn der zwanziger Jahre, Brecht erst seit deren Mitte. Inwieweit ist Eisler Brecht überlegen – und dies nicht nur durch seine politischen Erfahrungen? Wie werden solche Differenzen thematisiert, inwieweit eingeebnet, wodurch?

³² In: „Maßnahmen“, S. 180 ff.

³³ Im Dreiviertel-Takt, musiziert von drei Trompeten, zwei Hörnern, zwei Posaunen und Baßuba, grundiert von Pauken.

³⁴ Auf der einen Seite das Blechbläser-Ensemble, dazu Pauken und Schlagzeug (Becken, Große Trommel), auf der anderen Seite die Solotrompete, sekundiert vom Klavier.

³⁵ Bei der Uraufführung wirkten mehrere Arbeiterchöre mit.

³⁶ Eingangs- und Schlusschor, beide Lieder in der Szene des Händlers sowie der Chor- und Instrumentalsatz „Ändre die Welt“ (VI, Abschluss).

³⁷ Bereits im Vorspruch.

sollten³⁸. In allem, auch in den kurzen Einwüfen, selbst in deren Tilgung war Musik anwesend als dem Wort, der Szene gleichwertig, als Movens der Strukturierung und als Kommentar.

Solche Befunde hat der norwegische Regisseur, Musiker und Theaterwissenschaftler Tore Vagn Lid³⁹ in seinen Analysen aufgenommen und, daran anknüpfend, unterschiedliche dramaturgische Prinzipien – auch „Reibungsflächen“ zwischen den beteiligten Medien – entwickelt, um sie vor allem an der Szene „Der Stein“ zu entfalten: Und dies mit weitläufigen Vor-Überlegungen, die sich auf Brechts Episches Theater, auf Brechts Institutionskritik, auf Brechts Verfremdung und gesellschaftlichen Gestus, auf die strukturbildende Rolle der Musik, des Musizierens beziehen.

Von hier aus, diesmal die Musizierhandlungen eingehend befragend, können die Vorgangsfiguren der „Maßnahme“, vor allem ihre inneren Widersprüche, aufs Neue analysiert werden: Im Eingangschor dahingehend, dass nicht nur wenige Gesten aus dem Eingangschor der Matthäuspassion aufgenommen werden, sondern dass eben diese Gesten sofort zum Halten kommen, dass also Musizieren und prosaisches Sprechen im engsten Raume aufeinander prallen – Tore Vagn Lid spricht von horizontalen und vertikalen Brüchen.

Von hier aus ist denn auch den Stil-Sphären syntaktisch und semantisch nachzugehen: Zum einen der expliziten Affinität zu J. S. Bach, auch jenseits der Matthäuspassion⁴⁰, zum anderen der Affinität zur hypertrophierten, ins Schmierige geratenen Operette und Salonmusik,⁴¹ zum Dritten der Affinität zum politischen Song im Zeichen proletarischer Kampfmusik. Was teilen sie dem Ganzen an sozialen Gesten mit? Vor allem: Was ist ihnen selbst an Rissen, Sprüngen, Widersprüchen eingesenkt, diesseits und jenseits plötzlicher Abbrüche, diesseits und jenseits harmonischer Verzeichnungen?

Wenn aber von Musik, vom Musizieren als theatrale Aktion⁴² die Rede ist, muss, wie bereits angedeutet, ein sehr breites Spektrum ausgeschritten werden: Scheinbar setzt es vor der Schwelle des Klingenden an – dort nämlich, wo szenische, oft auch rituale Bewegungen nach imaginär musikalischen Prinzipien organisiert, gegliedert sind. Von hier aus gilt es, verschiedene, mehr oder minder in sich differenzierte Geräusche, Klänge danach zu befragen, inwieweit sie das szenische Geschehen organisieren. Erst dann wäre von Klangfolgen, schließlich

³⁸ U.a. in der IV. Szene „Der Stein“.

³⁹ Tore Vagn Lid, *Gegenseitige Verfremdungen. Theater als kritischer Erfahrungsraum zwischen Bühne und Musik*, Dissertation, Ms. unveröff. Gießen 2009.

⁴⁰ Im Eingangs- und Schlusschor sowie, in der Mitte (VI, Abschluss), dem Chor- und Instrumentalsatz „Ändre die Welt“. Vgl. hierzu auch: Gerd Rienäcker, „...aber ändere die Welt, sie braucht es“, in: Hanns Eisler: *Angewandte Musik*, a.a.O., S. 64 – 81 (= Musikkonzepte. Neue Folge, hrsg. v. U. Tadday, Sonderband 2012).

⁴¹ In der Szene des Händlers, darin er, Tenor singend, dem jungen Genossen die ‚Perversion‘ seines Tuns offenbart.

⁴² Vgl. hierzu Gerd Rienäcker, *Musica teatralis. Nachdenken über konstitutive Widersprüche*, in: *Zwischen Aufklärung und Kulturindustrie. Festschrift Georg Knepler zum 85. Geburtstag*, hg. v. Hanns-Werner Heister u.a., Hamburg 1993, Bd. 2, S. 207 ff.

von kurzen bzw. kürzeren Musik-Segmenten bzw. Musizier-Segmenten zu handeln, hernach von mehr oder minder in sich geschlossenen Stücken. Auch hier geht es – für Eisler typisch – um miniaturhafte Konfigurationen.

Nachzudenken ist in diesem Zusammenhang über Hanns Eislers teils direkte, teils indirekte Anweisungen, die Aufführung betreffend⁴³: Über Haltungen, die den Passagen des Kontrollchores übergreifend immanent sind – diese Haltung wird als „geschäftsfördernde“ und gerade dadurch als heroische angewiesen; eben deshalb sind die Lobgesänge „mit voller Stimmstärke unter Anstrengung“⁴⁴ zu singen, d.h. ohne Ausdruck bürgerlicher Provenienz, gelegentlich so, als ob die Sänger Zigarren im Maule hätten⁴⁵. Die Szene des Händlers soll brutal gesungen werden, anzeigend die Brutalität, Dumpfheit, Selbstverachtung⁴⁶ von Geschäftsleuten – ihr steht, so Eisler, der Jazz zur Seite⁴⁷. Die Rezitative des ersten Teils haben „disziplinierende Funktion“⁴⁸, ihnen obliegt der Bericht, fernab der emotionalen Situation des Berichtenden, inwieweit vergleichbar den Rezitativen des Evangelisten in Passionen von J. S. Bach, deren gestische Prägnanz Eisler bis in die frühen sechziger Jahre hinein mehrfach hervor hebt?⁴⁹ Auf quasi rezitativische Passagen in Eislers Bühnenmusiken bereits vor der „Maßnahme“ kommt Peter Schweinhardt ausführlich zu sprechen.⁵⁰

Vom Verzicht auf psychologisierende Einfühlung ist die Rede, stattdessen von „Grundhaltungen“, übergreifend: von „Haltungen“ in der Musik, vom „Gestus“ und „gestischen Vortrag“⁵¹ – und dies ruft Bertolt Brechts Konstatierungen über den sozialen bzw. gesellschaftlichen Gestus, über „gestische Musik“ auf den Plan⁵²: Was damit sich verbindet, lässt auf wenige Maximen sich nicht vereidigen. Es geht um hoch-komplexe, dramaturgische und kompositorische Prozeduren, in denen physische, auch psychische Bewegungen ausgewählt, als sozial bedeutsame Gesten ausgezeichnet, zu szenisch-musikalischen Vokabeln – jeweils zum sozialen bzw. gesellschaftlichen Gestus – verdichtet, dabei in verfügbare, theatralisch-musikalische Vokabeln umgewandelt werden.

⁴³ Vgl. hierzu Hanns Eisler, Musik und Politik, Schriften 1924-1948, a.a.O., S. 131 ff.

⁴⁴ Ebd., S. 131.

⁴⁵ So Eislers Anweisung in der Partitur der „Maßnahme“.

⁴⁶ Hanns Eisler, Musik und Politik. Schriften 1924-1948, a.a.O., S. 132.

⁴⁷ Ausdrücklich warnt Eisler jedoch davor, den Jazz pauschal zu verurteilen – ebd.

⁴⁸ Ebd., S. 131.

⁴⁹ Vgl. u.a. Hans Bunge, Fragen Sie mehr über Brecht. Hanns Eisler im Gespräch, Leipzig 1975, u.a. S. 17, 67, 69, sowie seinen Vortrag „Inhalt und Form“, in: Hanns Eisler, Gesammelte Werke, Serie. III, Bd. 2, Musik und Politik. Schriften 1948-1962, hrsg. von Günter Mayer, Leipzig 1982, insbes. S. 523 f.

⁵⁰ Peter Schweinhardt, a.a.O.

⁵¹ In: Hans Bunge, Fragen Sie mehr über Brecht, a.a.O., S. 67 f.

⁵² Vgl. u.a. Bertolt Brecht, Über die Verwendung von Musik für ein episches Theater, in: Werke, Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Bd. 21 Schriften. Tl.1, 1914-1933, Berlin – Weimar – Frankfurt/M. 1993, S. 155 ff.

Soziale Gesten sind, ebenso ihre Verallgemeinerung im jeweiligen sozialen Gestus, multi-medial, d.h. weder szenisch noch musikalisch allein bestimmbar. Und sie existieren in verschiedenen Ebenen der Konkretion und Abstraktion.

Gleich in den ersten Takten des Eingangschores stoßen diese Ebenen aufeinander: Imitationen des Pochens, langsam schreitender Bewegung, nach oben gerichtete Schraubengänge in der Nachfolge rhetorischer Figuren des Barocks, quasi barocke Klagefiguren – dies alles anknüpfend an die ersten Takte des Eingangschores der Bachschen Matthäuspassion. Eben diese Gesten versetzen dem im gesungenen Worttext artikulierten Fortschreiten der Revolution Fragezeichen, noch bevor die zurück gekehrten Genossen den Chor unterbrechen.

Kommender Aufstand?

Abschließend, d.h. nochmals muss gefragt werden, inwieweit, unter welchen Bedingungen das Lehrstück „Die Maßnahme“ sich heute, morgen überhaupt aufführen lässt: Wie hören sich heute, morgen die Loblieder der Partei an – diesseits und jenseits ihrer Vertonung, wenn die steinernen Regulative aller bisheriger kommunistischer Parteien, darin eingeschlossen alle je erdenklichen Versionen des Demokratischen Zentralismus (d.h. das weitgehende Ausschalten von Einsprüchen), wenn das Wirken der ihr zugeordneten Geheimdienste, wenn all die Beargwöhnung, Verfolgung, Ausschaltung oppositionellen Denkens, wenn die Gefängnisse und Straflagererinnerlich sind? Was ist von „den Klassikern“ und ihren Lehren zu halten, wenn sich offenbart, wie wenig Marx noch Engels auf Sentenzen, gar Handleitungen sich vereidigen lassen? Was heißt „ABC“ des Kommunismus, wenn der Theoretiker und Analytiker Marx davon wenig hält, und dies zu Recht?

Inwieweit ließen, lassen sich jene Ausnahmesituationen, die den Kern der Vorgänge bilden, als solche wahrnehmen ohne die sie flankierenden Gesänge über die Partei, über Revolutionen, über revolutionäres Verhalten? Anders gesagt: Ist es möglich, die Situationen der Illegalität, so glaubhaft sie für sich sein mögen, vom anderen zu lösen? Davon nämlich hängt ab, ob das Lehrstück aufgeführt werden kann, oder ob Brecht-Eislers Rat, das Lehrstück nicht aufzuführen, nun doch triftig ist und triftig bleibt. Es wäre nicht das erste Mal, dass ein bedeutsames Stück aus dem Verkehr gezogen werden muss.⁵³

Allerdings könnten die Vorgänge des Lehrstückes sich anders deuten lassen, wenn es um die soziale und politische Situation heute, morgen geht – in der drit-

⁵³ So war (oder ist?) es in Israel nicht erlaubt, die Johannespassion von J. S. Bach aufzuführen, weil die theologischen Antijudaismen des Johannes-Evangeliums und des Bachschen Werkes mit späteren Antisemitismen, diese wiederum mit dem Denken und Handeln nationalsozialistischer Politiker, diese wiederum mit dem Geschehen der Shoah gleichgesetzt werden. Nicht anders ergeht es Wagners Dramen, weil der darin artikulierten Antisemitismus mit dessen Rezeption im Nationalsozialismus identifiziert werden muss. So töricht solche Gleichsetzungen, so unüberwindlich! Bachs Antijudaismen, Wagners Antisemitismen zu verharmlosen oder unter den Tisch zu kehren, löst die Komplikationen nicht, bietet stattdessen beiden Komponisten und ihren Werken Bären dienste an. Vgl. hierzu Gerd Rienäcker, *Deutschtum und Antisemitismus in Wagners Werken? In: ders. Musiktheater im Experiment. 25 Aufsätze*, Berlin 2004, S. 78 ff.

ten, aber auch zweiten und ersten Welt. Nicht nur der Satz „Ändre die Welt, sie braucht es“, bekommt angesichts sozialer, ökonomischer, kultureller, also auch mentaler Verwerfungen neues Gewicht⁵⁴: So wie es ist – vor allem: so wie neoliberale Konzepte die globalisierte Welt zugerichtet haben und weiterhin zurichten werden – , kann es nicht bleiben, wird es nicht bleiben. Nicht zu Unrecht sah Joachim Fiebach Aufstände am Horizont. Es fragt sich nur, wie sie beschaffen sein werden, vor allem, was in ihnen an sozial, politisch, kulturell Unbewältigtem empor gespült wird – auch welche Rolle jene Überschwemmungen spielen werden, die der Hunger in der dritten Welt den Ländern, also auch ihren Verhältnissen, also auch ihren Kulturen bescheren könnte. Nicht zu Unrecht verwies Manfred Lauer mann auf die Rolle anarchistischer Gewalt unten, darauf, dass Repressionen von Oben eben dieser anarchistischen Gewalt zu begegnen suchen: Was davon steht den Ländern der ersten Welt, ja, den Gegebenheiten geradewegs in den zivilisierten Städten, just vor unserer Haustüre, bevor?

Was also heißt vor solchen Horizonten: Aufruhr, bewaffnete oder nicht bewaffnete Aktion, Zerstörung, Totschlag, Flucht? Welche Rolle spielen Gruppen, Gruppen-Rituale, auch gruppenspezifische Inklusion und Exklusion, Geheimbündelei, darin eingeschlossen Verschwiegenheit, Verstellung, Lüge, wie findet all dies statt und warum, und wer fällt all dem zum Opfer, ob er will oder nicht? Der „junge Genosse“ der Gegenwart und Zukunft – nicht wird er hehren Idealen geopfert, und nicht Kommunisten sind es, die in der Ausnahmesituation seine Auslöschung fordern und vollziehen. Jugendliche Gangs treten an ihre Stelle, und sie gehorchen gänzlich anderen, weniger hehren Motiven. Was sie aber mit den Kommunisten früherer Zeiten vereint, sind die Wundmale relativer und absoluter Verelendung, ist Hunger, gepaart dem Weggeworfensein auf gesellschaftliche Müllhalden. Wer der Ausweitung der Zone faktischer Entrechtung entgegentreten will, muss den Zuständen ins Auge sehen, die ihr zugrunde liegen oder zugrunde liegen könnten.

Vor solchem Horizont steht nicht so sehr die Frage nach der Aufführbarkeit des Lehrstückes „Die Maßnahme“, sondern nach dem Wahrheitsgehalt ihrer Vorgänge in neuem, grellem Lichte! Und wer den Vorgängen nur mit dem erschreckten Blick ins Vergangene begegnet⁵⁵, sollte zugleich nach vorne schauen – auch und gerade dann, wenn es nicht erfreulich sein könnte.

54 Wohlgermerkt: Auch in der ersten Welt! Zu deren verhängnisvollen Regulativen im Bannkreis des Kapitals gehört, mitsamt allen je erdenklichen trüben Geschäften, auch jene um sich greifende Desolidarisierung unter den „Arbeitnehmern“, von der bereits im Lehrstück unverhohlen die Rede ist: Den Streikwilligen, so die Szene V, steht die Mehrheit der Arbeiter gegenüber, die ihren Arbeitsplatz im Streik nicht verlieren will. Ihre Abwehr spitzt sich zu, als sie, in der Szene VII, in den Agitatoren Fremde, d.h. Ausländer erkennen. In alldem waren und sind die Regulative des Kapitals erfolgreich: Jeder kann gegen jeden, der Streikende gegen den Streikunwilligen (der seinen Arbeitsplatz nicht verlieren will), der Inländer gegen den Ausländer aufgehetzt werden – neuerdings der „Arbeitnehmer“ gegen den angeblich sozialschmarotzenden Arbeitslosen, der Arbeitende und Arbeitslose gegen den Rentner. Wie sich die Bilder gleichen – 1929 ff. und 1990 ff. Brecht wäre nicht Brecht, hätte er dies nicht erkannt, nicht thematisiert.

55 Helmuth Kiesel (a.a.O., S. 95) schlug vor, das Lehrstück aufzuführen, weil es zeige, was Totalitarismus sei.

Anhang: Szenarium

I. Vorspiel: Der Kontrollchor singt vom Vorschreiten der Weltrevolution⁵⁶. Die Agitatoren unterbrechen ihre Eloge: Sie haben einen Genossen umgebracht. Der Chor fragt nach Gründen. Die Agitatoren: Oft tat der Genosse das Richtige, einige Male das Falsche, zuletzt gefährdete er ihre Arbeit. Die Agitatoren beschließen, die Vorgänge nach zu spielen.

II. Lehren der Klassiker: Die Agitatoren schildern ihre Ankunft in einem Parteihaus an der chinesischen Grenze. Dort wurden sie empfangen, auf die Notlage hingewiesen: Haben sie Traktoren etc. mitgebracht? Sie verneinen: Stattdessen haben sie Texte der Klassiker mitgebracht, um den Ausgebeuteten Belehrung zu bringen.

Sie fordern für ihre Tätigkeit einen Führer. Einer der beiden Genossen – der junge Genosse – ist bereit, mit ihnen zu gehen.

III. Die Auslöschung: Für die Tätigkeit ist der Schritt in die Anonymität erforderlich. Die Agitatoren sollen ihre Namen vergessen, Masken tragen, sich niemals kenntlich machen.

Lob des Revolutionäres, Lob der illegalen Arbeit.

IV. Der Stein: Szene an einem Fluss. Reiskahnschlepper werden durch Schläge gezwungen, ein schweres Schiff stromaufwärts zu ziehen. Der Boden ist glatt, sie gleiten aus, werden geschlagen, weil der Reis abends in der Stadt stromabwärts ankommen soll.

Der junge Genosse soll mit dem Aufseher verhandeln, ob die Schuhe der Schlepper mit Brettern zu versehen seien, um die vor weiterem Ausgleiten zu bewahren: Dabei aber solle der Genosse nicht in Mitleid verfallen.

Auseinandersetzung mit dem Aufseher: Der lehnt die Anschaffung von Brettern ab. Als wiederum einer ausgleitet, legt der junge Genosse ihm einen Stein unter die Füße, damit er aufstehen kann (zur Erinnerung: Der Aufseher schlägt auf jeden ein, der stolpert, fällt!). Diese Hilfemaßnahme wird vom Aufseher angenommen: Bretter sind nicht nötig; es genügt der Stein, den der Genosse unter die Füße des Stolpernden legt.

Mehrmals stolpert, fällt ein Schlepper, mehrmals wird ihm ein Stein unter die Füße gelegt. Schließlich sagt der junge Genosse, er könne nicht mehr. Darauf ein Schlepper „Er ist ein Narr, darüber lacht man.“ Der Aufseher: Nein, er sei einer, der Unruhe bringt.

Zwei Tage lang wird der junge Genosse, werden die Agitatoren gejagt.

Diskussion: Der junge Genosse bekennt seinen Fehler; die anderen zitieren Lenin: „Klug ist nicht, der keinen Fehler macht, sondern der ihn korrigiert.“

V. Gerechtigkeit: Fabrik. Verbreitung von Texten, die den Streik vorbereiten sollen. Zunehmende Kontroverse zwischen Streik-Willigen und den anderen Arbeitern, die um ihren Arbeitsplatz besorgt sind.

Der junge Genosse gibt Texte aus, sie werden weiter gegeben.

Die Polizei greift ein, schlägt auf Arbeiter ein, die die Texte verteilen oder weiter leiten.

Der junge Genosse greift ein, wird als Agitator erkannt. Und es wenden sich erboste Arbeiter gegen ihn und gegen Streikende.

⁵⁶ Allerdings in e-moll, zudem in Anlehnung an den Beginn des Eingangschores der Matthäuspassion von J. S. Bach: Die Weltrevolution auf dem Wege zur Schädelstätte?

VI. Was ist eigentlich ein Mensch?: Da ein Aufstand vorbereitet werden soll – und hierzu Waffen nötig sind –, wird der junge Genosse beauftragt, zu einem Händler zu gehen, um Waffen zu bekommen: Im Wissen darum, dass der Händler, ein Chinese, gegen ausländische Unternehmer kämpfen will. Der junge Genosse soll vortäuschen, er sei ein Verbündeter des Händlers.

Zum Essen eingeladen, wird ihm gesagt (in schmalzigem Tone vorgesungen), was dem Händler die Kulis wert sind. Dies gipfelt in der Frage „Was ist eigentlich ein Mensch?“ „Ich weiß nicht, was ein Mensch ist, ich kenne nur seinen Preis.“

Aufgefordert, den „guten Reis“ zu essen, lehnt der junge Genosse ab; dadurch macht er sich kenntlich.

Also bekommen die künftigen Aufständischen keine Waffen.

„– aber änd're die Welt, sie braucht es.“⁵⁷

VII. Der Verrat: Die drei Agitatoren finden seltsame Säcke vor. Der junge Genosse eröffnet ihnen, dass er die Arbeitslosen zum sofortigen Aufstand nötigen will. Das Gegenargument, eine Revolution heute dauere einen Tag, aber werde am nächsten Tage nieder geschlagen, kann er nicht akzeptieren. Und lehnen die Klassiker das Denken in längeren Zeiträumen (überdies Bündnisse zwischen Arbeitslosen und Arbeitern, zwischen ihnen und den Bauern), so seien sie ein Dreck. Der Genosse zerreißt die Texte, reißt sich die Maske vom Gesicht.

Nach und nach wenden sich die Arbeiter erbost gegen die Agitatoren: Diese werden nicht nur als Unruhestifter, sondern als Fremde, als Ausländer erkannt, als solche gerandmarkt. Und es beginnt eine Verfolgungsjagd, an der viele Kanonenboote teilhaben.

Die Agitatoren kommen an die Grenze. Gezwungen, ihre Arbeit in einer äußerst prekären Situation fort zu setzen, überdies unter Zeitdruck (ihnen bleiben wenige Minuten!), entscheiden sie sich, den jungen Genossen zurück zu lassen. Damit er aber nicht kenntlich ist für die Verfolger, beschließen sie, ihn umzubringen und in die Kalkgrube zu werfen. Sie fragen um sein Einverständnis. Nach längerem Schweigen gibt er sein Einverständnis. Er wird erschossen und in die Kalkgrube geworfen.

VIII. Schluss: Die Agitatoren bitten den Kontrollchor um ihr Urteil: War ihre „Maßnahme“ richtig, d.h. den Umständen angemessen?

Der Kontrollchor bejaht⁵⁸ – „Nur belehrt von der Wirklichkeit, können wir die Wirklichkeit ändern.“

⁵⁷ Komponiert als Trauermusik – warum?

⁵⁸ Allerdings in e-moll, wiederum aufnehmend die ersten Takte des Eingangschores der Matthäuspassion: Einverstanden mit Golgatha? Hat Eisler, mitsamt dem Eingangschor, die Vorgänge der Passion aufgerufen?

Kai Degenhardt

Wie viel Bewegung braucht das Lied?

Eine Positionsbestimmung des politischen Liedes in Deutschland anhand seiner Geschichte

Das politische Lied ist mausetot! Jedenfalls findet es dort, wo es hierzulande heute noch zu hören ist, weitgehend unterm Radar statt. Ich meine natürlich das linke politische Lied; das auf gesellschaftlichen Fortschritt und Emanzipation gerichtete. Reaktionäres wird selbstverständlich erschütternd viel geschmettert in diesen Tagen. Dieses Genre ist alles andere als mausetot. Aber darum geht es hier nicht.

Dass ich, wenn ich diesen Befund äußere, oft Widerspruch erfahre, bin ich gewohnt, und der Dissens ist auch meist sehr grundsätzlich. Er hat nach meiner Erfahrung vor allem damit zu tun, dass unter einem linken politischen Standpunkt inzwischen vollkommen Verschiedenes, häufig sogar sich gegenseitig Ausschließendes verstanden wird. Wir meinen vermutlich meist nicht einmal dasselbe, wenn wir dabei „Wir“ sagen. Aber wie konnte es dazu kommen?

Neben dem Bezugspunkt einer besseren, weil klassenlosen Gesellschaft erhalten politische Lieder ihren entsprechenden Charakter ja immer dadurch, dass sie einen Standpunkt in den jeweiligen gesellschaftlichen Kämpfen auf dem Weg dorthin beziehen; um die Organisationsform und die Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts sowie die gesellschaftliche Gesamtproduktion. Diese Kämpfe sind in Deutschland untrennbar mit der Traditionslinie einer jakobinischen Linken verwoben, womit die historische Verbindung gemeint ist, die von der Aufklärung über die Französische Revolution, die Vor- und Nachmärzzeit zur Gründung der SPD verläuft. Diese Linke also, die sich dann nach dem Ersten Weltkrieg gespalten und während des deutschen Faschismus in den KZs wieder gefunden hat. Und ihre Lieder, in der Tradition vom Pfeiferhänslein über „O König von Preußen“, die „Freie Republik“, Herweghs „Bet‘ und arbeit“ bis zur Microphone Mafia.

Das ermattete Ächzen

Im Folgenden soll nun anhand eines Überblicks über die wechselhafte Geschichte, die das politische Lied hierzulande in den letzten Jahrhunderten genommen hat, mit allen seinen reaktionären Wendungen und Windungen, der Versuch unternommen werden, anhand dieser historisch längeren Wellen ein Muster herauszuarbeiten, welches eine Positionsbestimmung für's politische Lied hier und heute ermöglicht.

Eine Rückverfolgung des politischen Liedes in bzw. auf dem Territorium des heutigen Deutschland durch die Zeiten stößt zunächst auf die Schwierigkeit seiner schriftlichen Überlieferung. Die deutschnationale Germanistik und Volksliedforschung des 19. Jahrhunderts sah in der Schaffung ihrer bürgerli-

chen Nationalliteratur nämlich eine primär chauvinistische Aufgabe; als ideologische Waffe gegen die „französische Fremdherrschaft“, später die so genannte „Kleinstaaterei“ während der feudalen Restauration ab 1815.

Der soziale Inhalt, „die Klagen, die Niemand hört, das ermattete Ächzen der Verstoßenen“, worauf Herder¹ in seiner Ur-Volksliedsammlung „Stimmen der Völker in Liedern“ von 1779 noch hinwies, war für den Großteil der späteren Anthologisten nebensächlich vor dem Hintergrund der nationalen Zielsetzung entsprechend der reaktionär-restaurativen, gegen die Ergebnisse der französischen Revolution gerichteten Tendenzen der deutschen Romantik.

Nach 1848, insbesondere aber mit dem Übergang zum Imperialismus in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts, stellte sich die deutsche Volksliedforschung bis auf wenige Ausnahmen vollends in dessen Dienst und wirkte so mehr oder weniger systematisch an der Verschüttung und Verfälschung fortschrittlichen demokratischen Bewusstseins in der traditionellen Vokalmusik mit.

Dass trotzdem nach 1945, in den 1960ern hierzulande wieder damit begonnen werden konnte, demokratische, deutsche Traditionals zu singen – daran hatte einen herausragenden Anteil der aus der DDR stammende „Große Steinitz“²: die zweibändige Sammlung von Liedern, von Wolfgang Steinitz mühsam ausgegraben und zusammengetragen unter dem schönen wie treffenden Titel „Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten“. Das historische Verdienst von Steinitz kann für das, was hier Gegenstand des Aufsatzes ist, das linke politische Lied, nicht hoch genug veranschlagt werden.

Willst zu meinen Liedern deine Leier drehen

Steinitz und die meisten anderen Autoren und Musiker³, die sich der Geschichte des politischen Liedes in Deutschland widmen, beginnen damit in der Regel in der Neuzeit, also meistens beim Deutschen Bauernkrieg oder den diesem vorausgegangenen, früheren Bauernerhebungen des 15. Jahrhunderts.

Es soll hier aber auch die ältere Tradition der mittelalterlichen Ballade nicht ganz unerwähnt bleiben, mit ihren Ablegern, z.B. dem Bänkellied, die, nicht nur in formaler Hinsicht, für die Entwicklungsgeschichte auch und gerade des politischen Liedes von nicht unerheblicher Bedeutung sind. Die Ballade selbst geht zurück auf die Troubadours, die ihre Verse musikalisch unterlegten, an den Höfen des provenzalischen Adels sangen und dabei ein ausdifferenziertes Repertoire an Minnepoesie entwickelten. Sie waren Dichter, Komponisten und Vortragskünstler in einer Person, also gewissermaßen die Urahnen der Singer-Songwriter und Liedermacher unserer Tage. Diese frühen Lieder und Balladen waren allerdings sehr

¹ Johann Gottfried Herder, Volkslieder. Erster und zweiter Theil, Leipzig 1778 und 1779, später berühmt unter dem Titel „Stimmen der Völker in Liedern“.

² Wolfgang Steinitz, Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters, 2 Bde. Berlin 1955 und 1962. Die hier verarbeiteten Informationen zur Geschichte des politischen Liedes sind allerdings größtenteils diesem Werk entnommen.

³ Z.B. Schmetterlinge, Proletenpassion (1977), 2 CDs (Membran/Sony).

artifizial und ausschließlich für ein exquisites, höfisches Publikum kreiert.⁴ Dennoch war neben dem Minnesang (Liebeslyrik) auch Politik darin ein Thema. Genannt seien hier beispielhaft Walther von der Vogelweide (1170-1230) mit seinem frühen Spottlied auf den Papst oder Neidhardt von Reuental (erste Hälfte des 13. Jahrhunderts) mit seinem kreuzzugskritischen „Kreuzlied“, das vielleicht als das früheste, bekannte Antikriegslied gelten kann.

Mit Beginn der Renaissance, als die hochkulturelle Dichtung vor allem nach Idealen in der Antike suchte, und die Kunstmusik in erster Linie der Kirche verpflichtet wurde, ging diese Balladen-Tradition gewissermaßen in den Untergrund: in die Schänken und Kaschemmen, auf die Landstraßen und Marktplätze, wo sie als Bänkelsang von Spielleuten und Vaganten vorgetragen und so zur Alltagskultur, der Volksballade wurde. Sie „überwinterte“ dort während der folgenden Bauernaufstände und deren Verfolgung, der Reformation und dem Dreißigjährigen Krieg.

Dass wir die Pfaffen nicht zu Tod solln schlagen

Fragt man die Deutschen nach einem Lied aus dem Bauernkrieg, fällt meist der Titel „Wir sind des Geyers schwarzer Haufen“. Das und viele andere sind aber erst Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden und wurden dann als Lieder der Bündischen Jugendbewegung bekannt. Hinweise auf Original-Lieder der aufständischen Bauern von 1525 und davor findet man im Grunde nur in der Literatur und in historischen Quellen, die davon berichten. So muss es auch damals ein Lied auf den „Armen Konrad“ gegeben haben, und auch aus der frühen Bauernerhebung um den Viehhirten Hans Böhm aus Niklashausen, auch Pfeiferhänslein genannt, wird in den historischen Quellen von einem Lied berichtet, das die Aufständischen sangen, von dem sich nur die Strophe erhalten hat: „*Wir wollens Gott vom Himmel klagen / dass wir die Pfaffen nicht zu Tod solln schlagen.*“ Sehr viel mehr ist aus der Zeit gar nicht überliefert.

Nach der Niederlage der Bauern im Jahr 1525 wurden ihre Lieder nämlich von den Siegern mit wütendem Hass verfolgt, so dass sich nur Bruchstücke davon in historischen Gerichts- und Folterprotokollen erhalten haben. Von daher ist auch zu erklären, dass zahlreiche die Bauern schmähende Lieder der siegreichen Herren und ihrer Landsknechte überliefert wurden, aber nur ganz wenige der kämpfenden Bauern und städtischen Plebejer. Diese Lieder hatten aber ganz offenkundig eine sehr mobilisierende Rolle für die Kämpfenden gespielt, denn die Fürsten versuchten um jeden Preis die Verfasser der Lieder zu ermitteln und physisch zu vernichten.⁵

Ebenso wie die Landsknecht-Heere die Schlachten gegen die Bauern gewannen, gewannen auch ihre Lieder gegen die revolutionären Lieder, die nicht verbreitet wurden. So entwickelte sich ein Strang deutscher Vokalmusik-

⁴ Vgl. hierzu ausführlich: Thomas Quasthoff, Ach hört mit Furcht und Grauen, Berlin 2007, S. 28 ff.

⁵ Wolfgang Steinitz, Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten (Gekürzte Ausgabe), West-Berlin 1978, S. 45.

Tradition, aufgegriffen von den Romantikern und zur romantischen Blüte entwickelt von der deutschen Jugendbewegung. Die Liederbücher der Bündischen sind voll mit Landsknecht-Liedern. Die Sieger haben also nicht nur – wie immer – die Geschichte geschrieben, sie haben auch dem Volk ihre Musik aufgedrückt und die der Verlierer ausgerottet. Wenn man heute originale Töne aus dem Jahr 1525, insgesamt des 16. Jahrhunderts, hört, die sich irgendwo erhalten haben, so sind das die Töne der militärischen Sieger, der Landsknecht-Armeen, oder der ideologischen Sieger, der lutherischen Kirche. Diese hat von Anfang an ihre Lieder in Büchern verbreitet.⁶

Der frühe, revolutionäre „Traum von einer Sache“ blieb also auf der Strecke, und es begann eine lange Durststrecke, auch für das politische Lied in Deutschland.

Es geht ein Schnitter

Erhalten und überliefert sind danach zunächst v.a. Bauernklagen, Lieder der Dorfarmut und andere im weitesten Sinne sozialkritische Lieder der städtischen Kleinbürger und Handwerksgesellen. Die machtpolitischen Kämpfe der Aristokratie um die Vormachtstellung in Europa während des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) wurden auf dem Territorium des heutigen Deutschland mit besonderer Brutalität ausgetragen und natürlich immer auf dem Rücken der Bauern und der plebejischen Schichten der Städte. Lebendig blieben aus dieser Zeit einige Lieder der Soldaten gegen Söldnerdienst und Krieg wie „Es geht eine dunkle Wolke“ oder „Wir haben im Felde gestanden“.

Aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts stammt das Stück „Ich bin ein freier Bauersknecht“, in dem es gleich zu Beginn heißt: *„Ich bin ein freier Bauersknecht / ob schon mein Stand ist eben schlecht / so deucht ich mich doch wohl so gut / als einer an dem Hofe tu“*⁷, was zu dieser Zeit bemerkenswert radikal war.

Die Fürsten der deutschen Kleinstaaten um 1700 herrschten nämlich unumschränkt und weitestgehend ohne ständische Institutionen. Gottesgnadentum des Adels und unbedingter Gehorsam der ländlichen wie städtischen Untertanen kennzeichneten diese Epoche des Absolutismus. Auch wenn frei konkurrierende Kapitalisten darin schon ein bisschen ihren Geschäften nachgehen durften, Hof und Noblesse herrschten quasi ohne Einschränkung. Hofstaat und ein eigenes Heer gehörten zur Machtentfaltung jedes Winkelfürsten, der die Gelder dafür von seinen Landeskindern abpresste und diese im Gegenzug mit Folter und Prügel in seine Privatarmee zwang. „O König von Preußen“ entstand in dieser Zeit wie auch das Lied „Mit List hat man mich gefangen“, das diese Zwangsrekrutierungen beschreibt und anklagt.

An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass die Volksballade in Form des Bänkelsangs durch die Jahrhunderte hindurch weiter wirkte – als eine Art

⁶ Walter Moßmann/Peter Schleunig, *Alte und neue politische Lieder*, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 121ff., 162.

⁷ Z.B. auf: Zupfgeigenhansel, *Volkslieder II*, CD (Polk/Pool Music).

frühes Nachrichtenportal gewissermaßen. Die Bänkelsänger zogen bis ins 19. Jahrhundert von Ort zu Ort, um auf Markplätzen und Jahrmärkten, in den Straßen und Schänken von historischen Ereignissen und Schauergeschichten zu berichten. Während des Vortrages stellte sich der Bänkelsänger auf eine kleine Bank, das Bänkel, und zeigte dabei mit einem langen Stab auf eine Bildtafel mit Zeichnungen, die seine gesungene Moritat (kommt von „Mordtat“) illustrierten. Musikalisch begleitet wurde das Ganze mit Drehleier, Violine oder Laute, später auch mit der Drehorgel.

Sicher, eine Ballade ist nur eine Liedform, und es soll hier nicht das Genre als etwas dem politischen Lied Verschiedenes ins Spiel gebracht werden, nur: Die zu Musik erzählten oder gesungenen Geschichten, Reportagen oder Räuberpistolen können, auch ohne explizit-sozialkritischen Inhalt, oppositionellen oder agitatorischen Vortragsgestus, durchaus aufklärend, ja sogar emanzipatorisch-auführerisch gewirkt haben.

Ça ira

Das intellektuelle Bürgertum zur Zeit des Absolutismus entwickelte in Opposition dagegen im 17. und 18. Jahrhundert die Philosophie der Aufklärung. Im Unterschied zu Frankreich fehlte aber auf dem Territorium des heutigen Deutschland ein einheitlicher Nationalstaat, so dass die fortschrittlichen Ideen der Aufklärung sich nicht in einer einheitlichen großen Bewegung gegen den Absolutismus verbanden. Erst die Auswirkungen der Französischen Revolution (1789-95) brachten die Dinge – gewissermaßen als Heckwelle – auch im zerstückelten Deutschland in Bewegung: Es kam zu Aufständen von Handwerkern, Lohnarbeitern, Bauern und Bürgern am Ober- und Mittelrhein, in der Pfalz, in Trier, Köln und in Sachsen. In Mainz gründeten die Bürger eine freie Republik.

Diese Rebellionen wurden immer wieder niedergeschlagen, und fürchterliche Strafen wurden gegen die Aufständischen verhängt. Der Gedanke aber von einer nationalen Einigung hatte in diesen Kämpfen Kraft gewonnen. Die Version des Lieds „Die Gedanken sind frei“⁸ mit der folgenden Strophe stammt aus dieser Zeit kurz vor 1800: *„Ja fesselt man mich / im finsternen Kerker / so sind doch das nur / vergebliche Werke / Denn meine Gedanken / zerreißen die Schranken / und Mauern entzwei / die Gedanken sind frei.“*

Mit dem Sieg der antinapoleonischen Koalition und der Restauration nach dem Wiener Kongress ab 1815 nahm dann aber wieder endgültig die Konterrevolution ihren repressiven Verlauf: Das Metternichsche Unterdrückungs-System wurde installiert und 1819 die Karlsbader Beschlüsse erlassen, die das Verbot der öffentlichen schriftlichen Meinungsfreiheit dekretierten sowie die Überwachung der Universitäten, die Zensur der Presse, Entlassungen und Berufsverbote für liberal und national gesinnte Lehrer und Professoren auslösten. Sehr schlechte Zeiten also mal wieder fürs politische Lied in Deutschland.

⁸ Z.B. auf: Diverse, Die Gedanken Sind Frei. One Song, CD (Hörwerk/Buschfunk).

33 Jahre

Die Julirevolution in Frankreich 1830 löste in einigen deutschen Staaten im Gegenzug, trotz der starken Unterdrückung, emanzipative, politische Wellen aus: Die demokratische Bewegung wuchs in ganz Deutschland an und fand im Mai 1832 auf dem Hambacher Fest der Republikaner ihren Höhepunkt, auf den dann wieder eine verschärfte Verfolgung durch Metternich und die verschiedenen deutschen Regierungen folgte.

„Fürsten zum Land hinaus!“⁹ heißt ein überliefertes Lied aus dieser beginnenden Vormärz-Zeit kurz vor dem Hambacher Fest, in dem Strophe für Strophe die deutschen Kleinfürsten aufgezählt und bildlich verjagt wurden, bis es heißt: „*Nun ist im Lande Raum: / pflanzet den Freiheitsbaum. / Hoch!*“

Unter der Verfolgung Metternichs entstanden in Deutschland Geheimgesellschaften, die zum Teil ihre Kräfte wohl stark überschätzten und sich von einer putschistischen Taktik Erfolg erhofften. Ein solcher Versuch war der Sturm auf die Frankfurter Wache durch eine Studentengruppe am 3. April 1833, der – wie so oft in der Geschichte – vorher verraten und von der Reaktion niedergeschlagen wurde. Die Studenten wurden verurteilt und eingesperrt. Aus diesem Zusammenhang stammt das Lied der „Freien Republik“ – „*In dem Kerker saßen / zu Frankfurt an dem Main ...*“, das in diversen Varianten überliefert ist. Unter anderem auch in der als „Heckerlied“¹⁰ bekannten Version von nach 1848, in der es heißt: „*Ja, dreiunddreißig Jahre / währt die Knechtschaft schon / nieder mit den Hunden / von der Reaktion!*“ Die 33 Jahre beziehen sich dabei auf die Zeit zwischen dem Wiener Kongress 1815 und der 1848er-Revolution.

Nur beispielhaft für die Vormärz-Lieder sei hier noch „Das Blutgericht“¹¹ genannt, das berühmte schlesische Weberlied, dessen wichtige Rolle bei der Auslösung des Weberaufstands in Gerhart Hauptmanns „Die Weber“ (1892) herausgearbeitet wurde. Karl Marx bezeichnete das Weberlied als „kühne Parole des Kampfes, worin [...] das Proletariat sogleich seinen Gegensatz gegen die Gesellschaft des Privateigentums in schlagender, scharfer rücksichtsloser, gewaltsamer Weise herausschreit.“¹² Genau wie nach dem Bauernkrieg wurde von preussischer Seite polizeilich nach dem Verfasser des „Blutgerichts“ gefahndet, so dass man die Überlieferung des Texts auch hier nur aus den damaligen Polizeiakten kennt. Der Volksdichter blieb unentdeckt, aber das Lied wurde weiter gesungen.

Den Vormärz-Zyklus gewissermaßen abschließend, schrieb Ferdinand von Freiligrath im Juni 1848 sein bekanntes „Trotz alledem“¹³: „*Das war 'ne*

⁹ Z.B. auf: Dieter Süverkrüp, 1848, *Lieder der Deutschen Revolution*, CD (Conträr/Indigo).

¹⁰ Z.B. auf: ewo², *Avantipolo 2*, CD (Jump Up/plattenbau).

¹¹ Z.B. auf: Dieter Süverkrüp, a.a.O.

¹² Karl Marx, *Kritische Randglossen zu dem Artikel „Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen“*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin 1956, S. 404.

¹³ Z.B. auf: Hannes Wader, *Singt Arbeiterlieder*, CD (Mercury/Universal)

heiße Märzzeit / trotz Regen, Schnee und alledem! / Nun aber, da es Blüten schneit / Nun ist es kalt, trotz alledem!“

Bet‘ und arbeit‘

Die Lehre aus der niedergeschlagenen Revolution von 1848 war – zumindest für die sozialistischen Kräfte, die sich nun politisch und strategisch vom Bürgertum abzuspalten begannen –, dass es sich ohne eine schlagkräftige eigene Klassen-Organisation nicht erfolgreich kämpfen lässt. Im Mai 1863 schlossen sich elf Arbeitervereine unter der Führung von Ferdinand Lassalle zum „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ zusammen, der Keimzelle der späteren SPD. Lassalle bat den Dichter und März-Revolutionär Georg Herwegh um ein „kämpferisches, zugkräftiges ‚Bundeslied‘“, und es entstand „Bet‘ und arbeit“¹⁴, das erste Lied der politisch organisierten deutschen Arbeiterbewegung.¹⁵

Es fehlt hier der Raum, näher auf die Geschichte der Lieder der Arbeiterbewegung einzugehen. Hierzu bedürfte es einer eigenen Abhandlung. Nur *ein* besonderes Lied sei hier noch erwähnt, weil es einfach nicht fehlen darf: Eugène Pottier, der 1871 Mitglied der Pariser Commune war, die nach nur 70 Tagen blutig und brutal niedergeschlagen wurde, schrieb unmittelbar danach das Kampflied der Arbeiterklasse schlechthin: „Die Internationale“. Der ursprüngliche, französische Text bezog sich auf die Internationale Arbeiterassoziation, die Erste Internationale, also den ersten länderübergreifenden Zusammenschluss von verschiedenen, politisch divergierenden, internationalen Gruppen der Arbeiterbewegung, die Streiks von London aus koordinierte und auch finanziell unterstützte. Erst etwa 30 Jahre später wurde „Die Internationale“ auch außerhalb Frankreichs bekannt. Die bekannte Übersetzung bzw. Nachdichtung ihrer ersten beiden sowie der letzten Strophe ins Deutsche schrieb Emil Luckhardt.

Auf, auf zum Kampf

Nach der historisch einschneidenden Zäsur des Ersten Weltkriegs – 17 Millionen Tote, 20 Millionen Verwundete in vier Jahren Krieg –, des „Zusammenbruchs der alten Welt“ und der Oktoberrevolution in Russland 1917 ergab sich für viele – nicht nur für die sozialistische Arbeiterbewegung – bald nur noch die Alternative zwischen Sozialismus oder Barbarei.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 war die Deutsche Revolution mit Hilfe der reaktionären Freikorps, aus denen später SA und SS entstehen sollten, blutig niedergeworfen worden. Die revolutionäre Periode dauerte jedoch noch bis 1923 an. Die wichtigen Brennpunkte hießen: Januarkämpfe in Berlin mit der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, Bremer und Münchner Räterepublik 1919, Kapp-Putsch, Generalstreik und Ruhraufstand 1920, Niederschlagung der März-kämpfe in Mitteldeutschland („Leunalied“) 1921 und Hamburger Aufstand

¹⁴ Z.B. auf: ewo2, a.a.O.

¹⁵ Karl Adamek, Lieder der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1981, S. 98

(„In Hamburg fiel der erste Schuss“) 1923. Weitere wichtige Lieder aus der Zeit sind, um nur einige zu nennen: „Der Kaiser hat in‘ Sack gehau’n“, „Das Büxensteinlied“ oder „Auf, auf zum Kampf“, allesamt entstanden unter dem starken Einfluss der gerade erst gegründeten KPD. Diese Lieder gingen spontan aus den Kämpfen des Proletariats hervor, entsprangen direkt aus den Bedürfnissen der politischen Aktion und wirkten bei den von den Arbeiterorganisationen geführten Kämpfen, diese unterstützend, unmittelbar zurück – *Agitprop at its best*.

Besondere Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung erhielten dabei die roten Spieltruppen der Arbeiterkultur-Bewegung, die rasch auf aktuelle Ereignisse reagierten und in ihren Liedtexten die Zeit sehr lebendig widerspiegeln. Brecht, Weinert, Mühsam, Tucholsky, Eisler und andere stellten sich an die Seite der Agitpropbewegung und verhalfen ihr zu einer künstlerischen und politischen Wirksamkeit. „Das Solidaritätslied“ (Brecht/Eisler) oder „Das Stempel-lied“ (David Weber/Eisler) sind Beispiele hierfür.

Nur am Rande sei angemerkt, dass es gerade in den 1920ern wieder eine enge Wechselbeziehung zwischen dem politischen Lied und dem alten Bänkelsang gab. Kabarettisten und Schriftsteller wie Klabund oder Wedekind griffen auf Stilelemente von Moritat und Bänkelsang zurück und befassten sich mit den aktuellsten Kriegsgräueln sowie den sozialen Missständen der kapitalistischen Lebenswelt ihrer Zeit, so z.B. in der „Ballade des Vergessens“ (Klabund) oder „Brigitte B.“ (Wedekind). Auf diesem Weg folgten später Brecht/Weill mit der „Dreigroschenoper“. Bei der „Moritat von Mackie Messer“ wurden zur Uraufführung 1928 alle Zutaten des Bänkelsangs sogar in Szene gesetzt.

Der Song „Der Rote Wedding“ (1929) von Erich Weinert und Hanns Eisler steht musikalisch beispielhaft für die späte Phase der Weimarer Republik und die Auseinandersetzung der kommunistischen Arbeiter mit der faschistischen Bewegung, die in Italien schon 1922 an die Macht gekommen war. „Das Einheitsfrontlied“ von Bert Brecht und Hanns Eisler markiert inhaltlich bereits den Bruch nach 1933 – den Kampf gegen den Faschismus, der nun auch in Deutschland an der Macht war.

Von „Spaniens Himmel“ zu den „Moorsoldaten“

Aus der Zeit des Faschismus gibt es von linker Seite schon bald – außer den Liedern aus dem Spanischen Bürgerkrieg – nicht mehr viel zu singen. Viele Künstler wurden in die Emigration gezwungen; Bücherverbrennungen, Verfolgung, Verhaftungen, Folter – ich spare die Einzelheiten aus. Es sind zwar einige Widerstandslieder auch aus dieser Zeit überliefert – beispielhaft natürlich das „Moorsoldatenlied“ der politischen Häftlinge aus dem KZ Börgermoor – aber spätestens 1939 mit der Kapitulation von Madrid und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs ist eine Niederlage der Linken – der Bürgerlichen wie der Arbeiterbewegung – von historischem Ausmaß besiegelt; mit Verbrechen und Katastrophen, die die Menschheit zuvor so noch nicht gekannt hatte. Der deutsche Faschismus stellt in den folgenden Jahren alles in den Schatten, was es je zuvor an Grausamkeit in der Geschichte gegeben hat.

Aber es ist nicht etwa so, dass während der Nazizeit nicht gesungen oder keine Musik gespielt wurde. Im Gegenteil: Von morgens bis abends – vor allem deutsche Volksmusik und gar nicht mal so viele direkt faschistische Songs. Auch Lieder der Deutschen Jugendbewegung, des Wandervogel oder auch das ein oder andere, nur leicht umgetextete Arbeiterlied. Und: Deutschland war nicht nur „der Ort, an dem es möglich gewesen war, dass es KZ-Kommandanten gab, die wunderbare Bach-Konzerte spielen konnten.“¹⁶ Es ist z.B. auch mündlich überliefert, dass Angehörige der Waffen-SS regelmäßig nach ihren Erschießungskommandos gern ein altes Volkslied gesungen haben: *„Es dunkelt schon in der Heide / nach Hause lasst uns geh'n / wir haben das Korn geschnitten / mit unserem blanken Schwert.“* – 6 Millionen ermordete Juden, 25 Millionen Tote allein in der Sowjetunion.

Nach 1945 waren dann sämtliche deutschsprachigen Lieder, welcher Art auch immer – ob Arbeiterlied oder hergebrachtes Volkslied – zunächst nicht mehr singbar. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von der „adornitischen Schweigezeit“, benannt nach dem Theoretiker der Frankfurter Schule, der in den 1950ern gegen die Apologeten einer reaktionären „Jugendmusik“ gesagt hat: „Nirgends steht geschrieben, dass Singen not sei.“¹⁷

Das Neue politische Lied

Es wurde trotzdem – die Geschichte ging ja weiter – schon bald wieder gesungen. Im Westen Deutschlands blühte bald der Wirtschaftswunder-Nachkriegsschlager von Freddy, Peter und Conny – „Brennend heißer Wüstensand“ und „Zwei kleine Italiener“ –, etwas später auch geschmettert vom heute wieder so angesagten blonden Heino mit der dunklen Brille.

In der DDR war das anders. Das überlieferte politische Lied spielte dort im Alltag eine nicht unbedeutende Rolle: in der Schule, der Partei, den Jugendorganisationen, nicht zuletzt bei den öffentlichen Demonstrationen und Festveranstaltungen, die hier keinen protestierenden Charakter hatten, wurde es gesungen. Die Werke der sozialistischen und kommunistischen Emigranten wie Brecht, Becher oder Eisler waren in der DDR lebendig und wurden von offizieller Seite als kulturelles Erbe gepflegt. Das Wirken der so genannten Singebewegung, die in der DDR in den 1960ern entstand, die Biermann-Ausbürgerung und auch die später aus der Singebewegung hervorgegangen dissidenten Sänger und Sängerinnen wie z.B. Bettina Wegner oder Stephan Krawczyk, auch die DDR-Punkrockszene, verdienten sicherlich ein eigenes, umfangreiches Kapitel, das hier aber nicht geschrieben werden kann, weil erstens der Raum dazu fehlt und zweitens ich davon zu wenig Ahnung habe.¹⁸

¹⁶ Rolf Clemens Wagner, „Wir wollten den revolutionären Prozess weitertreiben“ (Interview), in: *junge Welt* vom 18.10.2007, S. 8.

¹⁷ Theodor W. Adorno, *Kritik des Musikanten*, in: Ders., *Dissonanzen. Musik in der verwalteten Welt*, Göttingen 1956, S. 75.

¹⁸ Ausführlicher dazu z.B.: Holger Böning, *Der Traum von einer Sache*, Bremen 2004, S. 185 ff.

Das politische Lied in den 40 Jahren des Bestehens der DDR stellt aber auch eine territorial abgegrenzte und historisch abgeschlossene Sonderperiode für das Genre dar. Zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte wurde das protestierende, obrigkeitserne und zumindest tendenziell zum Sturz des Bestehenden aufrufende politische Lied an einen Staat und seine Institutionen gekoppelt. Dies mit allen Abhängigkeiten, Instrumentalisierungen und Schikanen innerhalb der Kulturkämpfe des Kalten Krieges wie der späteren Entspannungspolitik, während sich gleichzeitig eine eigene, oppositionelle Kultur innerhalb des Staatswesens des realen Sozialismus entwickelte. Es bedürfte also wirklich einer ganz eigenständigen Abhandlung.

In der BRD entstanden ab Ende der 1950er mit den ersten Ansätzen einer außerparlamentarischen Bewegung, gegen Wiederbewaffnung, Atombombe und NATO-Beitritt auch wieder neue politische Lieder, und zwar aus dem Umfeld der damals bereits verbotenen KPD. Dieter Süverkrüp, Fasia Jansen und Gerd Semmer sind hier zu nennen und natürlich der Song „Unser Marsch ist eine gute Sache“ von Hannes Stütz.

Durch den folgenden Aufschwung der Linken in der APO-Zeit wurde die adonitische Schweigepetode endgültig beendet und es wurden neue Ansätze einer linken politischen Vokalmusik entwickelt. Einen richtigen Durchbruch fürs politische Lied in der BRD stellten dabei die ab 1964 ausgerichteten Open-Air-Festivals *Chanson Folklore International* auf der Burg Waldeck dar – dem Heimatplanet der politischen Liedermacherei der BRD: Degenhardt, Moßmann, Hüsch, Süverkrüp, Wader – sie alle hatten ihre frühen Auftritte auf der Burg Waldeck.

1967 radikalisierte sich die Bewegung – auch die Lieder auf der Waldeck –, und als sich die Szene dort während des letzten Festivals 1968 überhitzte, sich spaltete und es zum Eklat kam mit dem berühmten Spruch: „Stellt die Gitarren in die Ecke und diskutiert“, explodierte der Heimatplanet. Nicht aber das politische Lied. Im Gegenteil: Es bekam in der Folgezeit sogar einen erstaunlichen Publikums-Zulauf und färbte dabei ab auf angrenzende Genres: Folk- und Rockmusik mit stark politischen Texten von *Floh de Cologne* bis *Ton Steine Scherben*, die *Schmetterlinge* bis *Lokomotive Kreuzberg*. Auch die Punkbewegung von Ende der 1970er/Anfang der 1980er entwickelte eine bisweilen sehr radikale, aber eher bürgerlich-anarchistische, also klassenindifferente Sprache.

Mit dem Ende der linken Vorwärtsepoche erreichte das politische Lied Anfang der 1980er in Deutschland dann kurzzeitig sogar ein so weder vorher noch danach je dagewesenes Massenpublikum, mit entsprechender Resonanz auch in den bürgerlichen Medien. Die neoliberale Wende, die hierzulande u.a. mit dem NATO-Doppelbeschluss eingeläutet wurde, brachte ein breites, außerparlamentarisches Bündnis – von autonomen Gruppen bis zu bürgerlichen Christen – dagegen auf die Straße. Bei den großen *Künstler-für-den-Frieden*-Konzerten z.B. in der Dortmunder Westfalenhalle oder dem Bochumer Ruhrstadion sowie den beiden großen Demonstrationen im Bonner Hofgarten von 1981 und 1982 traten

vor mehreren hunderttausend Zuschauern neben etablierten Popstars wie Udo Lindenberg oder Peter Maffay, Vertretern der bürgerlichen Hochkultur von Heinrich Böll bis Joseph Beuys und internationalen Stars wie Harry Belafonte oder Joan Baez eben auch Liedermacher mit einem dezidierten Klassenstandpunkt auf – wie Wader, Degenhardt oder Süverkrüp.

Es handelte sich dabei aber, gerade in Bezug auf die potentielle Größe des Publikums, um eine historische Ausnahmesituation für's politische Lied, welche auch vor dem Hintergrund der Existenz eines sozialistischen Machtblocks und der damit zusammenhängenden Bedeutung der Kommunistischen Partei für die damaligen Auseinandersetzungen, trotz geringer Mitgliederzahlen, zu erklären ist.¹⁹ Der Preis, der für die vielbeschworene „Bündnisfähigkeit“ in ästhetischer wie politischer Hinsicht zu zahlen war, ist ebenso bemerkenswert: Die dominierenden linksbürgerlichen Kräfte der Bewegung hielten – entgegen der historischen Erfahrung – den Imperialismus grundsätzlich für friedensfähig und die Versöhnung von Kapital und Arbeit für machbar. Dass sich das engagierte Lied also gerade zur Zeit seiner kurzzeitigen Hochkonjunktur, zu Beginn der 1980er, im Sog der Friedens- und der *Neuen Sozialen Bewegungen* zu entpolitisieren begann, kann nicht ganz überraschen. Im Song „Lullaby zwischen den Kriegen“ von 1982 hat Franz Josef Degenhardt diese kurze Phase ironisch wie treffend verdichtet: *„Die Unterschriftenliste ist sicher schon voll / dann treibt es Herr Reagan nicht mehr so toll.“*²⁰

Nach der Niederlage

Die weltweite politische Niederlage der Linken von 1989/1991 bewirkte schließlich den Verlust dieser zeitweiligen, fast kulturell hegemonialen Stellung des linken politischen Lieds – ja, sogar beinahe das völlige Verschwinden linker Positionen in der Ästhetik überhaupt. Die soziale Frage wird in der zeitgenössischen Vokal-Musik seitdem nicht mehr klassenkämpferisch, sondern bestenfalls durch Randgruppenpolitik angegangen. Dies gilt bis heute. Trotz der im Jahr 2007 ausgebrochenen großen kapitalistischen System-Krise, die immer mehr von den sozialen Errungenschaften der „goldenen Nachkriegsjahre“ auch hierzulande abräumt und die riesige Bevölkerungsteile Südeuropas längst an den Rand des sozialen Abgrunds – bisweilen weit darüber hinaus – gestoßen hat.

Linke politische Liedermacher gibt es nur noch in wenigen geschützten Reservaten. Dort haben sie zumeist wenig Öffentlichkeit – ohne jede Zensur durch Privatradio- und Fernsehen –, eben weil der notwendige Resonanzboden einer auch nur in Ansätzen vorhandenen außerparlamentarischen Bewegung fehlt. Die früher noch politische Pop- und Rockmusik behauptet heute nicht einmal mehr Dissidenz zu irgendetwas, beschränkt sich auf Tierschutz, Konsumkritik und Urheberrechts-Gegnerschaft im Internet.

¹⁹ David Salomon, Repolitisierung der Kunst? In: Z96 (Dezember 2013), S. 75.

²⁰ Franz Josef Degenhardt, Lullaby zwischen den Kriegen, CD (Polydor/Universal)

Die zeitgenössische deutschsprachige Vokalmusik ist längst wieder da angekommen, wo die Burg-Waldeck-Festivals Anfang der 1960er mal – ex negativo – ihren Ausgangspunkt genommen haben: im Schlagerparadies.

Es ist, gerade im Rückspiegel von heute aus gesehen, unverkennbar, dass wir erneut in einer jener Nachmärzzeiten nach politischen Niederlagen der Linken leben – und dies nun schon seit einem Vierteljahrhundert. Dabei entsteht der Eindruck, dass viele die Niederlage noch immer nicht als eine solche begriffen haben oder – aus welchen Gründen auch immer – ihr Ausmaß jedenfalls nicht wahrhaben wollen: Das frühere „Wir“ der Gemeinschaft aus bürgerlichen Kriegsgegnern und Antifaschisten, studentischer Linken und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung wurde Stück für Stück ersetzt durch das heute verbindliche „Wir“ einer „westlichen Wertegemeinschaft“, das sich auf zivilisatorische Errungenschaften wie Rechtsstaat, Gewaltenteilung und parlamentarische Demokratie beruft, die barbarischen Kollateralschäden von Hiroshima über Vietnam bis Abu Ghraib aber nur zu gern verschweigt. Den Müll trennen, „die Welt zu Gast bei Freunden“ einladen, gleichzeitig massenhaft Flüchtlinge ausfliegen; dabei fühlen sich viele Neu- und einige Ex-Linke sogar noch als sehr anti-Establishment, wenn sie alte Vinyl-Schallplatten hören und für einen nachhaltigen Imperialismus ‚with a human touch‘ und ausgeglichener CO₂-Bilanz eintreten.

Navigation bei Nacht und Nebel

Das ist die Lage, und man muss nicht gleich mit Georg „Nostradamus“²¹ Fülberth der Produktionsweise des Imperialismus noch 500 Jahre Leben bescheiden²², um zu erkennen, dass sie niederschmetternd ist.

Aber die Geschichte geht auch jetzt weiter – und immer noch als eine von Klassenkämpfen. Die Kräfteverhältnisse, von denen wir dabei auszugehen haben, sind mit ungünstig noch sanft beschrieben. Das Ungleichgewicht der potentiellen Waffen scheint dabei so krass wie niemals zuvor in der Geschichte.

Den Versuch unternehmen, dies trotzdem wieder zu wenden, ist natürlich in erster Linie eine politische und keine musikalisch-ästhetische Aufgabe von Linken. Damit die Übrig gebliebenen sich dabei aber nicht nur die schönen alten politischen Lieder aus den längst vergangenen Tagen vorsingen, könnte man zur Abwechslung auch mal wieder über den nationalen Tellerrand schauen.

Um in den 1960ern die legendären *Festivals Chanson International* zu veranstalten, musste damals erst wieder eine deutsche Sprache für zeitgenössische Lieder gefunden werden. Auf der Burg Waldeck wurde Theodorakis gesungen, Phil Ochs und Odetta spielten sogar live auf der Burg. Viele deutsche Liedermacher machten Umwege über internationale Adaptionen, aus denen sie ihre jeweils eigenen Richtungen entwickelten.

²¹ So Peter Hacks scherzhaft in seiner Replik: Georg Nostradamus oder Professor Fülberths Vorhersage, in: Ders.: Am Ende verstehen sie es, Berlin 2005, S. 53 ff.

²² Georg Fülberth, Kurze Sprünge, in: konkret (4/2000)

Heute brennt die Welt an fast allen Ecken und Enden, nur in Deutschland ist so gut wie nichts los auf den Straßen. Es wäre spannend zu hören, was die Kolleginnen und Kollegen in der Türkei, in Portugal, in Spanien, in Brasilien so machen, wo und was sie singen in den Straßen und auf den besetzten Plätzen. Welche Art von Liedern begleiten die gegenwärtigen Kämpfe, die Streiks und Demonstrationen von Santiago de Chile bis Dublin? Ein internationaler Austausch könnte wichtige Perspektiven für uns hier aufzeigen, Solidarität herstellen und vielleicht einen Lernprozess initiieren.

Eine Schwierigkeit dabei wird sicherlich bleiben, dass das politische und auch das poetische Vokabular in linken Zusammenhängen in schwere Unordnung geraten sind. Nicht nur, dass „einen Teil unserer Wörter der Feind bis zur Unkenntlichkeit“ verdreht hat²³, wie Brecht dies schon in einem seiner Svendborger Gedichte in den 1930er Jahren auf den Punkt brachte. Auch bekannte, mitunter bewährte ästhetische Mittel – Metaphern, Stilmittel, Ausdrucksformen, poetische Tricks usw. – taugen in dem Moment nicht mehr, wo die Sender-Kodierung und der Empfängerhorizont zu weit auseinandergedriftet sind. Es ist ja so, dass viele der übrig gebliebenen Linken von lebensgeschichtlichen Erfahrungen und historischen Sichtweisen auf die Epoche ausgehen, die von jüngeren Generationen wie mit einer dichten, kaum durchdringbaren Nebelwand geschieden sind. Das darf man selbstverständlich nicht auf sich beruhen lassen. Es wird aber schwer werden, und es muss viel daran gearbeitet werden, diesen Nebel zu lichten.

In den Künsten, die diese Bemühungen begleiten – so auch beim politischen Lied – geht es dabei mal wieder um nicht mehr und nicht weniger als die guten, alten Schwierigkeiten mit dem Realismus; nicht als Formsache, sondern als grundsätzliche ästhetische Methode.

Daran gilt es weiter zu arbeiten. Was denn sonst?!

²³ Bertolt Brecht, An den Schwankenden, in: Die Gedichte, Frankfurt/M. 1981, S. 678.

Richard Sorg

Populäre Musik im globalen Kontext

Susanne Binas-Preisendörfers materialistische Musikanalyse

In ihrem Buch „Klänge im Zeitalter ihrer medialen Verfügbarkeit“¹ will die am Institut für Musik der Universität Oldenburg forschende und lehrende Musikwissenschaftlerin² „aus der Perspektive der Rekonstruktion verschiedener Aspekte des Musikprozesses – den sozialen Gebrauchszusammenhängen von Musik, den sie gleichsam tragenden ökonomischen Organisationsformen und Binnenstrukturen in lokalen und globalen Zusammenhängen, den technologischen Voraussetzungen und Konsequenzen ihrer zunehmenden medialen Verfügbarkeit und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die ästhetische Gestalt bestimmter Formen populärer Musik“ (72) zur Klärung spezifisch kultureller Dimensionen des Globalisierungsprozesses beitragen. Dabei könne die klangliche Substanz der Musik nicht von den kulturellen, technologischen und kommerziellen Zusammenhängen abgehoben untersucht werden. „Eingebettet in komplexe, historisch konkrete ökonomische Zusammenhänge bilden die unterschiedlichen Formen populärer Musik eine Art kulturellen Rahmen, um soziale Erfahrungen und Erlebnisse zu organisieren, sozialen Sinn zu artikulieren und alltägliche kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen und zu entfalten.“ (29)³

Angesichts des breiten Spektrum dessen, was unter populäre Musik subsumiert wird (ob Schlager, Rock oder Volksmusik), hält Binas-Preisendörfer (= B.-P.) eine Definition für kaum möglich; allenfalls könne man sagen, das sich populäre Musik durch eine hochgradige Standardisierung, die Wiederkehr ästhetischer Muster und durch klangliche Auffälligkeiten auszeichne (22).

1 Populäre Musik und Globalisierung

Die mannigfachen Formen populärer Musik wie diejenigen des Films und andere industriell produzierte Kulturgüter zählt sie zum Standard-Repertoire dessen, was zu Beginn des dritten Jahrtausends unter dem schillernden Begriffspaar von

¹ Susanne Binas-Preisendörfer, Klänge im Zeitalter ihrer medialen Verfügbarkeit. Popmusik auf globalen Märkten und in lokalen Kontexten, Transcript: Bielefeld 2010, 277 S., 27,80 Euro. – Alle Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch.

² Geboren 1964, Studium an der Ostberliner Humboldt-Universität u.a. bei Christian Kaden, Gerd Rienäcker und Peter Wicke, 1991 Dissertation über Rockmusik. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Musikerin der Avantgarde-Band „der expander des fortschritts“.

³ Da in der dominierenden Musikforschung Untersuchungen des Zusammenhangs von Populärer Musik, Kultur und Globalisierung eher selten sind, müsse methodisch auf die Forschungsergebnisse sehr unterschiedlicher Disziplinen zurückgegriffen werden, so auf die Ergebnisse musikethnologischer, musiksoziologischer, kulturwissenschaftlicher, kulturpolitischer, kulturökonomischer und medienästhetischer Arbeiten. Die Autorin hat dazu zahlreiche empirische Forschungen ausgewertet, z.B. von Steven Feld, Krister Malm oder Peter Manual. (70)

‚Kultur‘ und ‚Globalisierung‘ diskutiert wurde und wird (15). Nach den 1990er Jahren, als man die Popmusik vor allem amerikanisch geprägt und den Musik-Markt durch Oligopole beherrscht sah, haben sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesichts der technologischen Veränderungen wie Digitalisierung und Internet die Akzente der Diskussion verschoben: neben die Ängste vor einer westlich dominierten Homogenisierung von oben sei auch die Hoffnung auf eine vielstimmige mediale Teilhabe getreten.

In der Diskussion um die Folgen dieser medienvermittelten weltumspannenden Prozesse würden verschiedene Szenarien die Bewertung bestimmen; das eine betone die zunehmende *Ortlosigkeit*, das andere die Bedeutsamkeit *lokaler Bindungen* von populärer Musik. Szenario Eins (Ortlosigkeit) hebe die vor dem Hintergrund einer ‚informations- und kommunikationstechnischen Dauerrevolution‘ sich vollziehende hochgradig technologische und ökonomische Vernetzung hervor, wobei die Distanz zwischen Klangquelle, Tonträger und Konsument technisch auf einen Mouse-Click zusammenschumpfe; einmal gespeichert (‚digitale Reproduzierbarkeit‘) werden Musik und alle nur denkbaren Klangformen potenziell allerorts verfügbar und damit aus ihren ortsbezogenen Kontexten genommen (16). Für Szenario Zwei (Ortsgebundenheit) sei das „Globale“ eingebunden in den „lokalen“ Raum, weil die Praktiken populärer Musik als unmittelbare kulturelle Aktivitäten sich jenseits lokaler Handlungsfelder weder rekonstruieren noch verstehen lassen (Kultur ist lokale Sinnproduktion). So führten Tendenzen einer ‚McDonaldisierung der Gesellschaften‘ auch zur Gegenwehr, zu gesteigerten Identitätsproklamationen, zu einem neuen Typus transkultureller globaler Phänomene, die als Vermischung oder auch „Kreolisierung“ (Ulf Hannerz) bezeichnet wurden. Nicht zuletzt auch im Gefolge von Migrationsprozessen und technologischen Entwicklungen seien transkulturelle Erscheinungen von der wechselseitigen Durchdringung unterschiedlicher kultureller Systeme gekennzeichnet, wobei die Konzepte von Hybridisierung, Transkulturalität oder Kreolisierung auch als politische Projekte, als Widerstands- und Umdeutungsstrategien im Diskurs um Deutungshoheiten zu verstehen seien (21). Globale Phänomene wie Arbeitsmigration, Filme, Musik werden dabei lokal höchst unterschiedlich interpretiert. Sie „führen nicht zu einer Angleichung der Kulturen, sondern werden von Menschen auf die unterschiedlichste Art und Weise in ihr eigenes Weltbild integriert“ (22). Im Feld Populärer Musik sind so globalisierte, sich permanent verändernde, gegenseitig sich beeinflussende Formen von Musik entstanden.

So wenig sich die beiden Szenarien, Ortlosigkeit und Ortsgebundenheit, ausschließen, so wenig gelte das auch für die Entgegensetzung von *Homogenisierung versus Fragmentarisierung*: Hierbei betonen die einen, dass es vor allem zu kulturellen Homogenisierungsprozessen und dem Verlust von Vielfalt, die anderen, dass es in erster Linie zu kulturellen Fragmentarisierungsprozessen und Unübersichtlichkeit bzw. Differenz gekommen sei. Argumentiert werde, dass als Reaktion auf derartige Homogenisierungsprozesse sich Menschen mittels übersteigertem ethnischen und religiösen Bewusstsein und entsprechenden Handlungen gegenüber anderen Kulturen abschotten, Zuflucht su-

chen in kulturell und religiös begründeten Traditionen und deren symbolischen Repräsentationen (man könnte dabei z.B. an den Islamismus denken).

Aber kulturelle Formen populärer Musik, die zwischen traditionellen lokalen musikalischen Praktiken und Märkten, ob globaler oder eher lokaler Reichweite, zirkulieren, tragen nicht zwangsläufig zur Einebnung kultureller Vielfalt bei, wie das vielfach aus der Perspektive europäischer Kunstmusiktraditionen gesehen werde, wobei diese populären Musikformen ausschließlich als Resultate eines Kommerzialisierungs- und damit Manipulations- und Homogenisierungsprozesses, als fortgesetzte Verstärkung eines musikalischen Deformationsprozesses missverstanden würden (25).

Als Demonstrations-Beispiel für die verwickelten Wege der Globalisierung in der populären Musik dient B.-P. ein Wiegenlied von der melanesischen Pazifikinsel Malaita. Dessen Reise von Melanesien in die amerikanischen Billboard- und europäischen Dance-Charts sieht sie als exemplarischen Prozess und versucht dabei, die Globalisierungserscheinungen in den verschiedenen Zusammenhängen des Musikprozesses selbst ausfindig zu machen, eben in der Verknüpfung der kulturell-ästhetischen, sozialen, technologischen und ökonomischen Aspekte, eine Perspektive, die bislang in der Musikforschung wenig thematisiert wurde (27).

Vorstellungen von Ganzheit, Geschichte, Harmonie und narrativer Struktur seien dabei wohl nirgends so präsent wie in den kommerziell produzierten Bildern, Klängen und Images der Populärkultur (Werbung, Kinofilme, Soaps, Popmusik). Sie treffen dabei auf ein Publikum, das ‚augen- und ohrenscheinlich‘ nichts so sehr schätzt wie die Angebote zur ‚Verzauberung‘, den Mythos vom Einklang mit sich und der Natur, die Nähe und Unmittelbarkeit in der Kommunikation, das große Ganze und die überschaubaren schönen Geschichten (32). Populäre Musik könne alle Sinne ansprechen und sei offensichtlich ein geeignetes, kulturelles und ökonomisches Medium für die Sehnsucht nach ‚Wiederverzauberung‘ der ‚entzauberten Welt‘ (Max Weber), nach einem ‚romantischen‘ Konstrukt, das der ‚kalten‘, ‚seelenlosen‘ Rationalität moderner Lebenswelten wieder ‚Gefühl‘, ‚Wärme‘ und ‚Authentizität‘ einhauche. Diese Musik und „ihre Songs, Tracks und Sounds, Images usw. sind mit der ihnen eigenen Faszination in der Lage, diese menschlichen Notwendigkeiten zu vermitteln und Zumutungen zu lindern“ (71). Diese Sehnsüchte seien so real wie die Zumutungen „der Moderne“ gegenüber dem Sozialwesen Mensch. Sie vermögen sie zwar nicht wirklich einzulösen, offerieren Menschen jedoch Gegenräume, in denen körperliche Präsenz reell und in symbolischen Repräsentationen erlebbar wird.

Bezogen auf entsprechende Debatten der letzten Jahre schreibt sie: „Nachdem Klassenfragen in der kulturwissenschaftlichen Diskussion in den Hintergrund getreten waren, rückten nun diejenigen nach ‚Ethnien‘, ‚Sexualität‘ und ‚Religion‘ stärker in den Fokus. Probleme sozialer Gerechtigkeit stellten sich nicht mehr in erster Linie in Bezug auf ökonomische Verteilungsfragen, sondern konzentrierten sich auf kulturelle Machtgefälle in der Repräsentation von Ethnien, Gender, Identität und Differenz ... Fragen, die sich in der Konsequenz jedoch wieder als Fragen sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Macht entpuppten.“ (82)

Vor dem Hintergrund von kulturwissenschaftlichen Deutungen (z.B. Frederic Jameson) oder von soziologischen Analysen (wie etwa die von Richard Sennett) stellt sie fest, dass die ungesicherten Arbeitserfahrungen, die wachsenden Risiken und die ständigen Forderungen nach Flexibilität sich auch in den ‚retrospektiven Stilistiken‘ populärer Musik spiegeln, im „Hang zur Individualisierung und zum Entwurf flexibler, multipler Biographien“, wobei sich kulturelle Zugehörigkeiten ständig durchkreuzen. Erfahrungen von Diskontinuität, Risiko, Vieldeutigkeit führten zu einem immensen Potenzial an Unsicherheit, „das sich auch in der Tendenz der Abschottung scheinbar ‚noch‘ homogener Kulturen gegeneinander äußerte oder mit dem Rückgriff auf reale Gemeinschaften bzw. mit dem Entwurf imaginärer Gemeinschaften versuchte, Sicherheiten zurückzugewinnen“ (83).

2 Aspekte des Musikprozesses: Akteure und Funktionen

Wenn B.-P. im Sinne einer Modellierung zur methodischen Reduktion der Komplexität des Untersuchungsgegenstands (72), – nach der methodischen Maßgabe von Marx: des (realen) ‚Ausgangskonkretum‘, das im ‚Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten‘ als begriffenes Konkretum (‚Gedankenkonkretum‘) zu rekonstruieren ist – den *Musikprozeß* in seine verschiedenen Aspekte (‚Abstraktionen‘) auseinanderlegt, ist vieles davon über die populäre Musik hinaus übertragbar auf die Musik allgemein. Die Autorin unterscheidet u.a. die aufeinander bezogenen Akteure: 1. die *künstlerischen Produzenten*, Musiker, Bands; 2. die *Nutzer*: Jugendkulturen, Hörer, Fans, Tanzende etc.; 3. die unterschiedlichsten *ökonomischen Akteure* der Musikwirtschaft wie Manager, Label, Verlage, Medien etc. Im Musikprozess handeln diese modellhaft voneinander abgegrenzten Akteure ihre unterschiedlichen Interessen gegeneinander aus und betrachten die Musik aus unterschiedlichen, mit den jeweiligen *Interessen* verknüpften *Perspektiven*. So sind die diversen Gattungen und Stilistiken Formen, mit denen sich Musiker selbst verwirklichen und ihre Existenz sichern; für die Nutzer ist populäre Musik eine Sozialisationsinstanz, über die Sinn gestiftet und Identitäten vermittelt werden, ein Medium für das Ausagieren von Widerstand, Spaß und Frust, das Emotionalität und Körperlichkeit repräsentiert, also ein Teil kultureller Praktiken; für die ökonomisch-kommerziellen Akteure ist die Musik ein Produkt, z.B. in Gestalt eines Tonträgers oder Künstlerimages, das auf Märkten gehandelt wird. Zusammengefaßt: „In populären Musikformen geht es in erster Linie um körperliche Aneignung, kulturelle Identifikation, Sehnsüchte und Sinnlichkeit auf Seiten des Publikums, um Selbstverwirklichung seitens der Musiker und Musikerinnen, und es geht um möglichst profitable Verwertung seitens ökonomischer Strukturen, zum Beispiel der Musikwirtschaft.“ (164)

Der Musikprozess wird hier als System mit seinen Komponenten verstanden: von den künstlerischen und technischen Produzenten (Produktivkraftseite) über die Hörer (Konsum- und Gebrauchswertseite) bis zu den ökonomischen Verwertern (Seite der Produktionsverhältnisse und des Tauscherts), alles dies vor dem Hintergrund bestimmter technologischer und ökonomischer Voraussetzungen (der Produktionsweise oder ‚Basis‘ der Gesellschaft) sowie des kulturellen-politischen Systems (dem ‚Überbau‘).

Die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen bestimmen die Wahrnehmung und Deutung. Ob Musiker, Produzenten, Fans, Journalisten oder Wissenschaftler – sie alle hören etwas anderes, jedem prägt sich etwas anderes ein, jedem bedeutet der Song etwas anderes, weil die Perspektiven auf ihn so unterschiedlich sind. Deshalb käme es eigentlich darauf an, die verschiedenen symbolischen Ordnungen und Handlungszusammenhänge der genannten Akteure zu rekonstruieren, um ein halbwegs angemessenes Szenario zu rekonstruieren. Eine solche umfassende „Ethnographie des Musikprozesses“ liege bisher nicht vor, wäre aber ein Desiderat für die Forschung.

3 Musiken der Welt – „Weltmusik“, World Music

Fast alle Musikformen haben sich im Laufe des 20. Jahrhunderts losgesagt von nationalen Konzepten und von ethnischen Zuweisungen (man denke etwa an New Orleans Jazz, Salsa, Balkan Beat oder Klezmer). (163) In der Konsequenz fortgesetzter Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse existieren in sich geschlossene, dauerhaft an bestimmte Orte oder Ethnien gebundene kulturelle Systeme heute lediglich als Fiktion, so B.-P. (75). Darum erzähle uns die Präsenz scheinbar exotischer Musikformen heute mehr über die kulturellen Verhältnisse in Mitteleuropa, als dass die Begegnung mit einem Didge-doo-Spieler zu den Aborigines nach Australien führen würde. Stilbezeichnungen wie Türkischer HipHop, Tribal Dance, River Dance, Balkan Beat usw. verweisen direkt auf einen transkulturellen Charakter, der in der Aneignung lokaler und globaler Versatzstücke verschiedener Musikkulturen begründet ist; es sei eine lokal angeeignete globale Musik-Kultur.⁴ (69)

Anders als noch gemäß den Subkulturtheorien (etwa von Paul Willis oder John Clark) sei heute „kaum mehr auszumachen, was als kulturelle Widerstandsstrategie verstanden werden soll und was als kommerzielles Kalkül in Marketingabteilungen der Unterhaltungsbranche konzipiert wurde.“ (81) Stelle etwa die Subkultur der Hippies noch ein gewisses Gegenkonzept dar im Kontext von Vietnamkrieg, Bürgerrechtsbewegung und radikaler Kapitalismuskritik, so sei die Situation gegen Ende des 20. Jahrhunderts anders. Vor dem Hintergrund der kulturellen und sozialpsychologischen Veränderungen lässt sich das seit den 1990er Jahren wachsende Interesse am klanglichen Repertoire traditioneller und ‚nichtwestlicher‘ Kulturen verstehen „nicht als modische Attitüde, sondern eher als eine letzte Möglichkeit, unverbrauchten Ressourcen nachzuspüren und sie als Medium des Andersseins zu repräsentieren. Angesichts einer sich zunehmend fragmentarisierten Welt nahmen die Sehnsüchte nach Ganzheit und unmittelbarem Erleben zu.“ (87)

Musik gelte, da sie keine an Wörter und Begriffe gebundene Sprache ist, als eine scheinbare „Welt-Sprache“, die der Übersetzung nicht bedürfe und daher be-

⁴ Vor diesem Hintergrund haben sich, laut empirischen Studien, die B.-P. ausgewertet hat, besonders in Städten mit einem hohen Anteil von MigrantInnen entsprechende spezielle Musikszenen entwickelt (50).

sonders geeignet sei, transkulturelle Begegnungen zu initiieren. Aber die oft gehörten Proklamationen von ‚Musik als der verständlichsten Sprache der Welt‘ sei, so B.-P., ein Mythos. Tatsächlich gibt es, wie Musikpsychologen bestätigen, kein voraussetzungsloses Musikverstehen, denn Wahrnehmungen sind kulturabhängig und abhängig von den Perspektiven. „Wahrnehmung ist ... ein konstruktiver Vorgang, abhängig von unseren Interessen und Motiven“ (89) und damit Teil der gesellschaftlich-kulturellen Praxis. Unsere Sinne sind kulturell geprägt,⁵ und insofern ist Musik und ihr Verstehen abhängig von sozialen, kulturellen und auch ökonomischen Dispositionen der handelnden Akteure. Unterstützt wird die Annahme von der Musik als verständlichster Sprache der Welt von Alltagsvorstellungen, wonach Musik wegen ihrer an allgemeine menschliche Körperfunktionen gebundenen Eigenschaften (Puls, periodisch wiederkehrende Funktionen, der Atmung etc.) „ein kulturübergreifender, archetypischer Handlungs- und Erfahrungsraum“ (91) sei. „Tatsächlich spielen die affektiven Muster der Klangbewegung von Zeit und Raum, die in jedem System klanglicher Differenzen von Musik vorkommen, im Verhältnis zu den kognitiven Mustern semantischer Systeme, die auf gesellschaftlichen Verabredungen basieren, eine wichtige Rolle. Intuition und Gefühle sind Quellen der kommunikativen Potenz der Musik.“ (91f) Jedoch sind die affektiven Muster, die archetypische Züge zu besitzen und anthropologische Konstanten darzustellen scheinen, weil sie an die Körperlichkeit appellieren, eher musikspezifisch. Gleichwohl sind und bleiben musikalische Praktiken an unseren Körper gebunden. Der Zusammenhang von Körper, Bewegung, Klang und Rhythmus wurde z.B. in der Rockmusik gezeigt (etwa von Peter Wicke). Daher auch der zentrale Stellenwert von Körper-Lust-Bewegung und Klang zu Beginn der Techno- und Rave-Ära Ende der 1970er Jahre. Aber musikethnologische Untersuchungen zeigten, dass unterschiedliche kulturelle Erlebens- und Verstehenssysteme z.B. ein und denselben Rhythmus verschieden deuten (93). Einige Konzepte von Musik als verständlichster Sprache der Welt erweisen sich bei genauerem Hinsehen zudem als Verallgemeinerungen europäischer Kunstmusiktraditionen, sind also ethnozentristisch. Musik bleibt „Teil sehr unterschiedlicher kultureller Praktiken und Aneignungs-, das heißt ‚Verstehenssysteme‘.“ (97)

So wie keine eindeutige Definition von populärer Musik möglich sei, weil sie aus unterschiedlichsten Genres und Gattungen besteht; so auch keine allgemeine Definition von Welt-Musik. Als definitorischen Rahmen von populärer Musik könne man allenfalls „ihre tendenziell massenhafte Produktion, Verbreitung und Aneignung“ (115) nennen. So auch bei der Welt-Musik mit ihren unterschiedlichsten Akteuren und Interessenzusammenhängen. In ihren Anfängen hatte sie nicht zuletzt eine Funktion beim aufkommenden Massentourismus und den neu erschlossenen Urlaubsgebieten. Das Label World Music diene als Repertoire-Kategorie (darunter war von Salsa über Volksmusik bis Gipsy Kings alles zu finden). Mit den Migrationsprozessen kam das Konzept von Multikultur auf. Alternativ zum Diktat der Märkte suchte man Lebensformen und Zufluchtsstätt-

⁵ Nach Marx sind unsere Sinne ein Produkt der ganzen Menschheitsgeschichte.

ten, um sich diesen Zwängen zu entziehen. Bei der Suche nach dem Authentischen und Ursprünglichen ermöglicht das Label ‚World Music‘ Identität in der Aneignung des Fremden. Aber: „Nur in der Verbindung von ästhetisch-kulturellen Ansprüchen, die sozial organisiert sind, und den ökonomischen Aspekten, die kommerziellen Strategien folgen, sind Phänomene wie das von World Music oder Weltmusik im Rahmen populärer Musikformen erklärbar.“ (118f) Mit Beginn des neuen Jahrtausends ließ das kommerzielle Interesse an World Music deutlich nach, wurde die Mischung der Rubrik Welt-Music immer bunter.

4 Zum Zusammenhang von technischen und ökonomischen Veränderungen und ihren Auswirkungen auf die Musik

Im Kapitel über „Mediale Verfügbarkeit“ (165ff) wird besonders der Zusammenhang von materiellen Basisprozessen, von Umwälzungen in den Produktivkräften im Kontext bestimmter Produktionsverhältnisse als förderndem wie als ‚fesselndem‘ Rahmen, und den Auswirkungen auf die Musik deutlich: So war es ein großer Einschnitt in der Musikgeschichte, als es Ende des 19. Jahrhunderts möglich wurde, Klang technisch zu speichern und damit in seiner Einmaligkeit zu fixieren, ermöglicht durch die „Technik konvertierender Übertragungsmedien“ (165), die akustische Schwingungen in mechanische und elektrische Schwingungen umwandeln („konvertieren“) können wie der von Thomas Alva Edison 1877 erfundene Phonograph. Im 20. Jahrhundert erfolgte dann eine umfassende Mediatisierung der Musikentwicklung.⁶ Einmal gespeichert, kann Musik beliebig reproduziert werden, im Sinne von Walter Benjamins Aufsatz von 1936 „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“.

Mit den neuen technischen Möglichkeiten wuchs die Bedeutung der Musikindustrie immens an; auf das ökonomische Kalkül der Produktion hatte schon Benjamin hingewiesen. Deshalb sei ein bloß technisch definierter Medienbegriff fragwürdig, denn eine solche einseitige Definition „verwischt den spannungsreichen Zusammenhang zwischen der technisch apparativen Ebene von Medien und ihrer institutionellen Formierung und Funktionsbestimmung“ (177). B.-P. hält eine „dialektische Herangehensweise“ für angezeigt, um „eine fraglose Euphorie angesichts ‚der schönen neuen Medienwelt‘“ verhindern zu helfen. Immer wieder betont sie, dass die technologischen Entwicklungen hochgradig verflochten sind „mit Prozessen des sozialen und ökonomischen Wandels“.

Neue Techniken⁷ wie etwa des Sound-Sampling haben nicht nur Auswirkungen auf das Urheberrecht. „Aura, Einmaligkeit, Autorschaft und die Ware-Geld-Beziehung ... erhalten im Industrie- und Informationszeitalter ihre spezi-

⁶ Diese Mediatisierung entließ die Menschen – auf den ersten Blick – aus ihrer körperlichen Beziehung zur Musik. Tatsächlich aber gründen die vielen Formen populärer Musik „auf dem Prinzip der Intensivierung des Körpergefühls.“ (170)

⁷ Zu den folgenreichen technischen Neuerungen gehören neben der Musikkassette, dem Sampler u.a. auch die Erfindung des Sony-Walkmans 1979, der CD 1982/83 von Sony und Philipps sowie 1986 das Digital-Audio-Tape (DAT) (238) sowie für die Tonträgerunternehmen die mediale Konvergenz von Internet, Handy und Fernsehen (232).

fische Bedeutung für die Organisation von Kaufverhalten und Märkten“ (217) und werden mit neuen Inhalten und Perspektiven aufgeladen.⁸ „Die jeweils herrschenden Technologien der Klangerzeugung bestimmen dabei auch, was Menschen als Musik verstehen und akzeptieren und wie sie akustisch miteinander kommunizieren. Als Werkzeug, Maschine und Instrument des Informationszeitalters nimmt der Computer, zum Beispiel ein Sampler, letztlich eine der Knochenflöte aus den frühen Zeiten der Menschheit vergleichbare Position ein: Er ist Teil und Resultat einer zeitgeschichtlich bestimmten Kommunikationstechnologie.“ (224) Insofern bilden Mensch und Maschine, Körper und Künstlichkeit keinen Gegensatz. Die diversen Technologien der Klangerzeugung existieren neben- und miteinander.

„Die verbreitete Skepsis gegenüber technischen Entwicklungen rührt auch aus den unmittelbaren Interdependenzen von Technologieentwicklung und ihrer ökonomischen Verwertung bzw. den kommerziellen Interessen an technologischen Innovationen. Insbesondere die aktuellen Tendenzen beinhalten dabei ein Spannungsfeld von totaler Beherrschung durch kommerzielle Interessen einerseits und die [sic!] Hoffnung auf allgemeinen Zugang, Verfügbarkeit und die Demokratisierung von Produktionsmitteln andererseits.“ (225) Zur ökonomisch-kommerziellen Seite heißt es: „Die marktbestimmende Kraft der Musikindustrie innerhalb der Musikwirtschaft⁹ war im 20. Jahrhundert vor allem deshalb enorm, weil sie, zusammen mit den Unternehmen der Medien- und Kommunikationsbranche wie Printmedien, Radiostationen, Fernsehsender, zur unmittelbaren Existenzbedingung der im 20. Jahrhundert produzierten und verbreiteten Musikformen wurde.“ (ebd.)

Zur bereits erwähnten Entgegensetzung von Vereinheitlichung versus Vielfalt, Homogenisierung versus Fragmentarisierung schreibt sie: Vermutet wurde das Erreichen eines weltweiten Absatzes gleicher Produkte (McDonald, Coca Cola), in den 1980er und 1990er Jahren musikalisch verkörpert durch Madonna und Michael Jackson, mit dem Slogan von MTV „One Planet – One Music“ (230); prognostiziert wurde das Ende der Vielfalt kultureller Formen. Doch es erwies sich die Notwendigkeit, auf regionale und kulturelle Besonderheiten einzugehen, denn auch ein Michael Jackson wurde nicht überall in gleicher Weise angeeignet, sondern mit unterschiedlichen Bedeutungen aufgeladen. Das lokale Moment befinde sich in permanentem Austausch mit globalen Prozessen, und die Musikwirtschaft müsse ständig nach anpassungsfähigen Unternehmensformen und Marketingstrategien suchen.¹⁰

⁸ „Im binären Code steckt die Potenz der Synthese sämtlicher Material- und Gestaltebenen, ob sie nun akustisch, visuell, motorisch oder haptisch die Sinne ‚ansprechen‘.“ (223) Die „Elementarisierung jeglicher Informationen in unendlichen Kombinationen von Zahlenketten aus 0 und 1 ermöglicht auch deren universelle Verknüpfung und Konvertierbarkeit.“

⁹ Als die derzeit vier großen Unternehmenskonglomerate der Musikwirtschaft nennt sie: Universal Music Group, Sony BMG, Warner Music Group und die EMI Group, die Sie zusammen „90% der in den Top-100-Longplay-Charts gelisteten Titel“ produzieren (228).

¹⁰ So stieß etwa die Suche nach lukrativen Absatzmärkten für den Verkauf von Abspielgeräten auf das

Zusammenfassend schreibt sie: Die mediale Verfügbarkeit sei ein offenbar unumkehrbares Phänomen, ambivalent gehandhabt und bewertet, entsprechend der unterschiedlichen Interessenposition zwischen Musikern, Nutzern, Unternehmen: die unterschiedlichen Aspekte seien Selbstverwirklichung, Sozialisationsmedium und Gewinnerwartung. Die verschiedenen Formen von populärer Musik „fungieren als Medium der kulturellen Selbstvergewisserung und als mediale Garanten ihrer kommerziell organisierten Absatzpolitik für bestimmte Märkte.“ (243) Medien seien längst zu einer primären Sozialisationsinstanz geworden, wobei populäre Musikformen eine dominante Rolle spielen, verfügbar durch Laptop, Handy oder MP3-Player. Medialität stelle einen strukturellen Aspekt moderner Globalisierungsprozesse dar. Im Zusammenhang von Mediatisierungs- und Globalisierungsprozessen wurde hier populäre Musik als ästhetisches Phänomen, kulturelle Praxis und kommerzielles Produkt untersucht. Sie vermerkt, dass trotz postkolonialer Entwicklungen ein Denken, das Europa und die westliche Welt als ‚Weltdeutungszenrum‘ versteht, nicht überwunden sei. Insgesamt seien es höchst widersprüchliche Prozesse, die auch die Folgen der Mediatisierung kennzeichnen. Was für die einen ein unkomplizierter Zugang zu vorher Unzugänglichem, ist für die anderen Ausverkauf von Einzigartigkeit und Vielfalt. Mediale Verfügbarkeit könne das Ende von Exklusivität bedeuten, aber auch die Monopolisierung medialer Macht – je nach Perspektive.

5 Fazit

Das Buch bietet nicht nur eine spannende, empirisch reich unterfütterte Darstellung aktueller populärer Musik, sondern konkretisiert auch das begrifflich-theoretische Instrumentarium für die Musikanalyse. Die besondere Stärke dieser beeindruckend informativen und in den Urteilen differenziert abwägenden Arbeit über Musik liegt nicht zuletzt in dem durchgängigen Nachweis der untrennbaren Verknüpfungen von ästhetischen, technologischen und ökonomischen Dimensionen sowie von lokalen und globalen Gesichtspunkten, ohne deren Gesamtzusammenhang der Musikprozess, zumal im besonderen Focus auf populäre Musik, nicht zureichend begriffen werden kann.

Problem, dass in bestimmten Regionen der Verkauf abhängig war von den verfügbaren musikalischen Inhalten, die kulturell ‚paßten‘. Die „Majors“ (Großunternehmen) der Musikwirtschaft mit ihrer oligopolistischen Struktur, die auf Massenproduktion setzten, mussten auf lokale Nachfragen spezifisch reagieren. Die vier Großen sind weltweit vertreten und verwerten in ihren regionalen Dependancen sog. ‚International‘ und sog. ‚Domestic Repertoire‘. Der Anteil des ‚Domestic Repertoire‘ im Verhältnis zum ‚International‘ liegt Ende der 1990er in vielen europäischen Ländern (z.B. Deutschland) bei über 40 Prozent, in Griechenland oder Bulgarien bei 60 Prozent, in Asien und Südamerika bei über 70 Prozent. Die Nischen wurden vor allem von den „Independants“ bearbeitet (234f).

Wolfgang Martin Stroh

Fünf Fragen und Antworten zur Musik aus Sicht der marxistischen Tätigkeitstheorie

Die marxistische Musikwissenschaft sah lange Zeit ihre Aufgabe darin, Musikern und Musikpolitikern¹ eine Entscheidungshilfe bei der Musikauswahl und dem Musikgebrauch im revolutionären Kampf und bei der Entwicklung des realen Sozialismus zu bieten. Es kam ihr darauf an, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern auch zu verändern.

Hat sich diese Zielsetzung nach der „Wende“ verändert? Eine internationale Tagung vom 5. bis 7. November 1999 in Oldenburg ergab keine befriedigende Antwort auf die Frage „Musikwissenschaftlicher Paradigmenwechsel?“². Im Folgenden soll daher erörtert und untersucht werden, ob und gegebenenfalls wie mit Hilfe marxistischer Erklärungsmodelle Fragen, die 2013 auf der Ebene von Talkshows und im Kulturjournalismus abgehandelt worden sind, bearbeitet und beantwortet werden können. Ohne dass sofort die Messlatte des revolutionären Kampfes angelegt werden müsste, sollte sich die Mühe lohnen.

Fünf Fragen

(1) *Urheberrecht, GEMA und Kreativindustrie.* Ein zentraler Begriff in der einschlägigen Diskussion ist der des „geistigen Eigentums“. Kann es eigentlich so etwas geben? Die Analogie zwischen Sacheigentum und geistigem Eigentum ist bekanntlich brüchig, das steht ausführlich sogar in Wikipedia. Eigentlich kann doch einem Künstler gar nicht daran gelegen sein, dass er sein Geistesprodukt als sein Eigen besitzt und niemandem zum Gebrauch zur Verfügung stellt. Ungereimtheiten ergeben sich auch beim Nachdenken über den Begriff „Kreativindustrie“, der seit einigen Jahren als Selbstbezeichnung verwendet wird (Bundesregierung 2013) und nicht mehr, wie es bei Horkheimer-Adornos „Kulturindustrie“ der Fall war, als kritisch-entlarvende Fremdbezeichnung (Adorno/Horkheimer 1944/1969).

(2) *Globalisierung durch Vermarktung.* Was passiert mit der als authentisch empfundenen und oft auch so gemeinten musikalischen „Botschaft“ eines Musikers aus dem hintersten Winkel der Welt, wenn sie auf harmlosen Sessions oder Lokalfestivals „gesammelt“ und anschließend von internationalen Konzernen als „World Music“ vermarktet wird? Was passiert, wenn beispielsweise ein indischer Musiker Jahrhunderte lang geheim gehaltene Mantras veröffentlicht, um die Welt zu heilen, oder wenn der Indianer Edward Lee Natay Heilgesänge preisgibt, um die US-amerikanische Gesellschaft zu retten? (Blumenfeld 1993, 88)

¹ Die männliche Form von Personenbezeichnungen impliziert im gesamten Text auch die weibliche.

² Tagungsbericht Mayer/Stroh 2000.

(3) *Umfunktionieren von Musik*. Warum konnten die Nazis die Melodie von Eislers „Roter Wedding“ übernehmen, Neonazis Straßen-HipHop und die Melodie von Lindenberg-Liedern? Lässt sich die Melodie eines „linken“ politischen Liedes, lässt sich eine subversive Musikpraxis problemlos von der rechtsradikalen Szene übernehmen? Oder leistet „gute“ linke Musik doch noch irgendeinen „Widerstand“ gegen Missbrauch? (Vgl. Roth 1993, Testante 2012)

(4) *Der Fall Richard Wagner*. Kann man, wie es im Wagnerjahr 2013 vielfach diskutiert worden ist (Teurich 2013), Richard Wagners Musik und seine schriftlichen Äußerungen zum „Judentum in der Musik“ voneinander trennen? Wie Ernst muss man verbale Äußerungen von Komponisten nehmen? Kann ein Komponist auch aufgrund einer irrigen Theorie gute Musik komponieren?

(5) *Heilkraft der Musik*. Warum macht Musik nach Aussagen von Gehirnforschern und Musikmedizinerinnen intelligent und gesund? Warum sind dennoch singende Fußballfans, Smartphone-Dauerhörer und Orchestermusiker keineswegs signifikant intelligenter oder gesünder als andere Normalbürger? (McDonald 2012³, Stroh 2008)

Zur Beantwortung dieser Fragen sollen im Folgenden drei marxistische Erklärungsmodelle herangezogen werden: (1) das Basis-Überbau-Modell des historischen Materialismus und die Widerspiegelungstheorie, (2) das Modell „Musik als Ware“ mit den zentralen Begriffen „Fetischcharakter“ und „Aura“, (3) das Modell der aktiven Aneignung von Wirklichkeit der Kritischen Psychologie („Tätigkeitstheorie“).

1. Historischer Materialismus und Widerspiegelungstheorie

Der wichtigste Bezugspunkt traditioneller marxistischer Analysen von „Musikgeschichte“ ist der historische Materialismus, d.h. die Geschichtsauffassung, wie sie von Marx und Engels 1845-1846 in der *Deutschen Ideologie* entwickelt und von Engels im „Anti-Dühring“ (Engels 1878) sowie in späten „Briefen“ präzisiert worden ist (Engels 1890-1894).

Das Erklärungsmuster des historischen Materialismus beruht auf dem Modell von der Wechselwirkung zwischen (ökonomischer) Basis und (ideologischem) Überbau. Zu letzterem wird die Musik gerechnet. Georg Knepler schreibt im Vorwort seiner *Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts*, „dass es der Methode des Marxismus gelingen kann, jene tief unter der glänzenden Oberfläche des bürgerlichen Musiklebens verborgenen Zusammenhänge aufzuzeigen, die den Schlüssel zu seinem Verständnis bilden“ (Knepler 1961, 8). Das bedeutet, dass der Wissenschaftler von der Oberfläche („Überbau“) tief hinab zur ökonomischen „Basis“ steigen müsse, um Musik zu verstehen. Das Basis-Überbau-Modell ist dabei nicht statisch. Aufgrund objektiver gesellschaftlicher Tatsachen wie der Trennung von Theorie und Praxis, der Arbeitsteilung und Entfremdung hat der Überbau eine relative Eigenständigkeit. Er

³ Als Beispiel einer aktuellen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem populären Thema.

kann als politischer, juristischer und ideologischer Aspekt gewisser Produktionsverhältnisse bei bereits weiter entwickelten Produktivkräften überalterte Produktionsverhältnisse stabilisieren.

Ein aktuelles musikbezogenes Beispiel scheint der Widerspruch zwischen der Musikindustrie (Produktionsverhältnisse) / Musikpolitik (Überbau) und den neuen Kommunikationstechnologien (Produktivkräften) zu sein – womit ich punktuell auf den 2. Abschnitt vorgehe: Die fest verankerte Vorstellung des musikalischen Kunstwerks (des Artefakts in U- und E-Musik) in Verbindung mit Copyright und Urheberrecht stabilisiert die Produktionsverhältnisse der „Kreativindustrie“. Während die neuen Kommunikationstechnologien musikalische Tätigkeiten als kommunikative Beziehung zwischen Menschen implizieren, beharrt die Musikindustrie darauf, musikalische Kommunikation als Warenproduktion und -austausch organisieren zu können. „Irgendwie könnte man sagen, der Künstler der Jetztzeit wird durch die Digitalisierung von Musik wieder auf seine ursprüngliche Bestimmung zurück gebogen“ (Kachelrieß 2010, 34), heißt es in dem verbreiteten Handbuch *Selbstvermarktung für Musiker*.

Die „Triebkraft“ von Geschichte ist nach dem Basis-Überbau-Modell der Kampf gegen die Fesseln, die den Produktivkräften aufgrund anachronistischer Produktionsverhältnisse angelegt sind. Komponisten und deren Musik werden danach beurteilt, auf welcher Seite dieses Kampfes sie stehen und welchen Beitrag sie zur „Sprengung“ der Fesseln leisten. Die Theorie von der Dialektik zwischen Basis und Überbau, von der „in letzter Instanz“ primären Basis sowie dem Widerspruch als der treibenden Kraft von Geschichte hat in den vergangenen 50 Jahren die idealistische Musikgeschichtsschreibung systematisch auf den Kopf gestellt. Heute ist unter der Bezeichnung „Sozialgeschichte der Musik“ dieser Kopfstand weitgehend etabliert und anerkannt. Kaum ein Autor wagt es mehr, eine rein ideengeschichtliche Darstellung der Musik des Abendlandes zu schreiben, wie es in letzter, aber dennoch vielfach gebrochener und reflektierter Weise Hans Heinrich Eggebrecht und Carl Dahlhaus (1985) getan haben. Eggebrecht hat allerdings in Publikationen, die er unter dem Eindruck der Freiburger Studentenbewegung geschrieben hat, zeitweise die materialistisch-tätigkeitstheoretische These vertreten, dass der „Gehalt“ eines Musikstücks nicht allein in der „Gestalt“ verborgen sei und vom Musikwissenschaftler „dechiffriert“ werden müsse, sondern sich in der Rezeption „entfalte“, d.h. also letztendlich vom Publikum „konstruiert“ würde. Das hat zur Folge, dass der Musikwissenschaftler ein musikalisches Werk nur verstehen kann, wenn er dessen Rezeptionsgeschichte mitberücksichtigt (Eggebrecht 1970)⁴. 1970 hat diese These, als Festvortrag zum Beethovenjahr in Bonn vorgetragen, Aufsehen erregt, da sie – ohne dass Eggebrecht das explizit gesagt hätte⁵ – die Beethovenrezeption des Nationalsozialismus nicht als einen böartigen Missbrauch Beethovens, sondern als etwas erscheinen ließ, was in Beethovens Musik angelegt ist.

⁴ Mehr zu dieser These in Eggebrecht 1977.

⁵ In Freiburger Seminaren dieser Zeit fand aber eine explizite Diskussion dieser Thesen statt.

Musikwissenschaftler, die wie der zitierte Georg Knepler „tief unter die bürgerliche Oberfläche“ der Musik geblickt haben, konnten auch an der Oberfläche selbst viele neuartige Entdeckungen machen und Akzente setzen. So kann man in der Harmonik von Bachs Kirchenkantaten „subversive“ Botschaften einer Volkskirche entdecken, auf die Bachs Vorgesetzte mit Unbehagen reagiert haben. Mozart spielt seine musikalische Eloquenz (Kaiser Josef II: „zu viele Noten, mein lieber Mozart“) in den Opern geschickt gegen den Feudalismus aus. Beethoven hofiert zum Schein den adligen Damen, um sich den Rücken frei zu halten für die waffenkundige Emanze Leonore, die unter dem Pseudonym „Fidelio“ die Ideale der französischen Revolution propagiert. Wagner überhöht die Barrikaden der 48er-Revolution im *Fliegenden Holländer* und kleidet seine Kapitalismuskritik in den *Ring des Nibelungen*. Berg versöhnt das Berliner und Oldenburger Opernpublikum der Weimarer Zeit in seinem *Wozzeck* mit der atonalen Tonsprache durch die Aufarbeitung des Traumas vom Ersten Weltkrieg.

Die „relative Eigenständigkeit“ des Überbaus und der Musik gegenüber der ökonomischen Basis diente aber oft als Entschuldigung für zahlreiche Thesen, die sich nur schwer in das Modell von Basis und Überbau einordnen lassen. So konnte Theodor W. Adorno die gesellschaftlich abgehobene Musik der Wiener Schönbergschule mit der Vorstellung entschuldigen, Geschichte könne sich im musikalischen Material „sedimentieren“ und eine eigene „geschichtliche Tendenz“ haben (Adorno 1958, 36 und 38). Die geschichtliche Tendenz sieht er in einer „verbindlichen“ Entwicklung des musikalischen Materials, das er und mit ihm eine ganze Generation von Musikwissenschaftlern so weit von der Basis abkoppelt, dass er in seinen musikpädagogischen Empfehlungen schreiben konnte: „Unabdingbar aber scheint die Forderung, dass wahre musikalische Pädagogik terminiere im Verständnis dessen, was in der Kunstmusik ihrer Epoche verbindlich sich zuträgt.“ (Adorno 1956, 119)

Eine theoretische Stütze für diese Art des „Materialfetischismus“ ist die Widerspiegelungstheorie. Der Marxismus versteht Widerspiegelung nicht mechanisch im Sinne einer Einwegkommunikation, sondern dialektisch. Er fordert also mit Marx' 11. Feuerbachthese, dass „es drauf ankömmt“, die Welt „zu verändern“ (MEW 3, 7), d.h. als Musiker auf die Wirklichkeit aktiv einzuwirken. Angesichts der gesellschaftlichen Isolation der avantgardistischen Kunstmusik im 20. Jahrhundert fällt es aber schwer, diese Dialektik noch zu erkennen. So lässt sich zwar gut kompositionsanalytisch nachvollziehen, wie die Komponisten auf die Wirklichkeit reagieren, aber nur schwer ist erkennbar, ob und wie sie im dialektischen Sinne auf diese Wirklichkeit auch zurückwirken, wie sie sie verändern und wie sie aus solchen Veränderungen neue kompositorische Impulse erhalten.

Marxistische Musikwissenschaftler haben nicht nur die „große Musik“ mit einer neuen Methode interpretiert, sondern auch den Fokus ihrer historischen Forschung auf „Nebenschauplätze“ der Musikgeschichte gelenkt. Ein Vorbild war in der allgemeinen Geschichte Jürgen Kuczynskis *Geschichte des Alltags*

des Deutschen Volkes (Kuczynski 1981/82). Erst bei einem Wechsel des Fokus weg von der Kunstmusik, in der sich „Verbindlichkeit“ zutragen soll, hin auf Kuczynskis „Alltag des Deutschen Volkes“ kann die Musikwissenschaft Musik als dialektische Widerspiegelung erkennen. Dabei kommt sie *entweder* zur Erkenntnis, dass Musik vom „Volk“ weitgehend als Ware konsumiert wird, was Adorno in dem zitierten Buch als „Fetischcharakter in der Musik und die Regression des Hörens“ geißelt (Titel des 1. Kapitels in Adornos „Dissonanzen“, 1956). *Oder* aber sie besinnt sich nochmals auf Marx' Feuerbachthesen und betrachtet die Musik nicht „unter der Form [...] *der Anschauung*“, sondern als „*sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*“ (MEW 3, 5) und untersucht nicht „die Musik“, sondern den musikalisch tätigen Menschen.

In den folgenden Abschnitten sollen diese beiden Betrachtungsweisen erörtert werden.

2. Musik zwischen Dienstleistung und Ware

Musik wird in einer arbeitsteiligen Gesellschaft im Normalfall als Dienstleistung gemacht bzw. erbracht: der Musik-Schamane, der Meistertrommler, der Troubadour, der Bänkelsänger, der Hofmusiker, der Alleinunterhalter, der Kirchenmusiker, Orchestermusiker, Musikerzieher...; sie alle sind Spezialisten für „Musikmachen für Andere“. Im Feudalismus stand der Hofkomponist auf einer Stufe mit dem Koch, dem Friseur, dem Gärtner und dem Soldaten. Bei diesem „Gesinde(l)“ musste sich beispielsweise Josef Haydn als Komponist am Hofe Esterhazys aufhalten, ein deutliches Zeichen dafür, dass er nicht Kunstwerke schreiben, sondern tägliche Dienstleistungen zu erbringen hatte. Noch bei Beethoven sind die als „Opus“ herausgebrachten Werke oft nachträglich aufgeschriebene Improvisationen, die er als Dienstleister vorgeführt hat.

Eine (musikalische) Dienstleistung zeichnet sich dadurch aus, dass das Publikum einem Musiker zuhört und für diesen zeitlich begrenzten Hörgenuss bezahlt. Ist die Darbietung vorüber, ist die Dienstleistung erbracht. Mit dem Geld, das der Hörer für die Dienstleistung bezahlt, bestreitet der Musiker seinen Lebensunterhalt und zahlt gegebenenfalls die Schulden zurück, die er bei seinem Musikstudium gemacht hat. Die Bezahlung der Dienstleistung muss entsprechend bemessen sein. Sie kann, wie es beispielsweise im Feudalismus bei Hofe üblich war, auch in den „Naturalien“ Unterkunft und Verpflegung erfolgen. Die reine Dienstleistung kennt keine „Wertschöpfung“, von der die heutige „Kreativindustrie“ so gerne spricht, und daher auch keine Ausbeutung im Marx'schen Sinn. („Selbstausschöpfung“, die auf viele bitterarme Musiker zutreffen mag, ist keine marxistische Kategorie.)

Die Gründe dafür, dass dieser „Mechanismus“ schon in der frühen Neuzeit gelegentlich entweder umfunktioniert oder aber durch einen zweiten Vorgang in gewinnbringender Absicht ergänzt wurde, sind vielfältig. So schickte beispielsweise der Landgraf Moritz von Kassel den jungen Heinrich Schütz für drei Jahre (1609-1612) nach Venedig, damit dieser später mit seinem neuen italienischen Know-How und seiner Musik zum Ruhm des Landgrafen beitra-

gen sollte. Dies hatte zur Folge, dass Schütz nicht nur am Hof von Kassel für den Landgrafen musizierte, sondern seine Musik aufgeschrieben, mit dem Namen des Komponisten versehen und an andere Höfe verteilt wurde. Zwar wurde dann die Musik von Schütz auch an einem Hof außerhalb Kassels als Dienstleistung erbracht, das gedruckte Werk jedoch nahm Eigenschaften einer Ware an. Sein Erwerb und Konsum ersparte dem fremden Hofmusiker viel Zeit und damit faktisch seinem Fürsten Geld, wohl mehr als er für den Erwerb der Schütz'schen Noten ausgeben musste.

Ein anderer Vorgang, bei dem sich eine Dienstleistung scheinbar in den Konsum einer Ware verwandelte, war der Bänkelsang. Der Bänkelsänger war im Grunde ein wandelnder Nachrichtensprecher, genau so wie ein türkischer Aşık (bis zur Gründung des türkischen Rundfunk 1964) oder ein westafrikanischer Griot bis heute (Kruse 1997). Er wurde für seine Darbietungen unmittelbar entlohnt. Doch schon bald nach Beginn des Buchdrucks begannen Bänkelsänger im Anschluss an ihre Darbietungen illustrierte Blätter mit den Liedtexten zu verkaufen (Klusen 1969, 116). Einen Verkauf ohne Darbietung (= Dienstleistung) war genau so wenig denkbar wie es heute bei jenen Rockmusikgruppen der Fall ist, die landauf landab in Jugendzentren und Clubs spielen und in der Konzertpause ihre selbst verlegten CD's verkaufen. In einem Plattenladen wären diese CD's verloren und selbst im Dschungel des Online-Handels hätten sie ohne die Dienstleistung im Konzert keine Chance (Kachelrieß 2010, 85-93). Mit der bürgerlichen Gesellschaft⁶ entwickelte sich aufgrund derartiger Vorgänge die Vorstellung „autonomer“ Musik und des „geistigen Eigentum“ eines Komponisten (Hyde 2010) – zuerst bezeichnenderweise in England. Zunächst ist es also nicht eine irgendwie massenhafte Vervielfältigung von Noten, sondern ein von Philosophen wie Locke, Kant oder Fichte propagierter, scheinbar „naturrechtlicher“ Vorgang, der den Werkcharakter von Musik ausmacht. Was Marx den Fetischcharakter der Ware nannte (MEW 23, 86), umhüllt als „Aura“ (Benjamin 1955, 16) nunmehr die musikalischen Werke, und zwar weniger die der Massenmusik, die bis ins 19. Jahrhundert hinein als Dienstleistung (entgegen gängiger marxistischer Auffassung: Knepler 1961, 490-494) gut erkennbar blieb, sondern die der Kunstmusik, die inzwischen vom Hof in den Konzertsaal gewandert ist:

„Nicht durch Vermarktung oder Vermassung, nicht durch Absinken des künstlerischen Niveaus eines zunehmend großen Teils der Musik, nicht durch die Tatsache, dass musikalische Produktion unmittelbar den ökonomischen Gesetzen der materiellen Warenproduktion unterliegen kann, nicht durch die Zurückdrängung des Handwerklichen bei der kompositorischen Tätigkeit und nicht durch die zunehmende Proletarisierung der Musiker ist der Fetisch- und Warencharakter musikalischer Produkte zu erklären. Der Fetischcharakter musikalischer Produkte reicht weiter als nur bis zum symptomatischen Plat-

⁶ Hans Heinrich Eggebrecht verfolgt deren Entstehungsprozess bis ins Mittelalter hinein (Eggebrecht 1975).

tenmarkt, Starkult, Festivalbetrieb, U-Musikgeschäft, Verlagswesen usw. Er kommt in allen grundlegenden, heute selbstverständlichen musikalischen Werte- und Qualitätsvorstellungen der E-Musik zum Ausdruck: der Akzentuierung von Kompositionstechnik, dem Fortschrittsbegriff, dem Werkbegriff, der Instrumentalinterpretation als Gipfelpunkt musikalischer Tätigkeit und Selbstverwirklichung, der Vorstellung von Autonomie und dem hierzu korrespondierenden ästhetischen Urteil samt allen ihm assoziierten musikwissenschaftlichen und musiktheoretischen Kategorien. Das gesellschaftliche Verhältnis, das durch musikalische Produkte vermittelt wird, erscheint in Gestalt gewisser Eigenschaften der Produkte selbst; die gesellschaftlichen Funktionen, die Musik erfüllt, scheinen allein vom musikalischen Produkt herzurühren; die Kommunikation, die durch musikalische Aktionen hergestellt wird, scheint Folge des an sich sekundären musikalischen Codes zu sein.

Der Fetischcharakter der Waren im Sinne eines objektiven Scheins der Verdinglichung gegenseitig nützlichen Tätigseins der Menschen wird zum Fundament des gesellschaftlichen Bewusstseins überhaupt. Indem diejenigen gesellschaftlichen, kommunikativen Verhältnisse, die durch musikalische Kompositionen oder Aktionen vermittelt sind, nicht direkt als das erscheinen, was sie sind, sondern als Eigenschaften von Produkten, herrscht auch in der Musik der für die materielle Warenwelt charakteristische gegenständliche Schein des wechselseitigen Tätigseins der Beteiligten.“ (Stroh 1975, 34-35)

Die hier vorgetragene Deutung von Musik, Kunst und Komposition ist weniger ökonomischer als vielmehr ästhetisch-philosophischer Natur. Sie findet sich keineswegs durchgängig in der einschlägigen Literatur. Sie ist heute am ehesten dort anzutreffen, wo das offizielle Urheberrechtsdenken, der Begriff des „geistigen Eigentums“ und die Autonomie der Musik kritisiert werden⁷. Sie stellt eine schonungslose Sicht auf eine zentrale bürgerliche Ideologie dar, die gleichsam harmlos im 16.-17. Jahrhundert entstanden ist, sich in Beethoven, der Partituren an den Peters-Verlag gegen Vorschuss verkaufen wollte, konkretisiert hat und die heute ökonomisch so verfestigt ist, dass ein Konzert (= Dienstleistung Musik) oft nur als Werbung für die neue CD (= Ware Musik) betrachtet wird. Sie stellt diese Betrachtungsweise in Übereinstimmung mit der bereits erwähnten Konzertpraxis von Rockbands vom Kopf auf die Beine, indem sie das Konzert und damit die musikalische Dienstleistung als die zentrale musikalische Tätigkeit betrachtet und nicht die Produktion, den Verkauf und Konsum einer CD oder einer legalen mp3-Datei.

Die Kritik am Fetischcharakter der Musik beinhaltet auch eine Kritik am Berufsbild des Komponisten. Nach dieser Theorie darf es keinen Komponisten geben, dessen Lebensunterhalt einzig darin besteht, Werke zu komponieren und auf dem Musikmarkt anzubieten. In der Tat gibt es genau besehen weltweit nur eine Handvoll Komponisten im strengen Sinn. In Deutschland haben fast alle als Komponist bezeichneten Personen einen lebenserhaltenden

⁷ Literatur hierzu bei Stroh 2011.

Hauptberuf: als Professoren und Kompositionslehrer, als Privatmusikerzieher, als Dirigent, als Filmmusikkomponist, als Theatermusiker, als Arrangeur, als Konzertinstrumentalist, als Dramaturg. Komponisten wie Hans Werner Henze, der nach dem bereits erwähnten Beethoven-Modell ein festes Monatsgehalt vom Schott-Verlag erhielt, das gegen die Tantiemen der Werkaufführungen verrechnet wurde, sind extrem selten. Und der beste Beweis dafür, dass das Berufsbild des Komponisten als frei beruflichem Werk- bzw. Warenproduzenten nicht attraktiv ist, ist die Tatsache, dass sich auf eine vakante Kompositions-Professur in Deutschland Dutzende von Komponisten bewerben, wohl wissend, dass beim Hochschullehrerdasein laut Arbeitsvertrag nur ein Bruchteil der Lebenszeit dem Komponieren verbleibt.

Die Kritik am Fetischcharakter der Musik ist keine rein spekulative Analogiebildung von der Ökonomie hinein in den Kulturbetrieb, von einem Basisvorgang hinein in einen Mechanismus des Überbaus. Sie basiert, wie das ausführliche Zitat zeigte, auf der dialektisch-materialistischen Vorstellung von der menschlichen Tätigkeit, die von Marx zwar benannt, aber erst von sowjetischen Psychologen des 20. Jahrhunderts ausformuliert worden ist. Von einer auf Musik bezogenen Adaption dieser Theorie, die den Namen „Tätigkeitstheorie“ oder (in Westdeutschland) „Kritische Psychologie“ trägt, soll im Folgenden die Rede sein.

3. Musik als Tätigkeit und Aneignung von Wirklichkeit

Man gestatte mir eine biografisch gefärbte Einleitung: Die These vom universellen Warencharakter der Kunstmusik habe ich 1972 und 1975 veröffentlicht. Sie basierte im Wesentlichen auf „Kapital“-Schulungen und Diskussionen in universitären Basis-Gruppen der unmittelbaren Nach-68er-Zeit. 1973 kam ich an die Bielefelder Schulprojekte, wo versucht wurde, die marxistische Tätigkeitstheorie in der Fassung der „Kritischen Psychologie“ aus dem Umfeld von Klaus Holzkamp (FU Berlin) umzusetzen⁸. Bei Pahl-Rugenstein wurde 1978 als Band 1 der *Studien zur Kritischen Psychologie* der Bericht über den 1. Kongress der Kritischen Psychologie 1977 in Marburg veröffentlicht, und innerhalb weniger Jahre erschienen in diesem Verlag zahlreiche sowjetische Arbeiten, u.a. von Leontjew, Maslow, Galperin. Doch auch „unverdächtige“ Verlage publizierten sowjetische Psychologie. Bereits 1977 erschien bei Klett eine Kurzfassung von Leontjew's *Tätigkeit, Bewusstsein, Persönlichkeit*. An der Universität Oldenburg habe ich ab 1978 im Rahmen des Projektstudiums mit Osnabrücker⁹, Bremer¹⁰ und Oldenburger Sprachwissenschaftlern und Sonderpädagogen zusammen gearbeitet, die sich der Tätigkeitspsychologie bedienten. Aus diesen Diskussionen heraus formulierte ich eine *Psychologie*

⁸ ... was der Leiter der Schulprojekte Hartmut von Hentig weder wusste noch wollte.

⁹ Gruppe um die „Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie“ (<http://www.linse.uni-due.de/obst.html>), die sich seinerzeit der Theorie der „kommunikativen Tätigkeit“ verschrieben hatte.

¹⁰ Bekannt Stadler 1975, der die dialektische Widerspiegelung mit der Tätigkeitstheorie verbindet.

musikalischer Tätigkeit (Stroh 1984). Bei einem Kongress der DDR-Akademie der Künste stellte ich 1984 fest, dass es auch in der DDR noch keine musikbezogene Rezeption der Tätigkeitspsychologie gab, die ja längst zum Grundbestand jeglicher pädagogischen Ausbildung gehörte: „Tätigkeit als spezifisch menschliche Form der Aneignung der Wirklichkeit, als Subjekt-Objekt-Wechselwirkung ist gekennzeichnet durch die Veränderungs-, Erkenntnis-, Kommunikations-, Wert- und Entwicklungsaspekte. Tätigkeit ist ohne Psychisches nicht möglich. Psychisches [später heißt es ‚die Persönlichkeit‘, WMS] entsteht, wirkt, äußert und entwickelt sich in der Tätigkeit.“ (Lompscher 1984, 21-22)

Im 2. Band des *Handbuches der Musikerziehung* bezieht sich Paul Michel bei der Formulierung der „psychologischen Grundlagen der Musikerziehung“ explizit auf die Tätigkeitspsychologie. Eine Anwendung der Theorie auf Musik im Allgemeinen, wie man sie im 1. Band dieses Handbuches bei der Erörterung der „Kunst [= Musik] in Vergangenheit und Gegenwart“ erwarten müsste, fehlt jedoch (Siegmund-Schultze 1967/1968).

Erkennbare Auswirkungen hatte die *Psychologie musikalischer Tätigkeit* nur in der BRD und dort auch nur sporadisch in der Musikpsychologie¹¹, zunehmend intensiver jedoch in der Musikpädagogik. Die einfache Botschaft der Tätigkeitstheorie an die Musikpädagogik hieß: „Nicht die Musik, sondern der musikalisch tätige Mensch muss Thema des Musikunterrichts sein.“¹² Diese Botschaft ist inzwischen angekommen. So heißt es im derzeit wichtigsten Handbuch *MusikDidaktik* (Jank 2013): „Musikalische Gebrauchspraxen und nicht musikalische Werke sind Ausgangs- und ständiger Bezugspunkt für eine musikdidaktische Perspektive.“ (These 5.12, S. 90) Und: „Im Musikunterricht muss es darum gehen, was, wie und warum Menschen gemeinsam oder alleine mit Musik tun [gemeint ist: umgehen, WMS] – darum, an welchen musikalischen Praxen Menschen auf welche Weisen und mit welchen Motiven und Zielen rezipierend und gestaltend teilhaben.“ (These 6.3, S. 107) Die erste These (schon in der 1. Auflage 2005 formuliert) wird „handlungstheoretisch“, die zweite (aus der 5. Auflage 2013) wird konstruktivistisch begründet.

Die *Psychologie musikalischer Tätigkeit* ist aber nicht allein im Kontext des „Bildungs-Zeitalters“ 1973-1978 der BRD für die Bedürfnisse der Reformpädagogik entstanden. Sie hat sich auch aus dem damaligen Untersuchungsgegenstand „Musik der neuen sozialen Bewegungen“ ergeben. Das Waren-Modell reichte aus für eine Kritik der avantgardistischen Musik, selbst der elektronischen Musik, die sich ja fortschrittlicher Produktionsmittel bediente (Benjamin 1955; Stroh 1975). Zum Verständnis der Musik im „Alltag des Deutschen Volkes“ im Spiegel sozialer Bewegungen mussten andere marxistische Methoden und Modelle herangezogen werden, denn weder im historischen Materialismus,

¹¹ Vgl. Bruhn 1985, S. 20. In der 2. bis 4. Auflage (2002) ist die Tätigkeitspsychologie nur noch unter der Rubrik „Alternativszene“ zu finden.

¹² Literatur mit online-Downloads unter www.interkulturelle-musikerziehung.de/didaktikkonzept.htm.

noch im Waren-Modell noch in der marxistischen Ästhetik spielte die Psychologie eine zentrale Rolle.

Die Psychologie musikalischer Tätigkeit untersucht

- wie die Motive, mit Musik auf spezifische Weise umzugehen, durch musikalische Tätigkeit entstehen;
- inwiefern musikalische Tätigkeit die Aneignung von Wirklichkeit durch den Menschen mit speziellen Mitteln ist;
- wie musikalische Tätigkeit Bewusstsein voraussetzt und wie sich Bewusstsein in musikalischer Tätigkeit herausbildet;
- wie die Tätigkeit durch eine Dynamik von Handlungen realisiert wird und wie sich in der Tätigkeit Handlungsziele herausbilden;
- wie in musikalischen Tätigkeiten Bedürfnisse befriedigt, weiterentwickelt und gegebenenfalls radikalisiert werden;
- wie durch musikalische Tätigkeit auch die Fähigkeit zu musikalischer Tätigkeit (= „Musikalität“) herangebildet wird.

Der *allgemeine Ausgangspunkt* der Theorie ist, dass sich der Mensch bzw. „die Persönlichkeit“ durch die tätige Wechselwirkung mit der „Wirklichkeit“ (Umwelt) ausbildet. Diese Wirklichkeit ist dynamisch, wie es der historische Materialismus beschreibt. Und sie unterliegt der Verdinglichung, wie es das Waren-Modell beschreibt. Der *musikspezifische Ausgangspunkt* der Theorie ist, dass musikalische Tätigkeit eine Aneignung von Wirklichkeit mit spezifischen, eben musikalischen Mitteln ist. Dieser geradezu trivial klingende Satz ist bei der Analyse konkreter Probleme sehr brauchbar. Und damit komme ich zu den eingangs formulierten fünf Fragen zurück.

Fünf Antworten

(1) Beim Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft hat sich der universelle Warencharakter der Musik herausgebildet. Der *Dienstleistungscharakter musikalischer Tätigkeit* wurde verdinglicht. Das Produkt einer Tätigkeit wurde fetischisiert („Aura“) und konnte zum (geistigen) Eigentum erklärt werden. Diese Erklärung trifft aber weder den Gebrauchswert der Ware noch den Dienstleistungscharakter musikalischer Tätigkeit, ist also eine Form von falschem Bewusstsein.

(2) Die Botschaft von Musik entsteht trotz ehrlicher Bemühungen von Musikern erst durch die *musikalische Tätigkeit der Hörer*. Die Bedeutung von Musik entsteht erst durch den musikalisch tätigen Menschen, was heute als „Bedeutungskonstruktion“ bezeichnet wird. Daher entscheidet das gesamte „Setting“ des Rezeptionsvorganges über die Art und Weise, was an „Authentizität“ vernommen wird. Dies Setting kann von den Hörern gestaltet werden, wobei die kommerziellen Intentionen der Elektrokonzerne und Kreativindustrie auch umgedeutet werden können. Die Welt kann zwar nicht durch Youtube, aber durch einen „mantrischen Menschen“, der ein Mantra auf Youtube besucht, geheilt werden.

(3) Rechtsradikale Jugendliche, Bürger und Parteien deuten die Wirklichkeit falsch und neigen bei der Durchsetzung ihrer Deutung zu Gewalt. Innerhalb dieses widersprüchlichen Verhaltens ist es nicht verwunderlich, dass sie Musik aus einem bestimmten Zusammenhang nehmen und umzufunktionieren versuchen. Der äußere Ablauf (die Operationen und einzelne Handlungen) politisch linker Tätigkeit können übernommen werden, die Tätigkeit selbst (die Motive, Handlungsziele, das Bewusstsein usw.) aber nicht. Hierin liegt das „Widerstandspotential“ linker Musikpraxis. Das Umfunktionieren gelingt genau so gut oder schlecht wie die gesamte rechtsradikale politische Tätigkeit.

(4) Da die *musikalische Tätigkeit eines Komponisten* eine Form der Aneignung von Wirklichkeit ist, kann sie niemals von der Lebenstätigkeit, die der Selbstvergewisserung und „Menschwerdung“ des Komponisten dient, abgetrennt werden. Nur Hörer oder Musikwissenschaftler, die Musik nicht als Aneignung von Wirklichkeit, sondern als Ausdruck eines von der Wirklichkeit abgehobenen Geistes oder Bewusstseins sehen, können die verbalen von den musikalischen Äußerungen eines Komponisten trennen. Richard Wagners Einstellung zum Judentum, die allerdings nicht zwingend mit den uns bekannten Texten übereinstimmen muss, ist daher auch in seine musikalische Tätigkeit eingegangen.

(5) Die Musiktherapie sagt in Übereinstimmung mit der Tätigkeitspsychologie, dass Musik nur innerhalb und aufgrund eines bestimmten Settings wirkt. Zum Setting gehört die Interaktion Therapeut-Patient, gehören außermusikalische Vorbereitungen und Auswertungen, gehören auch Motive, Glauben („Bewusstsein“) und das, was man mit Selbstheilungskräften bezeichnet. Aus *tätigkeitspsychologischer Sicht* heißt dies: Musik *allein* kann gar nichts. Und daher kann Musik gesund oder krank, intelligent oder dumm machen. Einen wie auch immer gearteten Mechanismus gibt es nicht.

Literatur

- Adorno, Theodor W. und Horkheimer, Max (1944/1969): Kulturindustrie, Aufklärung als Massenbetrug. In: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt (deutsche Ausgabe 1969), S. 128-176.
- Adorno, Theodor W. (1956): Zur Musikpädagogik. In: Dissonanzen. Musik in der verwalteten Welt. Göttingen (3. Auflage 1963).
- Adorno, Theodor W. (1958): Philosophie der Neuen Musik. Mannheim.
- Benjamin, Walter (1955): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit [1936]. Frankfurt/Main.
- Blumenfeld, Larra (Hg.) (1993): Voices of Forgotten Worlds. New York.
- Bruhn, Herbert et al. (1985/2002): Musikpsychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München/Reinbek.
- Bundesregierung Deutschland (2013): Die Initiative „Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung“. <http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de> (20.11.2013).
- Dahlhaus, Carl und Eggebrecht, Hans-Heinrich (1985): Was ist Musik? Wilhelmshaven (= Taschenbücher der Musikwissenschaft 100).

- Eggebrecht, Hans-Heinrich (1972): Zur Geschichte der Beethoven-Rezeption. Beethoven 1970. In: Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse der Wissenschaften und der Literatur 3/1972.
- Eggebrecht, Hans-Heinrich (1975): Opusmusik. In: Schweizerische Musikzeitung CXV/1975, S. 2-11.
- Eggebrecht, Hans-Heinrich (1977): Musikalisches Denken. Aufsätze zur Theorie und Ästhetik der Musik. Wilhelmshaven.
- Engels, Friedrich (1878): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“). In: Marx-Engels-Werke Bd. 20, Berlin 1968, S. 1-303.
- Engels, Friedrich (1890-1893): Briefe. Übersichtlich gesammelt in der Marx-Engels Studienausgabe I, hg. von Iring Fetscher, Frankfurt/M. 1966, S. 223-238. Ansonsten verstreut über MEW 37 [1890], MEW 38 [1891], MEW 39 [1893 und 1894].
- Heister, Hanns-Werner (2005): Musikgeschichte. In: DUDEN-Basiswissens Schule: Musik. Mannheim, S. 135-212.
- Hyde, Lewis (2010): *Common as Air. Revolution, Art, and Ownership*. New York.
- Jank, Werner (2013): *MusikDidaktik*. Berlin (5. Auflage 2013, 1. Auflage 2005).
- Kachelrieß, Jörn (2010): *Selbstvermarktung für Musiker. Erfolgreich ohne Plattenvertrag*. Bergkirchen.
- Klusen, Ernst (1969): *Volkslied. Fund und Erfindung*. Köln.
- Knepler, Georg (1961): *Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts. Band I*. Berlin.
- Kruse, Katrin (1998): *Die Bedeutung des Radios für die Musikkultur in Gambia. Magisterarbeit Oldenburg*.
- Kuczynski, Jürgen (Hg.) (1981/1982): *Geschichte des Alltags des Deutschen Volkes. 5 Bände*. Köln.
- Lompscher, Joachim et al. (1984): *Persönlichkeitsentwicklung in der Lerntätigkeit*. Berlin 1984.
- Marx, Karl (1845): [Thesen über Feuerbach]. In: Marx-Engels-Werke Bd. 3, Berlin 1969, S. 5-7.
- Marx, Karl (1867/1890): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. In: Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin 1962.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich (1845/1846): *Die Deutsche Ideologie*. In: Marx-Engels-Werke Bd. 3, Berlin 1969, S. 9-530.
- Mayer, Günter und Stroh, Wolfgang Martin (Hg.) (2000): *Musikwissenschaftlicher Paradigmenwechsel? Zum Stellenwert marxistischer Ansätze in der Musikforschung*. Oldenburg.
- MacDonald, Raymond A.R. et al. (Hg.) (2012): *Music, Health, and Wellbeing*. Oxford (= Konferenzbericht der Gesellschaft für „Music Perception and Cognition“ 2008).
- Roth, Alfred (1993): *Das nationalsozialistische Massenlied: Untersuchungen zur Genese, Ideologie und Funktion*. Würzburg.
- Siegmund-Schultze, Walter (Hg.) (1967/68): *Handbuch der Musikerziehung in 3 Bänden*. Leipzig.
- Stadler, Michael et al. (1975): *Psychologie der Wahrnehmung*. München.
- Stroh, Wolfgang Martin (1975): *Zur Soziologie der elektronischen Musik*. Zürich

1975. Teilabdruck unter <http://www.musik-for.uni-oldenburg.de/warentext> (20.11.2013).
- Stroh, Wolfgang Martin (1984): *Leben Ja. Zur Psychologie Musikalischer Tätigkeit. Musik in Kellern, auf Plätzen und vor Natodraht.* Stuttgart (später beim Argument-Verlag Hamburg).
- Stroh, Wolfgang Martin (2008): *Musik macht dumm.* In: Online-Zeitschrift für Kritische Musikpädagogik. www.zfkm.org/08-stroh.pdf (20.11.2013).
- Stroh, Wolfgang Martin (2011): „Krise als Chance“ und die Kreativwirtschaft. In: Thomas Phleps und Wieland Reich (Hg.): *Musik-Kontexte. Festschrift für Hanns-Werner Heister*, 2 Bände, Münster.
- Testante, Raoul (2012): *Hardcore-Punk – Wie ursprünglich linke Musik für Rechtsextreme adaptierbar wird.* In: Ingo Taler: *Out of Step. Hardcore-Punk zwischen Rollback und neonazistischer Adaption.* Münster. Online: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/hardcore-text-7918> (20.11.2013).
- Teurich, Werner (2013): *Wagner-Jubiläum: der Antisemit als Herrchenmensch.* In Spiegel-Online. <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/200-geburtstag-richard-wagner-neue-buecher-zum-jubilaeum-a-897347.html> (20.11.2013).

50 Jahre Marxistische Blätter

Blick nach vorn auf die Herausforderungen Robert Steigerwald **★ Dass er das Wissen trägt ... Warum man Aufklärung auch heute nicht allein denken und aufschreiben, sondern organisieren muss** Dietmar Dath **★ Doppelter Boden der Marx-Renaissance** Georg Fülberth **★ »Westlicher Marxismus« und »östlicher Marxismus« – Eine unglückselige Spaltung** Domenico Losurdo **★ Aufgabe der MarxistInnen im Verteidigungskampf der Gewerkschaften** Anne Rieger

Weitere Beiträge:

Was macht das revolutionäre Subjekt ohne Bewusstsein? Na nix. Patrik Köbele **★ Marxismus für die A-Klasse – zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten** Manfred Sohn **★ Zur russischen Syrienpolitik und den Gründen ihres Erfolgs im Herbst 2013** Willi Gerns **★ Der Marxismus und das Ende des Kapitalismus** Conrad Schuhler **★ Wolfgang Abendroths Stellung in der gegenwärtigen Demokratiedebatte** Norman Paech **★ Neue Periode sozialer Unruhe – Zur Rolle der neuen »lohnabhängigen Mittelklasse«** Frank Deppe **★ Grund zur Resignation? – Ein kurzer Blick auf die Friedensbewegung** Peter Strutynski u.v.a.



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 482

Alan Ruben van Keeken

Musikgeschmack und Klassenstruktur

„Guter Geschmack“, kulturelles Kapital und der musikalische „Allesfresser“

Die erste umfassende Auseinandersetzung mit Geschmack fällt in eine Zeit, in der das Bürgertum im Spanien des 17. Jahrhundert Einfluss am Hof erlangt und dort zunehmend die Vormachtstellung adeliger Funktionsträger in Frage zu stellen beginnt (Frackowiack 1994: 226). Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass diese zentrale Kategorie bürgerlichen Selbstverständnisses, in der sich später vor allem moralische, ethische und ästhetische Überlegungen und Forderungen Bahn brechen sollten, mit der Aussprache einer seiner zentralen *sozialen* Funktionen beginnt – der des Einsatzes als kulturelles Kapital im Klassenkampf. Denn jenes Werk, das „Oráculo manual y arte de prudencia“ (1647) von Baltasar Gracián, feiert seinen Einstand – zu allem Überduss – als Ratgeber für *adelige* Höflinge, in dem diesen nahegelegt wird, durch den richtigen Einsatz von Geschmack „zu gefallen“, um die bürgerlichen Mitstreiter bei der Gunst um den König auszustechen (Illing 2006: 36).

Auch heute kommt Geschmack im „Klassenkampf mit anderen Mitteln“ (Jacob 1999) zum Einsatz. Längst hat aber jene Klasse, die einst das Theologie und alten Mächten entrisse und das vom bürgerlichen Individuum bestimmte ästhetische Werturteil gegen das *ancien régime* richtete, sich selbst als Herrscher eingesetzt. Und so tritt die schon zu ihrer Entstehungszeit wirkmächtige „Kehrseite“ des bürgerlichen Geschmacks, die Abgrenzung zu den *unteren Klassen*, in den Vordergrund.

Als das mitunter wichtigste – ergo in diesem Klassenkampf auf dem Feld der Kultur tauglichste – subjektive Werturteil wird an prominenter Stelle der *Musikgeschmack* genannt (Bourdieu 1993: 147). Im Spielen von Musikinstrumenten, einer reflexiven Rezeption und dem Wissen über die Klangkunst verkörpere sich die mithin „am meisten vergeistigte Arbeit“ (Bourdieu 1982: 41f.), ließe sich Distinktion am wirksamsten durchsetzen. Dieses Verdikt gründet wohl nicht zuletzt auf dem kulturgeschichtlich zwar jungen, aber doch bis weit ins 20. Jahrhundert in der abendländischen Geschmackslandschaft vorherrschenden Dogma der Trennung von „ernster“ und „leichter“ Musik, wo der Umgang mit ersterer das mit Abstand größte Prestige versprach. Unterhaltungs- oder kurz U-Musik zieh man hingegen der Kulturzersetzung und Zerrüttung der Sitten, identifizierte sie weithin mit den Leidenschaften der Subalternen nach Zerstreung und barbarischem Triebleben.¹ Dagegen stand

¹ In den USA des 19. Jahrhunderts spielte zudem die ethnische und rassische Abgrenzung der weißen Angelsachsen von armen Einwanderern aus Irland und Osteuropa eine tragende Rolle (Bauernfeind 2008: 3), die in ihrer Identifizierung von Rassen- und Klassenmerkmalen ein hervorragendes Beispiel für Étienne Balibars „Klassen-Rassismus“-These vorstellt (Balibar 1990: 247-260).

und steht auch heute oft genug noch: Das Ritual des Opernbesuchs, das Konzert-Abonnement, garniert mit dem eigenen Klavier nebst selbstverständlicher Ausbildung und gelegentlichem Notiznehmen erlesener Werke der Avantgarde – das Bild des Bourgeois und „seiner“ Musik.

Die „Allesfresser“-Hypothese

Dieses Hochkulturmuster der bürgerlichen Klasse scheint in Auflösung begriffen. Der (bürgerliche) Musikgeschmack oder auch „Highbrow-Taste“ hat sich gewandelt, hat sich Pop, Rock und Weltmusik geöffnet – toleranter und liberaler soll es jetzt zugehen. So lassen sich zumindest die Ergebnisse einer US-amerikanischen Studie „Changing Highbrow Taste: From Snob to Omnivore“ von Richard Peterson und Roger M. Kern (1996) interpretieren, welche als Überprüfung von Pierre Bourdieus Befunden aus Frankreich über Geschmack und Klasse begann, aber zu einem überraschenden Ergebnis führte: Der für das bürgerliche Feld als vorherrschend angenommene „snob“ (operationalisiert als jemand, der Oper, Ballet und Klassik anderer Musik vorzieht) wies keine statistische Relevanz mehr auf, – abgelöst wurde er von dem, was seitdem unter dem Begriff des „cultural omnivore“, des „kulturellen Allesfressers“ diskutiert wird. Dieser schließe kaum mehr eine Musik aus, höre zwar noch das, was ihn einst vor anderen auszeichnete, habe diesem Repertoire aber unter anderem die ehemals verachtete Musik hinzugefügt. Doch seien die Genre Grenzen immer noch in Takt, nur bestünde die Möglichkeit, dass sich die symbolischen Grenzen verschoben hätten (Peterson/Kern 1996: 904). Die Forscher vermuten zudem, dass sich der Modus der Wahrnehmung, also die Art und Weise, wie etwas konsumiert wird (ebd.; Parzer 2011: 219; Rössel 2012), geändert habe. Die elitären Omnivores nähern sich der Musik auf andere Weise und stellen sie in mannigfaltige, vor allem intellektuelle Interpretationszusammenhänge, die sich signifikant von denen richtiger Fans oder mit dieser Musik direkt sozialisierter Hörer abhebe (ebd.: 904). Als Erklärung dienen den Forschern: *Struktureller Wandel* (ebd.: 905) der Einkommensverhältnisse und des Zugangs zu Musik sowie geographische und soziale Mobilität, durch welche die jeweiligen Musiktraditionen im Wert steigen, was den elitären Geschmack im Wert fallen ließe; *Veränderungen in der Kunstwelt* – Ausdifferenzierung der Stile; Marktkräfte, die die mediale Musiklandschaft verändern – schafften in den Institutionen und der Ästhetik den Boden für den neuen Geschmack. Mit den „*Generational Politics*“ meinen die Forscher die Langlebigkeit der Pop- und Rock-Geschmacksbildung, die über das Jugendalter hinaus auch kulturpolitisch wirksam bleibt. Schließlich habe sich die *Strategie der Eliten* gegenüber „niederer Musik“ geändert: Von Verteufelung (s.o.) zur Aufnahme in ihre eigenen Diskurse. Dies lege den Schluss nahe, dass dies im Zeichen einer neuen „business-administrative class“ (ebd.: 906) vor sich gehe (Bauernfeind 2008: 18f.), dem „jungen und aufstrebenden Mittelstand“ (ebd.: 36).

Diese Studie, die einen „transatlantischen Diskurs“ (Bauernfeind 2008: 3) über Geschmack und Sozialstruktur bis heute in Gang hält, wirft auch für marxistische Theorie Fragen auf. Hat der „symbolische Klassenkampf“ um den guten

Musikgeschmack an Schärfe verloren, gar aufgehört zu existieren, nun, da die alten Grenzen aufgeweicht sind? Und – wenn der Geschmack im Widerstreit von Bürgertum und Adel eine wichtige Rolle im ideologischen Kampf gespielt hat – welche Rückschlüsse von einem geänderten Geschmack des Bürgertums ließen sich für eine aktuelle Klassenanalyse – und sei's nur auf dem Feld jener kulturellen Auseinandersetzungen – ziehen?

Schon 1999 wurde in Deutschland versucht, diesem neuen Phänomen marxistisch beizukommen. Luzide nimmt Günther Jacob dabei spätere Kritik an der Interpretation der Ergebnisse durch Peterson et al. vorweg und stellt ernüchternd fest, dass es mit der Liberalität und Offenheit des neuen Geschmacks nicht weit her ist: Die Grenzen hätten sich lediglich in den Bereich der populären Musik verschoben, der neue Streit um die „gute Platte“ funktioniere nach alten Regeln, und durch neue Rezeptionsmuster seien sogar noch die letzten Refugien des „niederen Geschmacks“ vereinnahmt worden (Jacob 1999). Zu gleichen Schlussfolgerungen gelangt Kai Degenhardt (2008), der die neue Funktionalisierung der Popmusik als Distinktionsartefakt noch gegen die Negativfolie des ehemaligen „Befreiungsgestes“ hält und bilanziert: „Popmusik ist [...] zum integrativen Bestandteil der bürgerlichen Kulturwelt avanciert und muss nicht mehr gegenüber den Werken der Hochkultur [...] um besondere Anerkennung kämpfen [...] Die dort durchgesetzten Unterscheidungen zwischen 'gutem' und 'schlechtem' Pop gleichen den alten, hochkulturellen Direktiven bis aufs Haar.“ (Ebd.: 28)

Doch weder Jacob noch Degenhardt sichten empirisches Material oder werten die bis heute anhaltende Diskussion über den „Cultural Omnivore“ aus, noch entwickeln sie einen dialektischen Begriff des Geschmacks (Jellen 2008). Beides wird an dieser Stelle, auf ihren Gedanken aufbauend, nachgeholt. Abschließend werde ich einen Ausblick auf eine Einordnung der „Allesfresser“-Hypothese in eine Geschichte der sozialen Funktion des Geschmacks wagen.

Geschmack und seine soziale Dimension

Was aber ist Geschmack?² Geschmack ist ein subjektives, ästhetisches Werturteil über Objekte. Es manifestiert sich gesellschaftlich in der bewussten Auswahl der Objekte, ihrem sichtbaren Besitz und dem demonstrativen Verhalten zu ihnen. Geschmack ist Ergebnis von Sozialisation, bildet sich in jahrelangen Prozessen von Aneignung, Abgrenzung und Sedimentierungen (Oerter 1993: 257): durch die Eltern (familiäre Erziehung), durch die Schule und weitere Bildung (institutionelle Erziehung), durch die jugendlichen Peer-

² Zur Begriffsgeschichte bis zu Kants „Kritik der Urteilskraft“ bietet Ute Frackowiack einen erschöpfenden Überblick (1994), zum Begriff des Geschmacks in der Romantik hat Frank Illing einige Befunde zusammengetragen (2006), und eine philosophische Geschichte vom Humanismus bis zur Postmoderne bietet das Handbuch ästhetischer Grundbegriffe (Lüthe/Fontius 2010: 792ff.). Für die Begriffsgeschichte in Deutschland lassen sich die gesammelten Lexikoneinträge bei Maria Luise Schulten (1990: 9ff.) heranziehen.

groups³ (generationale Erziehung) und durch die Kulturlandschaft selbst (kulturelle Umwelteinflüsse). Geschmack steht im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft – zwischen dem als individuellem Besitz angenommenen Urteil des Einzelnen und dem veröffentlichten, propagierten, welches sich als kollektives Werturteil der Einzelmeinung gegenüberstellt und gleichzeitig mit an der Bildung des „individuellen“ Geschmacks wirkt.

Musikgeschmack ist demnach das subjektive ästhetische Urteil über musikalische Objekte, vornehmlich die Musik selbst als Klangereignis, aber auch über einzelne Instrumente, die Art der Aufführung, den ganzen Prozess, einzelne Künstler und verschiedene Musikrichtungen. Gerade die Musikpsychologie bzw. die empirische Sozialforschung sträubt sich jedoch gegen den Begriff – vor allem bei der Verwendung für das, was seit den 70ern vermehrt durchgeführt wird, eben jene Erhebungen zu Musikkonsum (Schulten 1990: 16) – deren Ergebnisse später Anstoß für die These des musikalischen „Allesfressers“ gaben. Denn aufgrund seiner „normativen“ Vorgeschichte und der Wandlung seiner Bedeutungen scheint er sich nicht besonders als „Terminus technicus“ für empirische Studien und theoretische Modelle zu eignen, die nach einem „neutrale[n], wertfreie[n] Begriff“ (Bersch-Barauel 2004: 30) zu verlangen scheinen. Schnell fand sich mit der „Musikpräferenz“ eine alternative Bezeichnung, die den Anforderungen gerecht wurde. Musikpräferenz bezeichnet gegenüber dem allgemeineren Musikgeschmack ausschließlich Entscheidungen in einer bestimmten Situation, unter Absehung einer normativen Wertung wie sie z.B. Adornos Hörertypologie vorgeworfen wurde (Adorno 1969).

Doch ist der Musikgeschmack nicht aus der empirischen Sozialforschung verschwunden, – denn mit den bloßen Entscheidungen in konkreten Situationen ist erst die statistisch erfahrbare Oberfläche erfasst. Behne (1993) schlägt daher vor, „zwischen aktuellen Entscheidungen (preferences/Präferenzen) und langfristigen Orientierungen (taste/Geschmack) zu unterscheiden. Der umgangssprachliche und sehr diffuse Begriff des Musikgeschmacks könnte [...] sinnvoll global für den Gesamtkomplex verwendet werden, Musikpräferenz [...] für das Entscheidungsverhalten in definierten konkreten Situationen.“ (Ebd.: 339f.) Und dann gibt es noch eine andere soziologische Fraktion, die sich den Geschmack als Begriff nicht hat nehmen lassen, dies auch, weil sie die Normativität desselben zwar zugesteht, ihn aber im Sinne einer Erschließung der Regeln der Reproduktion von Klassengesellschaften durch die Kultur und das Verhalten zu ihr – eben Geschmack – zu objektivieren vermag.

Die Pionierarbeit dazu leistete schon Thorstein Veblen mit seiner „Theory of the leisure class“ (Veblen 2011). Veblen gilt Geschmack als die *Norm des Konsums*, eine Verfügung, ein Übereinkommen über die in gewissen Situationen adäquate Menge der Zurschaustellung von Reichtum (ebd.: 119f.). Betreffs der ästhetischen Wahrnehmung der zum demonstrativen Konsum be-

³ Hier ist die Einschränkung zu machen, dass die „Erfindung der Jugend“ später anzusetzen ist als die Entstehung von Geschmack.

stimmten Güter stellt er fest, dass die Wertschätzung im doppelten Wortsinn mit dem Preis, dem pekuniären und arbeitstechnischen Aufwand sich zum guten Geschmack amalgamiert. In Marx' Begrifflichkeiten: Der Tausch- und der Gebrauchswert fallen zusammen, was Adorno auch für die Musik festzustellen meinte (Adorno 1991 [erstmalig 1956]: 17). Edmond Goblot entwickelt in „La barrière et le niveau“ (1925), einer Schrift, die dem französischen Bürgertum gewidmet ist, den Begriff der *Distinktion* und inspiriert (Lenger/Priebe 2013) damit Pierre Bourdieu, der in seinem Hauptwerk „Die feinen Unterschiede“ (1982) die ausführlichste Theorie einer soziologischen Grundlegung des subjektiven ästhetischen Urteils liefert.

Habitus, Feld, ein erweiterter Kapitalbegriff und die Distinktion: in diesen Kategorien lässt sich auch der Geschmacksbegriff Bourdieus klären. Der Habitus, oder „wie man sich gibt“, die Inkorporation des Überbaus in den Leib, schreibt die Position in der Klassengesellschaft in den ganzen Menschen, in den „Klassenkörper“ ein (Rehmann 2008: 131), – dort ist auch primär der Musikgeschmack zu verorten. Das Feld, die gesellschaftlichen und kulturellen Kampfplätze, der Überbau selbst, der seiner eigenen Ökonomie und Logik folgt (Kropf 2012: 271), bildet die objektiven Bezugspunkte des Geschmacks (Bourdieu 1993: 153). Hier wird um die Legitimität der Objekte und den Modus ihrer Rezeption gestritten (Magerski 2011: 67ff.). Neben das in seiner Theorie immer noch vorherrschende ökonomische Kapital tritt bei Bourdieu noch das kulturelle, das angehäuften Wissen und die Fähigkeit, mit Kultur umgehen zu können, sowie das soziale – persönliche Netze, Bekanntschaften (Bourdieu 1983: 183ff.). Diese verschiedenen Kapitalsorten können ineinander überführt werden, doch wird zum einen für die jeweilige Anhäufung je nach Klassenherkunft unterschiedlich viel Zeit benötigt, zum anderen sind die „Kurse“, zu denen sie sich ineinander transformieren lassen, nicht festgeschrieben bzw. differieren je nach Inhalt. Geschmack gilt dabei als Teil des kulturellen Kapitals, wodurch der ökonomischen, horizontalen Dimension der Klassifizierung von Menschen in einer antagonistischen Gesellschaft noch eine kulturelle Ungleichheitskategorie hinzugefügt wird, welche Reproduktionsprozesse asymmetrischer Klassenlagen auch auf ideologischen Feldern begrifflich zu fassen vermag. Die Praxis, in welcher dieses Kapital eingesetzt wird, nennt Bourdieu Distinktion – Unterscheidung: die Zurschaustellung des kulturellen Kapitals, bzw. das Sichtbarmachen, die Klarstellung der eigenen Stellung gegenüber anderen Gesellschaftsschichten.

Doch die soziale Bedingtheit, vielleicht noch im Besitz von ausgewählten Gegenständen sichtbar, tritt bei dem Wissen und der Rezeptionshaltung bzw. dem Reden über den musikalischen Gegenstand bis zur Unkenntlichkeit hinter der Normativität des Faktischen zurück. Genauer: Für Bourdieu ist Geschmack keine von der Natur in die Wiege gelegte, sondern „Natur gewordene, d.h. inkorporierte Kultur, Körper gewordene Klasse“, die somit zur „Erstellung des 'Klassenkörpers'“ (1982: 307) beiträgt. Diese zweite Natur der Sozialisation wird aber als erste Natur, also als eine Art des Talents, der Begabung „verkauft“. Damit tendiert der alleinige Anspruch der herrschenden,

gebildeten Klasse auf die Definition und Erkenntnis des Schönen dazu, sich zu verewigen.

Zugespitzt ließe sich also formulieren: Ein guter Geschmack „erklärt“ sich nicht als durch gute Bildung und finanzielle wie kulturelle Ressourcen erworben. Umgekehrt: Die hohe gesellschaftliche Stellung folgt, wird legitimiert durch ein angeborenes, unhinterfragtes Talent; eben den Geschmack, der als ein Zeichen der „naturegebenen“ sozialen Stellung wirkt. Das Feld der Musik ist dabei – wie bereits angedeutet – besonders gesegnet mit allerlei Möglichkeiten der Ausdifferenzierung in Stile, Epochen und Künstler (Bourdieu 1982: 19f.); der hohe notwendige Einsatz von Zeit und Bildung bei dem Erlernen der besonders prestigeträchtigen Instrumente wie Geige, Klavier oder der Komposition verspricht dabei einen besonderen Distinktionsgewinn⁴.

Kurze Sozialgeschichte des (Musik)Geschmacks und des symbolischen Klassenkampfes um den „guten Geschmack“

Die Entwicklung des modernen Geschmacks fällt nicht zufällig mit dem Aufstieg des Bürgertums zusammen, in welchem dieses seine gewachsene ökonomische Macht den feudalen Eliten gegenüber als Anspruch auf politische Partizipation, ja auf Herrschaft anmeldete. Nicht zuletzt erfolgte dies durch die Demonstration kulturellen Selbstbewusstseins und die Formulierung eigener Vorstellungen gegenüber den alten Autoritäten. Dem entspricht auf dem Feld der Beurteilung des Schönen der subjektive Geschmack des Einzelnen, der fortan – im Spannungsverhältnis zwischen körperlichen Sinnen und der Ratio – die Grundlage der modernen philosophischen Disziplin der Ästhetik bildete (Menke 2009: 39). Emanzipatorisch verhielt sich dieser Geschmack nicht nur wider die alten unverrückbar scheinenden Ontologien des Schönen, die die kosmologischen Vorstellungen des Absolutismus prägten, sondern auch wider die noch frühbürgerliche Epistemologie, die einer Hyperrationalität und Sinneskepsis das Wort redete, in welcher dem Körper und seiner Sinnlichkeit kein Platz eingeräumt wurde (Eagleton 1990).

Der Kulturkampf zwischen dem Bürgertum und den Feudal-eliten fand in konkreten Auseinandersetzungen statt, auch auf dem Feld der Musik. Während sich im literaturästhetischen Streit zwischen „anciens et modernes“ zum ersten Mal die Selbstbewusstwerdung der Geschichtlichkeit ästhetischer Urteile gegenüber der Vorstellung ewiger Schönheitsideale artikulierte (Lüthe/Fontius 2010:), prallten in den sogenannten „Querelle des Buffons“ handfeste subjektive Urteile aufeinander. Auf der einen Seite standen dabei die progressiven bürgerlichen Enzyklopädisten, auf der anderen Hofkomponisten und -theoretiker wie Rameau und Lully als kulturelle Repräsentanten des Absolutismus. Der Streit rührte her von der unterschiedlichen Beurteilung der französischen und der ita-

⁴ Laut einer amerikanischen Studie jüngerer Datums hat Musikgeschmack diesen Status als wichtigste soziale Duftmarke noch immer nicht eingebüßt (Berger/Heath 2006). „Favorite CD“, „Fav. Music Artist“, „Music Genre“ stehen weit noch vor Mode und Einrichtungstil.

lienischen Oper, welche in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Konkurrenz zueinander traten. Während die französische Oper kompliziert in Satz und Aufbau sei, „gekünstelt“ und dekadent wirke – so die Ansicht der Enzyklopädisten –, weise die italienische eine dem Volk nahe Einfachheit auf und bewege sich eher am Ideal der natürlichen Weise der menschlichen Stimme. Auf welche Seite man sich schlug, war dabei oberflächlich eine des Geschmacks, während die klassenmäßigen Gräben klar als die zwischen Adel und Bürgertum identifizierbar sind (Gebesmair 2001: 28f.).

In den darauf folgenden Jahrzehnten schwingt sich die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse auf, womit der Geschmack als Anzeiger der sozialen Stellung an Bedeutung gewinnt, während durch Kants „Kritik der Urteilskraft“ (1790) der Begriff des Geschmacks „seine erkenntnistheoretische Dimension verlor und aus der Wissenschaft verschwand“ (Illing 2006: 40). Schon in seinen „Anfangszeiten“ hatten Zeitgenossen über den Begriff des Geschmacks bemerkt, dass er als klassifizierendes Merkmal dienen konnte, zumal wenn man ihn nicht sein eigen nennen mochte oder ihn verfehle. Der schon erwähnte Gracian verband seine Geschmackstheorie mit einem abgrundtiefen Hass gegen die unteren Schichten (Lüthe/Fontius 2010: 796). In Kants Bestimmung des Geschmacks als „interesseloses Wohlgefallen“ lässt sich die Abscheu gegen die körperbetonte und leidenschaftliche Kunstrezeption des Plebs hineinlesen (Bourdieu: 1982: 756ff.). Der Schriftsteller Jean Luis Guez de Balzac meinte schon im 17. Jahrhundert einen Unterschied im Geschmack von Stadt und Land feststellen zu können (Frackowiack 1994: 175). Gerade die Entwicklung der modernen Urbanität (Stihler 1998: 133ff.) ist es auch, die zusammen mit dem Aufkommen eines durch kapitalistische Produktion im 17. Jahrhundert explodierenden Warenangebots (Muldrew 1998: 167ff.) die Norm einer Auswahl entstehen lässt, durch welche die gesellschaftliche Stellung herausgekehrt werden kann. Der Geschmack wandelt sich dabei von einer emanzipatorischen Kategorie des progressiven Bürgertums zum bloßen Signum der eigenen herrschaftlichen Stellung, die vermehrt durch den demonstrativen Konsum zur „Anzeige“ gebracht wird – allerdings unter den Bedingungen der abstrakten und juristischen Freiheit und Gleichheit der bürgerlichen Gesellschaft.⁵ Denn dadurch, dass Adelstitel zunehmend weniger zählen (Bauernfeind 2008: 17), die Anonymität der Städte den Ständedünkel bedroht, die reiche Zeitschriftenkultur und die bescheidenen materiellen Gewinne des Kleinbürgertums zu einer schnellen Popularisierung neuester Moden der Großbour-

⁵ Auf die zusätzlich wichtige Rolle des Geldes, des „allgemeinen Äquivalents“, weist Günther Jacob hin, denn dieses lasse, „obwohl Produkt der Klassengesellschaft, [...] den qualitativen sozialen Unterschied im Akt des Konsums nur noch als quantitativen Unterschied erscheinen. Der Wille zur Differenz ist aber in der bürgerlichen Gesellschaft so mächtig, daß sich in vielen Fällen auch dort Unterscheidungen herstellen lassen, wo sie sich über Waren- und Geldbesitz allein nicht deutlich genug von selbst einstellen. Dabei bildet die Fähigkeit zur materiellen und symbolischen Aneignung der Dinge und Verhältnisse den praktischen Operator. Durch die Fähigkeit, landläufig ‘Geschmack’ genannt, werden die durch das allgemeine Äquivalent verwischten Klassenunterschiede gewissermaßen wieder rekonstruiert.“ (1999: 239)

geoisie führen, entpuppt sich die Distinktion als stets prekär. Es folgt eine mit dem entstehenden autonomen Kunstfeld und -Markt (Müller-Jentsch 2011: 175ff.) korrespondierende Distinktionsspirale. Dieser Prozess, der im dialektischen Verhältnis zu den Erfordernissen des Zeigens der kulturellen Hegemonie sich entwickelte, mündet in einen Geschmack, der sich durch die Auswahl komplizierter, teurer und langer Stücke (Oper, Symphonien) auszeichnet und so zum offensiven „Status-Marker“ (Bauernfeind 2008: 18) gerät. Relativ stabil konnte dabei ein Distinktionsartefakt bleiben, das bis heute im doppelten Wortsinn zum guten bürgerlichen Ton gehört: das Klavier, das als Signum der bürgerlichen Klasse und wichtiges Element des „soziale[n] Kapital[s]“ (Lippe-Weißfeld 2007: 249ff.) Bedeutung gewinnen konnte.

Im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert noch Privileg der besitzenden und zwischen den Stühlen sitzenden Klassen wird Geschmack in der Massenkultur, die seit dem Ende des zweiten Weltkriegs als „Kulturindustrie“ (Horkheimer/Adorno [1947] 1989) die Physiognomie der kulturellen Sphäre westeuropäischer Gesellschaften prägt, schließlich zum ubiquitären Phänomen, gar zur Notwendigkeit einer von Konsum und Inszenierung des Lebens durchdrungenen Gesellschaft (Menke 2009). Dies vor allem, weil nun für breite Bevölkerungsschichten zwei wichtige Voraussetzungen für die Ausbildung oder Demonstration von Geschmack überhaupt erst erfüllt sind: *Erstens* sind die notwendigsten Bedürfnisse befriedigt, und es bleibt noch Zeit und finanzieller Spielraum, vor allem in der Phase der Jugend, sich dem Konsum kultureller Erzeugnisse zu widmen; *zweitens* gibt es selbst in niedrigen Preisklassen eine Auswahl an Waren, die zur Entscheidung nicht mehr bloß einlädt – sondern zwingt. Während unter diesen Bedingungen so mancher Kulturkritiker gar nicht mehr von Geschmack im eigentlichen Sinne zu sprechen bereit ist⁶, konstituieren Pierre Bourdieu's Arbeiten über das Frankreich der 1960er Jahre „unausgesprochen eine Theorie des kulturindustriell geprägten Umgangs mit den Differenzangeboten, die schon in der Produktion der Kulturwaren eingebaut und sensibel wahrgenommen werden“ (Steinert 1998: 90). Und unter den von Peterson und Kern ausgemachten Veränderungen in der Kulturlandschaft und Sozialstruktur in der Nachfolge der Etablierung des „Pop-Feldes“ befinden wir uns wieder an dem Punkt, an dem die „Allesfresser“-Hypothese als neue Geschmackskonfiguration der oberen Schichten in den Fokus der Wissenschaft tritt.

Überprüfung der Kritik an der „Allesfresser“-Hypothese

Neben Replikationsstudien in Deutschland (Neuhoff 2001; Gebesmair 2001; Bauernfeind 2008), Israel (Katz-Gerro/Raz/Yaish 2008), England (Chan 2013) und den Niederlanden (Van Eijck 2001) sind auch prinzipielle und methodische Einwände im Zusammenhang mit den Omnivorenforschungen vor-

⁶ Vor dem Hintergrund der durch die Kulturindustrie gleichgeschalteten Warenwelt, was auch deren Ästhetik nicht unberührt lässt, findet sich bei Adorno zumeist unter Bezugnahme auf den emanzipatorischen Begriff das Verdikt des Unmöglichwerdens eines Geschmacksurteils. (Illing 2006; Menke 2009; Bersarin 2011)

gebracht worden, die entlang der bereits erwähnten kritischen Einwürfe von Jacob (1999) und Degenhardt (2008) sinnvoll diskutiert werden können. Während beide die allgemeine Einschätzung eines veränderten Geschmacksmusters des Bürgertums zu teilen scheinen, üben sie implizite⁷ Kritik an den Schlussfolgerungen, die Petterson et al. aus ihren Ergebnissen ziehen, vor allem jener der gestiegenen Toleranz gegenüber anderen Musikstilen. Mehrere Folgestudien legen nahe, dass sich, wie auch Degenhardt und Jacob festhalten, diese Liberalisierung nicht eingestellt hat, sondern zum einen sich die Grenzen der Distinktion in andere Genres, vornehmlich die der Populärmusik verschoben, zum anderen die Verachtung der Musik, mithin der *Musikrezeption* der unteren Klassen unter geänderten Vorzeichen erhalten habe.

Kropf (2012) weist bezüglich des ersten Einwands darauf hin, dass die Herangehensweise in der „Allesfresser“-Hypothese sich auf die Rezeptionsebene beschränkt, welche durch die sogenannte „verbale Präferenz“⁸ in „Großgenres“ erhoben werde (z.B. Rock, Country, Classic). Der mögliche „feldinterne Wertewandel“ (ebd.:275f.) in Bezug auf die Binnendifferenzierung des „Popfeldes“ gerate dabei als Teil der Produktionsseite aus dem Blick, wodurch „eine gesicherte Aussage über das Ende der Distinktionsstrategien [...] unmöglich“ (ebd.:276) werde. Deren objektive Bezugspunkte seien in der Ökonomie der musikalischen Produktion selbst zu suchen. Unter Bezugnahme auf Bourdieus Theorie der Entwicklung der Kunstfelder und mithilfe mehrerer Studien über die Repräsentationen von Populärmusik in den Medien und Bildungsinstitutionen liefert Kropf deutliche Hinweise darauf, dass das Popfeld ähnliche Strukturen der Legitimität ausgebildet hat, wie sie ehemals in der Hierarchie zwischen U- und E-Musik wirksam waren – ein übereinstimmender Werkekanon (Doehring/von Appen 2000; Appen et al. 2008) entsteht, Feuilletons gutbürgerlicher Zeitungen widmen dem Pop zunehmend mehr Artikel (Schmutz 2009), und im pädagogischen Diskurs wie in den Hochschulen sei „in den letzten Jahren eine zunehmende Aufwertung“ (Kropf 2012: 280) festzustellen.

Doch wie ist es um die empirische Basis der Behauptung bestellt, dass es mit der Liberalität und Offenheit des neuen Geschmacks nicht weit her ist? Im Omnivore-Diskurs gilt Bethany Bryson als erste, welche die Ergebnisse der Forschungen zum Musical Omnivore in ein anderes Licht rückte. In ihrer Studie (1996) konnte sie die Ergebnisse von Peterson et al. zwar bestätigen, stellte aber fest, dass diejenigen, welche einen besonders toleranten und offenen Musikgeschmack aufwiesen, gerade jene Musikstile nicht mochten, welche von unteren Gesellschaftsschichten präferiert würden (in diesem Falle Rap, Country, Heavy Metal), wobei sich zeige, dass die „Exklusion von niederer Kultur wichtiger [sei] als Identifikation mit der Hochkultur“ (Bauernfeind

⁷ Bei beiden fehlt der direkte Bezug auf die prägenden Artikel von Petterson et al.

⁸ In der Musikpsychologie bzw. der Präferenz- und Musikgeschmackforschung wird zwischen „verbaler“, also per Kreuz auf dem Fragebogen bei einem bestimmten Genre oder Titel festgehaltener, und „klingender“ Präferenz unterschieden, die durch die Bewertung eines vorgespielten Titels erlangt wird.

2008: 25). Dies gilt Bryson als „patterned tolerance“, oder, wie Richard Sorg es passend umschrieben hat, „Toleranz, solange sie nichts kostet“. Während also die Offenheit gegenüber anderen Ethnien und ihren Musiken, darunter besonders Weltmusik, Reggae und Latin (Bryson 1996: 887), in oberen Klassen hoch sei, weiche diese bei einem „wahrnehmbare[n] Unterschied des sozialen Status“ (Gebesmair 2001: 209) einer „klassenspezifischen“ Ablehnung.

In die gleiche Kerbe schlägt Parzer (2011) mit seiner Vermutung, dass mit dem offenen und toleranten Geschmack, der als guter gesetzt wird, oft auch der Vorwurf an andere einhergeht, dass sie einen zu engen Geschmack aufweisen, – jene hatten in Petersons Studie noch das Label der „Univores“ verpasst bekommen. So tritt das Wuchern mit dem multikulturellen Kapital als moralische Postulierung nicht eines durch Inhalt spezifizierten Geschmacks, sondern durch eine Aneignungs- und Rezeptionsweise in Erscheinung (Parzer 2011: 217ff; 231). Dies lässt sich vor allem in Studien nachweisen, die sich nicht auf die Erfragung jener „verbalen Präferenz“ beschränkten, sondern versuchten, die Musikrezeption und den dadurch zum Ausdruck kommenden Geschmack an klingenden Beispielen sozial zu verorten, da die „Großgenres“, welche zumeist in den Fragebögen angekreuzt werden können, der feldinternen Differenzierung auch der klassischen Musik nicht gerecht würden. Mike Savage (2006) stellte daraufhin fest, dass die durch ein solches Vorgehen gewonnenen Ergebnisse eine klare Klassenbedingtheit des Geschmacks bzw. der Musikrezeption nahe legten, während die gleichzeitig erhobenen Genrepräferenzen sich als uneindeutig erwiesen – da sich die akademische Verortung der Genres oftmals nicht mit den Zuschreibungen aus der „dominated class“ deckten (Kropf 2012: 274). Will Atkinson (2011) lehnt aufgrund der Auswertung umfangreicher Interviews sogar die gesamte „Allesfresser“-Hypothese ab und verweist auf die Änderungen des musikalischen Feldes, die lediglich durch die statistische Brille und die Erhebung von Genres suggeriere, der Geschmack der oberen Klasse sei offener geworden.

Auf einen weiteren wichtigen Punkt deutet Degenhardt in seinem Artikel hin: die immer noch virulente Relevanz des Geschmacks als kulturelles Kapital. Denn während das Gros der sich auf Bourdieu beziehenden Studien sich auf den Ist-Zustand der Verbindung von Klasse und Geschmack konzentrieren, fehlt oftmals die Erforschung der tatsächlichen Prozesse, wie sich die Klassen über das kulturelle Kapital reproduzieren. Degenhardt hingegen hat ein genaues Bild im Kopf: Beim „ungezwungene[n] Partygespräch wie [bei der] Gabeltest-Kommunikation bei Vorstellungsgesprächen“ ebne der Geschmack den Weg „zu den gehobenen Positionen im gesellschaftlichen Überbau“ (Degenhardt 2008: 28). Schlagend untermauert dies z.B. eine französische Studie von Omar Lizardo (2006), in welcher dieser „cultural taste“ in Zusammenhang mit persönlichen Netzwerken untersucht und zu dem Schluss kommt, dass „der soziale Wert der populären Kultur darin zu liegen scheint, als 'sichere' Art von kulturellem Wissen zu helfen, das Brückenschlagen zwischen entfernten sozialen Lagen und lokal verankerten Beziehungsgeflechten zu ermöglichen [...] Diese kulturelle Komplementarität [der Widerspruch zwischen Hoch- und

Populärkultur, der sich zum Allesfressergeschmack amalgamiert, ARvK] stellt offensichtlich ein Charakteristikum der jungen oberen Mittelschicht dar. Dieses [neue Muster des kulturellen Konsums] ist daher gleichgestaltig mit und hilft dabei, die Komplementarität [das scheinbar widersprüchliche Nebeneinander von über weite soziale Lagen etablierter Bekanntschaften, ARvK] innerhalb ihrer persönlichen Netzwerke zu erhalten und unterstützt so die Reproduktion ihrer vorteilhaften Stellung in der Sozialstruktur (Lizardo 2006: 803)

Fazit und Ausblick: Die „Allesfresser“-Hypothese im Rahmen aktueller Klassenanalyse

Beschließen möchte ich diese Ausführungen mit einer in dieser Form notwendig spekulativen klassentheoretischen Einordnung des kulturellen „Allesfressers“. Wie gezeigt werden konnte, ist die Frage des (Musik)Geschmacks, vermittelt über seine symbolische oder sozialstrategische Dimension, auch eine Frage der (Klassen)Herrschaft. In den Kämpfen im Überbau werden sich soziale Akteure des Gegensatzes ihrer materiellen Interessen auf der Ebene des Ideologischen bewusst. Im Streit um den Musikgeschmack – so ließe sich weiterspinnen – findet der ökonomische Kampf auf dem Feld des Ästhetischen, bezogen auf die Klangkunst, statt. Ein Streit um Hegemonie, ferner um die Repräsentation des „herrschenden Geschmacks“, welcher, so der vielleicht unbewusste Wunsch, den distinktiven Praxen immanent ihn auch zu dem der (neuen) Herrschenden machen würde.

Als soziale Träger des neuen Geschmacks werden, beginnend mit Peterson et al., Vertreter einer neuen, aufstrebenden „business-administrative class“ (1996: 906) oder „younger upper-middle class“ (Lizardo 2006: 803) ausgemacht. Übertragen auf Deutschland sind es jene Kinder (und Kindeskinder) der Bildungsexpansion, die im Marsch durch die Institutionen die in jugendlichen Subkulturen erworbene Haltung gegenüber und Kenntnis von populärer Musik als legitimen Geschmack eingesetzt haben und dabei den Geschmack des arrierten Bildungsbürgertums und des so genannten „Besitzadels“ herausfordern oder zumindest Anspruch auf Gleichwertigkeit erheben. Dass dieses Ankommen in den oberen Etagen der kapitalistischen Gesellschaft, welches erst die Veränderungen der herrschaftlichen Geschmacksmuster möglich machte, nicht den erhofften emanzipatorischen Effekt hatte, gilt als Allgemeinplatz: Die korrumpierten Neubürger, die sich als dritte Gewinner zwischen Großbourgeoisie und sozial Abgeschlagenen sehen, die nach unten treten und nach oben den eigenen Geschmack vorschieben, haben es sich längst gemütlich gemacht. Und sollte es mal nicht so gut klappen, gelten ihnen die scheinbare Offenheit und Flexibilität des neuen Geschmacks als: „wichtige Ressourcen in einer Gesellschaft, die soziale und geographische Mobilität, 'employability', und 'soziales Networking' von ihren gut ausgebildeten Fachkräften verlangt. Als solche repräsentiert der kulturelle Allesfresser die Art von Person, welche am ehesten dazu geeignet scheint, in den attraktiveren Segmenten unserer heutigen Gesellschaft erfolgreich zu sein.“ (Van Eijck 2000: 221).


Die Mittelschichten – vor allem die aufstrebenden – stehen letztlich immer vor der Entscheidung: Schlagen sie sich auf die Seite des Kapitals, das mit der Partizipation an der Verfügung über die Verwendung des gesellschaftlichen Mehrproduktes zu ködern vermag, *oder* machen sie sich die Forderungen einer auf die Interessen der Lohnabhängigen orientierten Politik zu eigen, die nur das „Versprechen“ einer besseren Welt, aber nicht unmittelbar materielle Vorteile zu bieten hat? Dass jene ‚Allesfresser‘ ihren Geschmack nach den alten Regeln unumwunden als soziale Duftmarke gegen die unteren Klassen einsetzen und sich gleichzeitig durch die Propagierung von Offenheit und Liberalität gegen jeden Vorwurf des Ständedünkels zu immunisieren trachten, deutet eher auf ersteres und eröffnet sogar die Spekulationen auf ein drittes: die Anmeldung eines Herrschaftsanspruchs – und das unter keinem guten Stern.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1991): Dissonanzen. Musik in der verwalteten Welt, 7. Aufl., Göttingen
- Adorno, Theodor W. (1969): Einführung in die Musiksoziologie, Frankfurt am Main
- Appen et al. (2008): Kanonbildungen in der populären Musik. Pop zwischen Geschichtslosigkeit und Historismus. In: No Time for Losers. Charts, Listen und andere Kanonisierungen in der populären Musik. Hg. v. Thomas Phleps u. Dietrich Helms (= Beiträge zur Populärmusikforschung Bd. 36). Bielefeld, S. 25-49
- Atkinson, Will (2011): The context and genesis of musical tastes: Omnivorousness debunked, Bourdieu buttressed. In: Poetics, 39, S. 169-186
- Bauernfeind, Alfons (2008): Wandel des Musikgeschmacks in der Gesellschaft. Der neue kulturästhetische Code der Allesfresser, Saarbrücken
- Balibar, Étienne (1990): Der Klassenrassismus. In: Balibar, Étienne /Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg
- Behne, Klaus-Ernst (1993): Musikpräferenzen und Musikgeschmack. In: Bruhn, Herbert/Oerter, Rolf/Rösing, Helmut: Musikpsychologie, ein Handbuch, Hamburg
- Berger, Jonah/Heath, Chip (2006): Where Consumers Diverge from Others: Identity-Signaling and Product Domains. In: Journal of Consumer Research, <http://www.chicagobooth.edu/research/workshops/marketing/docs/berger-consumersdiverge.pdf> (Abruf 19.12.2013, 16:48)
- Bersch-Burauel, Antje (2004): Entwicklung von Musikpräferenzen im Erwachsenenalter. Eine explorative Untersuchung. Diss. Universität Paderborn.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main
- Bourdieu, Pierre (1993): Soziologische Fragen, Frankfurt am Main
- Bryson, Bethany (1996): „Anything but Heavy Metal“: Symbolic exclusion and musical dislikes. In: American Sociological Review 61, S. 884-899
- Chan, T.W./Goldthorpe, J.H. (2007): Social Stratification and cultural consumption: Music in England. In: European Sociological Review 23, S. 1-19
- Degenhardt, Kai (2008): Handreichungen in Sachen Popmusik. Popmusik – Vom Befreiungsgestus zum Soundtrack der Anpassung, Essen

- Doehring, A./von Appen, R. (2000): Kanonisierung in der Pop-/Rockmusik – oder: Warum Sgt. Pepper? Zur ästhetischen Beurteilung von Pop-/Rock-LPs in 100er Listen. In: Populäre Musik im kulturwissenschaftlichen Diskurs (= Beiträge zur Populärmusikforschung 25/26), hg. von Helmut Rösing u. Thomas Phleps, Karben, S. 229-249.
- Eagleton, Terry (1994): Ästhetik – die Geschichte ihrer Ideologie, Weimar
- Frackowiack, Ute (1994): Der gute Geschmack: Studien zur Entwicklung des Geschmacksbegriffs, München
- Gebesmair, Andreas (2001): Grundzüge einer Soziologie des Musikgeschmacks, Wiesbaden
- Gracian, Baltasar (1647): Oráculo manual y arte de prudencia. dt.: Handorakel und Kunst der Weltklugheit [?], Stuttgart 1986
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1989): Dialektik der Aufklärung, Leipzig
- Illing, Frank (2006): Kitsch, Kommerz und Kult, Konstanz
- Jacob, Günther (1999): Der Kampf um die „gute Platte“. Pop, Politik und soziale Distinktion vor dem Hintergrund der Integration der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Gesamtprozess. In: Stroh, Wolfgang/Mayer, Günther: Musikwissenschaftlicher Paradigmenwechsel? Zum Stellenwert marxistischer Ansätze in der Musikforschung, Oldenburg
- Jellen, Reinhard (2008): Geht nicht auf. In: junge Welt vom 23.6.2008
- Katz-Gerro, Tally/Raz, Sharon/Yaish, Meir (2008): How do class, status, ethnicity, and religiosity shape cultural omnivorousness in Israel? Erschienen online bei Springer Science+Business Media, LLC.
- Kant, Immanuel (1986): Kritik der Urteilskraft, Stuttgart
- Lenger, Alexander/Priebe, Stefan 2013: Demonstrativer Konsum und die Theorie der feinen Leute: Geschmack, Distinktion und Habitus bei Thorstein Veblen und Pierre Bourdieu. In: Lenger, Alexander et al. (Hrsg.): Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus, Wiesbaden
- Lippe-Weißfeld, Hagen W. 2007: Das Klavier als Mittel gesellschaftspolitischer Distinktion, Frankfurt am Main
- Lizardo, Omar (2006): How Cultural Tastes Shape Personal Networks. In: American Sociological Review 2006 71: 778-807
- Lütke R./Fontius M. (2010): „Geschmack/Geschmacksurteil.“ In: Ästhetische Grundbegriffe. Historisches Wörterbuch in sieben Bänden. Studienausgabe. Hg. v. K. Barck, M. Fontius, D. Schlenstedt, B. Steinwachs, F. Wolfzettel, Bd. 2, Stuttgart/Weimar 2011, S. 95-112.
- Magerski, Christine (2011): Theorien der Avantgarde, Wiesbaden
- Muldrew, Craig (1998): Zur Anthropologie des Kapitalismus. Kredit, Vertrauen Tausch und die Geschichte des Marktes in England von 1500-1750. In: Historische Anthropologie 6, S. 167-199
- Müller-Jentsch, Walther (2011): Die Kunst in der Gesellschaft, Wiesbaden
- Neuhoff, Hans (2001): Wandlungsprozesse elitärer und populärer Geschmackskultur? Die „Allesfresser-Hypothese“ im Ländervergleich USA/Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 53, S. 751-772

- Parzer, Michael (2011): Der gute Musikgeschmack. Zur sozialen Praxis ästhetischer Bewertung in der Popularkultur, Frankfurt am Main
- Peterson, Richard A. & Kern, Roger M. (1996): Changing Highbrow Taste: From Snob to Omnivore. In: American Sociological Review 61, H. 5, S. 900-907
- Peterson, Richard A. (2005): Problems in comparative research: The example of omnivorousness. In: Poetics, 33, 257-282
- Rehmann, Jan (2008): Einführung in die Ideologietheorie, Berlin
- Savage, Mike (2006): The musical field. In: Cultural Trends, 15, 159-174
- Schmutz, Vaughn (2009): Social and symbolic boundaries in newspaper coverage of music 1955-2005: Gender and genre in the US, France, Germany and the Netherlands. In: Poetics 37, 298-314
- Schulten, Maria Luise (1990): Musikpräferenz und Musikpädagogik. Ein Beitrag zur musikpädagogischen Grundlagenforschung, Frankfurt am Main
- Steinert, Heinz (1998): Kulturindustrie, Münster 1998
- Stihler, Arianne (1998): Die Entstehung des modernen Konsums, Berlin
- Van Eijck, Koen (2001): Social Differentiation in Musical Taste Patterns in: Social Forces 79, Number 3, March 2001, pp. 1163-1185
- Veblen, Thorstein (2011): Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen, Frankfurt am Main




ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen. fakten. argumente.

Fred Schmid / Fred Schmid

**DIE KRISE
UND DIE SPALTUNG EUROPAS
EUROPA AM SCHEIDEWEG**



ISW REPORT 95
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Für ein solidarisches Europa

Im ersten Teil des Reports untersucht Fred Schmid die "Krise und Spaltung Europas". Der Süden ist der Verlierer der v.a. von Deutschland durchgesetzten Austerity-Politik; nachgewiesen wird dies u.a. anhand der Arbeitslosenquoten und dem Rückgang der industriellen Kapazitäten. Der Norden, wieder v.a. Deutschland, ist der große Gewinner. Im zweiten Teil sieht Leo Mayer "Europa am Scheideweg" und ergreift Partei für einen progressiven Weg aus der Krise. Mayer plädiert für den Aufbau einer europaweiten Front für ein solidarisches Europa.

isw-report 95 Dez. 2013 / 40 S. / 3,50 EUR + Versand

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
 fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Susanne Binas-Preisendörfer

Kulturelle Selbst-Bildungen

Zum Stellenwert selbstorganisierter musikalischer Praktiken angesichts medialer Multioptionalität

Kulturelle Bildung hat Konjunktur

In der aktuellen Musik- bzw. Kulturpolitikdiskussion scheint es v.a. ein Thema ganz nach oben auf die Tagesordnung geschafft zu haben: *Kulturelle Bildung*. Quer durch Deutschland existieren unzählige kulturpolitische Papiere, Konzeptionen und Projekte von Bund, Ländern und Kommunen, öffentlichen wie auch privaten Stiftungen, die unter dem Stichwort *Kulturelle Bildung*¹ firmieren (Sievers 2013). Nicht unmittelbar Beteiligte müssen sich zunächst fragen bzw. feststellen, dass es daran offenbar in Deutschland mangelt, dass es dringenden Handlungsbedarf gebe! Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass in kapitalisierten pluralen Migrationsgesellschaften kulturelle Werte, die via Bildung vermittelt werden könnten, oder Bildungsstandards, die mit Kultur und Kunst erreichbar wären, nicht existieren. Freilich wäre zuerst die Frage zu klären, was man überhaupt bzw. wer was unter kulturellen Werten versteht. Der Verweis auf die Traditionen des christlichen Abendlandes wirkt fort, und auch die Bemühungen der kulturpolitischen Reformprogrammatiken („Kultur für alle“²) in ihrer Hinwendung auf kulturelle Praktiken jeglicher Art (Alltagskultur, Breitenkultur, Soziokultur) konnte weder in breiten Kreisen der Bevölkerung noch unter Politikern und selbst unter Akademikern verhindern, dass unter Kultur in Deutschland zumeist Kunst verstanden wird.

Angesichts unterschiedlicher Lebensverläufe, ökonomischer Ressourcen, sozialer Voraussetzungen, medialer Entwicklungen und kultureller Praktiken haben wir es heute mit einer nahezu unübersichtlichen Vielfalt von Lebensentwürfen zu tun. Demographen sprechen davon, dass diese Gesellschaft immer älter und bunter wird, v.a. aber quantitativ schrumpft. Dies hat unmittelbare Folgen für die Institutionen

¹ Auf kulturpolitisch höchster Ebene ist dem Thema *Kulturelle Bildung* im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des deutschen Bundestages ein ganzes Kapitel gewidmet (vgl. Deutscher Bundestag 2008). Die Verfasserin dieses Beitrages war selbst als Sachverständiges Mitglied in der betreffenden Kommission tätig und hat maßgeblich die Themen Soziale und wirtschaftliche Lage von Künstler_innen (Kapitel 4) und Kultur- und Kreativwirtschaft (Kapitel 5) verantwortet.

² Unter dem programmatischen Slogan „Kultur für alle“ (Hilmar Hoffmann) gründete sich 1976 in Hamburg die Kulturpolitische Gesellschaft. Mit der programmatischen Forderung „Mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt) verband sich v.a. die von aufklärerischen Idealen geprägte Vision Hoffmanns und vieler seiner Mitstreiter_innen, die kulturelle Teilhabe möglichst vieler, wenn nicht aller Menschen unabhängig von ihren sozialen Zugehörigkeiten zu ermöglichen. Gemäß diesem Konzept gründeten sich viele sozio-kulturelle Zentren, kulturpädagogische Initiativen und Projekte der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit.

und Infrastrukturen, in denen sich öffentliche und auch zivilgesellschaftlich orientierte Kultur-Förderung oder auch der Musikunterricht an allgemeinbildenden Schulen in den vergangenen 55 Jahren Bundesrepublik und DDR bis heute konzentriert hat: Theater, Museen, Opernhäuser oder Autoren, Werke, Noten. Angesichts schwindender oder stagnierender Besucher_innenzahlen wie auch nicht zustande kommender Leistungskurse im Fach Musik wächst der Legitimationsdruck. Öffentliche Förderung erreicht ca. 5 bis max. 10 Prozent der Steuern zahlenden Bevölkerung. „Der Rest“ widmet sich in seiner Freizeit anderen Beschäftigungen oder kann (bzw. möchte) auf Grund seiner Lebensalterssituation (z.B. Erwachsene mit kleinen Kindern) keine zeitlichen oder wirtschaftlichen Ressourcen aufbringen, um ins Theater oder Sinfonie-Konzert zu gehen. In bestimmten Regionen Deutschlands wird im Abitur das Fach Musik überhaupt nicht mehr angeboten bzw. gewählt. Einem Dominoprinzip gleich müssen sich Musikhochschulen die Frage stellen (lassen), für welche Zusammenhänge sie ausbilden und warum ausländische Studierende eigentlich, wie anderswo auf der Welt üblich, keine Studiengebühren für ein Instrumentalstudium zahlen sollten.³ Die Bewerber_innenzahlen für ein Musiklehramtsstudium sind vergleichsweise konstant, jedoch rechnet man in den kommenden Jahren wegen der geburtschwachen Jahrgänge mit weniger Stellen an den Schulen, weil die Schüler_innenzahlen sinken werden. Konjunktur haben in der Musikbildungspolitik Projekte wie JeKi (Jedem Kind ein Instrument), Bläserklassen oder „Bands ohne Noten“.

Wer engagiert sich für wen und wofür?

Weniger Musikschüler_innen, weniger Bewerber_innen, weniger verkaufte Musikinstrumente! Bereits vor 20 Jahren engagierte sich die Deutsche Phonoakademie, heute Bundesverband der Musikindustrie, für Programme musikalischer Bildung, deren unausgesprochenes Ziel wohl eher darin bestand, den stagnierenden Umsatzzahlen der Musikinstrumentenhersteller in Deutschland mittelfristig etwas entgegen zu setzen, den Verkauf von Musikinstrumenten anzukurbeln. Wer Wirtschaftsverbänden philanthropisches oder altruistisches Handeln zuschreibt, missversteht die Funktionen solcher Verbände als Lobbyisten gegenüber Politik und Medien gründlich. Doch wehe dem bzw. der, die Kritik an den wohlmeinenden Programmen „Kultureller Bildung“ äußert. Musik mache schlau! Wer das nicht umstandslos akzeptiert, macht sich keine Freunde. Musikmachen (welche Musik ist hier eigentlich gemeint?) sei per se etwas Gutes, es fördere die kognitiven und kommunikativen Fähigkeiten, die Persönlichkeitsentwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt!

Bei den Begriffen *Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftlicher Zusammenhalt* läuten bei einer in der DDR sozialisierten Musik- und Kulturwissenschaftlerin

³ Die grüne Wissenschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg Edith Sitzmann fordert, für Nicht-EU-Ausländer_innen an Musikhochschulen des Landes Studiengebühren von etwa 1.000 Euro pro Semester einzuführen. Daraufhin brach ein Sturm der Entrüstung seitens der Musikhochschulen und Musikverbände los. Für ein Musikstudium in den Niederlanden zahlen selbst EU-Ausländer_innen ca. 1.800 Euro pro Studienjahr.

sowie künstlerisch Engagierten die Alarmglocken. Persönlichkeitsentwicklung nach Plan dürfte eines der wesentlichsten Motive bildungs- und kulturpolitischen Handelns und Verordnens in der DDR gewesen sein bei den Kriterien und Entscheidungen der Einstufungskommissionen und Lektorate, die stets nur das in und für die Öffentlichkeit genehmigten, was den Kriterien der Entwicklung eines bestimmten Bildes von Persönlichkeit entsprach und dem Gesellschaftsbild nicht zuwider lief (vgl. Binas 1999; Binas 2003). Aus persönlichen Erfahrungen als Musikerin in studentischen Lieder-Theater-Projekten (1983 – 1985) und der Ostberliner Band *der expander des fortschritts* (1986 – 1990) weiß ich, zu welchen Absurditäten, Enttäuschungen, Wut, menschlichem Leid und Zerstörungen dies führte, weil quasi jede Maßnahme „dem großen Plan“ untergeordnet wurde.

Galten damals Kultur und Kunst als *Waffe*, macht es nun den Anschein, als würde ihre Funktion heute darin bestehen, den *Kitt* für eine sich in vielerlei Hinsicht diversifizierende und spaltende Gesellschaft zu liefern. Teilhabe, Integration, Inklusion, Lösung von Zukunftsfragen, Ausstattung mit Schlüsselkompetenzen lauten die Argumente und Ziele, die sich Projekte der kulturellen Bildung, wollen sie erfolgreich Geld einwerben, zu eigen machen müssen. „Kultur macht stark“ lautet der Titel eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für Projekte der außerschulischen kulturellen Bildung zur Verfügung gestellten Programms.

Die Erwartungen der Politik, so die Erziehungswissenschaftlerin Helle Becker (Becker 2013), werden zunehmend internalisiert und Kunst und Kultur letztendlich in den Dienst bildungspolitischer Fehlentwicklungen (z.B. im Blick auf die Situation und Inhalte der musischen Fächer an den allgemeinbildenden Schulen), musikwirtschaftlicher Interessen (Instrumentenwirtschaft, Tonträgerindustrie) und bildungsbürgerlichen Beharrungsverhaltens und entsprechender Privilegien gestellt (80 Prozent der öffentlichen kommunalen oder Landeskulturhaushalte fließen in den Unterhalt und Betrieb traditioneller Einrichtungen des Kulturbetriebes, in Theater und Opernhäuser, die sich von Stadt zu Stadt im Repertoire nur unwesentlich unterscheiden, vgl. Haselbach u.a. 2012).

Es sei einschränkend darauf verwiesen, dass mit den initiierten Programmen der kulturellen Bildung immer auch Künstler_innen in den Genuss finanzieller Unterstützung kommen können, deren Verständnis von Kunst damit aber oft auch erheblich erschüttert wird. Wenn in den Programmen zur kulturellen Bildung argumentiert wird, dass Teilhabegerechtigkeit im Kulturbereich kulturelle Bildung voraussetzt, dann geht es im Kern darum, das Publikum, das verloren gegangen ist oder verloren zu gehen droht, zurück zu gewinnen, zu aggregieren, zu interessieren. In angelsächsischen Ländern wurde Mitte der 1990er Jahre dafür der Begriff des „Audience Development“ eingeführt als eine Bezeichnung für die strategische Entwicklung neuer Publika für Kultureinrichtungen. Um dies zu erreichen, haben Kultureinrichtungen einen Mix aus Kulturmarketing, Public Relation, Besucherforschung, Kunstvermittlung und kultureller Bildung entwickelt. Damit versucht man (durchaus erfolgreich), kulturelle Angebote für unterschiedliche Zielgruppen zu gestalten, zu positionieren, zu kommunizieren,

zu vertreiben und zu vermitteln.⁴ Wiederum geht es um die Kultureinrichtungen, die Institutionen des Kultur- und Kunstbetriebes. Und es geht auch um die Deutungshoheit dessen, was Kultur bzw. die ‚richtige‘ Kultur ist. Helle Becker fragt sich in ihrem bereits erwähnten Artikel, warum „der Ruf, man müsse mehr für die kulturelle Bildung tun, nicht in der mutigen und selbstbewussten Forderung nach mehr kritischen, unwägbareren, experimentellen, eigensinnigen, auch unbeobachteten, unzensierten, chaotischen, kulturellen Aktivitätsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, und zwar dort wo sie es möchten“, münde. (Becker 2013: 35)

Wie groß ist die Schere im Kopf der unter prekären Existenzbedingungen arbeitenden und auf Projektfinanzierungen angewiesenen Kulturvermittler_innen, Theaterpädagog_innen, Musiker_innen, Künstler_innen etc., und warum ist auf den „Werbeplakaten für ‘Kultur macht stark‘ [...] immer ein Erwachsener dabei, der Regie führt? Warum eigentlich?“ (Ebd. 34)

Im Folgenden soll es um Praktiken der Selbst-Bildung z.B. im Rahmen kultureller Aktivitäten mittels populärer Musik gehen. Dabei will ich insbesondere den Aspekt der medialen Multioptionalität, wie wir ihn gegenwärtig in westlichen Industrie- und Informationsgesellschaften erleben, einbeziehen. Es ist mir wichtig, gesellschaftliche Herausforderungen in ihrer Komplexität zu erfassen und zentrale Sozialisationsinstanzen, wie sie die Medien in ihrer apparativen Entwicklung wie auch ihrem gesellschaftlichen Wirksamwerden darstellen, nicht auszublenden. Der Kampf um bzw. die staatlicherseits und von Stiftungen geförderten Projekte der Kulturellen Bildung sind auch ein Reflex auf die Macht der Medien, denen man unterstellt, kulturelle Beteiligung und Betätigung zu verunmöglichen.⁵

Populäre Musik bleibt höchst attraktiv

Nach wie vor besitzt die Aneignung populärer Musikformen im Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (sowie einem großen Teil der Erwachsenen) einen hohen Stellenwert. Quantitativ orientierte Studien wie die jährlich erhobenen JIM-Studien (Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest) oder die jüngsten TdW-Studien⁶ belegen, dass der Umgang mit Musik, ob im Rahmen des Austausches mit Freunden, mittels technischer Medien wie CDs, MP3, technisch generierter sozialer Netzwerke wie Facebook oder auch das Selber-Musik-Machen angesichts medialer Multioptionalität in keiner Weise an Attraktivität verloren hat. Im Gegenteil, im Zusammenspiel der heut-

⁴ Vgl.: <http://kulturvermittlung-online.de/kategorie.php?id=3> (07.01.2014)

⁵ Zum Folgenden vgl. Binas-Preisendorfer 2012 im Handbuch Kulturelle Bildung (Bockhorst u.a. 2012); Beiträge zum Thema Musik finden sich unter <http://www.kubi-online.de/taxonomy/term/17/all/2> (07.01.2014); das Folgende kann auch als Kommentar zum Konjunkturprogramm Kulturelle Bildung gelesen werden.

⁶ TdW (Typologie der Wünsche) – Studien gehören zu den größten Markt-Media-Studien in Deutschland und werden vom Burda-Verlag herausgegeben.

zutage maßgeblichen Sozialisationsinstanzen (Peers und Medien) wird einmal mehr deutlich, wie mittels populärer Musik Identitäten gestiftet und sich Gemeinschaften bilden, ästhetische Erfahrungen gemacht und zugleich Konsumbedürfnisse befriedigt werden, sich kulturelle Codes durchsetzen und permanent verändern und auf diese Weise „Räume“ besetzt werden, die der Kontrolle durch Erwachsene und die traditionellen Bildungseinrichtungen tendenziell entzogen sind. Diese qualitativen Aspekte des Umgangs mit der mittlerweile unüberschaubaren Vielfalt an Formen populärer Musik verweisen auf Praktiken der Selbst-Bildung. Hierbei bilden sich die Subjekte in medialen Umgebungen selbst, in dem sie permanent aufeinander eingehen und auf andere (z.B. Eltern, Lehrer_innen, andere Peers, Szenen, Communities) strategisch einwirken.

Eigenwert und Potentiale musikalischer Selbst-Bildungsprozesse

Seit Jahrzehnten schon belegen Forschungen aus sozial- und kulturwissenschaftlich orientierten Disziplinen diese Zusammenhänge. Sie verweisen auf informelle, außerhalb der Schule stattfindende „Bildungs“-Prozesse und betonen deren Eigenwert sowie widerständiges Potential in Bezug auf „traditionelle“ Sozialisationsinstanzen wie Schule und Eltern. Zugleich scheinen die letzten Fünklein kulturellen Aufbegehrens gegen Establishment und Mehrheitsgesellschaft in Formaten wie *Deutschland sucht den Superstar* oder *Unser Star für Oslo, Baku* etc. ausgetreten und desavouiert. Identitätssuche ist immer mehr auch durch Strategien des im wahrsten Sinne nackten Kampfes um soziale Anerkennung und ökonomisches Überleben gekennzeichnet. In bestimmten gesellschaftlichen Milieus kann vom spielerischen, ironischen Umgang mit popkulturellen Formen und ästhetischer Stilbildung nicht die Rede sein. Eine erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Teilnahme an Casting-Shows ist oftmals die einzige Chance, wahrgenommen zu werden oder ggf. sogar beruflich in einem akzeptierten Umfeld (Showbusiness) Fuß zu fassen. In anderen Milieus und Szenen führt das Übermaß an medialen Informationen und die rasante Umwertung von Codes zur Notwendigkeit fortwährender Anpassungsprozesse und Richtungswechsel, Recycling und Retrospektiven. Für beide Pole trifft jedoch gleichermaßen zu, dass das, was ein Großteil junger Menschen in Bezug auf Musik denkt, fühlt und tut, seit längerer Zeit schon kein unmittelbarer Effekt institutioneller Disziplin (Musikunterricht in der Schule, Projekte musikkultureller Bildung) mehr ist, sondern – so meine These – ein mittelbarer und insbesondere ein Effekt von Mediengebrauch, Medienkonsum und medialer Kontrolle.

Populäre Kulturen und Diversität

Hatte Theodor W. Adorno doch uneingeschränkt Recht, wenn er in seinem *Résumé über Kulturindustrie* (Adorno 1963/2004: 202) die Massen als ein Sekundäres, Einkalkuliertes, als Anhängsel der Maschinerie beschreibt! Ebenso sei angemerkt, dass die Szenarien von Widerstand, Stilbildung und Sub-

kultur, so wie man sie aus den Untersuchungen der Britischen Cultural Studies aus den 1970er Jahren in Folge der Chicagoer Gangstudien der 1940er kennt, v.a. auch einem Modus von wissenschaftlicher Analyse als Diskurspolitik folgen. Die Fokussierung und Analyse kultureller Regeln, Normen und Strukturen gesellschaftlich Unterprivilegierter implizierte schließlich auch deren Anerkennung. Abweichendes wurde nicht mehr als Primitives interpretiert, sondern als ein mit eigenen Regeln und Normen versehenes Anderes. Indem die historisch konkreten Zeichen kultureller Macht in den Jugend(sub)kulturen wie auch in den wissenschaftlichen Darlegungen der Cultural Studies umgewertet, kritisiert und unscharf gemacht wurden, wurden gleichsam Grenzen der vermeintlich totalen Beherrschung derselben durch die Deutungshoheit der Mehrheitsgesellschaft als Konfliktfeld markiert. In der Folgezeit verabschiedeten sich die wissenschaftliche Community wie auch die westlichen Gesellschaften zunehmend von normativen, universellen Kulturbegriffen. Dies ging einher mit der Anerkennung kultureller Diversität und pluraler Gesellschaften, in denen Phänomene wie populäre Kultur und Musik zum selbstverständlichen Teil von Kultur wurden und damit auch deren Bedeutung als Medium und Raum der Selbst-Bildungen bzw. Sozialisationsinstanzen erlangen konnten.

Interessenkonflikte und Interessenallianzen

Populäre Musik als eine Praxis der Selbst-Bildung zu begreifen verlangt, sie als ästhetisches, kulturelles, soziales, mediales wie auch ökonomisches Phänomen ernst zu nehmen. Die Reduktion auf jeweils ein Attribut wäre methodisch ggf. von Vorteil, für das Gesamtverständnis jedoch fatal. Mit dem Begriff der Selbst-Bildung bezeichnet Thomas Alkemeyer „*Formungs- und Erfahrungsprozesse [...] die man in der Teilnahme an sozialen Praktiken an und mit sich selbst macht*“ (Alkemeyer 2010). Aus der Perspektive der Betrachtung populärer Musikformen würde ich hinzufügen, dass soziale Praktiken immer auch vor dem Hintergrund medialer Kommunikationsformen und sozialökonomischer Verhältnisse ihre spezifische Formung erhalten. In den Ereignisfeldern von populärer Musik treffen sehr unterschiedliche und zugleich aufeinander bezogene Interessen der verschiedenen an diesem Prozess beteiligten Akteure bzw. Subjekte aufeinander. Was für eine Musikerin bzw. einen Musiker im Rahmen ihrer bzw. seiner künstlerischen Selbstverwirklichung mittels populärer Musik von Interesse ist, kann beim Konzertbesuch für einen Fan oder den Facebook-user, der seine Lieblingsband auf seiner Pinwand postet, völlig irrelevant sein. Allerdings weiß „der“ Musikunternehmer sehr wohl, wie entscheidend die Kommunikation auf einer „artist2fan“-Seite für den kommerziellen Erfolg sein kann. Popstars der jüngeren Geschichte, wie z.B. Lady Gaga, wären ohne die Marketinginstrumente des Web2.0, auch Facebook gehört dazu, gar nicht denkbar. Angesichts der dynamischen medientechnologischen Entwicklungen ist jedoch eine klare Trennung der hier genannten Akteure bzw. Subjekte nicht immer möglich. Zu Recht wird heutzutage immer öfter von sogenannten Prosumern gesprochen, d.h. Subjekten, die offenkundig aktiv in den Prozess der Gestaltung aus mehrererlei Subjektpositionen heraus eingreifen. Die Organisation von Fan- als Ziel-

gruppen findet heutzutage bspw. in einem sogenannten vormedialen, d.h. noch nicht durch professionelle mediale Kommunikatoren wie Journalisten oder PR-Profis bestimmten Raum, sondern in den auf technischer und sozialer Interaktion beruhenden sogenannten sozialen Netzwerken wie Blogs, Facebook, Twitter usw. statt. Auch auf diese Weise werden die traditionellen Schemata von Produzent und Konsument (medien)praktisch zusammengeführt. Dies unterminiert zugleich das nie ganz aus den Debatten um den Wert populärer Musik verschwundene Widerspruchsfeld vom aktiven Musiker/Autor einerseits und dem passiven Konsumenten andererseits. Die Trennung in ein primär schaffendes Subjekt und ein sekundär konsumierendes galt den Forscher innen der Cultural Studies als nicht existent. In diesem Sinne argumentierende Studien zu populären Musikformen gehen in Bezug auf ihren Gegenstand von einer Bedeutung produzierenden Praxis aus. Diese Bedeutung kann von allen am Musikprozess beteiligten Subjekten erzeugt werden, freilich jeweils auch mit oder aus einer anderen Perspektive, wie weiter oben angesprochen. Sie alle erzeugen kulturelle Realitäten und werden auf ihre je spezifische Weise gestaltend und selbstbildend wirksam.

Medien und Peers unterminieren das Verständnis von Bildungsprozessen

Ein solches Konzept geht allerdings davon aus, dass nicht die Institution Schule, pädagogische Einrichtungen oder von kulturellen Eliten angebotene Konzepte musikkultureller Bildung Subjekte bilden, d.h. dass diese allein auf das Denken, Fühlen und Handeln von Individuen mit den Mitteln von Musik und Klang Subjekt-bildend einwirken. Nicht nur weil Medien und Peers von so offensichtlich großer Bedeutung für die Selbst-Bildungsprozesse von Menschen und damit – zugespitzt formuliert – zu Bildungsinstitutionen *erster Ordnung* geworden sind, sondern insbesondere wenn Menschen zugebilligt wird, dass sie mittels kultureller Praktiken in der Lage sind, sich sozial kompetent zu verhalten, müsste mehr als dies bisher der Fall ist, diese *Transformation von Bildungsprozessen* in den Blick genommen werden. Dies beträfe dann rückwirkend auch das Verständnis bzw. Konzept von musikalischer oder kultureller Bildung in der Schule bzw. Projekten der musikalischen oder medienpädagogischen Bildung. Hier sollte kulturelle Bildung außerhalb und in der Schule als eine stärker sozialwissenschaftlich informierte Auseinandersetzung mit den genannten unterschiedlichen kulturellen Praktiken konzipiert werden. Dies umso mehr, als zunehmend Stimmen laut werden, die das Konzept Kulturelle Bildung als Hype und Projekt der sozialen Grenzziehung (vgl. Zimmermann 2011) und politischen Indienstnahme (Becker 2013) kritisieren. Kann das Konzept Kulturelle Bildung tatsächlich an der sozialen Undurchlässigkeit des Bildungssystems in Deutschland etwas ändern? Und wem nützen Initiativen wie „Jedem Kind ein Instrument“ wirklich?

Im Folgenden möchte ich an einem konkreten wie auch verallgemeinerbaren Beispiel aufzeigen, vor welchen Herausforderungen Musik- und Medienpädagogik angesichts der hier angedeuteten Transformation von Bildungsprozessen stehen.

HipHop in der Spruchpraxis der BPjM

Im Allgemeinen bestehen die Ziele von Medienpädagogik im Wunsch, Lehrer_innen bzw. Medienpädagog_innen sollten jungen Menschen den „richtigen“ bzw. vor allem „kompetenten“ Umgang mit Medien vermitteln. Ein normatives Konzept, das direkt oder indirekt mit einer letztlich moralischen Unterscheidung von ‚richtig‘ und ‚falsch‘, ‚kompetent‘ oder ‚inkompetent‘ arbeitet, macht nur dann Sinn, wenn man in der Position ist, dieses Normativ durchzusetzen. Angesichts der interaktiv und multioptional operierenden Medienverbundsysteme der Gegenwart (Online-Medien, mobile Endgeräte wie Smartphones u.ä.), sowie der erheblichen Wissensvorsprünge von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Medientechnologien (Digital Natives) dürfte diese Voraussetzung nicht gelten. Einmal abgesehen von der technischen Medienkompetenz auf Seiten von Kindern und Jugendlichen heißt dies vor allem, dass die hier angesprochenen Medienverbundsysteme selbst am Zustandekommen popmusikalischer bzw. popkultureller Wissenswelten, der Bedeutung und des Umgangs mit Symbolen und Zeichen, Stilen und Codes maßgeblich beteiligt sind. Medienkompetenz in diesem Sinne meint und bezieht sich also insbesondere auf das Verstehen kultureller Systeme mit ihren Symbolen und Zeichen.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis entstanden und entstehen immerfort Spannungen zwischen den Selbst-Bildungen und Selbstinszenierungsstrategien jugendlicher Vergemeinschaftungsformen einerseits und der staatlichen Kontrolle der medialen Produktionen ihrer musikalischen und kulturellen Trendsetter (vgl. Custodis 2008) andererseits. Besonders offenkundige Beispiele dieser Spannungen finden sich in der Spruchpraxis der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM). Dies betrifft seit Jahren immer wieder auch und v.a. Tonträgerproduktionen aus dem Repertoiresegment und der kulturellen Praxis des HipHop. Gründe der Indizierung bestehen dabei im Einzelnen vor allem in zu Gewalt anreizenden Texten und der Gleichgültigkeit gegenüber Gesetzesverstößen sowie in der positiven Darstellung von Drogenkonsum. Des Weiteren indiziert die BPjM solche Medien, deren Texte von ihren Entscheidungsgremien als ausländerfeindlich und rassistisch eingestuft werden. Schließlich gaben Texte und Videos, in denen die Herabwürdigung von Frauen zu sexuell willfährigen Objekten gesehen wurde, wiederholt Anlass zum Verbot (BPjM 2008:3).

Anders als möglicherweise vermutet, reagiert die BPjM auf Indizierungsanzeigen berechtigter Institutionen zunächst mit einer sorgfältigen Auseinandersetzung in Bezug auf die zur Debatte stehende Szene bzw. Jugendkultur. Sie setzt sich mit Hilfe von Experten mit der Geschichte des HipHop und seiner Bedeutung in der bundesdeutschen Gegenwart auseinander. Ein besonderes Gewicht erhalten dabei Fragen der kulturellen Aneignung dieses Stils in migrantischen Communities und deren Bedeutung für den Musikmarkt in Deutschland. Es wird nicht übersehen, dass es sich bei HipHop um einen Stil handelt, der mit speziellen Codes in Sprache, Accessoires, Kleidung, Musik, Tanz, Begrüßungsritualen, Treffpunkten etc. symbolischen Widerstand bzw. ein kulturelles Differenzbewusstsein inszeniert und praktiziert. Bei HipHop –

als einer der letzten konsistenten Jugendkulturen – handelt es sich um ein umfassendes System von Zeichen, Symbolen und Verweisungen, die Ausdruck, Instrument und Ergebnis sozialer Orientierung sind. Der Stil eines Menschen zeigt nicht nur an, wer „wer“ oder „was“ ist, sondern auch, wer „wer“ für „wen“ in „welcher“ Situation ist. Dinge, die einfach angeeignet und getragen werden oder denen man nur zuhört, bilden noch keinen Stil. Was den Stil ausmacht, ist die aktive Stilisierung, die aktive Organisation von Objekten mit Aktivitäten und Ansichten, welche eine organisierte Gruppenidentität in Form einer kohärenten und eigenständigen Daseinsweise in der Welt produzieren (vgl. Clarke 1979). Dabei wird auch im HipHop in der Selektion von Objekten aus der „Matrix des Bestehenden“ (Hebdige 1979/1983) Stil geschöpft. Die selektierten Objekte werden einem Transformationsprozess unterzogen und ihre gegebenen (alten) Bedeutungen in einen Zusammenhang übersetzt, der neue Bedeutungen erzeugt. „Diebstahl“, Beschlagnehmung, Aneignung von Gebrauchsgütern, das Einfügen in neue symbolische Ordnungen und damit auch das Untergraben und Zurückdrängen der ursprünglichen Bedeutung können auf Seiten deren, die die Bedeutung der Codes nicht kennen, erhebliche Irritationen und Abwehrreaktionen erzeugen. Das ist gewollt und wird medial zu kommerziellen Zwecken bis an den Rand des für viele Menschen Erträglichen (insbesondere in den Texten, aber auch in öffentlichen Handlungen der Protagonisten) ausgereizt.

Gleichsam gilt HipHop in deutschen Klassenzimmern, Schulmusikbüchern und Jugendfreizeiteinrichtungen als eine willkommene Musikpraxis, um auf Jugendliche zuzugehen, weil hierbei Formen von Musikalität und Authentizität angesprochen scheinen, die Kreativität und handlungsorientierten Unterricht eher ermöglichen, als dies mit anderen Musikformen der Fall zu sein scheint. Seit Jahren leisten in vielen deutschen Städten sogenannte HipHop Mobile eine auch in der betreffenden Szene breit akzeptierte Jugendarbeit. Was aber, wenn der Porno- oder Battle-Rapper eine ganze Salve unflätiger Worte reimt? Ficken, Nigger, Pimp, Hate, Bitches haben nichts, aber auch gar nichts mit dem kecken bunten „Rap-Huhn“ von Felix Janosa, das gern als Unterrichtsmaterial in der Mittelstufe verwendet wird, zu tun. Sie entstammen einem vielfach gebrochenen Sprachreservoir und codieren Formen der Selbstermächtigung („Kultur macht stark“!), die unabhängig von ihrem Kontext missverstanden werden müssen und freilich auch provozieren sollen.

Wie aber kann Gesellschaft und Schule mit diesen Formen von Selbst-Bildungen umgehen? Der Medienwissenschaftler Stefan Münker antwortete in einem Vortrag zu Fragen der De-/Regulierung im Internet (Münker 2012) auf die Frage, welche Funktion eine Institution wie die BPjM angesichts des Bedeutungsgewinns digitaler Öffentlichkeiten (Münker 2009) habe, dass die Gesellschaft damit umzugehen lernen müsse, sehr verschiedene aufeinander und nicht aufeinander bezogene kulturelle Systeme zu akzeptieren. Indizierungspraktiken würden in ihrer Reichweite stets begrenzt sein und umgekehrt das Verbotene umso interessanter machen. Schließlich bestünde die wichtigste Aufgabe der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zunehmend in ihrer medienpädagogischen Funktion.

Herausforderung und Fazit: Kulturelle Prozesse verstehen lernen

Als Hochschullehrerin, die insbesondere in der Ausbildung von Musiklehrer_innen und Musikvermittler_innen tätig ist, versuche ich, den Studierenden analytische Navigationssysteme und solche Begriffe nahe zu legen, die es ihnen ermöglichen, der permanenten Neuordnung und Rekontextualisierung von Zeichen, Symbolen und Objekten in vorhandenen und sich neu bildenden kulturellen Verstehens- und Selbst-Bildungssystemen nachzugehen. Basis dessen wäre eine theoretisch informierte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen kulturellen Praktiken, die keineswegs allein auf populäre Musikformen beschränkt bleiben sollten. Das Ziel bestünde darin, uns selbst und unsere eigenen Erfahrungen im Feld der Musik zu verstehen und zugleich zu problematisieren, bevor wir Konzepte für andere bzw. mit anderen entwerfen. Eine maßgebliche Koordinate in diesem Mit- und Durcheinander stellt die fortwährende Entwicklung von Medientechnologien und -systemen dar. So sozial sie erscheinen, so zugänglich und verfügbar sie die Artefakte musikalischer Kreativität gemacht haben und machen: Im Kern handelt es sich um kapitalisierte technologische Apparaturen, die die Suche nach Sinn, Gemeinschaft und Selbst in Profilen und Formaten organisieren und auf diese Weise unser Selbst und die Formen kultureller Subjektivierung real mit bestimmen. Auch dies sollte uns bewusst sein.

Literatur

- Adorno, Theodor Wiesengrund (1963/2004): „Résumé über Kulturindustrie“, in: Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard, hg. von Claus Pias, Joseph Vogl, Lorenz Engell, Oliver Fahle, Britta Neitzel, Stuttgart, S. 202-208.
- Alkemeyer, Thomas (2010): Konzept Graduiertenkolleg Selbst-Bildungen. Praktiken der Subjektivierung in historischer und interdisziplinärer Perspektive, Universität Oldenburg. <http://www.praktiken-der-subjektivierung.de/download/Forschungsprogramm.pdf> (28.02.2012)
- Becker, Helle (2013): Kulturelle Bildung nach Plan: oder die dunkle Seite des Hypes, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 142, III/2013, S. 32-35.
- Binas, Susanne (1999): „Kassetten als Kassiber“, in: Wir wollen immer artig sein ... Punk, New Wave, HipHop, Independent-Szene in der DDR 1980-1990, hg. von Ronald Galenza und Heinz Havemeister, Berlin, S. 248-257.
- Binas, Susanne (2003): „Nach den Regeln von Märkten und Wettbewerb. Popmusikproduzenten im Osten Deutschlands“, in: labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel, hg. von der Kulturstiftung des Bundes, Halle, S. 120-134.
- Binas-Preisendörfer, Susanne (2012): „Selbst-Bildungen. Praktiken musikalischer und kultureller Sozialisation im Zeitalter medialer Multioptionalität“, in: Handbuch kulturelle Bildung, hg. von Hildegard Bockhorst, Vanessa-Isabelle Reinwand und Wolfgang Zacharias, München, S. 569 – 574.

- Bockhorst Hildegard, Reinwand, Vanessa-Isabelle, Zacharias, Wolfgang (Hg.)(2012): Handbuch kulturelle Bildung, München.
- Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (2008): Hip-Hop-Musik in der Spruchpraxis der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) – Rechtliche Bewertung und medienpädagogischer Umgang. <http://www.bundespruefstelle.de/bpjm/redaktion/PDF-Anlagen/bpjm-thema-hiphop-broschuere-2008,property=pdf,bereich=bpjm,sprache=de,rwb=true.pdf> (28.02.2012)
- Deutscher Bundestag 2008 (Hg.): Kultur in Deutschland. Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Regensburg.
- Clarke, John u. a. (1979): Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen. Frankfurt am Main.
- Custodis, Michael (2008): „Tadel verpflichtet. Indizierung von Musik und ihre Wirkung“, in: Beiträge zur Populärmusikforschung, Bd. 36, S. 161-172.
- Janosa, Felix: Das Raphuhn – Unterrichtsmaterialien. Zum Download bereitgestellt u.a. vom Förderkreis Musizieren. www.fkmu.de
- Haselbach, Dieter/ Klein, Armin/Knüsel, Pius/ Opitz, Stephan (2012): Der Kulturinfarkt. Von allem zu viel und überall das Gleiche, München.
- Hebdige, Dick (1983): Subculture. Die Bedeutung von Stil. Übersetzung aus der englischen Originalausgabe von 1979 von Michael Kadereit. Reinbek bei Hamburg.
- Münker, Stefan (2012): „De/Regulierung des Internets“, Gastvortragsreihe Integrated Media, Institut für Musik, Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, 26.01.2012.
- Münker, Stefan (2009): Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0. Frankfurt am Main.
- Sievers, Norbert (2013): „Thema: Kulturelle Bildung nach Plan?“, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 142, III/2013, S. 30f.
- Zimmermann, Hans-Christoph (2011): Teilhabe nicht erwünscht, in: Stadtrevue. Das Kölnmagazin. 11/2011. <http://www.stadtrevue.de/home/leseprobe/2450-teilhabe-nicht-erwuenscht/> (28.02.2012)

Klaus Dräger

„So wie einst der Commandante?“¹

Die europäische Linke vor der Europawahl 2014

Glaubt man den einschlägigen Medien, so wird die Europawahl am 25. Mai 2014 zum „Schicksalstag“ für die künftige Entwicklung der Europäischen Union. ‚Euroskeptische Rechts- und Linkspopulisten‘ könnten bis zu 30 Prozent der Sitze im Europäischen Parlament (EP) erobern. Die Wahlbeteiligung, so die Auguren, könne noch unter die mageren 43,3 Prozent bei der letzten Europawahl 2009 sinken.

Andererseits: Konservative (EVP) und Sozialdemokraten (S&D) könnten jeweils knapp 30 Prozent der Stimmen holen und so eine solide Mehrheit der ‚europafreundlichen‘ Kräfte im nächsten EP sichern. Grüne und Liberale könnten – wenn auch mit schwächeren Werten als 2009 – das Lager der Verteidiger von Lissabon-Vertrag, Fiskalvertrag usw. stützen. In der auslaufenden Legislaturperiode des EP (2009 – 2014) gab es in strategischen Fragen wie der ‚wirtschaftspolitischen Steuerung‘ der EU häufig eine große Koalition von Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen. Damit ist auch in der neuen Legislaturperiode (2014 – 2019) zu rechnen.

1. Sinkende Legitimation der EU – politische Polarisierung

In den Augen wachsender Teile der Bevölkerung verlor die EU seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich an Zustimmung. Im Mai 2007 hatten in Eurobarometer-Umfragen EU-weit 57 Prozent ihr „Vertrauen in die Europäische Union“ bekundet – im Mai 2013 waren es nur noch 31 Prozent. Auch in Deutschland halbierte sich das Vertrauen in die EU in diesem Zeitraum von 56 auf 29 Prozent. Der Einbruch in Krisenländern unter dem Kuratel der Troika von EU-Kommission, EZB und IWF wie Spanien (von 52 auf 8 Prozent) und Griechenland (von 41 auf 9 Prozent) war drastisch.

Anders als in den Zeiten vor der Eurokrise wurde vor allem für die Bevölkerung der Krisenländer deutlich, dass die EU-Ebene ihre Wirtschaften direkt durch Diktate (Memoranden der Troika für ‚Programmländer‘ wie Irland, Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern usw.) in die Depression trieb und eine soziale Katastrophe anrichtete. Die nationalen Parlamente der Krisenländer hatten in wesentlichen Fragen der Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik nichts mehr zu entscheiden. Auch demokratische Wahlen und Regierungswechsel konnten nicht ändern, dass neu gewählte Regierungen die von der Troika oktroyierten Maßnahmen umsetz-

¹ Siehe den Kommentar von Lenz Jacobsen zum Wahlkampfaufakt der Partei der Europäischen Linken (EL) in der Berliner Volksbühne auf Zeit-online vom 12.01.2014 (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-01/europaeische-linke-europawahl>), der diese als ewig gestrigtes Relikt der 1970er Jahre darstellt.

ten. Die betroffenen Bevölkerungen spürten die Macht der EU als autoritäre Fremdherrschaft, der sie hilflos ausgeliefert waren. Die ‚Demokratie, wie wir sie kannten‘ – Einflussnahme über nationalstaatliche Wahlen, um somit die Regierenden zur Rechenschaft zu ziehen und Alternativen zu ermöglichen – ging dort vor die Hunde.

In anderen EU-Ländern nahmen mehr Menschen als zuvor wahr, wie die neue wirtschaftspolitische Steuerung der EU (Economic Governance) ihre Regierungen öffentlich an den Pranger stellte und erfolgreich über das ‚ständige Plebiszit der Finanzmärkte‘ zu mehr Austerität und neoliberalen Strukturformen antrieb (z.B. Italien, Frankreich, Belgien, Slowenien usw.).

Auch schon zu früheren Europawahlen und im Zusammenhang mit den Referenden über den Verfassungsvertrag für eine Europäische Union wurde vor den Gefahren des Rechts- und Linkspopulismus gewarnt. Mit der ‚Euro-Rettungspolitik‘ und ihren Folgen spitzt sich die Polarisierung an den Rändern des politischen Spektrums erneut zu. Sie verkörpern zwei diametral entgegengesetzte Pole einer Massenstimmung unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“.

Das Credo der in einer Reihe von Ländern wachsenden rechtspopulistischen Opposition (z.B. Front National in Frankreich, die Schwedendemokraten, die ‚Wahren Finnen‘, die österreichische FPÖ, die niederländische PVV, die flämische NVA usw.) lautet frei nach Bertolt Brecht: ‚Für alle reicht es nicht‘. Sie verbreiten eine einfache Botschaft: ‚Unsere sozialstaatlichen Errungenschaften‘ gelten künftig nur für ‚hart arbeitende Inländer‘, keine falsche Solidarität für die ‚Müßiggänger‘ aus dem Süden und für ‚korrupte Osteuropäer‘, die allesamt ‚über ihre Verhältnisse gelebt haben‘. Rechte Stimmungsmache – ob gegen Islam, bulgarische und rumänische Armutszuwanderer, Flüchtlinge aus Afrika sowie inländische ‚Sozialschmarotzer‘ usw. – ist ein bewährtes Muster der Krisenabwälzung, das den Diskurs bis weit in die Mitte der Gesellschaft (und damit der konservativen und nicht weniger sozialdemokratischer Parteien) beeinflusst.

Der von den medialen Meinungsmachern ebenso als europafeindlich gescholtene ‚Linkspopulismus‘ reklamiert eher Brechts Motto ‚Keiner oder alle. Alles oder nichts‘ für sich – ‚substantielle soziale Demokratie‘ und eine ‚sozial inkludierende‘ Logik im Interesse der Lohnabhängigen und Ausgegrenzten. Er stützt sich z.B. auf Indignados, Occupy-Bewegung, soziale und ökologische Bewegungen und NGO’s sowie widerstandsorientierte Teile der Gewerkschaften. Im Januar 2014 verzeichnen z.B. die griechische SYRIZA (30 Prozent), die spanische Izquierda Unida (12 – 15 Prozent), die Rot-Grüne Einheitsliste in Dänemark (12 Prozent) und die Sozialistische Partei der Niederlande (20 Prozent) deutlich mehr als doppelt so hohe Umfragewerte im Vergleich zu ihren Ergebnissen bei der Europawahl 2009.²

Für die Europawahl 2014 haben die meisten der im EP vertretenen europäischen Parteienfamilien beschlossen, für das Amt des Präsidenten der Europäi-

² Im ‚wirklichen Leben‘ mag es anders kommen. Die politische Stimmung in Europa und die realen Wahlentscheidungen sind sehr volatil. Die SP der Niederlande z.B. wurde vor der letzten nationalen Parlamentswahl in Umfragen mit 26 Prozent und mehr gehandelt, erreichte letztlich aber nur knapp 10 Prozent. Zu den Hintergründen vgl. Finn (2012).

schen Kommission „europaweit“ Spitzenkandidaten aufzustellen. So hat die Sozialistische Partei Europas (SPE, sozialdemokratisch) den amtierenden EP-Präsidenten Martin Schulz aufs Schild gehoben, die Partei der Europäischen Linken (EL) den Frontmann der griechischen SYRIZA, Alexis Tsipras. So sollen die Lösungsansätze der EU-Parteifamilien zur „Euro-Rettungspolitik“ stärker diskutiert werden und mit EU-Spitzenkandidaturen „ein Gesicht“ bekommen.³ Wie so oft zuvor, ist dies im Wesentlichen ‚symbolische Politik‘.

2. Die Linksfraktion im Europäischen Parlament und ihre Komponenten

Die Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift interessieren sich vielleicht für die folgenden Fragen: Wer ist diese von den Medien mit dem Schimpfwort des Populismus⁴ bedachte Europäische Linke? Was eint und was trennt sie – in inhaltlich-programmatischer und strategischer Hinsicht? Was sind ihr Stärken und Defizite? Welchen Einfluss kann sie realistisch auf die derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse in der EU nehmen?

Im Europäischen Parlament ist diese Linke in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) repräsentiert. Sie hat derzeit 35 Abgeordnete, die aus 13 Ländern und 18 Parteien stammen. 24 Abgeordnete kommen aus Parteien, die der Partei der Europäischen Linken (EL) angeschlossen sind: 8 von der LINKEN aus Deutschland, 5 von der Front de Gauche (PCF, PG) aus Frankreich, 2 vom Bloco Esquerda aus Portugal, jeweils einer von SYRIZA aus Griechenland, Izquierda Unida aus Spanien und der Rot-Grünen Einheitsliste aus Dänemark⁵. Hinzu kommen von den EL-Parteien mit Beobachterstatus 4 von der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) aus Tschechien und 2 von AKEL aus Zypern.

Die Bezeichnung „Nordische Grüne Linke“ im Namen der Fraktion geht auf die EU-Erweiterung 1995 um Österreich, Schweden und Finnland zurück. Zunächst schlossen sich insgesamt 6 Abgeordnete vom Linksbund Finnland, der Linkspartei Schwedens und der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks zur NGL zusammen, um anschließend mit der damaligen GUE zur GUE/NGL zu fusionieren. Diese Linksparteien aus Skandinavien verstehen sich als ‚rot-grüne‘ Parteien – angeblich ‚grüne‘ Themen wie Ökologie, Feminismus etc. rangieren bei ihnen

³ Der Hintergrund: Artikel 17 des Vertrags von Lissabon besagt, dass der Rat der Staats- und Regierungschefs dem Europäischen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission vorschlägt. „Dabei berücksichtigt er (der Rat) das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament“, heißt es dort aber nur kryptisch. Ob die Rechnung der EP-Parteifamilien aufgeht, so zu einer Art indirektem Vorschlagsrecht des EP für die Nominierung des Kommissionspräsidenten zu kommen, sei einmal dahin gestellt.

⁴ Erhellend dazu ist die kritische Dekonstruktion des Populismusvorwurfs durch D’Eramo (2013).

⁵ Der dänische Abgeordnete Søren Søndergaard ist Mitglied der Rot-Grünen Einheitsliste (RGE) und wurde über die Liste der dänischen Volksbewegung gegen die EU (FmEU) ins EP gewählt. Zur Europawahl 2014 wird die RGE wieder nicht antreten, sondern die Liste der FmEU unterstützen, auf der Kandidaten der RGE vertreten sind.

sehr weit vorne. Gegenwärtig ist davon nur noch die Linkspartei aus Schweden mit einem Abgeordneten vertreten. Unter dem Label NGL stimmen sich fraktionsintern aber die Abgeordneten der Sozialistischen Partei der Niederlande (1), von Sinn Féin aus Irland (1) und der Rot-Grünen Einheitsliste aus Dänemark ab.⁶

Jeweils 2 Abgeordnete kommen von den Kommunistischen Parteien Griechenlands und Portugals (KKE, PCP), die im Rahmen des Netzwerks ‚Internationales Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien‘ aktiv sind und am Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung in der einen oder anderen Form festhalten. An diesem Netzwerk nehmen auch die EL-Beobachter AKEL aus Zypern und KSCM aus Tschechien teil.

Je ein/e Abgeordnete/r entstammen der Socialist Party aus Irland, der Sozialistischen Partei aus Lettland (der auf dem Ticket des sozialdemokratisch orientierten Bündnisses ‚Zentrum der Harmonie‘-SC kandidiert hatte) sowie der Partei der Arbeit (HL) aus Kroatien⁷. Die Fraktion arbeitet darüber hinaus mit Rifondazione Comunista (PRC) und PdCI aus Italien, Déi Lénk aus Luxemburg und dem Linksbund aus Finnland zusammen, die derzeit nicht im EP vertreten sind – sowie außerhalb der EU mit der Sozialistischen Linkspartei aus Norwegen und der Partei der Arbeit aus der Schweiz.

Die Linksfraktion im EP (GUE/NGL) arbeitet nach dem Konsensprinzip, es besteht kein Fraktionszwang. Die Delegationen der Mitgliedsparteien können ihre jeweilige Parteilinie öffentlich vertreten und entsprechend im EP abstimmen. Aus einigen Ländern gehören Parteien der Fraktion an, die bei nationalen und Europawahlen in Konkurrenz zueinander antreten – etwa Sinn Féin und Socialist Party aus Irland, SYRIZA und KKE aus Griechenland, PCP und Bloco Esquerda aus Portugal oder z.B. in früheren Legislaturperioden PRC und PdCI aus Italien oder PCF und das „trotzkistische“ Bündnis LCR/LO aus Frankreich. Die Parteidelegationen wollen auch aufgrund der Heterogenität ihrer jeweiligen Traditionen ‚von gleich zu gleich‘ behandelt werden. Keine soll durch eine Fraktionsmehrheit einfach untergebuttert werden können.

Einig ist sich die Fraktion in ihrer Gegnerschaft zur neo-liberalen Verfasstheit und Politik der EU. Sie lehnt z.B. den Vertrag von Lissabon, Fiskalvertrag und EuroPlusPakt, FRONTEX, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Liberalisierungspolitik im EU-Binnenmarkt und des EU-Außenhandels, die massenhafte Überwachung durch NSA und europäische Geheimdienste usw. ab. Sie stellt sich gegen die Troika und die Politik neoliberaler Strukturreformen, gegen Entdemokratisierung und Austeritätspolitik.

⁶ Die skandinavischen Parteien haben außerhalb des EP einen Zusammenschluss – die Nordic Green Left Alliance (NGLA) – der außer der schwedischen Linkspartei entsprechende Linksparteien aus Finnland (Linksbund VAS), Norwegen (Sozialistische Linkspartei), Island (Links-Grüne Bewegung), Grönland und den Färöer Inseln angehören, sowie die Sozialistische Volkspartei aus Dänemark, die seit 2004 bei der EP-Fraktion der Grünen ist. Sinn Féin, die niederländische SP und die dänische Rot-Grüne Einheitsliste sind nicht Mitgliedsparteien der NGLA.

⁷ Hinzu kommt die vormalig der niederländischen SP angehörende Abgeordnete Kartika Liotard, die als Parteilose in der Fraktion geblieben ist.

Über viele Politikbereiche hinweg hat sie gemeinsam vertretene Positionen und Alternativen entwickelt: Verteidigung und Ausbau des Sozialstaats, Stärkung von Tarifverträgen und Arbeitnehmerrechten, Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung, feministische Gleichstellungspolitik, Schutz und Ausbau von Bürgerrechten, humane Flüchtlingspolitik, nachhaltige Landwirtschafts- und Fischereipolitik und strengere Regeln zum Klimaschutz, solidarische Handels- und Entwicklungspolitik, zivile nicht-militärische Außenpolitik usw.⁸

3. Linker ‚Europa-Föderalismus‘ vs. linker ‚Souveränismus‘?

Erhebliche Differenzen zwischen diesen europäischen Formationen der Linken jenseits von Sozialdemokratie und Grünen bestehen traditionell in ihren Grundsatzpositionen zur ‚Europafrage‘. Diese bestimmen erwartungsgemäß auch ihre Diskussion zur Eurokrise – sowohl zwischen den Parteien als auch innerhalb von ihnen. Der Spannungsbogen ist vordergründig durch die Pole „Föderalismus“ versus „Souveränismus“ geprägt.

Am ‚souveränistischen‘ Pol stehen die griechische KKE, die portugiesische PCP, die schwedische Linkspartei, die Rot-Grüne Einheitsliste aus Dänemark, die kroatische Partei der Arbeit und mit Abstufungen die niederländische SP, Sinn Féin aus Irland und AKEL aus Zypern. Ihr langfristiges Ziel sehen sie in einer europäischen Integration, die eher als Kooperation zwischen souveränen Nationalstaaten gestaltet wird.⁹ Ihre Motive und Argumentationslinien sind dabei keineswegs einheitlich.

KKE und PCP verweisen auf die weitgehende Deindustrialisierung ihrer Länder als Folge des Beitritts zur EU, der Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktprogramms und der Währungsunion. Sie charakterisieren die EU im Verbund mit NATO und der europäischen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als eine ‚imperialistische Vereinigung‘, die abzulehnen sei. Die KKE fordert allerdings nicht den sofortigen Austritt Griechenlands aus EU und Währungsunion. Ein sofortiger Euro-Austritt werde unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nur dazu führen, dass die griechische nationale Bourgeoisie und die ihr verpflichteten politischen Kräfte eine Strategie der Währungsabwertung mit einer verschärften Auspressung der Arbeiterklasse verbinden, um so mehr Wettbewerbsfähigkeit für den Export von Produkten und Dienstleistungen zu gewinnen. Erst wenn die ‚Volkskräfte‘ in einem revolutionären Prozess die heimische Bourgeoisie besiegt und das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft hätten, könne der Ausstieg aus der EU erfolversprechend vollzogen werden.

⁸ Aus Platzgründen kann ich diese Politikbereiche hier nicht vertieft darstellen und verweise auf die einschlägigen Publikationen der Fraktion unter <http://guengl.eu/policy/publications> und <http://guengl.eu/policy/resolutions>.

⁹ Einige sehen die zwischenstaatliche Kooperation progressiver Regierungen in Lateinamerika als einen auch für Europa anzustrebenden alternativen Entwicklungspfad, um gemeinsame Ziele koordiniert anzugehen.

Die PCP verfolgt mit Berufung auf die portugiesische Nelkenrevolution von 1974 das Projekt einer ‚Fortgeschrittenen Demokratie‘, welches über die bürgerliche Demokratie hinausweise. Portugal müsse seinen Status als verlängerte Werkbank multinationaler Konzerne überwinden, nationale Souveränität zurückgewinnen und eine für die Mehrheit seiner Bevölkerung vorteilhafte Spezialisierung und Diversifizierung der Produktion erreichen. Mittelfristig müssten die negativen Aspekte der EU-Integration gemindert und mögliche positive Formen der Zusammenarbeit gestärkt und ausgebaut werden. Zu letzterem fordert die PCP z.B. die Verdoppelung der Mittel des Europäischen Sozialfonds, einen Hilfsfonds für die Krisenländer, eine europäische Strategie für nachhaltige Entwicklung und Solidarität (statt Europa 2020) usw. Der Austritt Portugals aus dem Euro wird von der PCP bislang nicht propagiert.

AKEL aus Zypern unterstützte hingegen den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union in der Hoffnung, dies erleichtere die Lösung der Zypernfrage, d.h. die Wiedervereinigung mit dem von der Türkei besetzten nördlichen Teil der Insel. Den Vertrag von Lissabon und die neoliberale Politik der EU-Institutionen hat die Partei hingegen stets abgelehnt. Nach der Präsidentschaftswahl 2013 fordert sie nach wie vor eine Lösung für Zyperns Zahlungsbilanzprobleme ‚ohne die Troika‘.¹⁰ Sie schlägt einen verhandelten Austritt Zyperns aus der Eurozone vor, um Spielräume für eine wirtschaftliche Erholung und sozialstaatliche Entwicklung des Landes zurückzugewinnen.

Das wesentliche Motiv für den ‚Souveränismus‘ der Parteien der Nordischen Grünen Linken ist hingegen, die Errungenschaften des ‚Nordischen Modells‘ des Wohlfahrtsstaats und der industriellen Beziehungen zu bewahren, welches durch die neoliberale Politik und Verfasstheit der EU unterminiert wird. Die schwedische Linkspartei war sowohl gegen den EU-Beitritt ihres Landes 1995 als auch (erfolgreich beim Referendum 2003) gegen den Beitritt zur Eurozone. Die Rot-Grüne Einheitsliste lehnt einen Eurobeitritt Dänemarks ab und ist langfristig für den Austritt aus der EU. Sie versuche bis dahin den ‚Schaden zu begrenzen‘, den die EU in der Welt und in Dänemark anrichte.¹¹ Die schwedische Linkspartei will den EU-Haushalt auf eine grüne Investitionspolitik für Klimaschutz und Arbeitsplätze konzentrieren, wofür der Agrarhaushalt und die Strukturfördermittel gekürzt werden sollen. Die niederländische SP ist ebenfalls für eine Kürzung des EU-Haushalts – die reicheren EU-Staaten sollten z.B. die Strukturförderung für ihre ärmeren Regionen selbst übernehmen und die verbleibenden Mittel nur noch den ärmeren Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Das NGL-Spektrum lehnt es auch ab, dass die EU eigene Steuern erheben kann, um den EU-Haushalt zu finanzieren (Diskussion um verbreiterte Eigenmittelbasis).

¹⁰ Von 2008 bis 2013 stellte AKEL mit Dimitris Christofias den Präsidenten der Republik Zypern. Als die Eurokrise auf Zypern übergriff und die Zahlungsunfähigkeit des Landes drohte, hatte er bis zuletzt die Austeritätsauflagen der EU für Hilfskredite abgelehnt.

¹¹ Auch die Sozialistische Linkspartei Norwegens und die Links-Grüne Bewegung Islands sind traditionell wie aktuell gegen einen EU-Beitritt ihrer Länder.

Die schwedische Linkspartei, die dänische RGE und die SP der Niederlande fordern ‚Opt-out‘-Möglichkeiten von Bestimmungen des EU-Vertrags oder des EU-Rechts. SP und Linkspartei werben dafür, dass ihre Länder in dieser Hinsicht die Bedingungen für die weitere EU-Mitgliedschaft neu verhandeln. Im Gegensatz zum britischen konservativen Premier David Cameron wollen sie dabei allerdings soziale, umwelt- und verbraucherpolitische EU-Mindeststandards erhalten und z.B. EU-Vorschriften zum liberalisierten Binnenmarkt usw. zurück drehen, die Cameron hingegen ausweiten möchte. Die kroatische Partei der Arbeit war gegen den EU-Beitritt ihres Landes, weil sie von den damit verbundenen Auflagen zur Liberalisierung der Wirtschaft und Empfehlungen zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen eine Schwächung der Gewerkschaften, eine verschärfte Austeritätspolitik zu Lasten der Lohnabhängigen und weiteren wirtschaftlichen Niedergang erwartete.

Den eher ‚föderalistischen‘ Pol bilden traditionell die meisten Mitgliedsparteien der Partei der Europäischen Linken EL (SYRIZA, DIE LINKE, PCF, PG, Izquierda Unida, Bloco Esquerda, neuerdings auch der Linksbund Finnland¹² usw.). Auch hier gibt es Abstufungen. Die französische Front de Gauche wirbt z.B. für eine ‚Strategie des Ungehorsams‘, wonach EU-Richtlinien und EU-Recht, welche sozialstaatlichen und linken politischen Grundsätzen zuwider laufen, auf nationalstaatlicher Ebene nicht umgesetzt werden sollen.¹³ Unter dem Eindruck der Folgen der Troika-Diktate in Portugal befindet der Bloco Esquerda, dass die Alternative „zwischenstaatliche Regierungszusammenarbeit (*inter-governmentalism*) versus Föderalismus“ als politische Modelle für die Steuerung der EU falsch gestellt und beide zudem autoritär seien. Der Aufbau Europas solle die kulturelle Identität und die Souveränität aller Mitgliedstaaten respektieren.

Die EL strebt eine „Neugründung“ Europas an – gemeint ist ein neuer Grundlagenvertrag der EU, der den Lissabon-Vertrag ablösen und den Weg zu einer ‚politischen Vereinigung‘ (political unification) im Sinne einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen EU frei machen soll.¹⁴ Sie will den Euro erhalten und fordert ein legislatives Initiativrecht des Europäischen Parlaments, die Stärkung der Rolle des EP und der nationalen Parlamente, die bessere Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse, die Respektierung der Volkssouveränität sowie Referenden zu europäischen Fragen auf EU- wie auf nationalstaatlicher Ebene. Konkretere Aussagen zum Inhalt eines neuen EU-Vertrags, die über die Beschwörung der Notwen-

¹² Der finnische Linksbund (VAS) will, dass sich die EU künftig am Nordischen Modell orientiert, weil dieses soziale Gerechtigkeit, Gleichheitspolitik für Frauen und ökologische Nachhaltigkeit mit einer gestärkten „Wettbewerbsfähigkeit“ verbinde.

¹³ Fritz Scharpf (Direktor des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und langjähriger Berater der SPD) hatte dies in Deutschland z.B. im Hinblick auf die EuGH-Urteile zur EU-Entsenderichtlinie (Viking, Laval, Ruffert, Luxemburg usw.) vorgeschlagen.

¹⁴ So vermerkt z.B. das auf dem 4. Parteitag der EL am 15.12.2013 beschlossene Politische Dokument: „Aus diesem Grund kämpfen wir für eine Neugründung Europas, mit anderen Worten, für eine neue Definition seiner Ziele, Politiken und Strukturen; für ein ganz anderes wirtschaftliches, produktives, soziales und ökologisches Modell, das auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Volkssouveränität beruht.“

digkeit eines alternativen Entwicklungsmodells mit den üblichen Adjektiven hinausgehen, geben die offiziellen Dokumente der EL allerdings nicht her.

Es bleibt auch unklar, wie die institutionelle Architektur der EU nach Meinung der EL konkret umgebaut werden sollte. Im Politologenzargon ausgedrückt: Welche Kompetenzabgrenzung zwischen der europäischen und den unteren Ebenen in der EU wird vorgeschlagen? Wer kann neue Kompetenzen schaffen (,Kompetenz-Kompetenz')? Wie könnte eine demokratische europäische föderale Ordnung konkret verfasst sein (Bundesstaat? Konföderation?), die z.B. die angestrebte ,Respektierung der Volkssouveränität' sichert?¹⁵ Darüber ergeben die offiziellen Dokumente der EL kein aufschlussreiches Bild.

Insofern ist es fraglich, ob die EL insgesamt als strikt ,europa-föderalistisch' eingestuft werden kann. Allein dass sie das europäische ,Mehrebenen-System' von der kommunalen bis zur EU-Ebene für politische Interventionen nutzen will, sagt noch nicht viel aus. Dies tun die ,souveränistischen' linken Formationen ebenfalls, und dies sehr häufig gemeinsam mit den linken ,Föderalisten' wenn es z.B. um politische Kampagnen und Mobilisierung, um die Verhinderung oder Veränderung von EU-Richtlinien usw. geht.

4. Europawahlkampf der Partei der Europäischen Linken (EL)

Auf ihrem 4. Parteikongress am 15.12.2013 in Madrid hat die EL ein Politisches Dokument *„Vereinigt euch für eine linke Alternative in Europa“* verabschiedet. Es analysiert die internationale Lage und insbesondere die ökonomische, soziale und politische Entwicklung in der EU. Die EL ruft zu einer Konvergenz der linken Parteien, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften¹⁶ sowie zu gemeinsamen Aktionen gegen den Austeritätskurs, das geplante Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), gegen eine Militarisierung der EU und als ,humanitär' verbrämte militärische Interventionspolitik auf. Sie will die Verbindung zu Parteien der Linksfraktion im EP (GUE/NGL) stärken, die nicht Mitgliedsparteien der EL sind, sowie mit neu entstehenden Linksparteien (z.B. in Ost- und Südosteuropa) stärker in Dialog treten.

Die ebenfalls in Madrid beschlossene Programmatische Plattform der EL zur Europawahl 2014 (*„Europa verändern, für ein Europa der Arbeit“*) erklärt fünf Achsen der politischen Intervention als für alle Mitgliedsparteien verbindlich: Widerstand gegen Austerität – für ein neues Entwicklungsmodell; Alle Macht dem Volk – für eine Revolution der Bürger¹⁷; Für ein soziales Eu-

¹⁵ Sei ,Volkssouveränität' nun europäisch gemeint oder in Bezug auf die Mitgliedstaaten – eine föderale Ordnung würde entsprechende Klärungen und Grenzen für das Handeln der obersten Ebene erfordern.

¹⁶ Mit Bezug auf den AlterSummit-Prozess und europäische Vernetzungsbestrebungen sozialer Bewegungen (wie z.B. in Florenz im November 2012) heißt es: „Eine europäische Front als Ausdruck der Vereinigung von sozialen, gewerkschaftlichen, feministischen, kulturellen, ökologischen und politischen Kräften gegen antisoziale Maßnahmen bilden, um die Krise zu bekämpfen und Alternativen zu finden, die den Völkern dienen.“

¹⁷ Give power to the people – for a citizens revolution; gemeint sind wohl die Bürgerinnen und

ropa – für ein Europa mit Rechten; Für fairen Welthandel – gegen den großen transatlantischen Binnenmarkt; Für ein Europa des Friedens. Der erste verbindliche Teil der Plattform (Kurzfassung) garniert jede dieser Achsen mit ein paar Spiegelstrich-Forderungen (z.B. Die Schulden werden nicht bezahlt – Bürgeraudit der Schulden, Streichung der illegitimen Schulden und Restrukturierung der anderen) oder bloßen Unterüberschriften (Frauenrechte, Migrantenrechte, Recht auf Arbeit und Löhne usw.).

Der zweite Teil der Plattform (erweiterte Fassung) basiert auf Eingaben der Mitgliedsparteien, von EL-Arbeitsgruppen und -Netzwerken usw. und führt – ebenfalls überwiegend in Spiegelstrichforderungen – die politischen Orientierungen unter den fünf Achsen etwas weiter aus. „Nicht alle“ der so erweiterten Punkte des zweiten Teils seien „auf europäischer Ebene oder in allen Ländern anzuwenden“. Sie seien als ein Diskussionsangebot an die Parteien zu bewerten, an dem nach dem EL-Kongress auf europäischer wie nationaler Ebene weiter gearbeitet werden soll.

Insofern bleibt abzuwarten, was die weitere Diskussion der EL an programmatischen Konkretisierungen ergibt. Im Vergleich zur EL-Plattform zur Europawahl 2009 ist die für 2014 derzeit vorliegende – gelinde gesagt – äußerst vage. Für die mediale Öffentlichkeit wird wohl eher zählen, was Alexis Tsipras als ‚Gesicht‘ der EL-Kampagne (im Verbund mit den jeweiligen Parteigränden und SpitzenkandidatInnen in den Mitgliedstaaten) bei seiner Wahlkampftour durch Europa verkünden wird.

Eine einigermaßen kohärente makro-ökonomische Strategie mit entsprechenden Instrumenten zur Überwindung der Eurokrise ist bei der europäischen Linken (ob EL oder andere) schwer zu erkennen. Die Linksfraktion im EP (GUE/NGL) forderte 2010 z.B. ein europäisches ökologisch-solidarisches Zukunftsinvestitionsprogramm über fünf Jahre, das jährlich mindestens 1 Prozent des EU-BIP mobilisieren und mit entsprechenden Programmen der Mitgliedstaaten koordiniert werden sollte. Ein Teil des EU-Programms sollte durch die Ausgabe von Eurobonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) finanziert werden, die so das Geld der SparerInnen zu günstigen Zinssätzen mobilisieren könne.¹⁸ Dieses Konzept (Eurobonds für Investitionen) wird so heute noch von der irischen Sinn Féin vertreten. In der erweiterten Fassung der EL-Plattform 2014 heißt es nur noch vage: „Wir schlagen europäische industriepolitische Pläne für strategische Industrien und ein europäisches Konjunkturprogramm vor.“

Man konnte im Lauf der Verschärfung der Eurokrise beobachten, wie sich bei vielen der linken Parteien (und z.B. Netzwerken wie Euromemo) der Diskurs von Eurobonds für Investitionen in Richtung Eurobonds zur „Vergemein-

Bürger als ‚citoyennes et citoyens‘ in der Rousseauschen Diktion der Aufklärung und der Französischen Revolution

¹⁸ Auftrag und Programme der EIB müssten in diesem Sinne radikal umstrukturiert werden. Siehe GUE/NGL Archiv Resolutionen (<http://guengl.eu/policy/old-resolutions/P20>), Plenary Session 14 – 17 June 2010, Dokument P_B(2010)0354_EN.doc

schaftung von Staatsschuldtiteln“ verschob.¹⁹ Die Eurobonds-Konzepte z.B. der Europäischen Kommission (Stabilitätsbonds) sehen vor, dass die Mitgliedstaaten bei einem Tausch ihrer nationalstaatlichen Schuldtitel bis zur Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts strikte Auflagen á la Fiskalvertrag zu erfüllen hätten.

In der erweiterten Plattform der EL zur EP Wahl 2014 wird gefordert, dass die EZB als ‚Kreditgeber der letzten Instanz‘ ihre Kompetenz zur Geldschöpfung nutzen solle, um den Mitgliedstaaten direkt Kredite zu niedrigen Zinssätzen oder gar zinslos ohne politische oder wirtschaftliche Auflagen zu gewähren.²⁰ Weiterhin fordert die erweiterte Fassung der EL Plattform, eine Europäische Öffentliche Bank für ökologische und soziale Entwicklung zu schaffen, die aus einem Teil des EU-Haushalts, einer Finanztransaktionssteuer und aus Mitteln der EZB zu finanzieren sei, um vor allem den Krisenländern Fonds für nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgewählte Investitionsprojekte bereit zu stellen. Der Entwurf des EP-Wahlprogramms 2014 der LINKEN fordert hingegen die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen, die von der EZB für Staaten der Eurozone direkt finanziert wird – hier ist offenbar die Monetisierung von Schulden über den ‚Umweg‘ dieser neuen Bank das Ziel, weil der Vertrag von Lissabon der EZB dies strikt verbietet.

Für eine Finanztransaktionssteuer sprechen sich so gut wie alle europäischen Linksparteien aus. Einige fordern weiterhin eine ‚Tobin Tax‘ (also eine Devisenumsatzsteuer), andere eine allgemeine Steuer auf alle Finanztransaktionen (General FTT).²¹

Konkretere knappe Aussagen zum Steuersatz einer Finanztransaktionssteuer und ihrer Ausgestaltung, zu Kapitalbedarf, angestrebtem Kreditvolumen und Kreditvergabepolitik sei es der europäischen Bank für öffentliche Anleihen oder der Europäischen Öffentlichen Bank für ökologische und soziale Entwicklung sind in den entsprechenden Dokumenten selten vorhanden.²² Es fragt sich: Wozu braucht die EU z.B. diese letztere neue Bank, wo sie mit der EIB bereits eine öffentliche Bank für Investitionen hat? Soll die EIB die beträchtlichen Mittel, die sie hat, und das Finanzierungspotenzial, das sie darüber hinaus erschließen könnte, weiterhin größtenteils zugunsten der europäischen Großkonzerne und ökologisch nicht

¹⁹ Diese europäische Vergemeinschaftung der Schulden wurde grundsätzlich etwa von SYRIZA, dem Bloco Esquerda und dem Euromemo unterstützt und ist auch im Entwurf des EP-Wahlprogramms 2014 der LINKEN enthalten.

²⁰ Dann könnten allerdings Rüstungsprojekte, neue Autobahnen und was immer finanziert werden, was nicht so recht zu dem von der EL angestrebten ‚neuen Entwicklungsmodell‘ passen würde.

²¹ Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine allgemeine FTT vorgelegt, der insbesondere den Handel mit Derivaten extrem niedrig besteuert. Dieser konkrete Vorschlag wird von einigen Linksparteien kritisiert, weil somit der Handel mit gefährlichen Finanzprodukten nicht hinreichend eingedämmt wird. Andere hingegen sehen ihn als Einstieg zu einer später strenger zu fassenden FTT. Unterschiedliche Positionen gibt es zu der Frage, ob die Einnahmen aus der FTT in den EU-Haushalt eingestellt werden oder den Haushalten der Mitgliedstaaten zugute kommen sollen.

²² Der Programmentwurf der LINKEN schlägt einen Steuersatz bei der FTT von 0,1 Prozent vor.

nachhaltiger Infrastrukturprojekte einsetzen dürfen? Ist die Forderung nach einer neu zu schaffenden europäischen Bank für öffentliche Anleihen ‚realistischer‘ als die nach einer direkten Monetisierung von Staatsschulden durch die EZB?

Der innere strategische Zusammenhang der teils widersprüchlichen Einzelforderungen wird insbesondere bei der EL-Plattform 2014 nicht so richtig deutlich. Es mangelt m. E. an inhaltlicher und strategischer Kohärenz und Systematik vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen – das angestrebte neue Entwicklungsmodell bleibt nebulös. Es unterliegt weder ein klares keynesianisches Paradigma noch eine Strategie antikapitalistischer Strukturreformen (wie bei André Gorz in den 1960er und den bundesdeutschen Jusos in den 1970er Jahren), noch ein roter Faden im Sinne eines ‚Übergangsprogramms zum Sozialismus‘, um an einige frühere Ansätze zu erinnern.

5. Griechenland als ‚Zündfunke zur Linkswende in Europa‘?

So wird die gemeinsame Wahlkampagne der EL wohl in erster Linie von der Hoffnung getrieben, mit SYRIZA und Alexis Tsipras voran neuen Schub zu entwickeln nach dem Motto: „Griechenland könnte der Zündfunke werden, um die Austeritätspolitik in Europa zu beenden.“ Unterschätzt werden die Dilemmata, vor denen SYRIZA als mögliche künftige Regierungspartei in Griechenland steht. Sie muss Koalitionspartner finden, die ihr alternatives Regierungsprogramm zumindest in größeren Teilen mittragen wollen. Sie muss Erfolge beim angestrebten teilweisen Schuldenerlass (nach dem Modell des Londoner Abkommens 1953 zur Entschuldung Deutschlands) und bei der Neuverhandlung von Kreditkonditionen vorweisen können, die ihr genügend Spielraum zumindest für die Umsetzung einiger Kernpunkte ihres Regierungsprogramms verschaffen (vgl. Dericquebourg 2013). Bislang zeigten ihr selbst die französische sozialistische Regierung und die SPD diesbezüglich die kalte Schulter.

Auf wirkliche Unterstützung kann SYRIZA bislang nur bei den meisten europäischen Linksparteien zählen. Deren Gewicht dürfte auch nach möglichen Zuwächsen in einigen EU-Staaten bei der Europawahl 2014 nicht ausreichen, um die politischen Kräfteverhältnisse in der EU grundlegend zur erhofften ‚Linkswende‘ zu verschieben. Gelingt es aber nicht, Frankreich oder zumindest die Regierungen der Mittelmeerländer halbwegs als Bündnispartner zu gewinnen, wird es mit der Umsetzung der Versprechen des Regierungsprogramms und gleichzeitigem Verbleib Griechenlands in der Eurozone sehr schwierig. Knickt auch SYRIZA in den verschiedenen Stadien solcher Verhandlungen ein, ist es mit der heutigen strahlenden Popularität vermutlich bald vorbei. Dies haben die meisten Linksparteien bitter erfahren, die auch nur als Juniorpartner in Mitte-Links-Regierungen auf nationaler Ebene (Frankreich, Italien, Spanien usw.) zähneknirschend Maßnahmen mit trugen, die sie zuvor als Oppositionsparteien massiv bekämpft hatten (Dräger 2012).

Um den Widerstand gegen Austeritätspolitik und neoliberale Strukturreformen zu stärken und dem Aufwind der extremen Rechten entgegenzuwirken sind die europäischen Linksparteien das wahlpolitisch nutzbare Angebot. Eine gestärkte

Linksfraktion im EP (GUE/NGL) könnte mit ihren parlamentarischen Ressourcen dazu beitragen, zumindest die europaweite Vernetzung dieses Widerstands sowie gemeinsame Kampagnen und Diskussionen zu befördern.

Die neoliberale ‚Hayeksche EU‘ könnte durchaus mittelfristig zerbrechen – deutsche (Kapital)Dominanz und ihre sich als Zuchtmeister Europas gerierenden Regierungen seit Angela Merkel haben maßgeblich die immer weiter auseinander driftende wirtschaftliche und soziale Entwicklung innerhalb der EU zu verantworten – und damit die politischen Folgen. Wenn ‚europafreundliche‘ Politik im Wesentlichen bedeutet, eine deflationäre Abwärtsspirale zu erzeugen und im Namen der ‚Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft‘ via Europa Löhne, Renten und Sozialleistungen zu schleifen, erübrigt sich eigentlich „das Geschwätz über die Pseudoalternative zwischen mehr oder weniger Europa“ (Schumann 2014). Vielleicht sind die Linken sogar als ‚deutschlandfeindlich‘ einzustufen, weil sie Kritik am deutschen Standortnationalismus und seiner ‚Exportweltmeister‘-Strategie üben – wieder einmal die ‚vaterlandslosen Gesellen‘? Viel Feind, viel Ehr‘ ...

Literatur & Links

- Anderson, Perry (2009): *The New Old World*, London
- D’Eramo, Marco (2013): *Populism without the People*; in: *New Left Review* 82 (new series); July/August
- Dericquebourg, Baptiste (2013): *Where Syriza stands*; *Le Monde Diplomatique* (English edition), July; <http://mondediplo.com/2013/07/07syriza>
- Dokumente des 4. Kongresses der Partei der Europäischen Linken (15.12.2013): *Programmatische Plattform zur Europawahl 2014 (Escaping from Austerity – Rebuilding Europe; Change Europe – for a Europe of Work)*; http://www.european-left.org/sites/default/files/programe_en.pdf; *Vereinigt euch für eine linke Alternative in Europa* (Politisches Dokument); http://www.european-left.org/sites/default/files/political_doc_d.pdf
- Dräger, Klaus (2012): *Mit François Hollande zum sozialen Europa?* In: *Denknetz Jahrbuch 2012 ‘Auf der Suche nach Perspektiven’*, S. 88 – 99, Zürich; http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Draeger.Jahrbuch_Denknetz_2012-2.pdf
- Finn, Daniel (2012): *The Dutch Left*; in: *New Left Review* 77 (new series); September/October
- Lapavitsas, Costas (2012): *Crisis in the Eurozone*, London
- Lehndorff, Steffen, Hrsg. (2014): *Europa vor einem verlorenen Jahrzehnt? Länderstudien und Politikanalysen zum Triumph gescheiterter Ideen*, Hamburg
- Sauer, Thomas/Wahl, Peter; Hrsg. (2013): *Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse*; Hamburg
- Schumann, Harald (2014): *Europas Krise – Merkels Schuld am Rechtspopulismus*, *Der Tagesspiegel* vom 11.01.2014
- Wehr, Andreas (2013): *Der europäische Traum und die Wirklichkeit – Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen*, Köln

Gerd Wiegel

Die Rechte in Europa auf dem Vormarsch

Die Europawahl im Mai 2014 könnte zu spektakulären Wahlerfolgen von Parteien führen, die der extremen Rechten zugeordnet und häufig mit dem Begriff Rechtspopulismus bezeichnet werden. In Frankreich etwa sehen Wahlbefragungen den *Front National* von Marine Le Pen gegenwärtig und mit Blick auf die Europawahlen als stärkste Partei.¹ Ähnlich gut könnte die *FPÖ* um Hans Christian Strache abschneiden und auch der *Partei für die Freiheit* (PVV) von Geert Wilders in den Niederlanden wird ein herausragendes Ergebnis im Mai 2014 vorhergesagt. Die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise und mit ihr verbunden die soziale Krise in zahlreichen europäischen Ländern stärkt Parteien der extremen Rechten, die, in ganz unterschiedlicher Art und Weise, die EU kritisieren und einem Rückbau bzw. einer Abwicklung der EU in ihrer jetzigen Form das Wort reden. Kritik an Brüssel und den europäischen Institutionen ist zu einem wichtigen Baustein des rechten Erfolgsmodells geworden und tritt neben das zentrale Element eines ethnizierenden Nationalismus.

Die extreme Rechte in ihren unterschiedlichen Formen könnte also zum großen Krisengewinner werden, bringt sie doch das berechnete und verbreitete Misstrauen am vornehmlich an Kapitalinteressen orientierten europäischen Modell ohne Differenzierungen und Abwägungen zum Ausdruck, wie sie für eine linke EU-Kritik typisch sind. Bei Marine Le Pen heißt es z.B., „Die Wurzel allen Übels ist die Europäische Union“, der sie „die Kooperation freier Nationen“ gegenüberstellt.² Die für den Rechtspopulismus seit vielen Jahren erfolgreiche Konstellation des politischen Außenseiters, der gegen die gesamte Riege der etablierten Parteien die Interessen der kleinen Leute zum Ausdruck bringt³, kommt im Rahmen der europäischen Krise voll zum Tragen. Mit Ausnahme der radikalen Linken steht das gesamte europäische Parteienspektrum für das in die Krise geratene EU-Modell oder wird, trotz gegenteiliger Beteuerung, ob ihrer realen Politik damit verbunden.

Trotz dieser für sie günstigen Konstellation ist damit keineswegs sicher, dass die europäische Rechte mögliche Wahlerfolge bei der Europawahl auch in reale politische Machtpositionen umsetzen kann. Zu groß sind die Differenzen zwischen den verschiedenen Rechtsparteien in Europa, und die Erfahrungen der Vergangenheit lassen hoffen, dass diese Divergenzen auch jetzt einem einheitlichen Auftreten der Rechtsparteien im Europäischen Parlament entgegenstehen. Dennoch wird ein Erfolg der Eurorechten zu einer generellen Rechtsverschiebung führen.

1 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-rechtsextreme-front-national-liegt-in-umfrage-vorne-a-927044.html> (letzter Abruf, 12.1.2014)

2 http://www.deutschlandfunk.de/frankreich-europa-kritik-und-antideutsche-toene.1773.de.html?dram:article_id=273932 (letzter Abruf, 20.1.2014)

3 Vgl. Sebastian Reinfeld, *Nicht-wir und Die-da*, Studien zum rechten Populismus, Wien 2000.

Da eine grundlegende Veränderung im marktradikalen Wirtschaftsmodell der EU für die herrschende Klasse nicht in Frage kommt, werden sich die Reaktionen auf mögliche Wahlerfolge der Rechten auf die Themen Zuwanderung, Ethnisierung der sozialen Frage und eine verbale Renationalisierung beziehen. Diese Tendenzen der Flüchtlingsabwehr (Schengen, Frontex u.a.), der verstärkten Ethnisierung sozialer Partizipation (Hetze gegen Sinti und Roma, keine Sozialtransfers für ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien u.a.) und einer verbalen Renationalisierung (deutsche Interessen gegen griechische Ansprüche, Merkel-Bashing in Italien und anderswo) sind schon heute sichtbar. Mit entsprechenden Erfolgen der extremen Rechten würden sich diese Tendenzen verstärken.

Entwicklung und Ausdifferenzierung der europäischen Rechten

Seit den endneunziger Jahren lässt sich ein Aufschwung von Parteien in Europa beobachten, die häufig mit dem Stichwort Rechtspopulismus belegt werden und die zur extremen Rechten zu zählen sind. Die österreichische *FPÖ* war eine Art Vorreiter dieser Erfolgswelle. Sie brachte es 1999 mit 26,9 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Partei und gelangte in Regierungsverantwortung. Das war vor ihr schon der *Lega Nord* in Italien gelungen, die 1994 Teil der ersten Regierung Berlusconi wurde. Ende 2001 gelang es der rechtspopulistischen *Dänischen Volkspartei* (DF) unter ihrer Vorsitzenden Pia Kjaersgaard mit 12 Prozent der Stimmen ins dänische Parlament einzuziehen und zum Zünglein an der Waage für die konservativ-liberale Regierung zu werden. Auch hier war es vor allem das Thema Zuwanderung und Abschottung, das den Erfolg ermöglichte. Die dänische Politik hat unter dem Druck der Rechtspopulisten mittlerweile eine der schärfsten Zuwanderungsgesetzgebungen in Europa entwickelt.

Die niederländische *Liste Pim Fortuyn*, benannt nach ihrem kurz vor den Wahlen 2002 ermordeten Vorsitzenden, konnte mit einem vor allem an den Themen Ausländer und Zuwanderung orientierten Wahlkampf 17 Prozent der Stimmen erlangen und war an der Regierung beteiligt. 2010 gelang es der *Partei für die Freiheit* unter Gert Wilders primär mit dem Thema Antislawismus 15 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Wilders tolerierte bis 2012 die konservativ-liberale Regierung, erzielte bei den Wahlen 2012 jedoch nur noch 10,1 Prozent und ist nicht mehr an der Regierung beteiligt.⁴

Neben dem Aufstieg dieser zumeist als *rechtspopulistisch* bezeichneten Parteien, haben wir es in den letzten Jahren aber auch mit Erfolgen eindeutig *neofaschistischer* Parteien zu tun. Die ungarische Partei *Jobbik* („Bewegung für ein besseres Ungarn“) ist hier genauso zu nennen, wie die *Goldene Morgenröte* (Griechenland). Generell lässt sich in Osteuropa eine sehr viel stärkere Ausprägung des traditionellen Neofaschismus ausmachen, wogegen die modernisierte Variante der Rechten stärker im Westen anzutreffen ist.

⁴ Vgl. zur aktuellen Entwicklung Peter Bathke, Anke Hoffstadt (Hg.), Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013.

Übersicht 1: Ausgewählte Rechtsparteien in Europa

Land	Partei	Letztes Ergebnis nationaler Wahlen (%)	Regierungsbeteiligung?	Letztes Ergebnis EU-Wahl 2009 (%)
Belgien	Vlaams Belang	7,8 (2012)	nein	9,8
Bulgarien	Ataka	7,3 (2013)	Tolerierung	11,9
Dänemark	DF	12,3 (2011)	bis 2011	14,8
Deutschland	AfD	4,7 (2013)	nein	-
Finnland	Wahre Finnen	19,1 (2011)	nein	14 (Bündnis mit Christdem.)
Frankreich	FN	17,9 (2012)	nein	6,3
Griechenland	Gold. Morgenr.	6,9 (2012)	nein	-
Großbritannien	UKIP	3,1 (2010)	nein	16,5
Italien	Lega Nord	4,1 (2013)	bis 2013	10,2
Niederlande	PVV	10,1 (2012)	Tolerierung bis 2010	16,9
Lettland	Nat. Allianz	13,9 (2011)	ja	7,4
Österreich	FPÖ	20,6 (2013)	nein	12,7
Rumänien	PPDD	11,9 (2012)	nein	-
Schweden	Schwedendemokraten	5,7 (2010)	nein	3,2
Slowakei	SNS	4,5 (2012)	bis 2010	5,5
Ungarn	Jobbik	12,2 (2010)	nein	14,7

Neben diesen für die populistische Rechte traditionellen Themen ist es zunehmend das EU-Thema, das zum Erfolgsfaktor wurde. Eine scharfe EU-Kritik gehört zum Repertoire aller Rechtsparteien in Europa, die Folgerungen sind allerdings unterschiedlich. Immer stärker scheint die EU inzwischen zu einem Negativsymbol für größere Teile der Bevölkerung zu werden, das für politische Entmündigung, ökonomische Verunsicherung und kulturelle Überfremdung steht. Aus diesen Themen macht die populistische Rechte ein Politikangebot, mit dem sie sich zum Sprachrohr der immer größeren Gruppe derer macht, die sich als Verlierer einer Globalisierung sehen bzw. Angst davor haben, bald zu diesen Verlierern zu gehören.

Hierzu gehören auch die Mittelschichten, die sich sozial und wirtschaftlich zunehmend unter Druck gesetzt sehen. Sie scheinen zu einer wichtigen Stütze des Rechtspopulismus zu werden. Neben der Abwehr von Zuwanderung und Islam ist diese Bevölkerungsgruppe immer weniger bereit, in der Konkurrenz

um Einkommen und staatliche Transferleistungen mit Ärmern zu teilen – sei es im eigenen Land, sei es gegenüber den Partnern in der EU.

Aber auch die Arbeiterschaft, traditionell das Wählerreservoir der politischen Linken, wird immer stärker zu einem Träger des Rechtspopulismus. Hier ist es vor allem die Schutzfunktion gegen die zunehmende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die diese Wählerinnen und Wähler mit dem Rassismus und dem Abwehrnationalismus der extremen Rechten verbindet. In Österreich, in Italien (bis zum Erfolg Grillos) und in zahlreichen weiteren Ländern verzeichnen Parteien des Rechtspopulismus inzwischen die größte Zustimmung unter Arbeiterinnen und Arbeitern.

Zentrale Themen des Rechtspopulismus sind nach wie vor der antimuslimische Rassismus und ein „Abwehrnationalismus“ der sich nicht aggressiv nach außen, sondern „defensiv“ gegen jede weitere Zumutung für die Nation wendet. Beide inhaltlichen Themen lassen sich jedoch im EU-Thema bündeln und könnten angesichts der aktuellen EU- und Euro-Krise zu einem weiteren Auftrieb des Rechtspopulismus führen.

Zentrales Thema aller erfolgreichen rechten Parteien in Europa ist die Abwehr von weiterer Zuwanderung. Verbunden wird das Thema Zuwanderung sehr häufig mit dem Kriminalitätsdiskurs, womit das Bild der bedrohlichen, andersartigen, kriminellen Fremden gefestigt wird. Aktuell richtet sich diese Form des Rassismus vor allem gegen Muslime, weshalb von einem antimuslimischen Rassismus gesprochen wird. Diese Form des Abwehr Rassismus und der Verbindung der Themen Kriminalität und Migration werden nicht nur propagandistisch genutzt. Rechtspopulisten sitzen bzw. saßen in vielen europäischen Ländern inzwischen in Regierungen, haben kommunale Mehrheiten und beginnen mit der Umsetzung ihrer rassistischen Programme.

Rechtspopulismus, Faschismus: Typen rechter Parteien

Wenn von Parteien der extremen Rechten in Europa die Rede ist, muss man sich vergegenwärtigen, dass damit zum Teil ganz unterschiedlich ausgerichtete Parteien gemeint sind. Eine offen faschistisch und gewalttätig auftretende Partei wie die *Goldene Morgenröte* in Griechenland⁵ unterscheidet sich deutlich von einer in Teilen geschichtsrevisionistischen, islamfeindlichen und nationalistischen Partei wie der *FPÖ* und wiederum noch deutlicher von einer zwar islamfeindlichen, aber eindeutig nicht antisemitischen und liberal homosexuellen-freundlichen Partei wie der niederländischen *Partei für die Freiheit* von Geert Wilders.

Gemeinsame Merkmale als Parteien der extremen Rechten sind dabei der Bezug auf eine ethnisch definierte Heimat als Nation oder Region, eine – allerdings oft unterschiedlich begründete – Form des Rassismus, die sich jedoch gegen ganz unterschiedliche Gruppen richten kann, sowie eine Ethnisierung

⁵ Vgl. Dimitris Psarras, Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Nazi-Partei Goldene Morgenröte in Griechenland, RLS-Broschüre 2013 (Download unter http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Neonazistische_Mobilmachung.pdf)

der sozialen Frage, d.h. die Forderung, soziale Sicherheitsleistungen entlang ethnischer Kriterien zu vergeben. Weiter wird von allen Parteien der Rechten der Kriminalitätsdiskurs mit dem Thema Einwanderung verbunden. Unterschiede sind in der Stellung zum bestehenden politischen System, dem Verhältnis zur Geschichte und auch beim Verhältnis von Politik und Wirtschaft auszumachen.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die sich aus dem populistischen Politikstil dieser Parteien ergeben.

Übersicht 2: Parteitypen

Typ 1	Typ 2	Typ 3
<p>Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform: Kooperation mit liberalen und konservativen Parteien, nicht mit Parteien des Typs 2 oder 3.</p> <p><i>Beispiele:</i></p> <p>Partei für die Freiheit (Wilders), Dänische Volkspartei</p>	<p>Nationalistisch-völkisch, eher systemkritisch: Abgrenzung gegenüber Typ 1; oft auch (nur verbale) Abgrenzung gegenüber Parteien des Typ 3.</p> <p><i>Beispiele:</i></p> <p>Front National (Frankreich), Vlaams Belang, Lega Nord, FPÖ</p>	<p>(Neo-)Faschistisch bzw. (neo-)rassistisch, systemfeindlich; keine Kooperation mit Typ 1, aber gewisse Affinitäten zu Parteien des Typs 2.</p> <p><i>Beispiele:</i></p> <p>Jobbik (Ungarn), Goldene Morgenröte (Griechenland), BNP (GB), NPD</p>

Typologisierung nach Richard Stöss, Beispiele G.W.

In der Wissenschaft wird häufig zwischen modernen und traditionellen Varianten der extremen Rechten unterschieden. Traditionelle Rechte beziehen sich stark in Inhalt und Auftreten auf die historischen Vorbilder des Faschismus. Ein völkisch-biologistischer Rassismus und Nationalismus, die Ablehnung der Demokratie und die Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Politik sind hier zu finden.

Die moderne Variante der extremen Rechten versucht den „Ballast der Vergangenheit“ hinter sich zu lassen und distanziert sich vom Faschismus. Der biologistische Rassismus wird von einem Rassismus abgelöst, der stärker mit kulturellen Unterschieden argumentiert – wengleich auch hier ein völkisches, d.h. „wesenhaftes“ Verständnis von Kultur zugrunde gelegt und nationale Zugehörigkeit in einem völkischen Sinne interpretiert wird. Die parlamentarische Demokratie wird als formaler Rahmen von diesen Parteien akzeptiert.

Ein wichtiger Unterschied findet sich auch und vor allem bei der Sicht auf Wirtschaft und Staat. Während die traditionelle und faschistisch ausgerichtete Rechte klar für ein Primat der Politik über die Wirtschaft eintritt, hat die moderne Rechte Teile des Neoliberalismus adaptiert. Vor allem zu Beginn der 2000er Jahre traten Parteien wie die FPÖ, die Lega Nord, die Liste Pim Fortuyn u.a. für marktradikale Lösungen ein. Das hat sich mit Aufkommen der Krise verändert und jetzt steht wieder stärker die Schutzfunktion des Staates im Vordergrund. Soziale Sicherheitsleistungen sollen jedoch nach ethnischen

Kriterien vergeben werden, also nur für diejenigen, die nach dem (manchmal flexiblen) Verständnis der Rechten zur Nation gehören.

Sieht man sich die *Alternative für Deutschland* (AfD) und ihr Umfeld an, dann wird deutlich, dass einige dieser Parteien für die Interessen bestimmter Kapitalfraktionen stehen. Mittelständische, häufig familiär geführte Unternehmen sehen den EU-Binnenmarkt oft nicht vornehmlich als ökonomische Chance, sondern als Bedrohung durch die immer größere Ausweitung der Konkurrenz.⁶ Rechtsparteien wie die AfD, die *Legia Nord*, die FPÖ und andere werden als Schutz gegen diese Bedrohung wahrgenommen. Der starke Bezug auf die eigene Nation, die Abgrenzung gegenüber angeblich nicht leistungswilligen Zuwanderern und die paternalistische sozialpolitische Einbindung der ethnisch definierten Dazugehörigen entsprechen ideologischen Mustern, wie sie Heitmeyer u.a. in ihrer Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ für Teile der so genannten Leistungselite festgestellt haben.⁷ Deutlich wird mit den Wahlerfolgen der europäischen Rechtsparteien also auch, dass das EU-Projekt innerhalb der herrschenden Klasse keineswegs unumstritten ist, wenngleich sich die führenden Eliten nach wie vor positiv darauf beziehen.

EU-Parlament als Handlungsrahmen der europäischen Rechten

Die ausgeprägte inhaltliche Differenzierung der europäischen Rechtsparteien führt zu einer weitgehenden Zersplitterung dieses Spektrums im EU-Rahmen. Teile der angeführten Rechtsparteien finden sich gegenwärtig in unterschiedlichen Fraktionen des Europaparlaments, ein großer Teil ist fraktionslos.⁸

Gegenwärtig gibt es zwei rechte bzw. konservative Fraktionen jenseits der *Europäischen Volkspartei* (EVP, die europäischen Christdemokraten), in der sich wiederum die weit rechts stehende ungarische Regierungspartei *Fidesz* findet. Bei der *Fraktion der Konservativen und Reformisten* finden sich u.a. die britischen *Torys*, die aufgrund ihrer EU-kritischen Position nicht mehr in der EVP beheimatet sind, die nationalkonservative polnische *PiS* von Jaroslaw Kaczynski, die tschechische *ODS* und einige kleine Parteien und Abgeordnete. Rechts von ihr findet sich die *Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie*, mit einer ganzen Reihe von Rechtsparteien, bei denen zum Teil die Übergänge zur extremen Rechten fließend sind. Neben der *Dänischen Volkspartei* (DF), der *Legia Nord* und den *Wahren Finnen* findet sich hier als stärkste Gruppe auch die *United Kingdom Independentparty* (UKIP) aus Großbritannien.

Parteien wie die DF, die *Legia Nord*, die *Wahren Finnen* und auch die UKIP

⁶ Vgl. Frederic Heine und Thomas Sablowski, Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise, RLS-Studie 2013 (Download unter http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/RLS_Studien_Europapolitik.pdf). Hier insbesondere die Stellung des Verbands der Familienunternehmer.

⁷ Vgl. Wilhelm Heitmeyer u.a., *Deutsche Zustände*, 10 Bände, Frankfurt a.M., 2002-2012.

⁸ Zur Übersicht vgl. Thilo Janssen, Was macht die politische Rechte im Europäischen Parlament?, RLS-Studie 2013 (Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/38359/was-macht-die-politische-rechte-im-europaeischen-parlament.html>).

haben inhaltlich und auch im politischen Stil zahlreiche Überschneidungen mit z.B. der FPÖ, der *Partei für die Freiheit* oder auch dem *Front National*. Als (ehemalige) Regierungsparteien bzw. als gemäßigt rechtspopulistische Parteien ist für sie eine Abgrenzung zu den in der öffentlichen Wahrnehmung deutlicher der extremen Rechten zugehörigen Parteien jedoch wichtig.

Diese Abgrenzung zu überwinden bzw. trotz dieser zu einer eigenständigen rechten Fraktion zu kommen, ist seit Jahren ein Ziel der verbleibenden Rechtsparteien. In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, zu einer gemeinsamen Fraktion zu kommen, die jedoch regelmäßig an nationalen Animositäten, inhaltlichen Differenzen bzw. an den hohen formalen Voraussetzungen für eine gemeinsame Fraktion gescheitert sind. Zur Gründung einer Fraktion im Europaparlament sind mindestens 27 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten erforderlich.

Gegenwärtig sind 32 Abgeordnete fraktionslos, darunter Vertreter des *Front National*, der FPÖ, einzelne Abgeordnete der britischen UKIP, der niederländischen *Partei für die Freiheit* und auch ein Abgeordneter der *Lega Nord*.

Zur Gruppe der fraktionslosen Abgeordneten gehören aber auch Vertreter der eindeutig neofaschistischen ungarischen *Jobbik* und Nick Griffin von der *Britisch Nationalist Party* (BNP). Die Akzeptanz und Modernisierungsgewinne der Rechtspopulisten würden durch Bündnisse mit solchen Vertretern der „alten Rechten“ auf's Spiel gesetzt, weshalb es hier eine deutliche Abgrenzung gibt. Schon innerhalb der „modernisierten“ Variante gibt es diese Abgrenzungen, die aktuell jedoch vor allem durch den Modernisierungskurs des *Front National* unter Marine Le Pen überwunden werden soll. So lässt sich jedenfalls der Versuch der französischen Parteichefin und des Vorsitzenden der niederländischen PVV, Geert Wilders, verstehen, eine Kooperation für das kommende EU-Parlament zu vereinbaren. Treffen gab es auch mit Vertretern des *Vlaams Belang*, der *Schwedendemokraten* und der FPÖ.⁹ Umworben werden weitere Parteien, so auch die *AfD*, die jedoch kein Interesse an einer Zusammenarbeit signalisierte, um nicht sofort dem Lager der extremen Rechten zugeordnet zu werden. Doch auch andere potenzielle Verbündete wie die britische UKIP haben abgewunken.

Krise und Rechtspopulismus

Dreißig Jahre neoliberale Hegemonie haben dafür gesorgt, dass der Konkurrenzgedanke tief im Bewusstsein der Individuen verankert und Formen kollektiver Interessenvertretung in den Hintergrund gerückt wurden. Die Vermarktlichung sämtlicher Lebensbereiche macht diese Konkurrenzlogik zu einer alltäglichen Erfahrung der Menschen und zwingt sie dazu, ihr Handeln danach auszurichten. Zumal – und diese Entwicklung hat sicherlich den Aufstieg des Rechtspopulismus befördert – die Sozialdemokratie die Rolle als Schutzmacht der Subalternen preisgab und in den neunziger Jahren den Neoliberalismus für sich adaptierte, womit eine Repräsentationslücke entstand, die auch vom Rechtspopu-

⁹ <http://www.n-tv.de/politik/Wilders-und-Le-Pen-wollen-das-Mega-Buendnis-article11708541.html> (letzter Abruf 12.1.2014).

lismus geschlossen wurde. Dass der Rechtspopulismus und damit Teile der extremen Rechten Ideologiemomente des Neoliberalismus für ihre Modernisierung nutzten, war folgerichtig. Zum einen entsprachen Teile dieser Ideologie genau den sozialdarwinistischen Vorstellungen, die für die extreme Rechte kennzeichnend sind, boten jedoch die Möglichkeit, sich vom desavouierten historischen Faschismus zu distanzieren. Zum anderen wurde eine so modernisierte extreme Rechte für die etablierten konservativen Parteien als potenzieller Bündnispartner interessant, zunächst in Italien, später in Österreich und anderswo.¹⁰

In der Aufschwungphase des Neoliberalismus nutzte die modernisierte extreme Rechte neoliberale Argumentation zur Ausweitung der Freund-Feind-Markierung nach innen, ohne auf den biologistischen Rassismus zurückgreifen zu müssen. „Leistungsschwache“, „Sozialschmarotzer“, „Sozialhilfebetrüger“ wurden jetzt zu Belastungen des Wirtschaftsstandorts erklärt und zum Objekt der Aggression für die leistungswilligen Bürger. Vor allem die vom Abstieg bedrohten Teile der Mittelschichten und die autoritären Teile der Eliten waren und sind für solche Argumentationen empfänglich, wie Heitmeyer in seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ nachgewiesen hat. Je stärker jedoch der Neoliberalismus auch von der Sozialdemokratie übernommen und umgesetzt wurde, umso stärker wurde die soziale Frage vom Rechtspopulismus wiederbelebt – allerdings unter rechten Vorzeichen. Die Ethnisierung der sozialen Frage, d.h. die Begrenzung sozialer Partizipation entlang ethnischer Kriterien trat an die Seite neoliberale Ideologiemomente, womit der Rechtspopulismus unterschiedliche soziale Klientele bedienen kann.

Für den allgegenwärtigen Konkurrenzgedanken bietet die extreme Rechte gerade jenen Menschen unschätzbare Vorteile, die ihre eigene Stellung in der Konkurrenz als prekär ansehen: Zugehörigkeit und damit Wettbewerbsvorteil qua Herkunft. Im Rahmen eines globalisierten Arbeitsmarktes wird mit diesem Kriterium ein „Konkurrenzschutz“ angeboten, der Parteien der modernisierten extremen Rechten für Subalterne attraktiv macht. So erklärt sich u.a., warum der FPÖ, der *Legia Nord* und viele andere Parteien so starke Einbrüche in die Arbeiterschaft und die frühere Stammklientel linker Parteien gelungen sind. Die Verbindung eines kulturalisierten Rassismus (Ethnopluralismus) mit der sozialen Frage hat dem Rechtspopulismus ein hohes Maß an Zustimmung und Mobilisierungsfähigkeit gebracht. Auf dem Hintergrund dieser Form des Rassismus wird von der extremen Rechten die gesamte Eurokrise gedeutet. Wahlweise sind ethnische Minderheiten im eigenen Land (Sinti und Roma), Armutsmigrantinnen und -migranten (Lampedusa) oder Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus den ärmeren EU-Ländern (Bulgarien und Rumänien) verantwortlich für zusätzliche Belastungen.

¹⁰ Vgl. Peter Bathke, Susanne Spindler (Hg.), *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien*, Berlin 2006; Gudrun Hentges, Gerd Wiegel, *Arbeitswelt, soziale Frage und Rechtspopulismus in Deutschland*, in: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut, Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen & Farmington Hills 2008; Herbert Schui u.a., *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München 1997.

Rechtspopulismus und herrschende Klasse

Weder die modernisierte Variante noch gar die traditionelle Variante der extremen Rechten vertreten gegenwärtig eine Politik, die uneingeschränkt im Interesse der herrschenden Klasse ist. Der möglichst unregulierte Arbeitsmarkt, die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte aber auch die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und damit der Druck auf den Preis der Ware Arbeitskraft liegen im Interesse des neoliberalen Blocks. Die auf Zuwanderungsbegrenzung, bzw. generelle Abschottung gerichtete Politik der extremen Rechten steht diesem Interesse entgegen.

Ähnlich verhält es sich mit der Stellung der extremen Rechten zur EU bzw. zu Formen der Renationalisierung. Auch hier stehen die Interessen der ökonomisch leistungsstärksten Teile des herrschenden Blocks und mit ihr die politischen Eliten in der EU konträr zu Positionen der extremen Rechten. Jedoch kann es hier, verbunden mit den wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen den EU-Staaten, zu einer stärkeren Differenzierung der Interessen kommen, für die auch Parteien und Positionen der modernisierten extremen Rechten nutzbar gemacht werden können. Zumal es ökonomisch kein einheitliches Interesse des Kapitals gibt. Am Beispiel der *AfD* lässt sich zeigen, dass sie in ihren Positionen zur EU einen kleinen, aber politisch aktiven Teil des Kapitals vertritt, der im Verband der Familienunternehmer seinen organisatorischen Ausdruck findet.¹¹ Die personellen und organisatorischen Verbindungen der europäischen Rechtsparteien zu Teilen der Wirtschaft müssten hier genauer in den Blick genommen werden.

Im Rahmen der Krise übernehmen Parteien der extremen Rechten, vor allem in der modernisierten Variante, jedoch eine wichtige Funktion der Stabilisierung. Ihr auf Ab- und Ausgrenzung gerichtete Politik gegenüber den Migrantinnen und Migranten popularisiert eine Krisenerklärung, die die Konkurrenz der Subalternen befördert und die Frage nach der Verantwortung des neoliberalen Modells verhindert. Insofern waren und sind rechtspopulistische Parteien Bündnis- und Regierungspartner für etablierte konservative Parteien in unterschiedlichen europäischen Ländern. Nur bei den wenigsten dieser Parteien findet man eine generelle Ablehnung des EU-Binnenmarktes. Die ökonomischen Vorteile der EU im Sinne des Kapitals sollen erhalten bleiben, wohingegen man eine Exklusion der Kosten anstrebt – wahlweise auf Kosten von Minderheiten in den EU-Ländern oder auf Kosten der ökonomisch schwächeren südlichen Länder.

Reaktionen von links

Der relative Wahlerfolg der *AfD* bei den Bundestagswahlen 2013 (4,7 Prozent) hat auf der Linken zu einer Debatte zum Umgang mit der *AfD* und ihren EU-kritischen Positionen geführt. Insbesondere die Partei DIE LINKE debattiert über die Frage, in

¹¹ Vgl. Andreas Kämper, Rechte Euro-Rebellen. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V. Münster 2013, Gerd Wiegel, Aufstieg des Rechtspopulismus. Die Alternative für Deutschland und das Ergebnis der Bundestagswahl 2013, in: Der Rechte Rand (DRR), Nr. 145, November/Dezember 2013 (auch zu finden unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Aufstieg_des_Rechtspopulismus_auch_in_Deutschland.pdf).

wie weit die Konkurrenz der *AfD* – immerhin haben bei der Bundestagswahl 340.000 Wählerinnen und Wähler, die 2009 DIE LINKE gewählt haben, für die *AfD* gestimmt – zu einer Zuspitzung der eigenen Positionen zur EU führen muss.¹²

Ohne jeden Zweifel ist die EU in ihrer gegenwärtigen Ausrichtung vor allem ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen des neoliberalen Blocks, und ohne jeden Zweifel weist die EU als politisches Projekt über diesen ökonomischen Instrumentalismus hinaus. Wie lassen sich also Realität und Potenzialität der EU in einer linken Politik verbinden? Aus marxistischer Sicht ist die Erkenntnis trivial, dass angesichts der wirtschaftlichen Verflechtung und Internationalisierung kapitalistischer Macht die EU als Ausdruck solcher Verflechtungen ein zentrales Feld der politischen Auseinandersetzung antikapitalistischer Kräfte sein muss. Dennoch wird gelegentlich von linker Seite der Rückzug auf den nationalstaatlichen Rahmen der politischen Auseinandersetzung empfohlen, sei doch jeder weitere Schritt der Vergemeinschaftung, vor dem Hintergrund der realen Kräfteverhältnisse, ein Etappensieg des Neoliberalismus. Diese aus der Defensive geführte Argumentation geht von der Tatsache aus, dass die Kräfteformierung sozialer Bewegungen auch heute in erster Linie auf nationalstaatlicher Ebene erfolgt; sie verweist darauf, dass erfolgreiche Kämpfe für soziale Rechte sehr viel eher auf nationaler Ebene denn auf Ebene der EU geführt werden können.¹³ Die fehlende linke europäische Öffentlichkeit und die organisatorische Schwäche der Linken auf dieser Ebene werden als Ursachen angeführt. Dies kann aber kein Grund sein, die supranationale Ebene den auf dieser Ebene besser organisierten Kräften des Kapitals zu überlassen. Schließlich soll der *AfD* mit einer klaren und grundsätzlichen EU-Kritik das Feld streitig gemacht werden.

Schwach bleibt eine solche Argumentation jedoch bei der Frage, was aus dieser Analyse folgt. Soll die LINKE im anstehenden EU-Wahlkampf für eine Rückführung von EU-Kompetenzen auf die nationalstaatliche Ebene eintreten? Soll sie weitere Schritte der Vergemeinschaftung ablehnen und wenn ja, welche? Kann und soll sie in einen Wettbewerb der schärfsten EU-Kritik etwa mit der *AfD* treten? Von rechts wird diese EU-Kritik letztlich immer auf dem Feld des Nationalismus geführt werden, dessen Verführungskraft, das zeigt die historische Erfahrung, zumeist größer war, als die soziale und klassenmäßige Begründung der Linken. Wie kann also ein solcher Weg in eine Renationalisierung vermieden werden, ohne schlagwortartige Forderungen vom „Neustart der EU“ an ihre Stelle zu setzen, für die es der europäischen Linken schon an gemeinsamen Konzepten zu mangeln scheint, jenseits aller Fragen nach ihrer Durchsetzungsmacht?

¹² Vgl. zur linken EU-Kritik und den Folgen für eine gegenwärtige Positionierung Jürgen Leibiger, Das Euro-Projekt: Geschichte und linke Kritik, in: Z 93, März 2013, S. 66-94.

¹³ Diese Einschätzung müsste genauer in den Blick genommen werden. Für soziale Kämpfe im engeren Sinne (Lohnerhöhungen, Arbeitsplatzertreuungen etc.) könnte sie zutreffen, wengleich auch hier zahlreiche Beispiele koordinierter Kämpfe auf europäischer Ebene zu finden sind, von der Auseinandersetzung über die Bolkestein-Richtlinie über die Streiks der Hafenarbeiter bis zu Auseinandersetzungen in der Automobilindustrie und den sich abzeichnenden Protesten gegen das Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP). Für soziale Kämpfe im weiteren Sinne hat die europäische Ebene inzwischen eine zentrale Bedeutung (G8, Sozialforen, Blockupy, Indignados etc.). Vgl. z.B. A. Gallas u.a., Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg 2012.

Was bringt die Große Koalition?

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 charakterisierte der politische Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“, Heribert Prantl, den anstehenden Wahlkampf als Inszenierung eines Lagerwahlkampfes, obwohl es „politische Blöcke mit scharf getrennter Programmatik“ nicht mehr gebe. Prantl konstatierte: „Die fundamentalen Unterschiede zwischen den Parteien (die Linke ausgenommen) sind verschwunden oder gemindert.“¹ Das ist zweifellos richtig. Die innere Logik des Wahlkampfes erfordert jedoch die Herausstellung scheinbar „fundamentaler“ Unterschiede, um die Parteien für potentielle Wähler attraktiv zu machen. Zudem sind die Parteien ihrer Herkunft und Tradition nach in unterschiedlichen sozialen Milieus verankert und artikulieren bei aller Übereinstimmung in entscheidenden Grundsatzfragen durchaus die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen. Dies drückt sich in ihrer sozial-politischen Orientierung und ihren Wahlversprechen aus. Entsprechende Kontroversen bei der Wahl 2013 zeigten sich u.a. beim Mindestlohn, in der Rentenfrage, hinsichtlich Flexibilisierung der Arbeit, bezüglich der Besteuerung von Vermögen und höheren Einkommen. Die Abgrenzung zwischen den „Lagern“ war zweifellos fließend, was sich auch darin zeigt, dass nach der Wahl die im Wahlkampf rivalisierenden Partei-Gruppierungen CDU/CSU und SPD/Grüne umstandslos in Kooperationsbeziehungen eintreten konnten. Insofern kann von Block-Bildung im klassischen Sinne nicht die Rede sein. Dennoch drücken sich in der Gruppierung der Parteien unterschiedliche Orientierungen aus, deren Zurkenntnisnahme für das Verständnis des Wahlverhaltens und der politischen Konstellation nach den Wahlen von Belang ist.

Zu den Eigentümlichkeiten der parlamentarischen Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik haben², gehört der Umstand, dass nicht nur die Parteien in ihrer Willensbildung und Programmformulierung über die verschiedensten Mechanismen ständigem Druck der wirtschaftlich herrschenden Klasse unterliegen, sondern auch die Wählerentscheidungen in hohem Maße durch die ideologischen (Staats)Apparate – insbesondere die de facto unter staatlicher (öffentlich-rechtlicher) bzw. privater Kontrolle stehenden Medien – beeinflusst und geformt werden, und dass die ergangenen Wählerstimmen durch die Mechanismen

¹ Heribert Prantl, Warum Wähler und Parteien im Lagerdenken verharren, in: Süddeutsche Zeitung v. 22. 1. 2013. Lafontaine nannte dies später „Einparteiensystem mit vier Flügeln“. Oskar Lafontaine, Lagerwahlkampf, in: junge Welt v. 21. 3. 2013.

² Die auf allgemeinem Wahlrecht beruhende parlamentarische Demokratie hat sich als heutige Herrschaftsform der bürgerlichen Gesellschaft erst vor wenigen Jahrzehnten – zu Beginn des 20. Jahrhunderts – unter dem Druck der sozialistischen Arbeiterbewegung durchgesetzt – eine „Reform“ des Herrschaftssystems, die in Vergangenheit und Gegenwart äußerst fragil war und geblieben ist. Vgl. z.B. Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, West-Berlin 1967; Gert Schäfer/Carl Nedelmann, Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967; Frank Deppe, Autoritärer Kapitalismus, Hamburg 2013.

des Parteienstaates – Wahlrecht, System der repräsentativen Demokratie, Verfasstheit der Parteien³ usw. – in bestimmte Richtungen kanalisiert werden können. All dies war vor und nach den Bundestagswahlen 2013 gut zu studieren.⁴

Wir betrachten im Folgenden 1.) Wahlergebnisse und Trends der politischen Verankerung der Parteien; 2.) die im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommende Orientierung der Großen Koalition und Reaktionen auf die Krise 2007-2013 sowie 3.) Fragen, die für die Opposition (Gewerkschaften, politische Linke) von Belang sein könnten.

1. Wahlergebnisse und Verankerung der Parteien

Die Zweitstimmen-Ergebnisse der BT-Wahlen (Tab. 1, amtliche Endergebnisse) zeigen als übergreifenden Trend 2005 – 2013 einen Anstieg der CDU/CSU und Abstieg der SPD bei Stagnation von Linken, Grünen und FDP/ AfD. Von 2009 auf 2013 ist der Anstieg der CDU/CSU noch ausgeprägter, die SPD legt gegenüber dem schweren Einbruch 2009 nur leicht zu, die Linke, die 2009 vom Einbruch der SPD profitieren konnte, fällt auf das Ausgangsniveau zurück.

Fasst man die politischen „Hauptblöcke“ zusammen – auf der einen Seite der „wirtschaftsliberale Eigentumsblock“ (CDU/CSU, FDP, AfD) und auf der anderen Seite SPD, Grüne, Piraten und Linke mit stärkerer Neigung zu regulatorischen Eingriffen, so nimmt der Anteil des „Eigentumsblocks“ zwischen 2005 und 2013 von 45 über 48,4 auf 51 Prozent der Zweitstimmen zu, während SPD, Grüne, Piraten und Linke zusammen von 51 über 47,6 auf 44,9 Prozent abnehmen. Das Verhältnis der beiden Richtungen hat sich von 2005 (45 zu 51 Prozent) bis 2013 gerade umgekehrt. Der Anteil der sonstigen Parteien ist gleich geblieben (um die 4 Prozent).

³ Auf Charakter und Funktion der großen Parteien, die in ihren Spitzen und Apparaten de facto Teile des Staatsapparates darstellen, kann hier nicht eingegangen werden. Die „Homogenisierung“ ihrer politischen Positionen und Programme, die Prantl konstatiert, erfolgt gerade auf dieser Ebene des politischen Systems.

⁴ Dies gilt insbesondere für die Mechanismen, mit denen die „asymmetrische“ Situation – „Lagerbildung“ in den Wahlaussagen und in den Erwartungen der Wähler, weitgehende Übereinstimmung und „Kompromissoffenheit“ der Parteien – nach den Wahlen aufgelöst wurde. In der Mindestlohnfrage läuft dies über die „Ausnahmeregelungen“, mit denen nach Berechnungen des WSI etwa zwei der 5,55 Millionen Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro aus der Mindestlohnregelung ausgeschlossen werden sollen. (M. Amlinger/R. Bispinck/Th. Schulten: Niedriglohnsektor – Jeder Dritte ohne Mindestlohn? WSI-Report 12, Düsseldorf, Januar 2014). In der Frage der Steuererhöhungen war es das Argument der notwendigen Koalitionsbildung, das diesen zentralen Punkt des SPD-Wahlprogramms unter den Tisch fallen ließ. Der komplizierteste Punkt war vielleicht die Koalitionsbildung selbst. Die SPD hatte sich gegen eine große Koalition und für „Rot-Grün“ ausgesprochen. Lt. Forsa v. 27. 9. 2013 waren 65 Prozent der SPD-Mitglieder und 70 Prozent der Funktionsträger gegen eine Große Koalition. Unter dem Druck von Parteiapparat („Staatsräson“), Medien und öffentlich gemachten „Erwartungen“ wichtiger gesellschaftlicher Organisationen (Gewerkschaftsspitzen, Unternehmerverbände, Koalitionspartner in spe) wurde diese Meinung der Parteibasis umgedreht.

Tab. 1: Zweitstimmen der BT-Wahlen 2005 bis 2013 (in Prozent)					
	2005	2009	2013	2005/2013	2009/2013
CDU/CSU	35,2	33,8	41,5	+6,3	+7,7
FDP	9,8	14,6	4,8	-5,0	-9,8
AfD	-	-	4,7	+4,7	+4,7
SPD	34,2	23,0	25,7	-8,5	+2,7
Linke	8,7	11,9	8,6	-0,1	-3,3
Grüne	8,1	10,7	8,4	+0,3	-2,3
Piraten	-	2,0	2,2	+2,2	+0,2
REP, NPD	2,2	1,9	1,5	-0,7	-0,4
Sonstige	1,3	2,1	2,6	+1,3	+ ,5

Der Vergleich der Ergebnisse der drei Wahlen zeigt, dass im Zuge der Krise die modernisiert-konservative, neoliberale Richtung durchgängig zugelegt hat. Der für die Bundesrepublik im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern moderate Krisenverlauf hat auch nach Abklingen der Krise diesen Trend bestärkt, wie der Vergleich 2009/2013 zeigt. (+2,6 Prozent für CDU/CSU, FDP und AfD, -2,7 Prozent für SPD, Grüne, Piraten und Linke).⁵

Für die Beurteilung der Verschiebungen zwischen den Parteien und Hauptrichtungen sind die soziale Verankerung und Resonanz der Parteien von Interesse. Wir betrachten im Folgenden die Wählerwanderungen, den Bereich der Nichtwähler, Parteienbindung und Wahlentscheidungen nach Einkommensgruppen sowie nach sozialer Stellung und Mitgliedschaft in Gewerkschaften.

Die *Wählerwanderungen* bei der BT-Wahl 2013 vollzogen sich hauptsächlich *innerhalb* der Parteiengruppierungen, was als Hinweis auf deren relative Stabilität verstanden werden kann. Innerhalb des „Bürgerblocks“ wurden per saldo annähernd 3 Mio. Stimmen umgeschichtet: Hauptsächlich von der FDP zur CDU (2,2 Mio.) bzw. AfD (450 Tsd.) bzw. von der CDU zur AfD (300 Tsd.). Auf der anderen Seite wanderten knapp 1 Mio. Stimmen von der Linken an SPD und Grüne (zusammen 390 Tsd.) und 570 Tsd. von den Grünen an die SPD. Innerhalb beider Blöcke zirkulierten also etwa zusammen 4,6 Mio Stimmen. Der Austausch zwischen beiden „Lagern“ war deutlich geringer: SPD, Grüne und Linke verloren an CDU und AfD fast 1,6 Mio. Stimmen (480 Tsd. von der SPD, 520 Tsd. von der Linken und 560 Tsd. von den Grünen), während deutlich weniger Wähler (770 Tsd.) zu ihnen vom „Bürgerblock“

⁵ Festzuhalten bleibt, dass die heute im Bundestag vertretenen Parteien bei einer Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent (28,5 Prozent Nichtwähler) sowie 15,7 Prozent Wahlstimmen für Parteien, die unter die 5%-Klausel fallen, knapp 60 Prozent der Wahlberechtigten repräsentieren. Auf die Parteien der Großen Koalition entfielen insgesamt 29,4 Millionen Stimmen, was 67,3 Prozent der gültigen Stimmen, aber nur 47,5 Prozent aller Wahlberechtigten entspricht. Auf der Ebene des Bundestages stellt sich die Konstellation etwas „linksverschoben“ dar, da durch die 5%-Klausel u.a. 9,5 Prozent der Wahlstimmen von FDP und AfD im Bundestag nicht vertreten sind.

abwanderten. Es handelte sich hierbei also per saldo weitgehend um Verschiebungen nach rechts. Während CDU, FDP und AfD per saldo 365 Tsd. Stimmen von Nichtwählern auf sich ziehen konnten, waren dies bei SPD, Grünen und Linken nur 40 Tsd. (Verluste bei der Linken, Zugewinn bei SPD).

Der *Nichtwähler*-Anteil an den Wahlberechtigten ist in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich angestiegen – von ca. 10 Prozent in den 1970er Jahren auf über 29 Prozent 2009; 2013 lag er bei 28,5 Prozent. Zahlreiche Studien zeigen, dass die Wahlbeteiligung dort am niedrigsten ausfällt, wo die Erwerbslosenquote hoch und das Einkommensniveau niedrig ist und die Wahlberechtigten über vergleichsweise geringe Bildungsabschlüsse verfügen.⁶ In einer Untersuchung zu den Nichtwählern der BT-Wahl 2013 in 28 Großstädten und 640 Stimmbezirken, die als repräsentativ gelten, bestätigen Gagné u.a. diese Sicht. Ihr Fazit: „Deutschland ist längst zu einer sozial gespaltenen Demokratie der oberen zwei Drittel unserer Gesellschaft geworden. Die Demokratie wird zu einer immer exklusiveren Veranstaltung für Menschen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaft.“⁷ Dabei sind die Stimmbezirke und sozialen Milieus mit abnehmender Wahlbeteiligung i.d.R. eher solche, die stärker der SPD bzw. der politischen Linken zuneigen. Gerade in deren Milieu nimmt die Wahlabstinenz zu.⁸

Eine Untersuchung des DIW⁹ über *Parteibindung der Haushalte* (die als soziale Reproduktionseinheiten verstanden werden können) nach Einkommens- und Vermögensgruppen in den Jahren 2009 bis 2011 zeigt, dass im oberen Einkommensfünftel der Haushalte CDU/CSU, FDP und die Grünen bedeutend mehr Anhänger haben als im unteren Fünftel (vgl. Tab. 2). Umgekehrt ist der Anteil von Anhängern von SPD und insbesondere der Linken im unteren Fünftel deutlich höher als im oberen Einkommensfünftel. Hier zeigt sich die gewachsene soziale Nähe des Klientels der Grünen zum „Eigentumsblock“, eine der Grundlagen für den politischen Richtungswechsel bei den Grünen nach den BT-Wahlen und ihre Bereitschaft zur Koalition mit der CDU in Hessen.

Zusammengefasst entfallen in dieser Untersuchung im oberen Fünftel auf CDU/CSU und FDP über 53 Prozent der Haushalte, zusammen mit den Grünen sogar über 70 Prozent. Im unteren Fünftel neigt mehr als ein Drittel (etwa 35

⁶ Armin Schäfer, Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 48-49/2013, S. 39ff.

⁷ J. F. Gagné, R. Vehrkamp, A. Schäfer: *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2013, S.13. Die Autoren verweisen als extremes Beispiel auf zwei Kölner Stadtteile mit einer Wahlbeteiligung von 42 Prozent (Chorweiler) bzw. 89 Prozent (Hahnwald). In Chorweiler lag die Arbeitslosenquote bei 19, in Hahnweiler bei einem Prozent.

⁸ „... viele in den ehemaligen Arbeitervierteln wissen nicht mehr, warum sie SPD wählen sollen. Wegen Hartz IV? Wegen der Rente mit 67? Und obwohl die Linkspartei vor allem in den Städten punktet, tritt sie hier nicht automatisch das Erbe der SPD an.“ R. Stumberger, *Keine Wahl auf dem Hasenberg!*, in: *Neues Deutschland* v. 18.12.2013.

⁹ S. Bach, M. M. Grabka: *Partei Anhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen*, in: *DIW-Wochenbericht* Nr. 37/2013, S. 11-18.

Prozent) zu CDU/CSU und FDP; zusammen mit den Grünen sind es über 47 Prozent, während SPD und Linke in diesem Segment nur knapp 47 Prozent auf sich vereinigen können. Dass mit wachsendem Einkommen die Orientierung zur politischen Rechten zunimmt, ist nicht überraschend. Bemerkenswert ist die starke Bindung an den Eigentumsblock bis in die unteren sozialen Schichten.

Tab. 2: Parteienbindung der Haushalte nach Einkommensgruppen 2009-2011 (in Prozent)

	CDU/CSU	FDP	Grüne	SPD	Linke	Zus.
Oberes Fünftel	45,0	8,1	17,2	25,4	1,5	97,2
Unteres Fünftel	31,4	3,4	12,5	33,7	12,9	93,9

Nimmt man die sehr allgemeinen arbeitsrechtlichen Kategorien Selbständige, Arbeiter, Angestellte etc., so zeigt sich eine ähnliche Rechts-Links-Zuordnung der Wähler im Parteienspektrum nach Stellung im Erwerbsleben (vgl. Tab. 3). Der Anteil der Wähler von CDU/CSU, FDP und AfD beträgt bei den Selbständigen zwei Drittel, bei den Arbeitslosen ein Drittel. SPD/Linke wählten 20 Prozent der Selbständigen, aber 49 Prozent der Arbeitslosen. Bei allen anderen Erwerbstätigenkategorien dominiert der „Eigentumsblock“: bei den Rentnern mit 57 Prozent, bei Angestellten und Arbeitern mit 49 bzw. 44 Prozent. SPD und Linke erreichten bei Angestellten und Arbeitern nur 34 bis 40 Prozent.

Die Konstellation aus SPD, Grünen und Linken, die im Wahlkampf programmatisch zumindest im sozialpolitischen Bereich eine gewisse Übereinstimmung zeigte, ist gegenüber dem „Bürgerblock“ bei den Arbeitern gleich stark, bei den Angestellten schwächer (45 gegen 49 Prozent) und bei den Rentnern deutlich schwächer (40 zu 57 Prozent). Allein bei den Arbeitslosen zeigte sie sich wesentlich stärker (58 zu 24 Prozent).

Tab. 3: Wahlergebnis 2013 nach Stellung im Erwerbsleben (in Prozent)¹⁰

	CDU/CSU, FDP, AfD	Grüne, Piraten	SPD	Linke
Selbständige	64	13	14	6
Rentner	57	4	28	8
Angestellte	49	14	26	8
Arbeiter	44	8	27	13
Arbeitslose	31	13	26	23

¹⁰ H. Kahrs: Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag, Wahlkampfbericht und erste Analyse, 23.09.2013 http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/BTW13_Kahrs_Wahlkampfbericht.pdf

Die starke Bindung an Betrieb und Unternehmen als Erwerbsgrundlage stärkt bei Arbeitern und Angestellten die Neigung, die ungeschminkt für Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen auftretenden Parteien des Bürgerblocks zu wählen. Hier zieht das Modell Deutschland – Stärkung der exportorientierten Wirtschaft als Basis einer erfolgreichen Krisenbewältigung (Merkel: „stärker aus der Krise hervorgehen“).

Was die Linke betrifft, so sind ihre Wähleranteile bei Arbeitern (13 Prozent) und Arbeitslosen (23 Prozent) überdurchschnittlich. Hier schlägt die soziale Frage durch. Bei den Lohnabhängigen insgesamt dürfte die starke Bindung durch konservative Parteien (die sozialchauvinistisch argumentierende AfD erreicht bei den Arbeitern 6 Prozent) mit der elementaren Erfahrung zusammenhängen, dass die „Verfügung“ über einen Arbeitsplatz eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist.¹¹

Bei den Gewerkschaftsmitgliedern¹² sind SPD und Linke mit knapp 47 Prozent (alle Wähler: 34,3 Prozent) stärker als CDU/CSU, FDP und AfD (39,4 Prozent; alle Wähler: 51 Prozent), SPD, Linke und Grüne kamen hier zusammen auf 55,3 Prozent (alle Wähler: 42,7 Prozent). Zu beachten ist aber der Trend: Gegenüber 2009 hat die CDU/CSU unter den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich Terrain gewonnen (+7,4 Prozent), der Zuwachs der SPD blieb gering (+2,5 Prozent) und die Linke hat deutlich verloren (-6,1 Prozent). Bezüglich der SPD wird konstatiert: „Die vor Jahren noch selbstverständliche Allianz zwischen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und der SPD, als eine deren Interessen artikulierende Partei, gehört offenbar immer mehr der Vergangenheit an.“¹³

Die SPD steht insofern unter starkem Druck, die Erosion ihrer traditionellen Wählerbasis einzudämmen – dies ist der Hintergrund ihrer derzeitigen Avancen gegenüber den Gewerkschaften. Dass ihr Abrücken von der Ausgrenzung der Linkspartei mit der durch das BT-Wahlergebnis erneut dokumentierten fehlenden Machtperspektive zusammenhängt, ist ebenso offenkundig. Eine Dynamik in Richtung „Rot-Rot-Grün“ geben das Wahlergebnis und die Daten zur sozialen Verankerung der Parteien nicht her, ganz im Gegenteil. Dies zeigt auch der mit der Großen Koalition gefundene und im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommende Konsens von Schwarz-Rot.

2. Korporativer Wettbewerbskapitalismus

Es wurde oben gezeigt, dass es zwischen den politischen Blöcken (mit Ausnahme der Linken) kaum noch fundamentale Unterschiede gibt, dass diese aber gleichwohl die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen ausdrücken. Diese wider-

¹¹ Vgl. Klaus Dörre u.a., Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen, Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Betrieben, Hamburg 2013.

¹² Daten der Forschungsgruppe Wahlen (DGB-Gewerkschaften plus Beamtenbund und andere „Arbeitnehmerorganisationen“); vgl. DGB (Hrg.), einblick, H. 17/2013.

¹³ Matthias Jung u.a. (FG Wahlen), Angela Merks Sieg in der Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48-49/2013, S. 18.

sprüchliche Konstellation wird insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik sichtbar. Gestützt durch ein verbreitetes Bewusstsein vom „bedrohten Paradies“¹⁴ – für die große Mehrheit der Wähler erscheint die relative Krisenresistenz Deutschlands weniger als Chance für einen politischen Richtungswechsel denn als fragile Errungenschaft, deren Verteidigung eine Daueraufgabe ist – eint die politischen Blöcke (wieder mit Ausnahme der Linken) das Bestreben, die als permanent bedroht empfundene Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts Deutschland“ zu verteidigen bzw. weiter auszubauen. Dabei gibt es unterschiedliche Akzente, vor allem was den Spielraum für soziale Kompromisse betrifft. Was die aktuelle Bundesregierung angeht, so scheint es, als wolle sie diese wettbewerbspolitische Orientierung gegenwärtig eher unter Einbindung der Gewerkschaften und anderer sozialer Bewegungen als durch weiteren Lohn- und Sozialabbau umsetzen.

2.1. Wettbewerbskapitalismus als nationales Projekt

Eines der im schwarz-roten Koalitionsvertrag¹⁵ am meisten gebrauchten Wörter lautet „Wettbewerbsfähigkeit“ (32 Mal), meist verbunden mit „international“. Dabei geht es zwar auch um Europa, im Wesentlichen aber um Deutschland – die Stärkung Europas dient der Förderung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Zu diesem Zweck knüpft die neue Bundesregierung an traditionelle industriepolitische Ansätze an – schon das Wort „Industriepolitik“ war lange Jahre als marktfeindlich und planwirtschaftlich verpönt¹⁶: Im Rahmen der Politik zur „Stärkung des Industriestandorts Deutschland“¹⁷ werden im Koalitionsvertrag jene Wirtschaftszweige aufgezählt, die man als für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes entscheidend betrachtet, selbst die Bezeichnung „Schlüsselindustrien“ taucht auf. Dazu gehören lt. Koalitionsvertrag die Software- und IT-Industrie, die Luft- und Raumfahrt und interessanterweise auch die maritime Wirtschaft (LeaderSHIP Deutschland) – die Beherrschung der internationalen Transportlogistik ist ein wichtiges Moment für die Exportwirtschaft, vor allem in Richtung Asien und USA. Außerdem wird der Rohstoffwirtschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet: Hier wird die zentrale Rolle der Politik bei der Sicherung der Rohstoffversorgung – mit dem Verweis auf angeblich durch staatliche Eingriffe verursachte internationale „Wettbewerbsverzerrungen“ – unum-

¹⁴ Zusammenfassung der Ergebnisse einer repräsentativen Befragung des „Rheingold-Instituts“ vom 6.9.2013, zit. in: Joachim Bischoff/Christoph Lieber, *sozialismus*, Januar 2014.

¹⁵ Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode.

¹⁶ Dies galt nicht auf europäischer Ebene. Die EU-Kommission hat schon 2010 im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ explizit die Aufgabe gestellt, „eine Industriepolitik zu etablieren, die für die Beibehaltung und Weiterentwicklung einer starken, wettbewerbsfähigen und diversifizierten industriellen Grundlage in Europa optimale Voraussetzungen schafft [...]“ (EU-Kommission, zit. in Deutsche Bank Research, *Re-Industrialisierung Europas: Anspruch und Wirklichkeit*, November 2013, S. 2.)

¹⁷ CDU-Wirtschaftsrat, *Empfehlungen für das Regierungsprogramm 2013-2017. Mut zu einem starken Wirtschaftsstandort Deutschland*, Berlin, September 2013.

wunden herausgearbeitet: „gezieltes Handeln“ im Rahmen einer integrierten Rohstoffstrategie sei geboten. Dass in der Außen- und Entwicklungspolitik Afrika stärker ins Visier rückt, ist vor diesem Hintergrund nur logisch.

Die wettbewerbspolitische Begründung staatlicher Industrieförderung gilt auch für Maßnahmen im Rahmen der Energiewende, die einen wichtigen Stellenwert im Rahmen der Vereinbarungen besitzt. Aspekte der globalen Klimapolitik werden nur mehr in diesem Kontext erwähnt – sie fehlen erstaunlicherweise im Abschnitt 7, „Verantwortung in der Welt“. Damit wird bestätigt, dass Deutschland nicht mehr die Absicht hat, in der globalen Klimapolitik eine Vorreiterrolle zu spielen: „Die Erreichung ambitionierter europäischer Klimaschutzziele darf nicht zu Nachteilen für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrien führen ...“, heißt es im Koalitionsvertrag. In der Tat sind die Energiekosten ein wichtiger Wettbewerbsfaktor.¹⁸ Dass die Herabstufung der Klimapolitik in einer politischen Situation erfolgt, in der die Grünen verstärkt Bestandteil der dominierenden politischen Konstellation werden¹⁹, ist angesichts zunehmender klimatisch bedingter Katastrophen mehr als beunruhigend.

Wie die staatliche Förderung der genannten „Leitmärkte“ und „Schlüsselindustrien“ genau aussehen soll, wird im Koalitionsvertrag kaum spezifiziert – bei einem 185-Seiten Text, dem auch die Stärkung des „Bienenmonitoring“ einen Satz wert ist, immerhin bemerkenswert. Aber dass diese gezielt staatlich gefördert werden müssen, wird an vielen Stellen hervorgehoben – womit man sich von marktradikalen Formeln, wie der „Reduzierung des Staates auf seine Kernaufgaben“, die sich in den „Empfehlungen“ des CDU-Wirtschaftsrats noch finden, verabschiedet.

Ein ähnlicher industriepolitischer Grundzug findet sich auch in der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung in Hessen²⁰, die es ebenfalls für sinnvoll hält, die Förderung des „Wirtschaftsstandorts Hessen“ an einige wenige Wirtschaftszweige zu binden: Neben der Finanzwirtschaft („Finanzplatz Frankfurt“) werden Chemie/Pharma („Pharmastandort“), die Automobilindustrie und die Raumfahrt erwähnt. Das schwarz-grüne Zauberwort ist „ausgewogen“, zwischen konfligierenden Zielen soll ein „fairer Ausgleich“ gefunden werden, allerdings immer im Interesse des Wirtschaftsstandorts. Die schwarz-grüne Vereinbarung versteigt sich auf diesem Gebiet so weit, die begrenzte Duldung der Versalzung von Werra und Weser durch das DAX-Unternehmen K&S mit der Notwendigkeit der Erhaltung des „Kali-Standortes“ Nordhessen zu begründen. Selbst der Naturschutz im Wald steht unter dem Vorbehalt der „Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Land- und Forstwirtschaft“. Das abso-

¹⁸ DB-Research, a. a. O., S.18.

¹⁹ Dies lässt sich nicht nur an der Umorientierung in der Führung der Grünen nach den BT-Wahlen und an der Qualifizierung der hessischen schwarz-grünen Koalition als Testlauf für Berlin festmachen. Die Bundesregierung selbst hat zwei „grüne“ Staatssekretäre ernannt.

²⁰ Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen. Hessen 2014 – 2019, Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und Bündnis90/Die Grünen Hessen für die 19. Wahlperiode des Hessischen Landtags 2014-2019.

lute Primat der Wettbewerbsfähigkeit kann auch am weitgehenden Fehlen von Elementen eines ‚grünen Kapitalismus‘ deutlich gemacht werden. Alle innovativen Ansätze wie z.B. die Energiewende stehen unter dem Wettbewerbsvorbehalt. Unter der viel versprechenden Überschrift „Industriepolitik: Tradition und Innovation“ wird in der schwarz-grünen Vereinbarung zwar formuliert: „Zum Erfolg der hessischen Wirtschaft tragen aber nicht nur die traditionell starken Branchen, sondern auch die sich verstärkt entwickelnden Zukunftsbranchen bei.“ Aber immer, wo’s konkret wird – und es wird streckenweise sehr kleinteilig – geht es um die traditionellen Wirtschaftszweige Chemie/Pharma, Automobilindustrie und Banken. Was „Zukunftsbranchen“ genau sind und was von ihnen zu erwarten ist, bleibt unklar.

Der schwarz-rote Koalitionsvertrag hatte und hat ein ziemlich schlechtes Medien-echo, wobei negative Aussagen aus dem Unternehmerlager im Vordergrund stehen. Ein genauerer Blick auf die Haltung der großen Verbände des Kapitals zum Regierungsprogramm kommt aber zu einem anderen Ergebnis. Im Vordergrund der kritischen Äußerungen aus dem Unternehmerlager stehen die Rentenpläne, die als Kostenbelastung (bzw. als verhinderte Kostenentlastung) der Unternehmen erwartungsgemäß abgelehnt werden. Es wird dafür aber auch Verständnis geäußert, da „Kompromisse“ notwendig seien (BDA). Der Bundesverband der Arbeitgeberverbände formuliert in einer Stellungnahme seines Präsidenten Ingo Kramer eine vorsichtig-positive Haltung zum Koalitionsvertrag: „Aus wirtschaftlicher Sicht ist nicht alles vernünftig, manches geht aber in die richtige Richtung.“ Ausdrücklich gelobt werden die Vorhaben der Finanzpolitik und die europa- und außenpolitischen Zielsetzungen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, „dass die positiven Aussagen zum Industriestandort Deutschland die Politik in den nächsten vier Jahren prägen werden“²¹ Der Präsident des BDI, Ulrich Grillo, lobt explizit die Fokussierung des neuen Wirtschaftsministers Gabriel auf Stärkung des „Industriestandorts“.²²

2.2 Deutschland – Hegemonialmacht in Europa?

Die Koalitionäre sind sich ebenso wie die Kritiker aus der Wirtschaft darin einig, dass die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland nur im Rahmen Europas erfolgreich sein kann. Die „Empfehlungen“ des CDU-Wirtschaftsrats formulieren: „Deutschlands Zukunft heißt Europa. In einer Welt neuer Kraftzentren werden wir unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur mit einem starken Europa verteidigen können.“ Dies könne aber nur unter deutscher Führung gelingen: Die „Führungsverantwortung“ Deutschlands ist gefragt – was angeblich auch die Partner vom „Stabilitätsanker“ Deutschland erwarten. Diese europapolitische Orientierung scheint zwischen CDU und SPD unumstritten: Europa ist nur unter deutscher Führung denkbar. Auch damit scheint sich die neue Bundesregierung im Einklang mit einer verbreiteten Massenstimmung zu befinden: „78 Prozent der

²¹ BDA, Presseinformation 063/2013 v. 27.11.2013.

²² „Die Industrie baut auf Wirtschaftsminister Gabriel“, FAZ v. 18.1.14.

Wähler stimmen der Aussage zu, dass Deutschland in Europa stärker seine eigenen Interessen wahren sollte. Und umgekehrt stimmen nur 38 Prozent der Wähler der Aussage zu, dass sich Deutschland in Zukunft stärker in die europäischen Gemeinschaft integrieren sollte.²³ In der Präambel des schwarz-roten Koalitionsvertrags werden jene Prinzipien genannt, deren Beachtung die deutsche Spitzenstellung in Europa, die sich nach Ansicht der Autoren insbesondere in der aktuellen Krise gefestigt hat, weiter sichern soll, darunter: Senkung der Schuldenquote (in der schwarz-grünen hessischen Vereinbarung ein hervorgehobener Punkt), Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie u. a. durch Technologieförderung und Begrenzung der Lohnzusatzkosten, Stabilisierung der Finanzmärkte bei Verteidigung des deutschen Drei-Säulen-Modells und starke Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Entgegen der in den Medien vielfach verbreiteten Ansicht, die Koalition habe kein Projekt, verfolgen die Koalitionäre (im Bund und in Hessen) klare Ziele und sind sich auch über die Mittel und Prioritäten weitgehend einig: Es geht um die Bewahrung bzw. den Ausbau der deutschen Position in einer multipolaren Welt, wobei sie zwar den europäischen Kontext nicht ignorieren, sich aber darüber einig sind, dass Europa sich voll und ganz dem deutschen Verständnis der sozialen Marktwirtschaft zu unterwerfen habe. Dass das von den europäischen Partnern möglicherweise anders gesehen werden könnte und dass hier Kompromisse notwendig sein werden, wird noch nicht einmal erwähnt. Europa wird als deutsches Projekt vorgestellt. Die deutsche Führungsrolle wird insbesondere im Abschnitt 6 des schwarz-roten Koalitionsvertrags „Starkes Europa“ unumwunden formuliert. Schon der Einleitungssatz macht unmissverständlich deutlich, dass eine neue Zeit angebrochen ist: In einer Periode historisch einzigartiger Veränderungen „ist Deutschland als wirtschaftlich starker Mitgliedsstaat und Stabilitätsanker in eine gewachsene Verantwortung hineingewachsen ...“²⁴ Ohne die unterschiedlichen Gegebenheiten und Interessen der europäischen „Partner“ auch nur zu erwähnen, heißt es: „Die bewährten Regeln der Sozialen Marktwirtschaft müssen das Grundgerüst für die Wirtschafts- und Währungsunion der Zukunft sein.“ Die Partnerländer können nur insoweit auf europäische (deutsche) Unterstützung rechnen, wie sie sich einem ‚Reformprogramm‘ nach deutschem Muster unterwerfen; während die Verantwortlichkeit des Bundestags für Hilfskredite betont wird, werden die Parlamente der übrigen Mitgliedsstaaten faktisch entmündigt: Sie sollen sich im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen („Reformverträge“) mit der EU-Kommission unter Überwachungsstatus begeben. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag nach den Vorstellungen der Bundesregierung zur Umsetzung der „Wettbewerbspakte“ zwischen der EU-Kommission und einzelnen europäischen Ländern wird formuliert: Es „wird es von entscheidender Bedeutung sein, die nationale Eigenverantwortung („Ownership“) für die Umsetzung notwendiger Reformen, auch durch eine angemessene Einbindung der nationalen Parlamente, zu stärken.“ Was genau als „angemessen“ gilt, bleibt offen – die aus der Entwicklungspolitik stam-

²³ Rheingold-Umfrage, zit. in: sozialismus, a.a.O.

²⁴ Auch sprachlich „einzigartig“: In etwas Wachsendes hineinwachsen.

mende Formel der „ownership“ macht aber deutlich, wie die Bundesregierung das Verhältnis zu den ‚reformbedürftigen‘ Ländern sieht: Der ‚Geber‘ bestimmt, was der ‚Nehmer‘ zu tun hat: Wer zahlt schafft an! Dass europäische Regeln auch für Deutschland gelten könnten, wird nicht einmal erwähnt – obwohl Deutschland einen klar gegen EU-Richtlinien verstoßenden chronischen Leistungsbilanzüberschuss aufweist, der eigentlich Sanktionen auslösen müsste. In der Debatte darüber hatten die Koalitionäre vorab deutlich gemacht, dass sie nicht gewillt sind, in diesem Punkt irgendwelche europäischen Eingriffe zu akzeptieren. Man ist sich einig: In der EU wird jetzt deutsch gesprochen. „Der Umgang mit der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen muss ihre rechtliche Stellung und ihren tatsächlichen Gebrauch in der EU widerspiegeln. Deutsch muss auch in der Praxis den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden“, heißt es im Koalitionsvertrag – eine angesichts der globalen Rolle von Englisch absurde Vorstellung. Deutschland stilisiert sich hier zur europäischen Hegemonialmacht. Noch Mitte 2013 hatte der Londoner „Economist“ beklagt, dass Merkel-Deutschland die ihm eigentlich zustehende Führungsrolle aus historischen Gründen nicht wahrnehme, Deutschland sei ein „reluctant hegemon“.²⁵ Das scheint sich unter schwarz-rot geändert zu haben. Ob Deutschland aber wirklich dauerhaft die Rolle einer europäischen Hegemonialmacht spielen kann ist angesichts des globalen (auch militärischen) Gewichts Großbritanniens und selbst Frankreichs durchaus fraglich. Die nach dem Ausscheiden der FDP verstärkte Neigung zu militärischen Auslandsinterventionen (nach der Gauck-Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz wird sogar von einem außenpolitischen ‚Paradigmenwechsel‘ gesprochen), die auch von den Grünen mitgetragen wird, und die von Entwicklungsminister Müller/CSU geforderte Zusammenarbeit zwischen Entwicklungshilfe und Bundeswehr im Ausland machen deutlich, dass die Bundesregierung hier mindestens gleichziehen will.

Die sich im Koalitionsvertrag und in den mit seiner Erstellung verbundenen Diskussionen herauschälende Strategie ist eindeutig: Ziel ist die Stärkung Deutschlands im globalen Wettbewerbskapitalismus, wobei die europäische Einbindung nur soweit akzeptiert wird, wie sie diese Wettbewerbsfähigkeit sichert, d.h. sich deutschen Vorstellungen unterordnet. Konzessionen gegenüber anders gelagerten Interessen europäischer Partnerländer – die in der Realität natürlich unvermeidbar sind – werden noch nicht einmal angedeutet.²⁶ Inwieweit diese verbale euro-imperialistische Kraftmeierei wirklich ernst gemeint ist wird sich in der Praxis zeigen – ganz offensichtlich fühlen sich die Koalitionäre von euro-skeptischen Tendenzen innerhalb und außerhalb der beteiligten Gruppen unter Druck gesetzt und versuchen, dem durch Großmachtgehabte das Wasser abzugraben.

²⁵ The Economist v. 15. Juni 2013.

²⁶ Barbara Unmüßig interpretiert den Koalitionsvertrag als „nationale Nabelschau“ und weist – neben dem „Abschied Deutschlands als Vorreiter im Klimaschutz“ – auf fehlende Vorstellungen zur Gestaltung der globalen Beziehungen, darunter den Umgang mit den aufstrebenden Schwellenländern, hin. („Weltwirtschaft t& Entwicklung“, Januar 2014)

2.3 Abschied vom Marktradikalismus?

Auffallend ist das Bemühen des Koalitionsvertrags (wie auch der hessischen schwarz-grünen Vereinbarung), sich von extremen marktradikalen und neoliberalen Positionen abzugrenzen. Vor allem im Vergleich mit den „Empfehlungen“ des CDU-Wirtschaftsrats fällt auf, dass der Koalitionsvertrag weder weitere Deregulierungen der Arbeitsmärkte noch zusätzliche Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen (wie z.B. der Bahn) fordert. Das bedeutet allerdings keineswegs, dass hier ein Kurswechsel stattgefunden hat: So geht der Privatisierungsprozess z.B. im Gesundheitswesen weiter. Außerdem werden viele Privatisierungsinitiativen auf EU-Ebene verlagert.²⁷ Während der Wirtschaftsrat in gewohnter Weise weiteren Sozialabbau, eine erneute Verlängerung der Lebensarbeitszeit (auf 69 Jahre) und eine verstärkte Senkung der Lohnzusatzkosten fordert, enthält der Koalitionsvertrag keine neuen sozialen ‚Grausamkeiten‘ – allerdings auch nicht die Rücknahme von Maßnahmen der vorangegangenen Regierungen. Die marktwirtschaftlichen ‚Reformen‘ der Vergangenheit werden als ausreichend betrachtet. Die Veränderungen im Rentenrecht zugunsten bestimmter Gruppen (auf Kosten aller Rentner), die aufhaltsame Einführung des Mindestlohns und einzelne Begrenzungen bei der Leiharbeit zeigen immerhin, dass die Regierung derzeit kein Interesse an einem weiteren rigorosen sozialen Kahlschlag hat und stellenweise Spielräume für kleine soziale Kompromisse sieht. Das wird von den Unternehmerverbänden (und den Medien) zwar wortreich kritisiert, die insbesondere im Zusammenhang mit Veränderungen bei den Renten von „sozialen Wohltaten“ schwadronieren. Die arbeitsmarktpolitischen Vorhaben der Koalition (darunter natürlich der Mindestlohn) werden aber nur vorsichtig kritisiert, es wird deutlich, dass die Arbeitgeberseite dank der zahlreichen Ausnahme- und Übergangsregelungen und der weiteren unbeschränkten Zulassung befristeter Beschäftigungsverhältnisse damit recht gut leben kann. Die vorsichtigen Äußerungen der bestimmenden Wirtschaftsverbände machen jedenfalls deutlich, dass auch sie auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik derzeit keinen konfrontativen Kurs wünschen.

Die Koalitionäre scheinen sich mit den großen Wirtschaftsverbänden einig zu sein, dass die weitere Stärkung des ‚Standorts Deutschland‘ nur im Rahmen eines breiten Konsenses der ‚Sozialpartner‘ einerseits und eines starken und handlungsfähigen Staates andererseits gelingen kann. Insofern bewegt sich der Koalitionsvertrag in der Tradition des ‚Modell Deutschland‘, d.h. eines Exportmodells, welches im Innern den sozialen Konsens sucht. Zumindest auf der verbalen Ebene wird Abschied genommen vom staatskritischen und marktradikalen Diskurs der Vergangenheit, eine gewisse Renaissance etatistischer Formeln ist nicht zu übersehen – wodurch sich ein alter Eindruck bestätigt, dass die Frage ‚Markt‘ oder ‚Staat‘ niemals ein Streitpunkt kapitalistischer Strategiebildungen gewesen ist. Wirt-

²⁷ So zeigt der Vorschlag der EU für eine Verordnung über Europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF), dass die Kommission von einer Verstärkung und Vertiefung der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen bis hin zu Schulen und Gefängnissen ausgeht (WEED-Infobrief, Januar 2014).

schaftsminister Gabriel formuliert in einem Papier zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts 2014, dass er den „ideologisch hoch aufgeladenen Grundsatzstreit“ von Markt oder Staat überwinden will zugunsten einer „intelligenten Kombination von staatlichem Handeln und marktwirtschaftlichen Prozessen.“²⁸

Eine vorläufige Bilanz der strategischen Orientierungen der neuen Regierungskonstellation verweist auf ein staatsmonopolistisches, sozialpartnerschaftlich und national gefärbtes Wettbewerbskonzept:

- Alle politischen Partner (schwarz, rot, grün) setzten auf ein ‚Modell Deutschland‘, in dem die staatliche Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit sozialem Konsens verbunden wird.
- Auf marktradikale Rhetorik wird verzichtet, es überwiegt eine pragmatische Haltung der Kooperation von Staat und Wirtschaft im Interesse des Standorts Deutschland.
- Die europäische Einbindung Deutschlands wird insofern neu interpretiert, als Deutschland nun offen die Führungsrolle beansprucht. Dazu wird auch verstärkt auf militärische Auslandspräsenz gesetzt. Dass – wie in der Vergangenheit – europäische Einbindung trotz Wirtschaftsstärke auch Kompromisse erforderlich macht, wird negiert.
- Die (partielle) Einbindung von Rot-Grün hat an der Zielsetzung des ‚Modell Deutschland‘ wenig geändert: Die bestehende hohe wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wird nicht für einen sozialen und ökologischen Kurswechsel genutzt.

3. Große Koalition und Gewerkschaften

Die Große Koalition will ihr Ziel der Stärkung Deutschlands im globalen Wettbewerbskapitalismus offensichtlich unter Einbindung der Gewerkschaften und anderer sozialer Kräfte durchsetzen. Die DGB-Gewerkschaften – als potenziell stärkste organisierte außerparlamentarische Oppositionskraft – tragen die im Koalitionsvertrag enthaltenen Positionen „kritisch und konstruktiv“ mit – mit Ausnahme der Gewerkschaftslinken. Eine konsequente Opposition gegenüber dem sozial abgemilderten „Weiter so“ der Koalition ist nicht erkennbar.

Schon lange vor der Bundestagswahl war nicht nur eine Wiederannäherung zwischen Gewerkschaften und SPD erkennbar, sondern auch eine Annäherung der Gewerkschaften an die CDU. Die Gewerkschaftsführungen glaubten ersichtlich nicht an einen Wahlsieg von Rot-Grün, sondern setzten frühzeitig auf eine große Koalition. Lediglich die – politisch etwas bunter gefärbte – Gewerkschaft ver.di zeigte eine gewisse Zurückhaltung, schloss sich im DGB-Vorstand aber dem allgemeinen Trend an.²⁹ Andere politische Optionen („Rot-Rot-Grün“, Minderheitsregierung) zogen sie zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Betracht.

²⁸ FAZ v. 18.1.2014.

²⁹ Arno Klönne: Der DGB als stiller Teilhaber von Schwarz-Rot? Telepolis, 12. 11. 2013, www.heise.de/tp/artikel/40/40314/

Die Sympathien in den gewerkschaftlichen Vorstandsetagen für eine Große Koalition verstärkten sich seit dem Wahlabend noch einmal deutlich. Lediglich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske äußerte sich differenzierter und unterstützte öffentlich die Initiative der Linkspartei, ein Zweckbündnis aus SPD, Grünen und Linken solle im Bundestag kurzfristig ein Mindestlohngesetz beschließen, „bevor in Koalitionsverhandlungen bindende Festlegungen getroffen werden“.³⁰ Die passive Haltung der Gewerkschaften gegenüber dieser Initiative der Linkspartei, die ja originäre gewerkschaftliche Forderungen aufgriff, sprach für sich. Eine Telefonkonferenz aller acht Gewerkschaftsvorsitzenden noch in der Woche nach der Bundestagswahl ergab ein klares Votum für Schwarz-Rot.³¹

Die SPD umwirbt die Gewerkschaften sehr heftig – um mögliche Konflikte schon im Vorfeld zu beseitigen und sicher auch aus der Erkenntnis, dass sie auf die Gewerkschaftsmitglieder als Teil ihrer Wählerbasis angewiesen ist. Seitens der Großen Koalition wird die Einbindung der Gewerkschaften erleichtert durch deren Verzicht auf weitere marktradikale Deregulierungsinitiativen. Bundesregierungen und Unternehmerverbände betrachten offenkundig die bisherigen Maßnahmen in Richtung Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung als (vorerst) ausreichend. Die Mehrheitsrichtung in den Gewerkschaftsführungen nimmt es hin, dass eine neue gesellschaftspolitische Richtung nicht eingeschlagen wird. Sie arrangiert sich mit einem „Weiter so“ mit einigen sozialen Korrekturen. Das Wettbewerbskonzept des Koalitionsvertrages wird von den Gewerkschaften – mit einigen eigenen Akzenten im Detail – grundsätzlich mitgetragen.: „Der DGB begrüßt die Absicht, die Industriepolitik zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen durch gute und produktive Arbeit sowie durch Investitionen und Innovationen zu verbessern.“³²

Einige kritische Akzente setzte der DGB in seiner Bewertung der schwarz-grünen Koalition in Hessen. Stefan Körzell, Bezirksvorsitzender des DGB Hessen-Thüringen erklärte, gemessen an den DGB-Kernforderungen zu Arbeit, Sozialem, aktivem Staat und Bildung sei die hessische Koalitionsvereinbarung „ohne neue Akzente und insgesamt sehr enttäuschend“. CDU und Grüne hätten ihre Vereinbarungen „unter dem Damoklesschwert der Schuldenbremse“ getroffen. Das werde in vielen Punkten zu Verschlechterungen führen.³³ Das machte es der SPD in Gestalt des hessischen SPD-Vorsitzenden (und stellvertretenden Bundesvorsitzenden) Thorsten Schäfer-Gümbel leicht, sich als originären Partner der Gewerkschaften zu präsentieren, so auf der Delegiertenkonferenz des Bezirks Hessen-Thüringen Ende Januar. Ein Kernelement der hessischen Koali-

³⁰ www.faz.net, 28. 9. 2013.

³¹ Ebd.

³² DGB Bundesvorstand, Bewertung der Koalitionsvereinbarung, Berlin 27. 11. 2013, www.dgb.de (> Presse), S. 5.

³³ DGB Hessen-Thüringen: Hessen auf der Bremsspur? Ein Koalitionsvertrag im Zeichen der Schuldenbremse, 18. 12. 2013; www.hessen-thueringen.dgb.de (> Presse).

tionsvereinbarung, die Stärkung des „Wirtschaftsstandorts Hessen“ war bezeichnenderweise nicht Gegenstand der DGB-Kritik.

Die Herangehensweise des DGB-Positionspapiers zur Koalitionsvereinbarung kann an einigen Beispielen verdeutlicht werden, so an der zentralen Frage des Mindestlohns: Die Gewerkschaften begrüßen grundsätzlich die angekündigte Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns schrittweise ab dem 1. Januar 2015. Bemängelt wird lediglich das Einfrieren der Mindestlohnhöhe bei 8,50 Euro/Stunde bis 2018. Für den ver.di-Vorsitzenden war das ein „Wermutstropfen“. Doch alles in allem stimme die Richtung, so die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger. Mit einem Stundenlohn von 8,50 Euro würden sich die Einkommen von „knapp einer Million geringfügig Beschäftigter oder zwei Dritteln aller Beschäftigten im Gastgewerbe“ spürbar verbessern.³⁴ Das stimmt, wenn nicht Ausnahmen durchgesetzt werden. Die jetzt schon vorgesehenen Einschränkungen, die die Koalition an die Einführung des Mindestlohns geknüpft hat, werden jedoch im DGB-Positionspapier mit keinem Wort erwähnt. Kein Kommentar auch zu den Schlupflöchern, mit denen Unternehmen den Mindestlohn umgehen können, so wie es bei Branchen-Mindestlöhnen auch jetzt schon geschieht. Ähnlich die gewerkschaftliche Position zu Leiharbeit und Werkverträgen: Die von der Koalition „beabsichtige Konkretisierung der Rechte des Betriebsrats beim Einsatz von Werkverträgen“ sei „sinnvoll“, aber „unzureichend“, heißt es beim DGB. Betriebsräte müssten ein Zustimmungsverweigerungsrecht erhalten. Begrüßt wird auch die „strengere Regulierung der Leiharbeit“. Auch hier werden „weitere Maßnahmen“ z. B. zur Vermeidung von Drehtüreffekten gefordert. In der Tat gibt es Fortschritte. Mit ihrer Position werden die Gewerkschaften aber der jetzt schon sehr weit reichenden Deregulierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in keiner Weise gerecht. Die Pläne der Koalition beschränken sich darauf, diese Prekarisierung an einigen Punkten sozial abzufedern. Breite Spielräume für die Unternehmen, reguläre Arbeitsverhältnisse zu unterlaufen, bleiben bestehen und werden nicht kritisch thematisiert. Eine umfassende politische Strategie gegen Prekarisierung müsste mehr bieten.

Des Weiteren würdigt der DGB „Verbesserungen bei den Rentenleistungen“, vor allem Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die geplante abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. Unbestreitbar handelt es sich hier um positiv zu bewertende soziale Korrekturen – wenn sie denn so realisiert werden. Sie ändern aber nicht wirklich etwas an der prinzipiellen Schieflage des gesamten Rentensystems. So fällt auf, dass der DGB – neben einigen Nachbesserungen im Detail – die weiterhin überfällige Rücknahme der Rente mit 67 nicht erwähnt.

Insgesamt verhalten sich die Gewerkschaften mehrheitlich bisher wie ein politischer Beobachter des parlamentarischen Geschehens: Sie stellen Forderungen, loben es, wenn einige davon wenigstens in Ansätzen erfüllt werden und versichern, weitere Forderungen aufrecht erhalten zu wollen und bei der regierenden Parteienkoalition auf deren Umsetzung zu drängen. Eine eigenständige politische Mobi-

³⁴ Der Tagesspiegel v. 27. 11. 2013.

lisierungsstrategie, mit der sich Gewerkschaften als autonome Kraft der Entwicklung von politischem Druck definieren, ist daraus derzeit nicht erkennbar. Diese Haltung ist auch eine Schönwetterveranstaltung: Sie trägt begrenzt nur so lange, wie die Konjunktur günstig ist und Koalition und Unternehmer Spielräume für soziale Zugeständnisse sehen. mit einer erneuten wirtschaftlichen Krise neue soziale Grausamkeiten auf die politische Tagesordnung kommen, würden Konfliktfelder wie die Rentenpolitik oder die Arbeitsmarktpolitik einschließlich der weiteren Deregulierung der Arbeitsverhältnisse in aller Schärfe erneut aufbrechen. Für die Gewerkschaften wäre diese Konstellation existenziell bedrohlich und müsste sie zu einer politischen Mobilisierung herausfordern. Gut vorbereitet sind sie derzeit darauf nicht.

4. Große Koalition und politische Linke

Die Bildung der Großen Koalition im Bund und der schwarz-grünen Koalition in Hessen hat die in den Wahlen geschwächte Partei Die Linke in die Rolle der wichtigsten Oppositionspartei gebracht. Daraus ergeben sich für die Linke beträchtliche Herausforderungen. Das erst Recht, weil die SPD nach ihrer Weichenstellung auf eine Große Koalition den Beschluss gefasst hat, die bisherige Ausgrenzung der Linken zu beenden und zukünftig eine Koalition mit ihr nicht mehr grundsätzlich auszuschließen. Da sowohl die SPD als auch die Grünen nun grundsätzlich als Koalitionspartner der CDU fungieren können, fällt der Linken eine Schlüsselrolle für eine alternative linke Parteienkoalition auf der parlamentarischen Ebene zu: Eine Neuauflage des gescheiterten Projekts Rot-Grün ist – wenn überhaupt – nur als Projekt „Rot-Rot-Grün“ denkbar.

Sowohl SPD als auch Grüne knüpfen an die Option einer parlamentarischen Zusammenarbeit mit der Linken harte Bedingungen. Koalitionsfähig könne die Linke nur werden auf der Basis einer „verantwortungsvollen Außen- und Europapolitik im Rahmen internationaler Verpflichtungen“³⁵. Dieser Beschluss des Leipziger Parteitags der SPD zielt darauf, die Kräfteverhältnisse innerhalb der Linken in Bewegung zu bringen und jene zu stärken, die ihre Koalitions- und Regierungsfähigkeit im Sinne der genannten Forderung nachweisen wollen. Die Linke und nur die Linke soll sich ändern. Sie soll sich an die Europakonzeption des herrschenden Parteienblocks anpassen. Die anstehenden EU-Wahlen im Mai 2014 haben diese Debatte weiter zugespitzt. Diese Wahl könnte der Testlauf sein, in dem die Linke ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen darf. Daher werden in der Linken die Debatten um ihre politische Grundsatzposition zur EU mit großer Schärfe geführt.

Gleich nach der BT-Wahl und bereits mit Blick auf die EU-Wahlen haben Peter Brandt, André Brie, Michael Brie und Frieder Otto Wolf in einem Beitrag³⁶ gefragt: „Wie können neue gesellschaftliche Kräfteverhältnisse linke Alternativen wieder auferstehen lassen? Kurzum: Wie kann ein neuer Crossover-Prozess ge-

³⁵ Zit. in: Neues Deutschland v. 20. 1. 2014.

³⁶ Peter Brandt/André Brie/Michael Brie/Frieder Otto Wolf: Für ein völlig neues Crossover, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2013, S. 59-68.

lingen?“ Und weiter: Die Linke „darf sich nicht nur als Protestpartei und parlamentarischer Korrektiv verstehen, sondern muss auch an einer Regierungsoption im Bund arbeiten, die einen Politikwechsel befördert“. Die Linkspartei sei gefordert, „sich nicht in ihrer ‚Alleinstellung‘ einzurichten“. Die gesamte Argumentation der Autoren ist ausschließlich auf die parlamentarische Ebene fixiert: Mit welchen Positionsveränderungen kann die Linke von SPD und Grünen als parlamentarischer Partner ernst genommen werden? Zwar wird auch an SPD und Grüne appelliert, sich zu ändern: Sie könnten nicht mehr „weiter verfahren wie bisher“. Aber diese Forderung ist ohne politische Substanz und Druckpotential, sie verlangt lediglich, die bisherige „Ausgrenzung gegenüber der Linkspartei zu beenden“. Folgerichtig könnte demnach die Wahl zum Europäischen Parlament „ein erster Test für das Bemühen von SPD, Grünen und Linkspartei um neue parteipolitische Ansätze werden, die jeweiligen Unterschiede respektieren und gleichzeitig neue Möglichkeiten der Kooperation ausloten.“ Um welche neuen politischen Ansätze es sich handeln könnte, bleibt vage. Durchaus zu Recht werden „die fortbestehende Niedriglohnpolitik sowie der bundesdeutsche Wirtschaftsnationalismus“ genannt. Da sich SPD und Grüne genau darauf aber mit den neuen Koalitionsbildungen intensiv eingelassen haben, wären konkrete Forderungen und Kritik an diese Parteien naheliegend gewesen. Die sucht man aber vergebens.

Stattdessen werden in weiteren Wortmeldungen Zugeständnisse an eben jene Europa- und Sicherheitspolitik gemacht, die die jetzige Bundesregierung unter einem SPD-Außenminister betreibt, dezidierter noch als die frühere, in der immerhin gelegentlich die außenpolitische Maxime der „militärischen Zurückhaltung“ galt. In einem gemeinsamen Papier haben der in der Linken einflussreiche Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich und die Grünen-Politikerin Agnieszka Brugger kürzlich geäußert, für sie seien „Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne ein Mandat der Vereinten Nationen ausgeschlossen“³⁷. Im Klartext bedeutet das, dass Kampfeinsätze unter UN-Mandat toleriert werden können – eine Position, die das Programm der Linkspartei ausdrücklich ausschließt.

Dass die Fähigkeit der Linken, mit SPD und Grünen im Interesse einer linken parlamentarischen Konstellation zu kooperieren, keineswegs einen Kurs des Anbiedereis und des Verzichts auf linke Positionen voraussetzt, haben in der vergangenen Legislaturperiode die Linken in Nordrhein-Westfalen gezeigt und hat auch die

³⁷ Zit. in: Neues Deutschland v. 20. 1. 2014. Liebich ist in dieser Hinsicht kein unbeschriebenes Blatt. Er ist Mitglied im Verein „Atlantikbrücke“, einem elitären konservativen Zirkel, der als Bindeglied zwischen Politikern, Managern und Militärs aus Deutschland und den USA fungiert. Mitglied kann man nur „auf Einladung“ werden. Unter seiner Beteiligung entstand im Rahmen des Projekts „Elemente einer außenpolitischen Strategie“, das vom German Marshall Fund der USA und der Stiftung Wissenschaft und Politik zusammen mit weiteren Institutionen und Personen des politischen Establishments initiiert wurde, das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“. Darin heißt es u.a., die Bundeswehr müsse „weiterhin auf Einsätze jenseits von Europa vorbereitet bleiben“. Militärische Kampfeinsätze unter UN-Mandat werden befürwortet. Selbst die Positionen, in denen das Papier einen Dissens benennt, liegen weit außerhalb der politischen Programmatik der Linken. Sh. www.swp-berlin.org/.../DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf

Linke in Hessen bewiesen, als es nach der Landtagswahl im September 2013 darum ging, eine mögliche Kooperation von SPD, Grünen und Linken auszuloten. Die hessische Linke zeigte sich hier flexibel und kreativ, zog allerdings zu Recht letzte Haltelinien, deren Überschreiten eine Kooperation sinnlos gemacht hätte.

In diesen Debatten wird eine Verengung auf die rein parlamentarische Ebene sichtbar. Es geht darum, durch welche politischen Zugeständnisse die Linke von SPD und Grünen als anschlussfähig angesehen werden könnte. Die Linke wird aber letztlich nur dann Einfluss gewinnen und dann auf der parlamentarischen Ebene auch von anderen politischen Kräften ernst genommen werden, wenn sie politische Aktionsfähigkeit entwickeln kann und in der Lage ist, die Hegemonie des herrschenden Blocks zu untergraben – so der Vorsitzende der Linken Bernd Riexinger³⁸. Im Mittelpunkt linker Politik müsse „die Handlungsmaxime stehen, die gesellschaftlichen Ursachen für Unzufriedenheit und Ängste herauszuarbeiten und für solidarische Alternativen zu streiten. ... Die europäischen Institutionen sind undemokratisch, die aufgedrückte Kürzungspolitik entmachtete die Parlamente, das Primat der Ökonomie höhlt die Demokratie aus – die Linke muss die Demokratie verteidigen und für ihre Ausweitung kämpfen“. Hegemonie, so stellt Riexinger zu recht fest, „wird nicht in erster Linie im Parlament verändert. Dort können sich veränderte Kräfteverhältnisse darstellen, und die Parlamentsarbeit kann eine nützliche Ressource sein ... Aber ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse können im Parlament keine wirklichen Erfolge erzielt werden.“

Die Konfliktfelder, auf denen die Linke – zusammen mit anderen sozialen Bewegungen – die Große Koalition unter Druck setzen, ihren Einfluss in Richtung auf einen demokratischen, sozialen und ökologischen Politikwechsel ausbauen und die politischen Kräfteverhältnisse verändern könnte, sind bekannt: Der Kampf um eine wirklich „neue Ordnung der Arbeit“ im Interesse der abhängig Beschäftigten, gegen Rüstungsexporte, gegen eine zunehmend militärisch flankierte Außenpolitik, für eine Energiewende, die nicht vom Konzernkapital diktiert wird, für mehr Klimaschutz, um nur einige Punkte zu nennen. Nur durch Veränderung der außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse könnten auch Voraussetzungen für neue parlamentarische Konstellationen entstehen, die der neo-liberalen Hegemonie Alternativen entgegenzusetzen in der Lage wären.

³⁸ Bernd Riexinger: Gespenst von links, in: *junge Welt* v. 7. 1. 2014.

Werner Goldschmidt

‘Kommunismus’ – ein falsch verstandener Begriff?

Überlegungen zur Dialektik von Individualität und Kollektivität bei Marx (Teil II)⁵⁹

Die freie Assoziation freier Individuen

„Ihre Köpfe zusammenrotten“ – in der internationalistischen Sprache der zeitgenössischen Sozialisten/Kommunisten und Arbeiterbewegungen wurde dies als „Association“ (dt. zumeist mit ‘Bund’, ggf. auch mit ‘Verein’ übersetzt) bezeichnet. Tatsächlich bedeutet ‘Assoziation’ ja zunächst eine Verknüpfung von Gedanken, hier aber weiterentwickelt zur Verknüpfung von Gedanken der Vielen, die zur Tat, d.h. zur praktischen Verwirklichung drängen im Kampf um die Emanzipation der Arbeiter. Schon bald nach seiner ersten Begegnung mit der historisch noch jungen Arbeiterbewegung in Paris und Brüssel hielt Marx fest: „Die ersten Versuche der Arbeiter, *sich* untereinander zu *assoziiieren*, nehmen stets die Form von Koalitionen an. Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes – *Koalition*. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maß, wie die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes. ... Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“⁶⁰

Die Assoziation ist nach Marx aber nicht nur Organisationsform der Arbeiter als Klasse gegen das Kapital, sie ist zugleich Ziel, Zweck und Form ihrer individuellen wie sozialen Emanzipation: „Die Bedingung der Befreiung der arbeitenden Klasse ist die Abschaffung jeder Klasse, wie die Bedingung der Be-

⁵⁹ Teil I ist erschienen in Z 96, Dezember 2013, S. 90-105.

⁶⁰ MEW 4, 180f.

freierung des dritten Standes, der bürgerlichen Ordnung, die Abschaffung aller Stände war. Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.⁶¹

Nur als frei assoziierte Individuen bilden die Arbeiter eine geschichtliche Kraft – und zwar bei der Überwindung der alten Klassenherrschaft wie bei der Organisation der neuen klassenlosen Gesellschaft – darin besteht das Spezifikum des Marxschen 'Individualismus'⁶² und zwar derart, dass nach ihm die Assoziation selbst zum Vehikel der Entfaltung freier Individualität wird.⁶³

Die freie Assoziation der Arbeiter in einer klassenlosen Gesellschaft⁶⁴ ist jedoch historisch und gesellschaftlich keineswegs 'freischwebend'. Sie setzt vielmehr be-

⁶¹ MEW 4, 181 f.

⁶² Die freie Assoziation ist zu unterscheiden von der „Assoziation der Arbeiter, wie sie in der Fabrik erscheint, ist daher auch nicht von ihnen, sondern vom Kapital gesetzt. Ihre Vereinigung ist nicht *ihr* Dasein, sondern das *Dasein* des Kapitals. Dem einzelnen Arbeiter gegenüber erscheint sie zufällig. Er bezieht sich auf seine eigne Vereinigung mit andren Arbeitern und Kooperation mit ihnen als *fremde*, als Wirkungsweisen des Kapitals.“ MEW 42, 487. Dass nach Marx erst die freie Assoziation der Arbeiter gegenüber und schließlich unabhängig vom Kapital die freie Entwicklung der Individuen möglich macht, verkennt Birger B. Priddat in seinem ansonsten interessanten Beitrag 'Reiche Individualität'. Karl Marx' Kommunismus als Konzeption der 'freien Zeit für freie Entwicklung', in: I. Pies/M. Leschke, Karl Marx' kommunistischer Individualismus, Tübingen 2005, S. 125-146.

⁶³ Was für die Kooperation im Arbeitsprozess gilt, gilt für die freie Assoziation im gesellschaftlichen Zusammenhang nicht minder: „Abgesehen von der neuen Kraftpotenz, die aus der Verschmelzung vieler Kräfte in eine Gesamtkraft entspringt, erzeugt bei den meisten produktiven Arbeiten der bloße gesellschaftliche Kontakt einen Wetteifer und eine eigne Erregung der Lebensgeister (animal spirits), welche die individuelle Leistungsfähigkeit der einzelnen erhöhen ...“ „Im planmäßigen Zusammenwirken mit andern streift der Arbeiter seine individuellen Schranken ab und entwickelt sein Gattungsvermögen.“ (MEW 23, 345; 349)

⁶⁴ Die so verstandene kommunistische Gesellschaft ist demgemäß zwar frei von Klassenkonflikten, das bedeutet aber keineswegs, dass sie prinzipiell konfliktfrei sein würde, sondern lediglich, dass soziale Konflikte, z.B. auch zwischen Individuen, auf möglichst humane, d.h. friedliche (gewaltlose) und rationelle Weise geregelt werden. Daher verschwinden Politik, Staat, Recht, Moral usw. nicht einfach, sondern sie verlieren nach und nach ihren zur Klassengesellschaft gehörenden gewaltförmigen und unterdrückenden Charakter zugunsten freier Übereinkunft und Regelung durch die betroffenen Individuen, ggf. auch Gruppen von Individuen. Das ist m.E. der Sinn von Engels Formulierung vom 'Absterben des Staates'. Ähnlich Gramsci (man beachte, dass G. unter den Bedingungen der faschistischen Kerkerhaft sich einer 'Sklavensprache' bedienen musste, hier also 'regulierte Gesellschaft' = Kommunismus): „Das Element Staat-Zwang kann man sich in dem Maße als erlöschend vorstellen, wie sich immer beträchtlichere Elemente von regulierter Gesellschaft (oder ethischem Staat oder Zivilgesellschaft) durchsetzen. Die Ausdrücke ethischer Staat oder Zivilgesellschaft würden bedeuten, daß dieses ‚Bild‘ von Staat ohne Staat den bedeutendsten Politik- und Rechtswissenschaftlern vorschwebte, sofern sie sich auf den Boden der reinen Wissenschaft stellten (= reine Utopie), insofern sie auf der Voraussetzung beruhte, daß alle Menschen wirklich gleich und folglich in gleicher Weise vernünftig und moralisch sind, das heißt fähig, das Gesetz spontan, frei anzuerkennen, und nicht durch Zwang, als von einer andern Klasse auferlegt ...“ Antonio Gramsci, Gefängnishefte [Heft 6, § (88)], Bd. 4, Hamburg 1992, S. 783.

stimmte objektive Bedingungen voraus, ein hohes Niveau der kapitalistischen Vergesellschaftung und der Entwicklung der Produktivkräfte. Eben darin unterscheidet sich Marx von den meisten früheren und zeitgenössischen Sozialisten/Kommunisten⁶⁵, die er als „Utopisten“ bezeichnet, weil sie sich, „um den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen abzuhelpfen, Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie (die Sozialisten/Kommunisten – WG) nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, und sich zum Organ desselben zu machen. ... Von diesem Augenblick an wird die Wissenschaft bewußtes Erzeugnis der historischen Bewegung, und sie hat aufgehört, doktrinär zu sein, sie ist revolutionär geworden.“⁶⁶

Entwicklungsphasen

Marx hat sich bekanntlich auch später geweigert, „Rezepte (...) für die Garküche der Zukunft zu verschreiben“.⁶⁷ Man hat ihm dafür – nicht ganz ohne Recht – vorgehalten, seine Kommunismusvorstellungen seien weitgehend abstrakt geblieben. Dies gilt auch in gewisser Hinsicht für das hier herausgearbeitete kommunistische Grundprinzip der ‘freien Assoziation freier Individuen’. Im ‘Kapital’ (Bd. 1) verweist er als Alternative zur warenproduzierenden (kapitalistischen) Gesellschaft auf das Modell eines ‘Vereins freier Menschen’ „die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. ... Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten.“⁶⁸

Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzt Marx in dieser Textpassage

⁶⁵ Aber ebenso sehr auch von allen Vertragstheoretikern, die – wie selbst noch Rousseau – einen Naturzustand voraussetzen, in dem die Individuen ohne irgendeinen gesellschaftlichen Zusammenhang aus reiner Vernunft einen Vertrag schließen, der die (bürgerliche) Gesellschaft konstituiert; in der historischen Praxis ist daraus immerhin die Idee einer (geschriebenen) Verfassung hervorgegangen.

⁶⁶ MEW 4, 143.

⁶⁷ Nachwort zur 2. Auflage des „Kapital“ von 1873 in: MEW 23, 25. Diese Zurückhaltung zieht sich durch das ganze Werk von Marx. Schon in seiner Jugend hatte er in einem der Briefe an Ruge (veröffentlicht in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“, 1843/44) vermerkt: „Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die *rücksichtslose Kritik alles Bestehenden* So ist namentlich der *Kommunismus* eine dogmatische Abstraktion, wobei ich aber nicht irgendeinen eingebildeten und möglichen, sondern den wirklich existierenden Kommunismus, wie ihn Cabet, Dézamy, Weitling etc. lehren, im Sinn habe.“ MEW 1, 344.

⁶⁸ MEW 23, 92f.

voraus, dass der Anteil des von den individuellen Produzenten verzehrbaren Teils des Gesamtprodukts, d.h. der gesellschaftlich produzierten Lebens(Konsumtions)mittel, durch ihren jeweiligen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeitszeit bestimmt sei.

Was an der zitierten Stelle des „Kapital“ bloß zur Illustration einer Gesellschaftsform dienen sollte, die den „mystischen Nebelschleier“ der kapitalistischen Warenproduktion (den Fetischcharakter) abgestreift hat, „sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht“⁶⁹, dient Marx später – in der „Kritik des Gothaer Programms“ – zur Charakterisierung der frühen Entwicklungsphase einer kommunistischen Gesellschaft „nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“⁷⁰ In einer späteren Phase, „nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“ – d.h. wenn die kommunistische Gesellschaft sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat –, erst dann könne das anfangs 'unvermeidbare' (Äquivalenz)Prinzip 'jedem nach seiner Leistung' durch das entwickelte kommunistische Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ abgelöst werden.⁷¹ D.h., im entwickelten Kommunismus werde das aus der bürgerlichen Gesellschaft überkommene und in der Übergangsphase allenfalls sozialistisch modifizierte (Rechts)Prinzip der abstrakten Gleichheit, durch das kommunistische Gerechtigkeitsprinzip der genossenschaftlich assoziierten Individuen überwunden. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die „Springquellen“ des Reichtums voller fließen.

Das bedeutet freilich nicht, dass die Arbeitszeit in der kommunistischen Gesellschaft keine Rolle mehr spielte – im Gegenteil! „Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit

⁶⁹ Ebd., 94.

⁷⁰ MEW 19, 20.

⁷¹ Ebd., 21.

Gentige zu leisten. Ökonomie der Zeit sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz.“⁷²

Reich der Notwendigkeit – Reich der Freiheit

Marx machte sich keineswegs Illusionen über die naturnotwendigen Bedingungen der materiellen Produktion – auch im Kommunismus. „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. (...) Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“⁷³

Die wirkliche Ökonomie besteht demnach in der Einsparung von Arbeitszeit, die nun aber nicht mehr als Wertmaß, wie im Kapitalismus, und auch nicht länger als unmittelbares Verteilungsprinzip dient, wie in der ersten Phase des Kommunismus. Im entwickelten Kommunismus hat die Einsparung von Arbeitszeit keineswegs „*Entsagen vom Genuß*“ zur Folge, vielmehr wird sie ein Mittel zur Erzeugung des ‘wirklichen Reichtums’, dem „*Vermehren der freien Zeit*, d.h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit. (...) Die freie Zeit, die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein andres Subjekt verwandelt, und als dies andre Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß.“⁷⁴ Selbst wenn die Arbeit im Kommunismus zum ‘ersten Lebensbedürfnis’ wird und – als ‘*travail attractif*’ – zur Selbstverwirklichung des Individuums beiträgt, so bedeutete dies nach Marx jedoch nicht, dass sie zum Spiel oder zum ‘*amusement*’ werde, wie Fourier meinte. „*Wirklich freie Arbeiten*, z.B. Komponieren, ist grade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung.“⁷⁵

Hannah Arendt hat nicht ganz ohne Recht bemerkt, dass Marx’ Menschenbild, das seiner Kommunismuskonzeption zugrunde liegt, in gewisser Hinsicht der

⁷² MEW 42, 105.

⁷³ MEW 25, 828.

⁷⁴ MEW 42, 607.

⁷⁵ MEW 42, 512.

aristotelischen Auffassung ähnelt⁷⁶, wonach der Mensch als *zoon politikon* sein eigentliches Wesen in einem *bios praktikos*⁷⁷ und *bios theoretikos* zugleich verwirklicht. Drei wesentliche Unterschiede zu Aristoteles scheint Arendt aber nicht bemerkt zu haben. Marx fasst die Verwirklichung der menschlichen Möglichkeiten nämlich (1) als *historischen* Prozess, der (2) auf der Entwicklung der Produktivkräfte der sich in Auseinandersetzung mit der Natur (im Arbeitsprozess) vergesellschaftenden Individuen beruht und der daher von ihm (3) nicht exklusiv oder elitär, sondern als Verwirklichung eines allgemein-menschlichen Gattungswesens begriffen wird. Dies sind Differenzen, die sich – unter gänzlich verschiedenen gesellschaftlichen Voraussetzungen – nicht zuletzt aus Marx' kritischer Auseinandersetzung mit Hegel, Feuerbach, den zeitgenössischen Sozialisten/Kommunisten und den klassischen politischen Ökonomen ergaben.

Voraussetzungen der höheren Gesellschaftsformation

Tatsächlich knüpft auch noch der 'reife' Marx an seine frühen ökonomisch-philosophischen Überlegungen der „Pariser Manuskripte“ (1844) an, wo er den wohlverstandenen⁷⁸ Kommunismus als „vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus“ bezeichnet hatte und die ganze Bewegung der Geschichte als Zeugungsakt des „empirischen Daseins“ der Menschheit begreift.⁷⁹ Von daher gewinnen auch die von ihm in den „Grundrissen“ untersuchten historischen Gesellschaftsformationen ihren mehr oder minder progressiven Sinn. Dies gilt vor allem für die (kapitalistische) Produktionsweise der 'modern bürgerliche Gesellschaft', die aufgrund ihrer inhärenten Dynamik über sich selbst hinausgetrieben wird: „[mit] der Dimension des Kapitals überhaupt, auch der Portion desselben, die nicht capital fixe ist; also großartig entwickelten Verkehrs, großer Summe der Tauschoperationen, Größe des Markts und Allseitigkeit der gleichzeitigen Arbeit; Kommunikationsmittel etc., Vorhandensein des nötigen Konsumtionsfonds, um diesen ungeheuren Prozeß vorzunehmen (die Arbeiter essen, wohnen etc.), so zeigt sich, daß die schon vorhandne materielle, schon herausgearbeitete, in der Form von capital fixe existierende Produktivkraft, wie die scientific power, wie die Bevölkerung etc., kurz, alle Bedingungen des Reichtums, daß die größten Bedingungen für die Reproduktion des Reichtums, i.e. die reiche Entwicklung des sozialen Individuums – daß die durch das

⁷⁶ „Überhaupt scheint mir der Einfluß Aristoteles' auf Stil und oft auch auf die Gehalte des marxischen Denkens unverkennbar und vielleicht nicht weniger wichtig als der Einfluß der hegelschen Philosophie.“ Hannah Arendt, *Vita Activa*, München 1981, S. 363 (Anm. 4). Vgl. Wolfgang Fritz Haug, *Zur Antikerezeption bei Marx und im Marxismus*, dort insbes. Abschnitt E: Einfluß von Aristoteles, S. 6-8. <http://www.wolfgangfritzhaug.inkrit.de/documents/MARX-Antike-x.pdf>

⁷⁷ Worin – jedenfalls bei Marx – nicht nur das 'moralische' Handeln, sondern auch die Arbeit (*poiesis*) eingeschlossen ist.

⁷⁸ Diesen Vorbehalt – wie er auch im Originaltext von Marx gegen frühere, 'rohe' Versionen des Kommunismus formuliert ist – hier zu betonen, ist nach den Erfahrungen des Stalinismus und des späteren 'Realsozialismus' unumgänglich.

⁷⁹ Vgl. MEW 40, 536. Ähnlich in den „Grundrissen“: MEW 42, 447.

Kapital selbst in seiner historischen Entwicklung herbeigeführte Entwicklung der Produktivkräfte, auf einem gewissen Punkt angelangt, die Selbstverwertung des Kapitals aufhebt, statt sie zu setzen. Über einen gewissen Punkt hinaus wird die Entwicklung der Produktivkräfte eine Schranke für das Kapital; also das Kapitalverhältnis eine Schranke für [die] Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit. Auf diesem Punkt angelangt, tritt das Kapital, d.h. Lohnarbeit, in dasselbe Verhältnis zur Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und der Produktivkräfte wie Zunftwesen, Leibeigenschaft, Sklaverei und wird als Fessel notwendig abgestreift. Die letzte Knechtsgestalt, die die menschliche Tätigkeit annimmt, die der Lohnarbeit auf der einen, des Kapitals auf der andren Seite, wird damit abgehäutet, und diese Abhäutung selbst ist das Resultat der dem Kapital entsprechenden Produktionsweise; die materiellen und geistigen Bedingungen der Negation der Lohnarbeit und des Kapitals, die selbst schon die Negation früherer Formen der unfreien gesellschaftlichen Produktion sind, sind selbst Resultate seines Produktionsprozesses. In schneidenden Widersprüchen, Krisen, Krämpfen drückt sich die wachsende Unangemessenheit der produktiven Entwicklung der Gesellschaft zu ihren bisherigen Produktionsverhältnissen aus. Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm advice gegeben wird, to be gone and to give room to a higher state of social production.⁸⁰

Dass Marx' Menschenbild und die ihm entsprechende Kommunismuskonzeption – wie angedeutet – auf einer langen philosophischen Tradition ebenso wie auf einer kritischen Auseinandersetzung mit zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Positionen und realen gesellschaftlichen Bewegungen beruht, macht gewiss die besondere Stärke seiner theoretischen Überlegungen aus. Wie die zuletzt zitierte Passage belegt, spielt bei seiner Analyse oder Hypothese (?) der Abfolge der Gesellschaftsformationen seit den späten 1850er Jahren – noch vor dem Erscheinen von Darwins „Über die Entstehung der Arten“ (1859) – darüber hinaus zumindest die Analogie⁸¹ zur Evolution von Naturprozessen eine wichtige Rolle. Im Vorwort zum „Kapital“ spricht Marx schließlich sogar von den „Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion“, woraus „sich mit eheiner Notwendigkeit wirkende(n) und sich durchsetzende(n) Tendenzen“ ergäben und betont seinen „Standpunkt“, „der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt...“⁸²

⁸⁰ MEW 42, 641f.

⁸¹ Hier die metaphorische Verwendung des Ausdrucks „Abhäutung“ als Anspielung auf den Begriff der biologischen Metamorphose. Dass der Begriff der Gesellschaftsformation von Marx in Analogie zum entsprechenden Begriff der Geologie gebildet wurde, ist kaum mehr umstritten.

⁸² MEW 23, 12 und 16. Dabei handelt es sich jedoch um historisch-spezifische Gesetze bestimmter Gesellschaftsformationen. „Naturgesetze der Production! Es handelt sich hier allerdings um die Naturgesetze der bürgerlichen Production, also um die Gesetze, innerhalb derer auf einer bestimmten historischen Stufe und unter bestimmten historischen Productionsbedingungen producirt wird. Gäbe es keine solche Gesetze, so wäre überhaupt das System der bürgerlichen Production unbegreiflich. Es handelt sich allerdings darum die Natur dieser bestimmten Productionsweise, also ihre Naturgesetze darzustellen. Wie sie aber selbst historisch, so ihre Natur und die Gesetze dieser Natur.“ MEGA II, 3.6, 2269.

Einerlei, ob man nun darin ein vom heutigen Standpunkt aus wissenschaftlich nicht mehr haltbares Zugeständnis an den ideologischen Zeitgeist nach 1848 sieht oder nicht, festzuhalten bleibt, dass Marx in jedem Fall von objektiven Gesetzmäßigkeiten ausgeht, die unabhängig vom Willen und Bewusstsein der einzelnen Individuen bestehen und wirken. „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“⁸³ Jedenfalls lassen sich die Voraussetzungen des Übergangs zu einer höheren Gesellschaftsformation nicht voluntaristisch außer Kraft setzen. „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“⁸⁴

Geschichtliche Prüfungen

Diese Sätze sind in den 'realsozialistischen' Ländern unzählige Male zitiert, aber kaum ernst genommen worden.⁸⁵ Auch wenn sie ihres summarischen Charakters wegen unter konkret gegebenen historischen Bedingungen jeweils neu zu interpretieren waren und sind, so liegt es doch auf der Hand, dass die von Marx genannten Voraussetzungen eines erfolgreichen Formationswechsels weder in Russland 1917, noch später in den meisten der 'realsozialistischen' Ländern gegeben waren.⁸⁶ Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die

⁸³ MEW 8, 115.

⁸⁴ MEW 13, 9.

⁸⁵ Die Kritik Kautskys an dem von ihm als voreilig angesehenen Versuch, im kapitalistisch wenig entwickelten Russland eine sozialistische Revolution einzuleiten, wurde zumeist als sozialdemokratischer Opportunismus oder auch als bloßer ‚Ökonomismus‘ abgetan. Die Frage, ob die russische Revolution von vornherein zum Scheitern verurteilt war, ist natürlich hypothetischer Natur. Eric Hobsbawm verweist mit Recht auf den Unterschied hin, der darin besteht, ob man diese Frage aus der Perspektive der damals Handelnden betrachtet oder aus derjenigen der späteren Beobachter, die das Ergebnis (den Verlauf) der Geschichte kennen. Hobsbawm glaubt, dass die Akteure durchaus Gründe hatten, die Frage zu verneinen, die späteren Beobachter aber nunmehr Gründe haben, sie zu bejahen. Vgl. E. Hobsbawm, Können wir die Geschichte der russischen Revolution schreiben? In: ders., *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft?*, München/Wien 1998, S. 303-316.

⁸⁶ Der Versuch, diese Tatsache mit dem Hinweis auf Marx' Brief an Vera Sassulitsch zu verwischen, ‚vergisst‘, dass Marx darin den Erhalt der russischen Dorfgemeinde lediglich als „Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands“ bezeichnet hat und keineswegs als mögliche Basis einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft. Der junge Gramsci bemerkte 1917: „Die Revolution der Bolschewiki ... war die Revolution gegen ‚das Kapital‘ von Karl Marx.“ Zit. nach: H. Neubert (Hg.), *Antonio Gramsci – vergessener Humanist?* Eine Anthologie, Berlin 1991, S. 31. Domenico Losurdo versucht, Gramscis 'Verteidigung der Oktoberrevolution' gegen die – nach Losurdo – „mechanistische“ und „tendenziell eurozentristische“ „Marxsche Version der Revolutionstheorie“ (vgl. ders., *Der Marxismus Antonio Gramscis*, Hamburg 2012, S. 42f., 110) geltend zu machen. Nach Losurdo ist Gramscis 'kritischer Kommunismus' (Untertitel des zit. Buches) vor allem gegen die von ihm, nicht von

sich daraus ergaben, zeigten sich bald, nachdem die Revolutionäre nicht nur die ‚Kommandohöhen der Macht‘ erobert, sondern sie auch unter ungeheuren Opfern gegen in- und ausländische Gegner und Feinde behauptet hatten.

Schon 1923 war offenkundig geworden, dass Lenins prognostische Hypothese, wonach die kommunistische Revolution am schwächsten Kettenglied des imperialistischen Weltsystems ihren Ausgang nehmen und von dort aus auf das gesamte System sich ausdehnen würde, widerlegt war. Es kann und soll hier nicht auf die etwa von Antonio Gramsci aufgeworfene Frage eingegangen werden, warum die Revolution im ‚Weltmaßstab‘ damals gescheitert war.

Lenins Einsicht, dass die Revolution und ihre Weiterentwicklung nunmehr längerfristig auf ein einziges Land begrenzt sein würde, veranlasste ihn, die bisherige Strategie zu überdenken. Wir müssen „zugeben, daß sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat“, stellte er 1923 fast resignierend fest.⁸⁷ Sein vorsichtig eingeleiteter Versuch, mit einer ‚neuen ökonomischen Politik‘ (NEP) zunächst einige Elemente des Kapitalismus (in der Landwirtschaft, im Handel und im Kleingewerbe) für die Stabilisierung der durch den vorausgegangenen ‚Kriegskommunismus‘ ruinierten Wirtschaft zu nutzen, ist nach seinem Tod nicht in der von ihm vorgesehenen komplexen Weise weiterentwickelt worden. ‚Vergessen‘ wurde vor allem, dass Lenin in seinen letzten Schriften, die als sein eigentliches ‚Testament‘⁸⁸ angesehen werden können, angesichts der neuen Weltlage, mit Vehemenz auf die Notwendigkeit einer zweiten, kulturellen Revolution in Russland/SU hingewiesen hatte. Um ein „vollständig sozialistisches Land zu werden“ sei jetzt eine Kulturrevolution erforderlich. „Aber für uns bietet diese Kulturrevolution ungeheure Schwierigkeiten sowohl rein kultureller (denn wir sind Analphabeten) als auch materieller Natur (denn um Kultur zu haben, braucht man eine bestimmte Entwicklung der materiellen Produktionsmittel, braucht man eine bestimmte Basis).“⁸⁹

Gramsci (!), mal als ‚mechanistisch‘ oder ‚ökonomistisch‘, mal als ‚messianisch-utopisch‘ bezeichnete Marxsche Revolutionstheorie bzw. Kommunismuskonzeption gerichtet und nicht etwa gegen die historisch-faktisch gescheiterten Versuche der Bolschewiki in Russland bzw. der Sowjetunion, die Losurdo im Nachhinein als „Tragödie“ (a.a.O., 106) heroisiert statt analysiert – eine Position, die sich m. E. kaum als ‚kritischer Kommunismus‘ interpretieren lässt.

87 „Kein Marx und kein Marxist konnten das voraussehen“, bemerkt Lenin zu dem Umstand, „daß das Proletariat in einem der am wenigsten entwickelten Länder die Macht ergreifen und sich zunächst bemühen wird, die Großproduktion und die Verteilung für die Bauern zu organisieren, daß es aber dann, weil es in Anbetracht des Kulturstandes diese Aufgabe nicht bewältigen kann, den Kapitalismus heranziehen wird.“ (LW 33, 296f, 460.)

88 Vielfach wird nur Lenins (erst 1956 veröffentlichter) „Brief an den [XII.] Parteitag“ der KPdSU mit seinen Vorschlägen zur strukturellen Reorganisation der staatlichen Planungskommission und des ZK (etwa zur Erhöhung des Arbeiteranteils in diesem Gremium) sowie den kritischen Bemerkungen zu den charakterlichen Qualitäten seiner führenden Mitglieder (Stalin, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Pjatakow) als sein ‚Testament‘ angesehen. Dabei wird aber vergessen, dass die Bedeutung dieses Briefes nur im Zusammenhang mit Lenins gesamtstrategischer Linie für die Zukunft der Revolution ‚in einem Land‘ zu begreifen ist.

89 „[Wir müssen] zugeben, dass sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat. Diese grundlegende Änderung besteht darin, dass wir früher das Schwergewicht auf

Lenin hatte dabei zunächst vorrangig an die Hebung des kulturellen Niveaus der Bauern durch allgemeine Volksbildung (Alphabetisierung etc.), aber auch an die Heranbildung wissenschaftlicher, technischer, ökonomischer usw. Experten aus den Kreisen der Arbeiterklasse gedacht, aber es ging ihm letzten Endes um mehr, um die Überwindung des barbarischen kulturellen Erbes des Zarismus, d.h. um eine Veränderung (Umwälzung) der gesamten Denk- und Verhaltensweisen der Volksmassen im Alltag der Arbeit, der Politik, der Religion, des Verhältnisses der Geschlechter zueinander, der Gestaltung der freien Zeit etc. (vgl. LW 33, 474-476, 484-490), wodurch die so veränderten, sich ihrer eigenen Individualität bewusst gewordenen Mitglieder jener ‚Massen‘ schließlich zur Selbstregierung in Form ‚freier Assoziation‘ in Räten (Sowjets) organisierter ‚freier Individuen‘ befähigt würden.

Die langfristige Zukunft der Revolution hing demnach vor allem davon ab, ob und inwieweit es gelingen würde, die zur Konstitution einer neuen, sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft in einem (‚seinem‘) Land von Lenin für notwendig gehaltene kulturelle Revolution so zu gestalten und zu entwickeln, dass sie gleichzeitig ihre eigenen materiellen Voraussetzungen (die Entwicklung der objektiven wie subjektiven Produktivkräfte) schaffen würde; eine Konzeption, die auf der dialektischen Vorstellung beruht, dass Ökonomie und Kultur eine komplexe (widersprüchliche) Einheit bilden, in der die Kultur – auch und gerade in ihrer revolutionierten Gestalt – selbst eine progressive gesellschaftliche Produktivkraft darstellt.

Diese – unter den gegebenen gesellschaftlich-politischen Bedingungen – enorm schwierige und nur langfristig zu realisierende Aufgabe ist von Lenins unmittelbaren Nachfolgern bzw. dem sich gegen Ende der 1920er Jahre schließlich als Alleinherrscher durchsetzenden Stalin nicht begriffen worden, ja sie haben die damit verbundene Herausforderung in ihrer eigentümlich dialektischen Qualität nicht einmal wahrgenommen – womit sie allesamt nicht als Lenins Erben angesehen werden können.

Stalins auf die Steigerung zentraler ökonomischer Plankennziffern ‚um jeden Preis‘ setzende einseitige Politik der forcierten Industrialisierung und der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft hat in den 1930er Jahren zwar quantitativ bedeutende Ergebnisse erzielt, zugleich aber eine Entwicklung der Gesellschaft in Kauf genommen, die sich – entgegen dem Wortlaut der Verfassung von 1936 – weder sozialistisch im marxschen, noch sowjetisch im leninschen Sinne nennen konnte.

Werner Hofmann hat in seiner ebenso minutiösen wie nüchternen Untersuchung der sowjetischen Arbeitsverfassung, dem „Herzstück der Sowjetgesellschaft“, gezeigt, wie sehr die alltägliche Realität der sowjetischen Gesellschaft während der Stalin-Ära (1929-1952) für die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Bauern von jenem offiziell verbreiteten Bild einer Gesellschaft auf dem Weg zur ‚Befrei-

den politischen Kampf, die Revolution, die Eroberung der Macht usw. legten und auch legen mussten. Heute dagegen ändert sich das Schwergewicht so weit, dass es auf die friedliche organisatorische ‚Kultur‘arbeit verlegt wird.“ (LW 33, 460, 461)

ung der Arbeit' im Sozialismus/Kommunismus widersprach, ja in ihrer Tendenz sogar entgegengerichtet war.⁹⁰

Dass sich angesichts der Verwüstungen, die der Krieg der Nazis gegen die Sowjetunion angerichtet hatte, die Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus, ganz unabhängig von der Existenz der persönlichen Diktatur Stalins⁹¹, nicht verbessert hatten, sondern nunmehr alle Anstrengungen zunächst der Rekonstruktion und dann der erneuten Erweiterung der industriellen Basis (und der Rüstung im ‚Kalten Krieg‘) galten, war fast unvermeidlich. Aber auch die theoretisch wie praktisch unzureichende ‚Entstalinisierung‘ (nach den ‚Enthüllungen‘ der Verbrechen, des Personenkults etc. durch Chruschtschow auf dem XX. Parteitag) in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre änderte an dem Hauptmangel, dem Fehlen einer glaubhaften, realistischen und realisierbaren⁹² sozialistischen Zukunftsperspektive⁹³ – trotz allmählicher Verbesserung der Lebensumstände und einiger propagandistisch-spektakulärer Weltraumerfolge – nichts Wesentliches. Vielmehr dominierten seit den späten 1960er Jahre unübersehbar die gesellschaftlichen (wirtschaftlichen, politischen, kulturellen) Stagnationstendenzen, die sich umso schärfer auf die inneren Verhältnisse, das Bewusstsein und die Ansprüche der Bevölkerungen in den ‚realsozialistischen‘ Ländern auswirkten, als im kapitalistischen ‚Westen‘ sich mit der informations-technologischen Revolution eine ‚schöne neue Welt‘ des Wohlstands jenseits aller Klassenverhältnisse anzukündigen schien. Der Versuch, diese Revolutionierung der Produktivkräfte mit den materiell, politisch und kulturell begrenzten Mitteln des ‚Realsozialismus‘ nachzuholen oder zu imitieren, war zum Scheitern verurteilt. Der halbherzige Versuch Gorbatschows, unter Berufung auf Lenin, eine neue ökonomische Politik in Verbund mit einer kulturellen Umwälzung einzuleiten, endete, wie so oft bei Wiederholungsversuchen der Geschichte, nicht einmal mehr als Tragödie, sondern als Farce.⁹⁴

Kommunistische Transformation

Nach den höchst widersprüchlichen und letztlich desaströsen Erfahrungen mit dem ‚Realsozialismus‘ des 20. Jahrhunderts⁹⁵ stellt sich die Frage, ob man Marx‘

⁹⁰ Vgl. W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin/W. 1956. Zit. Vorwort, S. VII. Zum „Grundcharakter der sowjetischen Arbeitsverfassung“ vgl. ebd., S. 28-32.

⁹¹ Vgl. Hofmanns spätere, die politischen Verhältnisse, den politischen Terror und die Verbrechen des Stalinismus einbeziehende Untersuchung der Frage „Was ist Stalinismus?“ In: ders., Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M. 1967.

⁹² Vgl. z.B. die unrealistischen Prognosen und Erwartungen des III. Programms der KPdSU von 1961.

⁹³ Vgl. G. Lukacs' angesichts des ‚Prager Frühlings‘ von 1968 noch durchaus optimistische Alternative zum Stalinismus, in: ders., Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt/M. 1987, S. 89-125.

⁹⁴ Man denke an den grotesken Putsch der Generäle gegen Gorbatschow im August 1991 und an das Bild des Boris Jelzin auf den Panzern der wiederum dagegen revoltierenden Teile der Armee usw. Ob – um eine ganz andere Perspektive wenigstens zu erwähnen – die radikal ‚neue ökonomische Politik‘ Deng-Xiaopings und seiner Nachfolger in China im Sinne des Sozialismus erfolgreicher sein wird, oder durch staatliche Kontrolle mehr oder minder verhüllt, schließlich in Richtung eines neoliberalen Kapitalismus führen wird, muss einstweilen offen bleiben.

⁹⁵ Damit soll keineswegs gesagt werden, dass die moralische ‚Bilanz‘ des Kapitalismus in die-

Kommunismusvorstellungen – wie so viele andere vor ihm – nunmehr endgültig in die lange Reihe illusionär-utopischer Menschheitsphantasien einreihen soll, oder ob sie immer noch das Potential haben, in absehbarer Zukunft eine – im wahren Sinne des Wortes – *realistische, also verwirklichtbare* Perspektive zur Lösung der unübersehbar gewordenen Probleme des Überlebens der Menschheit im 21. Jahrhundert beizutragen; denn so ließe sich möglicherweise auch die Notwendigkeit – die existenzielle Not der Menschheit zu wenden – des Übergangs zu einer kommunistischen Gesellschaft im Marx'schen Sinne begründen.

Greifen wir nochmals auf Marx' summarische Bemerkung zurück, wonach eine neue und höhere Gesellschaftsform nur realisierbar ist, wenn „die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“ Damit stellt sich die Frage, ob die im heutigen High-Tech-Kapitalismus⁹⁶ entwickelten Produktivkräfte geeignet sind, eine Gesellschaft frei zu setzen, deren 'Grundprinzip' nicht länger die „Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen“, sondern die „volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.“⁹⁷ Wir haben gesehen, dass Marx dazu nicht den Stillstand der Produktivkraftentwicklung, wohl aber die Verringerung der Arbeitszeit und damit eine Vermehrung der freien Zeit (disposable time – als der 'wahre Reichtum') für erforderlich hielt. Daraus ergibt sich zwar nicht notwendig, aber der realen Möglichkeit nach eine weiterhin progressive Produktionsweise ohne Verzicht auf ein 'gutes Leben', aber auch ohne ziellos verselbständigtes Wachstum der materiellen Produktion.⁹⁸

Unter den Bedingungen eines 'finanzgetriebenen Akkumulationsregimes' führte der neoliberale High-Tech-Kapitalismus auf Basis der mikro-elektronischen Revolution seit den 1980er Jahren freilich – auch unter der Drohung einer globalen

sem 'blutigen Jahrhundert' (Hobsbawm) weniger desaströs gewesen ist. In ökonomischer Hinsicht hat er sich jedoch aus den eben angedeuteten Gründen dem 'Realsozialismus' gegenüber als überlegen erwiesen.

⁹⁶ Vgl. Wolfgang Fritz Haug, *High-Tech-Kapitalismus*, Hamburg 2003, und ders., *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, Hamburg 2012.

⁹⁷ MEW 23, 621 „Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er (der Kapitalist, bzw. die kapitalistische Produktionsweise – WG) rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.“ MEW 23, 618.

⁹⁸ Schon 1975 hatte der in der DDR lebende Philosoph Wolfgang Harich als Antwort auf die damals durch den Club of Rome und andere ins öffentliche Bewusstsein gehobene globale Umweltkrise einen 'Kommunismus ohne Wachstum' propagiert und war dabei in 'Ost und West' auf ungläubiges Staunen gestoßen. Energischen Widerspruch löste seine These aus, wonach die „ökologischen und ökonomischen Sachzwänge“ die entwickelten kapitalistischen Länder möglicherweise rascher „in die Richtung kommunistischer Lösungen drängen“ würden als die damaligen 'realsozialistischen' Länder. Vgl. Wolfgang Harich, *Kommunismus ohne Wachstum?* Hamburg 1975, S. 134ff. Harichs Plädoyer für eine – notfalls diktatorisch erzwungene – *asketische Lebensweise* (a.a.O., S. 179) hat allerdings bei Marx keine Referenz. Zur aktuellen Diskussion vgl. die Übersicht bei Karl Unger, *Das Wachstumsparadigma und die ökologischen Krisen*, in: Z 90, Juni 2012, S. 141-152.

Umweltkatastrophe – weder zu einer Zügelung oder Regulierung der Produktion noch zu einer Verkürzung der Arbeitszeit – im Gegenteil; und dass die typischen Charaktermasken dieses Regimes, die Banker einerseits und die ‘Nerds’ andererseits, eher Karikaturen als konkrete Erscheinungsformen freier Individualität sind, liegt auf der Hand. Die viel beschworene neoliberale ‘Individualisierung’,⁹⁹ – die Vereinzelung, d.h. die wechselseitige ‘Entfremdung’ und Konkurrenz der Individuen statt ihrer ‘Assoziation’ – hatte eine fortschreitende Fragmentierung der lohnarbeitenden Bevölkerungsschichten zur Folge, die sich augenscheinlich etwa am sozial-politischen Machtverlust der Gewerkschaften seit den 1980er Jahren zeigte. Gerade im Schlüsselsektor der aktuellen Produktivkraftentwicklung, der Informations- und Kommunikationstechnologie (Computer, Internet etc.), hat die Konkurrenz der Beschäftigten ihre Solidarisierung gegenüber dem Kapital erschwert oder gar obsolet erscheinen lassen. Erst seit der großen Krise des neoliberalen Regimes hat der Gedanke einer ‘freien Assoziation’ der Produzenten auch und gerade in diesen Kreisen wieder an Attraktion gewonnen.¹⁰⁰

Der High-Tech-Kapitalismus wird – wie der tayloristische Kapitalismus der 1930er Jahre – an der großen Wirtschaftskrise nicht ‘zusammenbrechen’ und damit auch nicht das auf lange Frist für das Überleben der Menschheit destruktive Regime der ‘Produktion um der Produktion willen’. Vielmehr bedarf es zur Abwehr der unmittelbaren Krisenfolgen (Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit vor allem der Jugend usw.) wie der langfristigen Bedrohung der menschlichen Lebensbedingungen durch dieses Regime (thermonuklearer Krieg, Krieg der Kulturen, Klimawandel) eines kulturellen Wandels, zu dem die glaubhafte Vision einer Alternative beitragen könnte. Auch wenn wir heute den Marxschen Optimismus, wonach sich „die Menschheit immer nur Aufgaben [stellt], die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind“, nicht mehr ohne ein gewisses Maß an Skepsis teilen können, bleibt doch die begründete Hoffnung, dass die Rekonstruktion des Marxschen Kommunismusbegriffs und seine Weiterentwicklung unter den konkreten Bedingungen des 21. Jahrhunderts im diskursiven Wettbewerb mit anderen Ideen zur Lösung der globalen Menschheitsprobleme einen Beitrag zum mittel- und langfristig notwendigen Kulturwandel leisten kann.

Ob ein solcher Wandel durch die sich derzeit erneut abzeichnende sprunghafte Entwicklung der informationstechnologischen *vierten industriellen Revolution* (BIG DATA, Internet der Dinge) beschleunigt (etwa durch die Open-Source-

⁹⁹ Vgl. Norbert Elias, *Die Gesellschaft der Individuen*, Frankfurt/M. 1991; Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986; ders., *Risikante Freiheiten – Gesellschaftliche Individualisierungsprozesse in der Moderne*, Frankfurt/M. 1994. Jürgen Habermas greift das Thema „Individuierung durch Vergesellschaftung“ in soziologischer und philosophiehistorischer Perspektive auf, ohne auf Marx näher einzugehen; an die Stelle des Kommunismus tritt bei ihm die „unbegrenzte Kommunikationsgemeinschaft“. Vgl. ders., *Nachmetaphysisches Denken*, Frankfurt/M. 1992, S. 187-241, hier: S. 226ff.

¹⁰⁰ Man denke an Bewegungen wie ATTAC, Occupy Wall-Street, die ‘Empörten’, die Piraten u.ä.

Bewegung u.ä.) oder konterkariert (z.B. durch universelle Kontrolle á la NSA etc.) wird, lässt sich nicht vorhersagen, weil dies – wie stets – das Ergebnis sozialer Kämpfe sein wird. Insofern ein solcher Kulturwandel aber nicht erst als Folge des Übergangs zum Kommunismus im Marx'schen Sinne, sondern als notwendiges Moment seiner Voraussetzungen zu begreifen ist, kann dieser Übergang nicht einfach als kurzfristiges 'Ereignis' – etwa nach dem Muster der großen französischen Revolution¹⁰¹ –, sondern nur als ein langfristig zu realisierender Prozess verstanden werden, der unter den hoch-technologischen, ökonomisch-sozialen und kulturellen Bedingungen des heutigen Kapitalismus beginnen muss, aber damit noch keineswegs beendet sein wird.¹⁰² Der Übergang vom Feudalismus zum voll entfalteten Kapitalismus hat – wie uns nicht erst Braudel und Wallerstein lehrten – Jahrhunderte gedauert. Daraus ergibt sich keineswegs, dass ein möglicher¹⁰³ Übergang zum entwickelten Kommunismus in Marx' Sinne eine ähnlich lange Zeitspanne erfordern wird.¹⁰⁴ Aber es ist m.E. heute schon klar, dass es sich um einen Prozess des Strukturwandels in einer 'longue durée' handeln wird. Dabei werden sich – erfolgreiche soziale Kämpfe vorausgesetzt – zunächst einzelne Merkmale einer höheren, kommunistischen Gesellschaftsformation schon in der kapitalistischen und dann schließlich in einer nicht-mehr kapitalistischen, aber noch-nicht kommunistischen Gesellschaft durchsetzen können. Heterogene Produktionsverhältnisse sind – wie Marx bemerkt – beim Übergang der Gesellschaftsformationen sogar die Regel.¹⁰⁵

Dabei wird es sich nach aller historischen Erfahrung keineswegs um das berüchtigte 'frisch-fromm-fröhlich-freie Hineinwachsen' in den Kommunismus handeln können. Schon Kautsky, dem eine solche Vorstellung nach Lenins Kritik immer wieder unterstellt wurde, hatte in seiner Kontroverse mit dem damaligen sozialdemokratischen Parteivorstand (1909) eine derartige Idylle entschieden zurückgewiesen und stattdessen ein „neues Zeitalter der Revolutionen“ prognostiziert.¹⁰⁶ Mehr als hundert Jahre später wird man dabei aber weniger an historische 'Ereig-

¹⁰¹ Die ja, bei genauerer Betrachtung, selbst bloß der Ausgangspunkt eines längeren Revolutionszyklus von 1789 bis 1871 darstellt.

¹⁰² Es ist das große Verdienst von Antonio Gramsci, die besondere Bedeutung der Kultur und der kulturellen Hegemonie im Prozess des Übergangs zum Kommunismus betont zu haben. Damit hat er zur Beantwortung der klassisch-marxistischen Frage nach der Entwicklung des revolutionären Klassenbewusstseins im Kapitalismus einen entscheidenden Impuls gegeben, der bis heute freilich immer noch nicht genügend berücksichtigt wird.

¹⁰³ Dass die tatsächliche Geschichte aber durchaus auch einen anderen Verlauf nehmen kann, muss hier selbstverständlich konzediert werden. Ob die langfristige Alternative 'Kommunismus oder Barbarei' lautet, können wir nicht wissen, wengleich Einiges, vielleicht Vieles in der Gegenwart dies befürchten lässt.

¹⁰⁴ Wie das etwa Gramsci vermutet zu haben scheint. Vgl. ders., Gefängnishefte, Bd. 4, S. 888.

¹⁰⁵ „Wie man bei der Reihenfolge der verschiedenen geologischen Formationen nicht an plötzliche, scharf getrennte Perioden glauben muß, so nicht bei der Bildung der verschiedenen ökonomischen Gesellschaftsformationen.“ MEGA II 3.6, 1972.

¹⁰⁶ Vgl. Karl Kautsky, Der Weg zur Macht. Herausgegeben und eingeleitet von Georg Fülberth, Frankfurt/M. 1972, speziell: S. 31 ff. und 97ff.

nisse' vom Schlage des 'Sturms auf die Bastille' oder auf das Winterpalais denken können, als an eine langfristige Strategie von in ihrer Summe 'systemüberwindend' wirkenden, durch demokratische Mehrheiten durchgesetzten und beschlossenen sozial-ökologischen Reformen – als 'Zwischenstadien'¹⁰⁷, wie sie etwa die Konzeption einer 'solidarischen Ökonomie' in einer 'solaren Gesellschaft der Nachhaltigkeit'¹⁰⁸ vorsieht. Entscheidend wird dabei freilich sein, ob und inwieweit es der bisher immer noch allzu zersplitterten sozial-politischen Linken gelingen wird, im nationalen wie internationalen Raum die politisch-kulturelle Hegemonie auch und gerade in den entwickelten Ländern des Kapitals zu erringen. Die gegenwärtige dramatische Krise des neoliberalen Regimes und der ihm entsprechenden Ideologie bietet die reelle Chance für den Beginn eines Hegemoniewechsels: Wann, wenn nicht jetzt?¹⁰⁹

Nachbemerkung¹¹⁰

„Der Sozialismus wird erst siegen,
wenn es ihn nicht mehr gibt',
prophezeite Tucholsky und empfahl:
Von vorn, ganz von vorn anfangen.
Nicht auf Stalin hören, so geht's nicht.
Nein, so ging's nicht.

Daniela Dahn, „Hier bin ich Mensch, hier greif' ich ein'

Die Erinnerung an Marx' Kommunismusverständnis setzt sich dem Vorwurf des Utopismus oder des Messianismus (Losurdo) aus. Solche Kritik beruft sich heute regelmäßig auf die historische Erfahrung mit den sich in ihrer absterben-

¹⁰⁷ In diesem Sinne begriff Marx z.B. die Maßnahmen der Pariser Kommune zur Befreiung der Arbeit als das „rationelle Zwischenstadium, in welchem dieser Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann.“ MEW 17, 546; vgl. auch ebd., 343.

¹⁰⁸ Vgl. Elmar Altvater, *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen*, Münster 2005, und Ders./Nicola Sekler (Hg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg 2006. Dies ist selbstverständlich nur eine hier beispielhaft erwähnte Alternativ-Konzeption.

¹⁰⁹ Die 'Abstiegsangst der Mittelschicht' und die entsprechende ideologische Verunsicherung hat selbst hierzulande inzwischen nicht nur das bildungsbürgerliche Feuilleton, sondern sogar den Wirtschaftsteil meinungsführender Tageszeitungen erreicht. Die Süddeutsche Zeitung stellt unter der Überschrift „Ein neuer Kapitalismus?“ selbst „die Systemfrage“ und diskutiert – durchaus nicht unkundig – ob Marx nicht doch Recht hatte? Vgl. Süddeutsche Zeitung, Nr. 210, 21. September 2012, S. 22.

¹¹⁰ Nach Fertigstellung des ersten Teils dieses Textes sind mir drei Texte aus der DDR bekannt geworden, in denen die Thematik des Verhältnisses von Individualität, Persönlichkeit und Sozialismus explizit thematisiert wurde: G. Stiehler, *Über den Wert der Individualität im Sozialismus*, Berlin 1978; W. Röhr, *Aneignung und Persönlichkeit*, Berlin 1979; H. Schliwa, *Individuelle Freiheit in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 1988. Welchen Einfluss sie auf das (parti-)offizielle Kommunismusverständnis hatten, vermag ich nicht zu beurteilen.

den, jeder echten Zukunftsperspektive beraubten und sich daher schließlich als ‚realsozialistisch‘ bezeichnenden Gesellschaften. Der eigentliche Sinn und der politische Zweck einer solchen sprachlichen Manipulation – witzige oder zynische Zeitgenossen sprachen daher auch gerne mal vom ‚Nominalsozialismus‘ – bestand und besteht offenkundig darin, die Verzerrungen, wenn nicht Verkehrenungen, die der Begriff des Kommunismus spätestens in der nach-leninschen (stalinistischen und poststalinistischen) Ära erfahren hat – und die von den Gegnern des Marxismus deshalb auch immer wieder gerne aufgegriffen worden waren und werden – mit dem Hinweis auf die bloße Faktizität der bestehenden administrativ-autoritären Gesellschaften als eine objektiv notwendige, durch den Willen und das Bewusstsein aller denkbaren Akteure nicht grundsätzlich zu verändernde Tatsache hinzunehmen und sich jeder Vorstellung einer weiteren Entwicklung der Gesellschaft im ursprünglichen marxischen Sinne zu enthalten. Was aber soll man von einer solchen, angeblich realistischen Sicht der Ereignisse und Prozesse halten, die ihrerseits die historischen Tatsachen – selbst die massenhaften Verbrechen des Stalinismus – leugnet oder verharmlost, sie mit der angeblich wissenschaftlichen, tatsächlich aber apologetischen Methode der ‚Komparatistik‘ relativiert oder gar rechtfertigt?

Man mag zu den ursprünglichen Kommunismusvorstellungen von Marx eine skeptische oder kritische Haltung einnehmen, aber die vermutlich notwendige ‚Erneuerung‘, Weiterentwicklung bzw. historische Konkretisierung dieser gesellschaftlichen Zielvorstellungen, ihrer objektiven wie subjektiven Voraussetzungen etc., kann nicht durch den Atavismus einer nostalgischen oder apologetischen Rückbesinnung auf den angeblich realen Sozialismus des 20. Jahrhunderts geschehen, sondern muss sich – gestützt auf die große kritisch-theoretische Tradition des Marxismus – mit den Tatsachen (den ökonomischen, sozialen und kulturellen Tendenzen, Widersprüche) der heterogenen (Welt)Gesellschaften des 21. Jahrhunderts auseinandersetzen. An diesen Anforderungen zu messen sind freilich nicht nur rückwärtsgewandte, rechtshegelianisch-positivistische, auf die Idee des Machtstaats fixierte Positionen, wie die Losurdos, sondern auch solche von sich selbst als sozial freischwebende, post-moderne Kommunisten begreifenden Intellektuellen, die – zumeist ohne Rücksicht auf wissenschaftlich gründliche Untersuchungen – in das bestehende Vakuum einer kritischen Selbstreflexion des Marxismus nach der (Un)Methode des ‚anything goes‘ (sofern und solange es nicht begriffen wird!) einzudringen versuchen.

Regine Meyer

Historische Entwicklung in Lateinamerika nach der neoliberalen Offensive in Chile 1973*

2013 jährte sich zum 40. Male der blutige Militärputsch in Chile gegen Salvador Allende und seine Regierung der Unidad Popular, Grund genug, um im Lichte seines Erbes über die Nachwirkungen des Putsches und die heutigen politischen Aufgaben zu reflektieren.

Damals wurden die Hoffnungen des chilenischen Volkes (und vieler, vieler Menschen anderswo in Lateinamerika und darüber hinaus) auf eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft brutal zerschlagen. Mit der Repression einher ging ein beispielloser Sozialabbau – ja, eine totale Zerschlagung der grundlegenden sozialen Rechte und Errungenschaften, die es in Chile aufgrund seiner langen demokratischen Tradition durchaus gab – und eine beispiellose Umverteilung von unten nach oben, die Chile den zweifelhaften Ruhm des Landes mit der größten Schere zwischen Arm und Reich, sprich: der ungerechtesten Verteilung weltweit, einbrachte.

Chile wurde mit dem Putsch zum uneingeschränkten Experimentierfeld des so genannten Neoliberalismus der „Chicago Boys“, chilenischer Ökonomen, die bei dem berühmt-berüchtigten Milton Friedman von der Universität Chicago studiert hatten und später hohe Positionen unter Pinochet einnahmen¹. Es war Friedman, der von dieser Wirtschaftspolitik als dem „chilenischen Wunder“ sprach; die soziale Katastrophe für die Mehrheit der Chilenen erwähnte er ebenso wenig wie die Tatsache, dass es auf der Plünderung der chilenischen Ressourcen beruhte, auf der Entrechtung der Beschäftigten und auf der Privatisierung der grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen, die konsequent in Waren verwandelt wurden – in völliger Umkehrung ihres Charakters als soziale Menschenrechte, wie sie 1948 in der UN-Menschenrechtscharta² beschlossen wurden.

Nun könnte man meinen, dies traurige Kapitel gehöre der Vergangenheit an: schließlich hat Chile seit 1990 wieder demokratisch gewählte Regierungen, aber auch diese haben an dem neoliberalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft bislang wenig Grundsätzliches geändert. Ein Ausdruck dessen ist, dass Chile auch in der OECD, der es seit 2010 angehört, die „Spitzenposition“ der ungleichen Reichtumsverteilung hält.³

* Auf der Grundlage eines Kurzvortrags bei der Veranstaltung des DGB Landesbezirks Hessen-Thüringen am 23. November 2013 in Frankfurt/M. aus Anlass des 40. Jahrestags des Militärputsches in Chile.

¹ Siehe z.B. <http://www.ditext.com/letelier/chicago.html>

² Siehe <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/menschenrechtsinstrumente/vereinte-nationen.html#c3637>

³ Siehe <http://www.oecd.org/berlin/47570121.pdf>

An drei Beispielen möchte ich stichwortartig darstellen, was das Erbe der Diktatur auch nach fast 25 Jahren demokratischer, z.T. sogar linker Regierungen für den Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung heißt.⁴

Bildung

Seit 2011 und besonders in den letzten Tagen und Wochen vor den Präsidentschaftswahlen am 17. November 2013 wurde auch in deutschen Medien immer wieder von den Protesten der chilenischen SchülerInnen und Studierenden – zunehmend unterstützt von anderen Bevölkerungsgruppen – gegen das privatisierte Bildungssystem berichtet. Auch in diesem Bereich belegt Chile einen OECD-Spitzenplatz mit dem höchsten Privatanteil an den Bildungskosten⁵ von rd. 20 Prozent des Durchschnittseinkommens. Hohe Verschuldung für Jahre nach Abschluss der Ausbildung ist die Folge, sofern sich die Familien eine Ausbildung an Privatschulen und -universitäten überhaupt leisten können. Dazu kommen Fragen nach Qualität, Transparenz und demokratischer Kontrolle, auf die ich hier nicht eingehen kann; aber dass die Kinder von Geringverdienenden keine Chance bekommen, ist offenkundig.

Gesundheit

Auch das Gesundheitswesen in Chile wurde privatisiert. Dies erfolgte über eine Kombination von Mechanismen, mithilfe derer die öffentliche Krankenhausinfrastruktur an private Betreiber vergeben wird und über ein System von faktischen Subventionen den privaten Dienstleistern sehr viel höhere Sätze für die gleiche Leistung aus öffentlichen Haushalten oder der gesetzlichen Krankenkasse erstattet werden als dies im öffentlichen Bereich der Fall ist. Mit anderen Worten: Es gibt einen ständigen Fluss öffentlicher Mittel in den privaten Gesundheitssektor, obwohl nur 16 Prozent der Bevölkerung privat versichert sind.⁶ Und dabei haben wir noch nicht von Qualität und Transparenz gesprochen und von den hohen privaten Gesundheitsausgaben und Zuzahlungen der Familien. Hierzu schreibt die panamerikanische Gesundheitsorganisation (PAHO), die Regionalorganisation der WHO für die Amerikas, dass 2009 in Chile nur 47,4 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben aus öffentlichen Mitteln stammten. Von den restlichen privaten Ausgaben kamen 64,6 Prozent direkt aus dem Geldbeutel der NutzerInnen, was natürlich Geringverdiener am härtesten trifft. PAHO kommentiert in diplomatischer Höflichkeit, dass trotz der absoluten Zunahme der Prokopf-Gesundheitsausgaben „die Privatausgaben einen größeren Anteil der Gesamtsumme als die öffentlichen (stellten), was es schwer macht, allgemeinen Zugang (zu Gesundheitsdiensten – RM)

⁴ Sehr ausführlich beschrieben in: Carlos Pérez Soto, Vierzig Jahre Neoliberalismus in Chile, <http://www.medico.de/themen/aktion/konferenzen/dokumente/chile-im-wandel/4478/>

⁵ Siehe http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/education/education-at-a-glance-2013/what-is-the-role-of-private-spending_eag_highlights-2013-20-en#page4

⁶ Vgl. Carlos Pérez Soto, a.a.O.

mit Gerechtigkeit und Effizienz zu erreichen.“⁷ Zum Vergleich: In Deutschland betragen laut WHO EURO 2011 die Privatausgaben 24 Prozent der Gesamtausgaben für Gesundheit, und davon wurde rd. die Hälfte direkt von den Nutzern bezahlt.⁸

Rentenversicherung

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für Sozialabbau ist der neoliberale Umbau der chilenischen Altersvorsorge. An die Stelle des staatlichen Umlagesystems trat ab 1980 ein individuelles und privat verwaltetes obligatorisches Kapitaldeckungsverfahren. Die abhängig Beschäftigten müssen 10 Prozent ihrer Löhne bei den privaten Rentenverwaltern einzahlen. Die hoch gelobten Vorteile dieses Systems – bessere Renten, ein höherer Deckungsgrad und gesellschaftlich sowie individuell niedrigere Kosten – sind nicht einmal ansatzweise eingetroffen: Im Gegenteil, das private Rentensystem produziert zunehmend Altersarmut und Ungleichheit. 2007 wurden rd. 68 Prozent aller Rentenzahlungen vom Staat aus Steuermitteln geleistet für Menschen, die gar nicht oder zu kurz eingezahlt haben oder Renten unterhalb der Armutsgrenze von umgerechnet 150 USD bezogen oder Ansprüche aus dem vorherigen System hatten.

Die mit dem Fonds verbundenen Unternehmen konnten und können diese Kapitalquelle dagegen zu ihrem Vorteil nutzen, ohne den eigentlichen Eigentümern dieses Kapitals irgendeine reale Rentabilitätsgarantie zu geben, und sie können obendrein Verwaltungskosten kassieren, die weit über denen einer öffentlichen Rentenversicherung liegen.⁹ 2008, unter der ersten Regierung Michelle Bachelets, wurde eine Reform in Kraft gesetzt, die das System um eine sog. Solidarsäule ergänzt, um die verschiedenen Zuschüsse aus Steuermitteln zu abzudecken. Im Kern besteht aber weiterhin das private System.

Soviel zu den Beispielen. Noch besteht das neoliberale System des Sozialabbaus, wenn auch in einigen Fällen abgemildert oder verschleiert. Was folgt daraus? Die neoliberale „Reform“ bedarf nicht notwendigerweise eines Militärputsches; der Sozialabbau kann auch und wird sogar meistens unter formal demokratischen Regierungen umgesetzt. So geschehen in Lateinamerika im Gefolge des chilenischen Präzedenzfalls, und so geschieht es auch hier in Europa, wenn z.B. 30 Prozent der Griechen nicht mehr krankenversichert sind¹⁰ und jeder Sechste in unserem reichen Land arm ist¹¹. Aber das ist hier nicht das Thema.

⁷ http://www.paho.org/saludenlasamericas/index.php?id=29&option=com_content&Itemid=&lang=en (eigene Übersetzung)

⁸ <http://apps.who.int/gho/data/view.country.9200>

⁹ Siehe <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05377.pdf>

¹⁰ Siehe <http://www.medico.de/material/rundschriften/2013/01/krank-gespart/>

¹¹ http://www.focus.de/finanzen/news/wohlstand-in-europa-armut-in-deutschland-ist-groesser-als-in-slowenien_aid_949511.html

Unter Führung des Internationalen Währungsfonds und ausgehend vom „Vorbild“ Chile überzog bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine neoliberale Welle des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben unter dem Stichwort „Strukturanpassung“ ganz Lateinamerika, die Weltregion mit den größten sozialen Unterschieden und den höchsten Gewalttaten.

Aber seit ungefähr 15 Jahren gibt es eine deutliche Tendenz zur Umkehr dieses Trends mit der Wahl von Mitte-Links- oder Linksregierungen in vielen Ländern des Subkontinents. Diese Regierungen kamen oft mit großen Mehrheiten an die Macht unter dem gemeinsamen Nenner der Zurückweisung der neoliberalen, marktradikalen Politik. Wie überall im wirklichen Leben resultiert daraus keine bruchlose Erfolgsgeschichte. Die alten und neuen Eliten, die Profiteure der ungerechten Reichumsverteilung und die Nutznießer der natürlichen Ressourcen geben ihre Positionen nicht freiwillig auf.

Dennoch gibt es eine Reihe bemerkenswerter Fortschritte, die deutlich machen, dass es entgegen den Behauptungen der Apostel des Neoliberalismus sehr wohl Alternativen dazu gibt:

- In Lateinamerika ist die Armutsquote in den 10 Jahren von 2002 bis 2011 von knapp 44 Prozent auf 29 Prozent, d.h. um ein Drittel zurückgegangen.¹²
- Die Schere zwischen Arm und Reich klafft nicht mehr ganz so weit auseinander wie vor 10 Jahren. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Ländern.
- In vielen Bereichen wurden sozialpolitische Fortschritte erzielt und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen verbessert, wenn auch noch lange nicht ausreichend.
- Vor allem aber wurden in vielen Ländern die Verfassungen reformiert zugunsten von mehr Demokratie und Umsetzung der Menschenrechte, zugunsten von direkter Bürgerbeteiligung – schon bei der Entwicklung der neuen Verfassungen –, von sozialen Rechten und – sehr wichtig – dem Recht indigener Bevölkerungsgruppen auf kulturelle Selbstbestimmung. Und es wurden z.T. auch die institutionellen Strukturen zur Durchsetzung dieser Rechte gestärkt.¹³

Zusammenfassend kann man sagen, dass Lateinamerika noch nie in seiner Geschichte für eine so lange Zeit so viele fortschrittliche Regierungen gleichzeitig gehabt hat, wie in diesen letzten 15 Jahren, und noch nie wurde in so kurzer Zeit soviel an sozialer Verbesserung und Demokratisierung für erhebliche Bevölkerungsteile bewirkt. Damit soll nicht gelehnet werden, dass es

¹² In Venezuela von knapp 49% auf 29% (-41%), in Ecuador von 49% auf 32% (-34,7%) und in Bolivien von 62% in 2002 auf 42% in 2009 (-32%)
<http://www.eclac.org/publicaciones/xml/5/48455/PanoramaSocial2012DocI-Rev.pdf>

¹³ <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=127284>

Rückschläge gegeben hat und sicher auch in Zukunft immer wieder geben wird. Es bleibt viel zu tun: Noch immer klafft vielerorts ein Abgrund zwischen Arm und Reich, noch immer haben viele Länder eine enorm hohe Armutsquote, noch immer herrschen in vielen Ländern Gewalt und Rechtlosigkeit; Reformen waren z.T. halbherzig oder kosmetisch. Es gab Militärputsche in Honduras und Paraguay, in Nicaragua wird gerade eine Verfassungsreform durchgeführt, die im Gegensatz zu den vorher erwähnten ein Präsidialregime zementieren und den Ausverkauf der nationalen Ressourcen möglich machen soll.¹⁴

In Chile steht eine demokratische Reform der Verfassung aus der Zeit der Diktatur noch an. Mit der Wahl Michelle Bachelets zur Präsidentin befindet sich Chile erneut an der Schwelle eines entscheidenden Kapitels von Vergangenheitsbewältigung und Vertiefung des demokratischen Prozesses in eine gerechtere Zukunft. Mit ihrem Programm „Ein Chile für Alle“ mit Schwerpunkt auf Zugang zu Bildungschancen verspricht Bachelet einen grundsätzlichen sozialen Wandel in ihrer zweiten Amtszeit.¹⁵ Das ist keine leichte Aufgabe, die der solidarischen, wenn auch kritischen Unterstützung durch die linken Bewegungen auch hierzulande bedarf. Es gilt zu verhindern, dass die neuen demokratischen und sozialen Bewegungen in Chile und anderswo noch einmal gewaltsam zerschlagen werden. Das sind wir nicht zuletzt dem Andenken an Salvador Allende schuldig.

¹⁴ Siehe <http://www.envio.org.ni/articulo/4774>; <http://www.envio.org.ni/articulo/4754>

¹⁵ Siehe <http://michellebachelet.cl/>

Jörg Wollenberg

Rosa Luxemburg und die „Freiheit der Andersdenkenden“

Teil I: Die Gruppe „Neuer Weg“ und die Ausgabe der „Russischen Revolution“ von Rosa Luxemburg in Paris 1939¹

„Erzwingt die Einheitsfront!“ forderten die Anhänger der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) und der KPD-Opposition (KPO) vergeblich am 14. Februar 1933 im Schreiben an die Bezirksleitungen von SPD, KPD und ADGB-Gewerkschaften in Bremen. Die KPD verweigerte sich nach wie vor, mit den „Renegaten“ und „öffentlichen Parteifeinden“ zusammen zu arbeiten, die es wagten, sich auf Rosa Luxemburg zu berufen und von denen einige als Repräsentanten der Bremer Linken um Paul Frölich und Heinrich Brandler zu den Gründungsmitgliedern der KPD und ihrer Parteizentrale gehörten. Die Bremer SPD- und Gewerkschaftsführungen antworteten nicht einmal auf das Schreiben. Sie hielten den Faschismus für eine „Übergangerscheinung“, die man mit dem Stimmzettel am 5. März 1933 besiegen werde (Alfred Faust, MdR).²

Die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung nach 1933 führte jedoch zu einer neuen Annäherung an diese Zwischengruppen und damit auch an die Lehren von Rosa Luxemburg in der internationalen Arbeiterbewegung. So ging es u.a. 1935 um die kontrovers diskutierte Frage, mit welchen demokratischen Mitteln Sozialisten und Kommunisten zur Einheit der deutschen Emigration beitragen könnten und welche Rolle dabei die „bürgerlichen Mittelschichten“ übernehmen sollten.

Die Diskussion um Einheit der deutschen Emigration und die Gründung der Gruppe „Neuer Weg“ 1937

Diese Diskussion gewann 1935 angesichts der Niederlage der Volksfront gegen die Rückgliederung des Saargebietes an Hitlerdeutschland wie durch die Eini-

¹ Vortrag bei der Jahrestagung der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, Paris, Sorbonne, 4. bis 5. Oktober 2013. (Vgl. den Tagungsbericht von Ben Lewis in diesem Heft, S. 195ff.). Teil II: „Rosa Luxemburgs ‚Gefängnismanuskripte‘ und die ‚Luxemburgisten‘ am Beispiel von Walter Fabian“ erscheint in Z 98, Juni 2014 (Anm. d. Red.)

Zur Geschichte des unvollendeten Manuskripts „Zur russischen Revolution“ siehe vor allem: Annelies Laschitza, in: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Berlin 1990, S. 7-32. (Es handelt sich um eine Überprüfung des Nachdruckes der Texte in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Bd. 4, 1974). Dazu auch Rosa Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 2: Rosa Luxemburg, Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2007, mit abschließenden Bemerkungen von Annelies Laschitza.

² Siehe Jörg Wollenberg: Rosa Luxemburg und die Bremer Linke – Ihre Stellung zur russischen und deutschen Revolution. Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: Arbeiterstimme, 41. Jg., Herbst 2012, Nr. 177, S. 19-29. Ders.: Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-33, Frankfurt/M. 1983, S. 86-120.

gung der französischen Linken zum Front populaire und der entstehenden Volksfrontregierung in Spanien an Bedeutung. Sie wurde angestoßen von den ins Exil vertriebenen einstigen Freunden und Mitkämpfern aus der Gründergeneration der USPD und KPD, die in den Reihen der oppositionellen deutschen Kommunisten und Sozialisten für eine revolutionäre Erneuerung der Arbeiterbewegung eintraten. So verstand sich z.B. die illegale Inlandsleitung der SAP nach der Kurskorrektur der SPD und der KPD von 1934/35 als „Kristallisationspunkt“ der Erarbeitung einer Einheitsfront „auf dem Boden der revolutionären, kommunistischen Grundsätze“³. Das Zentralorgan der Exil-SAP ab 1933, die „Neue Front“, führte den Untertitel „Organ für proletarisch-revolutionäre Sammlung“. Vergeblich hatten sie die „feindlichen Brüder“ schon vor „Hitlers Machter-schleichung“ (Anna Siemsen) dazu aufgefordert, eine kämpferische Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen gegen die obrigkeitsstaatlichen Notverordnungs-diktaturen der Kabinette Brüning, Papen und Schleicher herzustellen und die stärker werdende Massenbewegung des deutschen Faschismus entschieden zu bekämpfen. In dem 1932 auf dem 1. Parteitag der SAP verabschiedeten „Aktionsprogramm“ hält Paul Frölich im Vorwort zur „Prinzipienerklärung“ – in enger Anlehnung an die „Russische Revolution“ von Rosa Luxemburg – fest: „Die Sozialistische Arbeiterpartei erkennt, dass die demokratischen Rechte Mittel sind, die revolutionäre Aufklärungsarbeit unter den Volksmassen zu erleichtern und die Organisation des Proletariats zu fördern. Sie weiß aber auch, dass die Demokratie in den Händen der Bourgeoisie und ihrer Gehilfen zu einem Mittel der Täuschung und des Betrugs wird. Die Partei wird deshalb unermüdlich gegen die Illusionen über die Demokratie und den bürgerlichen Staat in der Arbeiterklasse ankämpfen“. Und wenig später konstatiert Frölich: „Die Sozialistische Arbeiterpartei sieht es als eine ihrer vornehmsten Pflichten an, die Sowjetunion zu verteidigen und ihren sozialistischen Aufbau zu fördern“. Aber „so begeistert und rückhaltlos sich die SAP zur russischen Revolution und zur Sowjetmacht bekennt, so wird sie nicht kritiklos allen Erscheinungen des russischen Lebens und der Politik der Sowjetregierung gegenüberstehen. Sie übt diese Kritik mit aller Vorsicht und im Bewusstsein der großen Verantwortung, aber sie hat von Rosa Luxemburg und Lenin gelernt, dass der Verzicht auf Kritik der Arbeiterklasse nicht dient, sondern sie schädigt. Im Interesse der internationalen Arbeiterklasse hält sie die Auffassung für gefährlich, die da glaubt, der Sozialismus könne in einem einzelnen Lande vollkommen verwirklicht werden. Das hat zu schweren Fehlern in der inneren Politik der Sowjetunion geführt, vor allem zu einer Unterschätzung und Vernachlässigung der internationalen Revolution.“ Und darin lägen die Ursachen für die Entartung der Kommunistischen Internationale.⁴

³ So Klaus Zweiling, Mitglied der illegalen SAP-Inlandsleitung (mit Walter Fabian und Edith Baumann) im Sommer 1933 unter seinem Decknamen Otto Erbe, in: Der Sieg des Faschismus in Deutschland und die Aufgabe der Arbeiterklasse, o.O., o.J. (1933), S. 59.

⁴ Was will die SAP? Prinzipienerklärung, Aktionsprogramm der SAP. Mit einem Vorwort von Paul Frölich, hrsg. vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg der SAP, Berlin 1932, S. 18-19. (Hervorhebungen von Frölich).

Der Pariser Aufruf zur „Schaffung der deutschen Volksfront“ – als „Kundgebung an das deutsche Volk“ von der Lutetia-Konferenz in Paris am 2. Februar 1936 veröffentlicht⁵ – verkündete ein neues antifaschistisches Bündnis. Aber der Aufruf verursachte im Pariser Exil unter den deutschen Arbeiterparteien erneut Auseinandersetzungen über das Demokratiekonzept. Im Lutetia-Kreis kam es schon 1935 zu innerparteilichen Konflikten in den Reihen der deutschen Opposition. Die SAP-Anhänger plädierten als Gegner der Volksfront für das Konzept der Einheitsfront und unterzeichneten dennoch den Aufruf (K. Sachs, d.i. Walter Fabian und K. Franz, d.i. Paul Frölich). Einige von ihren Repräsentanten um Paul Frölich, den Herausgeber der Rosa-Luxemburg-Werke, verurteilten die Moskauer Prozesse und die Entwicklung in der stalinistischen Sowjetunion.⁶ Bündnisse der Antifaschisten waren von nun an in der Regel nur noch jenseits der Parteizentralen und eher punktuell möglich. Denn welcher bürgerliche Antifaschist, Pazifist, Anarchist, Sozialist oder Sozialdemokrat sollte Zutrauen zum Bündnisangebot von Kommunisten haben, deren Zentrale in Moskau der freien Welt eine „Parteisäuberung“ als Terror mit Massenexekutionen vorführte und politische Emigranten verfolgte, sie zu entblößender Selbstkritik veranlasste oder in den Selbstmord trieb?

Auch die als Renegaten oder Trotzlisten diffamierten SAP-Mitglieder waren sich im Exil nicht einig in Fragen der Unterstützung aller Gruppierungen der Spanischen Volksfront, vor allem der POUM, der als trotzkistisch denunzierten *Partida Obrera de Unificación Marxista*. Die ungenügende Absicherung der konspirativen Arbeit in Hitler-Deutschland erzeugte ebenfalls Kontroversen. Die Konflikte kulminierten in Paris im Februar 1937 und führten zum Bruch in der Exil-SAP und zur Gründung der Gruppe „Neuer Weg“ unter Leitung von Walter Fabian und Erwin Ackerknecht, der sich bald auch Paul Frölich und Peter Blachstein anschlossen. Sie gehörten als Mitglieder der illegalen Reichsleitung der SAP mit Willy Brandt und Jacob Walcher zu den Unterzeichnern des Gründungsauftrages des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront in Paris.⁷ 5 der mit 27 gegen 29 Stimmen „Ausgegrenz-

⁵ Ursula Langkau-Alex: *Deutsche Volksfront 1932-1939*, Bd. 3, Berlin 2005, S. 74-76.

⁶ Wie selbst prominente KPD-Mitglieder im Moskauer Exil durch den Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 und den „Freundschaftsvertrag“ vom 28. 9.1939 verunsichert und erschüttert wurden, dokumentiert u.a. der Brief von Hermann Duncker aus Moskau am 13.10.1939 an Frau und Sohn in den USA: „Ich bin entsetzt über die neuen Verhandlungen Hitler-Stalin! Nie hielt ich das für möglich! Das man auch das noch erleben muss! ... Bei aller ‚Dialektik‘ kann ich nicht mehr mit. Nie und nimmer kann man einen Sozialismus auf den Hitlerismus aufbauen! Pfui Teufel! – Ich habe eine solche Wendung nicht für möglich gehalten. Dafür reicht mein Verstand nicht aus!“ ... „Die Hitler-Pakt-Kommunisten von 1939 sind beinahe das Gegenstück zu den Regierungssozialisten von 1914. Aber noch viel monströser.“ (Bundesarchiv Berlin: SAPMO-Barch. NY44451151).

⁷ Den Aufruf des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ – „Bildet die Deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!“ („Lutetia-Kreis“) unterzeichneten außerdem u.a. Willi Münzenberg, Wilhelm Koenen, Franz Dahlem, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Herbert Wehner für die KPD; Max Braun, Rudolf Breitscheid, Toni Sender und Georg Decker für die SPD; Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Ernst Toller, Klaus Mann, Kurt Rosenfeld, Ernst Bloch,

ten“ waren Mitglieder der Auslandszentrale und vier von ihnen Leiter der Pariser Ortsgruppe der SAP⁸. In der ersten Ausgabe ihres Zentralorgans „Neuer Weg“ vom März 1937 postuliert Erwin Ackerknecht als Ziel der neuen Zwischengruppe, die „Aufgabe der Bolschewiki des siegreichen Oktober 1917 zu übernehmen.“⁹

Die Neuausgabe der „Russischen Revolution“ 1939

Sie erklärten Rosa Luxemburgs „Russische Revolution“ zu ihrer Programmschrift und veranlassten Paul Frölich zu einer Neuausgabe. Diese erschien 1939 in Paris und enthält einige bis dahin als Randbemerkung oder zur Fußnote erklärte Passagen zur „Freiheit des anders Denkenden“¹⁰. An dieser von Paul Levi erstmals 1922 posthum veröffentlichten Arbeit Rosa Luxemburgs schieden sich nach wie vor die Geister; denn Rosa Luxemburg hatte schon 1918 aus der Gefängniszelle heraus Entartungsformen eines von oben verordneten Sozialismus kritisiert und für eine autonome Gestaltung des Demokratisierungsprozesses von unten plädiert. Auch unter den schwierigen Bedingungen des Exils blieb für die Gruppe um Fabian und Frölich die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1789 und 1848 und ihre Radikalisierung durch eine sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft das politische Ziel. Ihre Berufung auf Rosa Luxemburgs umstrittenes Gefängnismanuskript diente nicht ausschließlich dazu, die eigenen Positionen und Konzepte zu rechtfertigen. Es ging den beiden frühzeitig als „Luxemburgisten“ oder „Trotzkisten“ verteilten ehemaligen Mitgliedern der SAP und KPO vor allem darum, ihre Kenntnisse und die Identität mit dem Leben und Werk von Rosa Luxemburg für eine Aufarbeitung aktueller Fehler in der vom Faschismus verfolgten und vom Stalinismus bedrohten deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu nutzen und für eine Erneuerung der Einheits-

Anna Siemsen, Wolfgang Hallgarten, Leopold Schwarzschild und Georg Bernhard u.a. für die Schriftsteller und die Repräsentanten des unabhängigen linken wie auch des bürgerlichen Lagers. Kurt Glaser unterzeichnete für die „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ (RSD), ein Arbeitskreis unter Leitung von Siegfried Aufhäuser, Max Seydewitz und Karl Böchel, der im Herbst 1934 gegründet worden war und den Kurt Glaser im „Lutetia-Kreis“ vertrat.

⁸ So nach der mündlichen Mitteilung von Walter Fabian. Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932-1939, Bd. 1, Berlin 2004, S. 57, Fn. 83, nennt 25 oder 26 Personen, die ausgeschlossen wurden und sich GRUPPE NEUER WEG nannten. Die kleine Gruppe gab neben dem Sprachrohr „Neuer Weg“ Informationsblätter heraus, z.B. alle 4-6 Wochen eine „Deutsche Information“, eine „Frankreich-Information“ und eine „Spanien-Information“.

⁹ Ackerknecht ist das Pseudonym von Erwin Bauer, bis 1935 Sekretär des internationalen Büros der Trotzkisten in Paris und London. Ein weiterer Grund, fortan die Gruppe auch wegen ihres Kontaktes zur spanischen POUM als trotzkistisch abzuqualifizieren.

¹⁰ „Freiheit des anders Denkenden“ bei Frölich 1939 wie bei Blachstein in der Neuauflage von 1948, S. 53. Nicht wie in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, a.a.O., und der Separatausgabe von Annelies Laschitzka zu Band 4, 1990, S. 152/53: „Freiheit der Andersdenkenden“. In der textkritischen Ausgabe von 2007 (siehe Fn.1) lautet diese Passage: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden, sich zu äußern“. Dazu wiederum kritisch und einleuchtend Laschitzkas Bemerkungen im Anhang zur textkritischen Ausgabe von 2007, S. 2-4.

frontpolitik zu plädieren. Die Kritik an der aus ihrer Sicht von vornherein gescheiterten Volksfrontpolitik nutzten ihre Gegner erneut zur Denunzierung der „Renegaten“ und zur Verurteilung des „Luxemburgismus“ – als „eine der übelsten Begleiterscheinungen der Bolschewisierung der Parteien auf theoretischem Gebiet“¹¹.

Wie genau Frölich und die Gruppe der unabhängigen Sozialisten um Fabian den Erkenntnissen und Erfahrungen von Rosa Luxemburg verpflichtet bleiben, belegt schon das Vorwort vom „Parteiabweichler“ Paul Frölich zur Neuausgabe der „Russischen Revolution“, abgedruckt im Organ der Gruppe „Neuer Weg“ vom August 1939: „Allein die Tatsache würde diesen Neudruck rechtfertigen, dass es sich im folgenden um eine Schrift Rosa Luxemburgs handelt, um eine Schrift derjenigen, die Franz Mehring nicht zu Unrecht den genialsten Kopf unter den Schülern Marxens nannte, bei der Lenin bereits 1922 mit Ungeduld die Herausgabe ihrer gesammelten Schriften als ‚nützliche Lehre für die Erziehung vieler Generationen von Kommunisten in der ganzen Welt‘ forderte, deren Schriften andererseits nach dem Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung (1933) noch schwerer auffindbar sind als jedes anderen marxistischen Klassikers deutscher Zunge.“ Gerade nach der deutschen Katastrophe von 1933 sei die Herausgabe der Schriften von Rosa Luxemburg nicht nur die Abtragung einer Ehrenschuld, sondern die Besinnung auf die besten Kräfte des sozialistischen Kampfes zum Nutzen unserer Generation, fügte Peter Blachstein 1948 in seiner Einleitung zur Neuausgabe der „Russischen Revolution“ von 1939 hinzu, um „den geistigen Niedergang der deutschen Arbeiterbewegung und vor allem jener Partei, die Rosa Luxemburg gründete“, zu beenden. „Auch dort, wo sie irrt, enthält ihre Kritik mehr sozialistische Gedanken als die Hymnen der urteilslosen Lobredner.“ (1948, S. 11)

Frölich – und ihm folgend Blachstein – weisen in ihren Vorworten vor allem auf Rosa Luxemburgs Kritik am Abbau und der Unterdrückung demokratischer Freiheiten durch die Bolschewiki hin. Trotz der Bejahung der siegreichen Revolution, trotz aller Bewunderung für die Kühnheit des russischen Proletariats und seiner revolutionären Partei, sah sich Rosa Luxemburg veranlasst, ihre scharfe Kritik aus Sorge um die Zukunft der russischen Revolution und der internationalen Arbeiterbewegung (für Insider) zu formulieren. Denn das Wesen der Arbeiterbewegung, die schöpferische Initiative und die Aktion der Arbeiterklasse von unten, sei verloren gegangen und das würde die Verwirklichung von Freiheit und Sozialismus in Russland behindern, wenn nicht gar verhindern. Und Frölich fügt, Luxemburg zitierend, hinzu: „Die Hauptursache der Fehler der Bolschewiki lägen freilich im kläglichen Versagen der Arbeiterparteien Westeuropas, die Russland isoliert ließen.“

¹¹ So nach Annelies Laschitza im zitierten Nachwort von 2007, S. 6ff. (siehe Fn.1) Dazu genauer A. Laschitza: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: BZG XX (1991) 4, S. 435ff.

Eng an Rosa Luxemburgs Manuskript orientiert, stellen Frölich (und Blachstein) das Verhältnis von Partei und Basis im revolutionären Prozess in den Mittelpunkt ihrer Einführung: Die Organisation, die Partei ist der Ausdruck des gemeinsamen Willens und sie soll die klarsten, mutigsten und entschlossensten Kräfte zur Führung berufen. Aber diese Führung kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie stets und überall in engstem Kontakt mit allen Auffassungen und den Kämpfen der Arbeiter steht. Die beste Führung kann die Selbsttätigkeit der Massen nicht ersetzen. Die Arbeiterbewegung ist zum Untergang verurteilt, wenn in ihr nicht volle Meinungsfreiheit besteht. Unmissverständlich hatte Rosa Luxemburg dazu – lange als Randbemerkung abgetan – postuliert: „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden.“ Prophetisch hatte sie vorausgesehen, wohin der Weg der Unterdrückung der Demokratie in der Arbeiterbewegung und in der Gesellschaft führen muss. „Nach drei Jahrzehnten haben wir den totalen russischen Staat vor uns, wo jede Abweichung von der Meinung der Regierung als Verbrechen bestraft wird“, ergänzt dazu Peter Blachstein 1948. Und beide Herausgeber fügen erläuternd hinzu: Aber Rosa Luxemburg bekannte sich zugleich zur Diktatur des Proletariats. Darunter verstand sie die Diktatur der Mehrheit des Volkes, die im Interesse dieser Mehrheit und zum Schutz der jungen revolutionären Macht gegen Sabotage und Bürgerkrieg Partei ergreift. Und das im Gegensatz zur bürgerlichen Diktatur, die bei sozialer Ungleichheit und Unfreiheit sich auf die formale Demokratie beschränkt. Keineswegs sollte jedoch die formale bürgerliche Demokratie damit abgeschafft werden, sondern sie sollte als ungenügend erklärt werden. Ihre Weiterentwicklung zur wirtschaftlichen und politischen Demokratie bleibt die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung. Ohne entschlossene Eingriffe in die bürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse, so Peter Blachstein 1948, wird auch heute keine sozialistische Regierung bestehen können, wie die englischen Erfahrungen der Labour-Regierung erneut unter Beweis gestellt haben. Und der 1947 aus dem schwedischen Exil wieder nach Hamburg und zur SPD zurückgekehrte spätere Bundestagsabgeordnete ergänzt: „Die Diktatur des Proletariats war lange eine Schreckparole des Bürgertums gegen die sozialistischen Parteien. Wir haben inzwischen blutig erfahren; wie die bürgerlichen Verteidiger der Demokratie in Deutschland in kritischer Stunde in die Front der Nazi-Diktatur eingeschwenkt sind... Unsere Gegenwartsaufgabe ist es, mit Rosa Luxemburg die politische Demokratie durch Brechung ökonomischer Privilegien zur vollen Entfaltung zu bringen und durch sozialistische Politik breite Schichten des Volkes zur Verwaltung heranzuziehen und durch Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten Arbeiter zur wirtschaftlichen und politischen Führung zu befähigen“ – auch und besonders in Deutschland (1948, S. 13). Das freilich setzt voraus, wie Anna Siemsen als Mitstreiterin von Rosa Luxemburg und (mit Fabian, Frölich und Blachstein) führendes Mitglied der SAP im Schweizer Exil notiert und gleichfalls 1947 als die Lehre Luxemburgs für die Zukunft festhält: Alle Arbeiterorganisationen unterliegen der Gefahr der zentralistischen Bürokra-

tisierung. Besonders die vom „Preußenmilitarismus übernommene Parteidisziplin der Arbeiterpolitik nahm beiden Parteien jede Elastizität und führte 1933 zur offiziellen Kapitulation, die den Ruf der deutschen Arbeiterschaft schädigte und durch kein Heldentum der Illegalen wieder ausgeglichen werden konnte“.¹²

Nachdruck der „Russischen Revolution“ 1948

Und so war es kein Zufall: Zwei ältere und enge politische Freunde von Walter Fabian und Paul Frölich – Paul Levi, der nach seinem Ausschluss als Parteivorsitzender aus der KPD den linken Flügel der SPD (Klassenkampf-Gruppe) prägte, und Kurt Rosenfeld, der mit Max Seydewitz 1931 jüngere Mitstreiter um die „Klassenkampf-Gruppe“ wie Otto Brenner, Peter Blachstein und Willy Brandt zur SAPD führte – hatten lange mit Rosa Luxemburg zusammengearbeitet. Sie sahen ihre gemeinsame Aufgabe darin, die Trikolore mit der Roten Fahne zu verbinden. Und so war es wiederum kein Zufall: Nach der Kapitulation des Hitler-Faschismus und dem erneuten Scheitern der Einheitspartei gab Peter Blachstein, der SAP-Mitstreiter in Paris, Barcelona und Stockholm, im Konsens mit Frölich die Ausgabe der „Russischen Revolution“ von 1939 in Hamburg im Friedrich Oetinger Verlag 1948 als Nachdruck heraus¹³. In diesem Verlag erfolgte übrigens 1949 auch eine Neuauflage von Frölichs Biographie „Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat“, ebenfalls Ende August 1939 in Paris erstmals ediert.

Auf diese Ausgaben griffen die in Hannover nach 1950 im „Marxismus-Arbeitskreis“ versammelten Linksozialisten und oppositionellen Kommunisten unter Leitung des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner zurück, um über Demokratie von unten zu diskutieren (Arbeiterdemokratie und Mitbestimmung). Hier kamen Anhänger des Demokratiekonzepts von Rosa Luxemburg zu Wort, u.a. Wolfgang Abendroth, Karl Korsch, Fritz Rück, Walter Fabian, August und Irmgard Enderle oder Paul Frölich. Und es ist wiederum kein Zufall, dass ihr ehemaliger Mitstreiter Willy Brandt 70 Jahre nach der Ermordung Rosa Luxem-

¹² Anna Siemsen, Briefe aus der Schweiz, Hamburg (Verlag Friedrich Oetinger) 1947, S. 49f.

¹³ Der Briefwechsel Blachstein-Frölich liegt im Archiv der FES. In dem im Juni 1946 vom Buchhändler Friedrich Oetinger gegründeten, von der Britischen Militärregierung lizenzierten Hamburger Verlag, der sich später auf Kinderbücher spezialisierte, erschienen 1947 mehrere Publikationen ehemaliger SAP-Mitglieder, u.a. Anna Siemsen: Einführung in den Sozialismus; dies.: Briefe aus der Schweiz; August Siemsen: Die Tragödie Deutschlands und die Zukunft der Welt. Aufsätze und Reden. War das Fenner Brockway zu verdanken, dem seit 1928 mit den unabhängigen Linken aus Deutschland zusammen arbeitenden Vorsitzenden von Left Labour, der 1935 das Internationale Büro für revolutionäre sozialistische Einheit in London leitete und dessen Autobiographie als deutsche Ausgabe 1947 im Verlag von Johannes Angelius Keune mit einem Vorwort von Heinz-Joachim Heydorn erschien, nachdem Brockway im April 1946 als einer der ersten englischen Politiker Deutschland besucht und auf der ersten Maifeier des DGB in Hamburg gesprochen hatte, um den Linken Mut zu machen und den Weg zur politischen Macht zu öffnen? Siehe dazu auch das German Diary by Fenner Brockway (vom 28. April bis zum 11. Mai 1946), London 1946.

burgs eine Rundfunkrede auf Rosa Luxemburg hielt und diese in der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ (H. 4/1989) veröffentlichte. Angesichts von 150 Jahren SPD ein Kapitel, das in der offiziellen Parteigeschichte heute ebenso ausgeklammert bleibt wie der Sündenfall der Reichstags-Rumpffraktion vom Mai/Juni 1933 mit der Entfernung jüdischer Mitglieder und der Zustimmung zur „Friedensresolution“ Hitlers, die zum Ausschluss der SPD aus der SAI führte. Diese bis zur Selbstaufgabe gehende Anpassungspolitik der Parteileitung ließ nicht nur die 1931 aus der SPD ausgeschlossenen SAP-Mitglieder verzweifeln. Auch Hermann Brill, der aus Thüringen stammende Brückenbauer zwischen bürgerlicher Welt und sozialistischer Gegenwelt, gab sein Parteibuch zurück. Der nicht zur Emigration bereite Mitstreiter der Widerstands-Gruppe Neu-Beginnen und Gründer der „Deutschen Volksfront“ in Berlin – der die Haft in Buchenwald überlebte und im Juli 1945 die schnell wieder verbotene erste Einheitspartei Deutschlands in Weimar gründete, den Bund demokratischer Sozialisten (BdS) – hatte im Juni 1933 die SPD verlassen, weil seine Partei Ende Mai 1933 nicht einmal zur Selbstauflösung fähig war.¹⁴ „Ich bin und bleibe Sozialist. Sozialdemokrat bin ich für alle Zeiten gewesen“, lautete sein am 31. Januar 1934 formuliertes Bekenntnis.¹⁵ Selbst die prominenten SPD-Reichstagsabgeordneten Philipp Scheidemann, Wilhelm Hoegner und Wilhelm Dittmann sahen sich in ihren Erinnerungen aus dem Exil zu scharfer Kritik veranlasst.¹⁶ Was würden sie heute sagen zu dem „Irrweg“ von Heinrich August Winkler in seinem Beitrag über Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept im Jubiläums-Sonderheft 2/2013 zu 150 Jahre Sozialdemokratie? („vorwärts extra“, S. 84-85).

Ein Grund mehr, um an die lange vernachlässigte Auseinandersetzung um das Demokratieverständnis von Rosa Luxemburg in der „Klassenkampfgruppe“ und im Austromarxismus am Beispiel der SAP ebenso zu erinnern wie an den besten Kenner der Werke Rosa Luxemburgs als Repräsentanten der oppositionellen Kommunisten. Wir finden ihre Mitglieder nach den gescheiterten Einheitsversuchen von unten in den gegen ihren Willen 1945 neu gegründeten alten Arbeiterparteien – in der Regel als Außenseiter und bald wieder als Ausgegrenzte. Für die meisten von ihnen blieb der Rückgriff auf die Werke von Rosa Luxemburg und Karl Marx der Ausgangspunkt des politischen Denkens.

¹⁴ Vgl. Jörg Wollenberg: Volksfront und Sozialdemokratie. Die Widerstandsgruppe Brass-Brill und das Zehn-Punkte-Programm der Deutschen Volksfront von 1936, in: Renate Kniggetesche, Peter Reif-Spirek (Hg.): Hermann Louis Brill 1895-1959, Wiesbaden 2011, S. 77-104. Jörg Wollenberg: Zwei Weihnachtbotschaften von 1936. Deutsche Volksfront gegen Hitler – mit einem anderen Blick auf Willy Brandt, Hermann Brill und Klaus Mann; in: Sozialismus, Heft 12, Dezember 2013, 40. Jg., S. 55-60. Nachdruck in „Arbeiterstimme“: Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis, Nr. 182, 42. Jg., Winter 2013, S. 17-22.

¹⁵ Vgl. M. Overesch: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 229ff.

¹⁶ Vgl. Philipp Scheidemann: Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil, Hamburg 2002, S. 27- 73; Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, Frankfurt/M. 1995, Bd.3, S. 1014-1025; Wilhelm Hoegner: Flucht vor Hitler, Frankfurt/M. 1979, S. 145-154.

Rosa Luxemburg – Demokratie und Revolution

17. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz, 4. bis 5. Oktober 2013, Paris

Am historischen Standort der Pariser Sorbonne präsentierten insgesamt 25 ReferentInnen aus Frankreich, Argentinien, Brasilien, Deutschland, England, Indien, Japan, Kanada, Polen und Russland auf Englisch oder Französisch (mit Simultanübersetzung) ihre Ideen zum Thema „Rosa Luxemburg’s Concepts of Democracy and Revolution“. Rund 250 Zuhörer/innen waren im Laufe des Wochenendes anwesend. Die Konferenz wurde organisiert und/oder unterstützt von: Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, Universität Paris I Panthéon-Sorbonne / Centre d’Histoire des Systèmes de Pensée Moderne (CHSPM), Espaces Marx, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gerda-und-Hermann-Weber-Stiftung, Collectif Smolny, transform! europe, Regional Council Ile-de-France, Revue internationale „Actuel Marx“, Revue critique „Contre-temps“

Passenderweise begann die Konferenz mit Berichten über aktuelle internationale Editionsprojekte von Rosa Luxemburgs Werken. Mit spürbarer Begeisterung gab die Luxemburg-Biografin *Annelies Laschitzka* (Berlin) bekannt, dass Anfang 2014 als Supplement zu den fünf Bänden von Luxemburgs Gesammelten Werken ein Band VI (1898-1905) mit einem Umfang von 900 Seiten veröffentlicht wird. Band VII (1906-1919) folgt später. Laschitzka freute sich zu verkünden, dass man mit der Veröffentlichung der bisher weitgehend unbekannt gebliebenen Artikel und Reden nunmehr Zugriff auf weitere Aspekte von Luxemburgs journalistischer Tätigkeit bekommen wird. Nach einem 2012 erschienenen Band über „Nationalitätenfrage und Autonomie“, ursprünglich eine Artikelserie auf Polnisch, werde es eine Gesamtausgabe mit den polnischen Reden und Schriften Luxemburgs, übertragen ins Deutsche, geben, wie *Holger Politt* (Warschau/Berlin), der Übersetzer und Editor dieser Werke, der Konferenz mitteilte.

Zum bedeutenden Projekt einer englischsprachigen Gesamtausgabe der Luxemburg-Werke in 14 Bänden (incl. der von Laschitzka und Politt erschlossenen neuen Texte) informierte *Sebastian Budgen* (Verso-Verlag) – in Vertretung des erkrankten „Chief Editors“ Peter Hudis (Chicago) – über den aktuellen Stand des Vorhabens. Nach einem viel beachteten Band mit einer umfangreichen Auswahl ihrer Briefe ist gerade eine Ausgabe mit Luxemburgs ökonomischen Schriften erschienen. 2014 wird ein Band mit den Reden und Schriften zum Thema Revolution folgen. Budgen gab auch Pläne des Verso Verlages bekannt, im Jahre 2014 eine „Graphic Novel“ zum Leben Luxemburgs zu verlegen, die als Einführung in ihr Leben und Wirken dienen soll, vor allem für jüngere Leser und für diejenigen, die sich zum ersten Mal mit ihrem Leben und Werk beschäftigen. In Frankreich will das Collectif Smolny, wie *Eric Sevault* (Toulouse) erläuterte, die kompletten Werke Rosa Luxemburgs auf Französisch herausgeben. Drei Bände sind bereits erschienen.

Jacqueline Bois (Paris), Übersetzerin der Rosa-Luxemburg-Biografie von Paul Frölich, wies auf die gerade erfolgte Veröffentlichung einer von ihr ins Französische übersetzten Autobiografie Paul Frölichs hin, ein aufschlussreiches Dokument zur Vorgeschichte, Gründung und Frühgeschichte der KPD sowie der Kommunistischen Internationale. Die Originalfassung auf Deutsch soll im Dezember 2013 beim Basisdruckverlag Berlin erscheinen.

Großartige Nachrichten aus Paris, also!

Angesichts der durch die krisenhaften ökonomischen Entwicklungen im globalen Ausmaße sowie durch die Krise der bestehenden staatlichen demokratischen Institutionen hervorgerufenen Aktualität des Konferenzthemas war es kein Wunder, dass es zahlreiche Anmeldungen von Referaten mit Themen rund um das Hauptthema gegeben hatte. Für *Isabel Loureiro* (Brasilien) gehören - auch unter Hinweis auf die aktuelle Entwicklung ihres eigenen Landes - Themen wie gesellschaftliche Teilhabe und tief greifende demokratische Kontrolle durch das Volk nach den Ideen Rosa Luxemburgs zu den brennenden Aufgaben der Gegenwart. Luxemburgs eingehende Analyse der bürgerlichen Demokratie mit ihren gravierenden Mängeln und ihr basisdemokratisches Konzept als Alternative wurde von *Michael Löwy* (Frankreich) dargestellt. Auch *David Muhlmann* (Frankreich) ging auf den Inhalt der sozialistischen Demokratie i. S. Luxemburgs ein, wobei er die Grenzen zu Kautsky einerseits und Lenin andererseits deutlich machte. Nach *Pablo Slavín* (Argentinien) ging Luxemburg seit ihren frühen Jahren von einer dialektischen Beziehung zwischen Reform und Revolution aus, von einer Verknüpfung von Demokratie und sozialistischer Revolution. Ähnliche Aspekte von Luxemburgs Demokratie- und Organisationskonzeption kamen - mit unterschiedlichen Akzentuierungen - in den Referaten von *Philippe Corcuff* (Frankreich), *Sobhanlal Datta Gupta* (Indien), *Alexey Gusev* (Russland), *Frigga Haug* (Deutschland), *Ben Lewis* (England), *Ottokar Luban* (Deutschland), *Claudie Weill* (Frankreich), *Jörg Wollenberg* (Deutschland) zum Ausdruck, wobei Luxemburgs Verhältnis zum Bolschewismus vor und nach der russischen Revolution, die Rolle der Arbeiterräte und die Fragen der Spontaneität und Kreativität im Verlauf des Kampfes um höhere demokratische Formen eine Rolle spielten.

Weitere Themen: *Sandra Rein* (Kanada) zeigte die feministischen Inhalte in Luxemburgs Leben und Werk auf. Während *Jean-Numa Ducange* (Frankreich) die Haltung Luxemburgs zur französischen Sozialdemokratie untersuchte, gab *Feliks Tych* (Polen) einen Überblick über die Luxemburg-Rezeption in der wissenschaftlichen and allgemeinen polnischen Öffentlichkeit. Mit dem Einfluss des Elternhauses auf die Prägung von Luxemburgs revolutionären Perspektiven beschäftigte sich *Rory Castle* (England). Ein auf internationaler Ebene in den letzten Jahren häufig diskutiertes Thema, Luxemburgs Auffassungen von Nationalökonomie als Ausgangspunkt für ihre Ansichten zur Demokratie, analysierten *Michal R. Kraetke* (England/Deutschland) und *Ingo Schmidt* (Kanada/Deutschland).

Auf der Website der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft

<http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de> sind auf der Site „Ankündigungen“ die Abstracts der Referate sowie 3 gekürzte Referatstexte aus der *L'Humanité* als Downloads zu lesen. Ein Konferenzband mit ausgewählten Referaten ist in Planung.

Einige der Referenten widmen sich der Rosa-Luxemburg-Forschung schon seit längerer Zeit, so zum Beispiel *Narihiko Ito* (Japan), Vorsitzender der Internationalen Rosa Luxemburg Gesellschaft. Er gedachte der Gründung der IRLS in Paris im Jahr 1979, mit dem Ziel, das Schicksal des Sozialismus neu zu bewerten, im Besonderen das Verhältnis Sozialismus und Demokratie. Bis heute wirft die Erfahrung des Stalinismus einen langen, dunklen Schatten über das heutige Projekt des Sozialismus, und obwohl die Zahl derjenigen, die engagiert sind, diese Hindernisse zu überwinden noch zahlenmäßig klein ist, war es hervorragend zu erfahren, dass diese selbstlose Arbeit im Bereich der Geschichtsforschung schon einige Früchte trägt. Zur Förderung dieser Forschung hat die zentrale Rosa-Luxemburg-Stiftung im letzten Jahrzehnt besonders beigetragen, wie *Evelin Wittich* (Deutschland) anhand konkreter Beispiele wie Konferenzen und Editionsprojekten aufzeigen konnte.

Die strikten Vorschriften der Sorbonne mit den engen zeitlichen Grenzen für die Nutzung der Hörsäle sorgten dafür, dass die Zeit für Diskussion und Debatte eher knapp bemessen war. So entstand manchmal der Eindruck, die Referenten präsentierten ihre Ideen in Isolation voneinander, anstatt im Umgang miteinander. Obwohl die Diskussion natürlich in den Cafés, Restaurants und Kneipen von Paris weitergeführt wurde, wäre es meines Erachtens besser gewesen, einen Austausch von Ideen auf der Konferenz selbst zu organisieren.

Die Konferenz war zweifellos ein Erfolg und eine ausgezeichnete Gelegenheit für Rosa-Luxemburg-Forscher unterschiedlicher Generationen, zusammenzukommen, einander kennen zu lernen und Gedanken sowie Informationen auszutauschen. Der Dank geht an die Organisationen und Einzelpersonen, welche die Veranstaltung organisierten. Die Konferenz hat ohne Zweifel die Anwesenden inspiriert, mit neuem Elan, Energie und Zweckbewusstsein zu ihren Forschungs-, Redaktions- und Übersetzungsarbeiten zurückzukehren.

Ben Lewis

Zur Lage des Marxismus

Tagung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Arbeitskreises kritischer Juristinnen und Juristen an der HU, 13. bis 15. Dezember 2013, Berlin

Die Lage ist besser als gedacht, wenn auch nicht wirklich gut, so könnte ein verkürztes Fazit der hauptsächlich von der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) geplanten Tagung in Berlin aussehen, zu der sich in Spitzenzeiten bis zu 150 Interessierte im Audimax der HU in Berlin trafen.

Aus einer kleinen Fachtagung war nach Aussagen der Veranstalter aufgrund des großen Interesses eine mittelgroße Tagung geworden, die aber, so die mehrfach wiederholte Versicherung der Veranstalter, keinen Anspruch auf eine irgendwie geartete Abbildung des marxistischen Spektrums in der Bundesrepublik erheben wolle, sondern der konkreten Fragestellung eines spezifischen Arbeitszusammenhangs entsprungen sei.

Thema der insgesamt sechs Panels war weniger die Frage nach der inhaltlichen Ausgestaltung marxistischer Theoriebildung heute oder im Angesicht der Krise, sondern die Lage marxistischer Wissenschaft und Forschung an und außerhalb der Universitäten – gegenwärtig und kontrastierend in der Vergangenheit. Und diese Lage, so *Alex Demirovic* in seinem Einleitungsbeitrag, sei deutlich besser als vor zehn Jahren, sei es in diesem Zeitraum doch zu einer Verfestigung kritischer Gesellschaftstheorie an zahlreichen Hochschulen gekommen. Jena, Kassel, Wien, Darmstadt – immer wieder wurden in den Beiträgen der Tagung diese und weitere Orte genannt, an denen sich kritische, an marxistischer Theoriebildung orientierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen etablieren konnten.

Auch *Elmar Altvater* kam in seinem Referat zu der nur leicht ironischen Einschätzung, die Lage des Marxismus sei selten so gut gewesen wie heute. Vor dem Hintergrund der aktuellen Desavouierung bürgerlicher Wirtschaftstheorie und des selbst vom Papst attestierten inhumanen Charakters des Kapitalismus sei ein positiver Bezug auf Marx geradezu Allgemeingut geworden. Zentral für marxistische Theorie heute sei die intensive, analytische Auseinandersetzung mit dem Gegenstand der Kritik, dem gegenwärtigen Kapitalismus, wobei es einer marxistischen Krisenanalyse im doppelten Sinne bedürfe: Untersucht werden müssten sowohl die reversiblen Krisen, die Altvater in den sinkenden Profitraten sah, aber auch die irreversiblen Krisen, die mit dem fortschreitenden Ressourcenverbrauch des kapitalistischen Entwicklungsmodells einhergehen. Die zyklischen Krisen seien nicht als Vorboten des Zusammenbruchs des Kapitalismus zu verstehen, denn dieser habe Krisen immer als Jungbrunnen zur Erschließung neuer Akkumulationsquellen genutzt. Anders sei dies bei der Krise im Naturverhältnis, auf die marxistische Theorie eine Antwort finden müsse. Marx sei keineswegs der Fetischist der Produktionskräfte gewesen als der er häufig dargestellt werde. Die von Altvater angebotenen Alternativen blieben mit dem Stichwort „Genossenschaften“ jedoch weitgehend nebulös.

Den „kurzen Sommer des akademischen Marxismus“ nahmen die Teilnehmer des ersten Panels am Samstag in den Blick. *Frank Deppe* skizzierte in seinem Beitrag den politischen Hintergrund dieser Periode. Während es nach 1945 zu einer starken Ausdifferenzierung des Marxismus nach Wissenschaftsdisziplinen gekommen sei, verbunden mit dem Bestreben, Distanz zum Parteimarxismus zu bekommen, sei diese Gegenüberstellung von Wissenschaft und Praxis heute weniger stark als in den 70er Jahren. Die Ausdifferenzierung werde anerkannt, Schwierigkeiten bereite vielmehr die Zusammenführung der unterschiedlichen Ausprägungen. Die Bedeutung der gewachsenen „Stütz-

punkte“ marxistischer Wissenschaft wurde auch von Deppe mit Blick auf Tradierung und Nachwuchsförderung betont. Gleichzeitig kam jedoch die völlig veränderte universitäre Realität nach der Bologna-Reform zur Sprache, die eine systematische Aneignung komplexer Theorie enorm erschwert.

Die Entwicklung des Verhältnisses von Feminismus und akademischem Marxismus wurde von *Birgit Sauer* in den Blick genommen. Eine Frage für feministische Wissenschaftlerinnen mit marxistischem Hintergrund sei immer die nach der kategorialen Verbindung von Klasse und Geschlecht, und die Hausarbeitsdebatte der 70er Jahre sei ein Beispiel für die Abarbeitung feministischer Wissenschaft am Marxismus gewesen. Der Bezug auf „Geschlecht“ als zentrale Kategorie sei auch eine Reaktion auf die Theorie vom „Nebenwiderspruch“ gewesen, zumal die marxistische Theorie für zahlreiche gegenwärtige Fragestellungen kein begriffliches Material biete. Auch für die feministische Theorie sei der Weg der universitären Institutionalisierung bei allen Schwierigkeiten richtig gewesen; die „Wahlverwandtschaft“ von Feminismus und Marxismus hätte – trotz mancher Widerstände auch von links – überdauert. *Katharina Hajek* ergänzte im Anschluss einige Konjunkturen der Verbindung von Feminismus und Materialismus, die sie in Debatten zur feministischen Staatstheorie, Intersexualität, Kritik der politischen Ökonomie und geschlechtlicher Arbeitsteilung sah.

Einen eher konträren Akzent setzte *Michael Heinrich*, der die vermeintliche Blütezeit des akademischen Marxismus in Teilen als Scheinblüte und Moderscheinung bewertete. Marxismus, dessen Differenzierung Heinrich hervorhob, sei häufig eben nicht nur Herrschaftskritik, sondern auch Herrschaftsmittel gewesen. Der angefügte „Ismus“ zur Marxschen Theorie habe zu den bekannten Abgrenzungsritualen geführt. Auch von Heinrich wurde die Problematik der Institutionalisierung angesichts der heutigen universitären Realitäten betont. Hier komme es zu Formen der Selbstzensur, und auch die Vermittlungsfähigkeit des heutigen akademischen Marxismus sei in Frage zu stellen.

Der Praxisbezug marxistischer Theorie wurde von *Christoph Lieber* als zentraler Punkt herausgestellt. Der Marxsche Theorietypp stehe im Spannungsverhältnis zum Überbau, weshalb eine Reflexion der Bedingungen der eigenen Tätigkeit für marxistische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen von Bedeutung sei. Schließlich dürfe die politische Ökonomie als zentrales Element des Marxismus nicht preisgegeben werden.

„Institutionalisierungen, Tradierungen, Abbrüche“ standen im Mittelpunkt des zweiten Panels. *Thomas Sablowski* kam hier auf die problematischen Bedingungen heutiger Wissensvermittlung an den Hochschulen zurück. Eine systematische Grundausbildung in marxistischer Theorie gebe es heute auch nicht an den erwähnten Stützpunkten. Dem widersprach mit einer sehr viel optimistischeren Bewertung *Klaus Dörre*, der eine Rückkehr radikaler Kapitalismuskritik in zentrale öffentliche Debatten sah. Selbst in nichtmarxistischen Schriften fänden sich heute marxistische Denkfiguren und der Mainstream sei bei der „Wahrheitssuche“ ins Hintertreffen geraten.

Häufig war von den unterschiedlichen Herausforderungen für eine erneuerte marxistische Theorie die Rede, weshalb *Silvia Kontos* kritisierte, dass die „feministische Herausforderung“ leider immer nur als solche benannt werde, ohne jedoch tatsächlich von marxistischen Theoretikern bearbeitet worden zu sein. Anhand der Rekapitulation der Hausarbeitsdebatte verdeutlichte Kontos die damaligen Kritikpunkte am Marxismus und deutete sie als Versuch einer systematischen Verknüpfung mit der Theorie der materiellen Reproduktion, also einem zentralen Feld marxistischer Theorie. Einen Blick auf den östlichen Marxismus warf abschließend *Lutz Brangsch*. So sei das marxistische Denken im Osten nach dem Zusammenbruch 1989/92 nicht abgebrochen, konnte aber für die politischen Auseinandersetzungen nicht aktiviert werden. Die Nutzung des Marxismus als Legitimationsideologie sei nicht nur ein östliches Phänomen gewesen, sondern auch den westlichen Marxismen zu Eigen. Gemeinsam sei diesen jedoch der fehlende Bezug auf den DDR-Marxismus.

Peter D. Thomas und *Ingar Solty* stellen zum Abschluss des Tages Fragen nach der Erneuerung des Marxismus. Für Thomas muss jede Form der Erneuerung die Spannung zur historischen Form halten; Solty nannte unterschiedlichste kollektive Forschungszusammenhänge, in denen an solchen Formen der Erneuerung oder auch, wie Thomas es verstanden wissen wollte, der Rekonstruktion gearbeitet werde. So der MEGA-Zusammenhang, die Arbeit am HKMW, die Jenaer-Schule, die neogramscianischen Ansätze oder auch die RLS.

Am Sonntag folgten zwei weitere Panels, bei denen ausschließlich Vertreter und Vertreterinnen der jüngeren Generationen zum Zuge kamen. Unter dem Titel „Kritische Wissenschaft als generationenübergreifendes Projekt“ stellten *Katharina Pühl*, *Nikita Dhawan*, *Maria do Mar Castro Varela*, *Ingo Stützel* und *Benjamin Opratko* auf sehr persönliche Weise dar, wie und unter welchen Umständen sie politisiert wurden und an welchen TheoretikerInnen sie sich orientieren. Im Anschluss wurde u.a. debattiert, ob und inwiefern Universitäten überhaupt einen geeigneten Ort für kritische Forschung sein können und welche gesellschaftliche Rolle ihnen dabei zukommt.

Mit dem Panel „Anschlüsse an Marx“ mit *Sonja Buckel*, *Pia Garske* und *Oliver Nachtwey* wurde die Tagung beendet. Neben wiederum sehr persönlichen Schilderungen über die Sozialisation im akademischen Raum wurde insbesondere darüber diskutiert, welche Methoden und Inhalte aktuell zu marxistisch orientierter Forschung gehören (müssen). So ist bspw. der Status des postmarxistischen Ansatzes von Laclau und Mouffe äußerst umstritten und auch feministische Forschungserkenntnisse sind längst nicht breit akzeptiert bzw. in marxistische Ansätze eingebunden. Dies warf auch die Frage von theoretischer Kompatibilität auf.

Gerd Wiegel

Kapital-Einführung

Alexander von Pechmann, „Das Kapital“ von Karl Marx. Ein Handbuch, Verlag Turia + Kant, Wien-Berlin 2013, 221 S., 22,00 Euro

Pechmann wendet sich an Leser, die angesichts der gegenwärtigen kapitalistischen Krise an „ökonomischer Theoriebildung interessiert sind und daher das ‚Kapital‘ verstehen wollen“. (1) Das Zielpublikum sind „interessierte Laien“ (12), der Schwerpunkt liegt beim Gesamtzusammenhang der Theorie aller drei Bände.

So einfach das Vorhaben, umso schwieriger ist die Ausführung. Das „Kapital“ will zunächst nur das ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft enthüllen. Diese Gesellschaft aber wird in ihrer Struktur durch diese Ökonomie bestimmt, und noch mehr, diese so bestimmte Gesellschaft schafft die Grundlage für die Art und Weise, wie sie sich selbst einschließlich ihrer Ökonomie sowohl im Alltag als auch in der wissenschaftlichen Rezeption sieht. Da aber das „Kapital“ sich von vornherein diesem Schein entzieht, stellt es nicht bloß die kapitalistische Ökonomie, sondern auch alle von dieser Ökonomie bestimmten Bereiche nicht so dar, wie sie uns erscheinen, sondern so wie sie sich aus der Natur der kapitalistischen Ökonomie ergeben. Es liefert auch darüber hinaus in nicht wenigen Fällen eine Erklärung dafür, warum ökonomische, politische, juristische Formen uns anders erscheinen als sie selbst sind. So glaubt „zunächst“ jeder zu wissen, was Eigentum sei, doch im „Kapital“ wird es nicht durch Willensverhältnisse begründet, sondern ökonomisch. Und dies

gleich in mehrfacher Form. Zunächst ist es durch die Arbeit des Produzenten und etwas später durch die unentgeltliche Aneignung fremder Arbeit bestimmt. Und trotzdem behalten die althergebrachten juristischen Formen ihre Gültigkeit. Ein anderes Beispiel: Jeder „interessierte Laie“ glaubt zu wissen, was Kapital sei, doch bei Marx erfährt er, dass es nicht bloß eine Summe Geldes oder eine Industrieanlage oder dergleichen ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, das Lohnarbeit, bestimmte Eigentumsverhältnisse und deren (staatliche und ideologische) Absicherung beinhaltet. Das „ökonomische Bewegungsgesetz“ ist also ohne die Kenntnis all der anderen Bereiche kaum zu verstehen. Kurz: Der „interessierte Laie“, der aus eigener Erfahrung schon viele Kenntnisse über Kapital und Kapitalismus besitzt, sieht sich mit dem „Kapital“ in eine Welt versetzt, die er so noch nicht kennt, aber kennen müsste, will er das „Kapital“ verstehen. Die ökonomischen Bewegungsgesetze sind also nur dann im vollen Umfang verständlich, wenn auch alle anderen Bereiche bekannt sind. Dabei ist hier noch gar nicht die Schwierigkeit berücksichtigt, dass der interessierte Laie oft noch wenig von Ökonomie und von Philosophie (z. B. Dialektik) weiß.

Jede Einführung in „Das Kapital“ steht vor diesem Dilemma. Der Teil ist erst durch das Ganze verständlich, dieses jedoch wird erst durch seine Teile konstituiert. Der Gefahr, diesem Dilemma dadurch auszuweichen, dass man durch die Erläuterungen der Voraussetzungen allen möglichen Einwänden zuvor kommt, um dann erst später (oder dann auch

gar nicht mehr) zur Sache selbst zu kommen, entgeht Pechmann – von einer kleinen „Einleitung“ (9-12) abgesehen – dadurch, dass er sich auf den Hauptinhalt der „kapitalistischen Produktionsweise“ konzentriert. Der Leser soll sich mit dem Inhalt des „Kapital“ selbst befassen, bevor er den Fragen nachgeht, wie das „Kapital“ richtig zu lesen sei, dass man Marxsens „Forschungsweise“ vom „Entstehungsprozess“ zu unterscheiden habe etc. Auch auf andere Kommentare, Einführungen und Interpretationsansätze lässt er sich erst gar nicht ein. Pechmann lässt sich von drei Fragen leiten: „was ist eigentlich Kapital; wie und wodurch entsteht es; in welchen Formen bewegt und verwertet es sich?“ (11) Die Konzentration auf das Ökonomische ist jedoch bei Pechmann nicht bloß eine didaktische Reduktion, um den anfänglichen Leser einen Einstieg in das Kapital zu erleichtern, sondern er scheint den Inhalt des „Kapital“ auf die Ökonomie zu beschränken. Aber die „Lebensleistung von Marx“ (11) ist eben nicht nur die Analyse der kapitalistischen Ökonomie. Es wird aber noch mehr reduziert. Alles historische Quellenmaterial lässt er beiseite, auf detaillierte Erläuterungen und Berechnungen geht er nicht ein. Der Schwerpunkt liegt beim systematischen Aufbau des Werks. Um es noch einmal zu betonen: Alle Auslassungen können unter didaktischen Gesichtspunkten gebilligt und gerechtfertigt werden, aber „Das Kapital“ stellt viel mehr dar als „bloß“ Marxsens ökonomische Theorie.

Die Einteilung folgt den großen Abschnitten, nicht den einzelnen Kapiteln. Die sicherlich notwendige Straffung des Stoffes, einschließlich man-

cher Auslassungen und Reduktionen, scheint aber nicht in allen Fällen sinnvoll zu sein. So behandelt er, diesem Einteilungsprinzip folgend, zunächst die ersten beiden Abschnitte „Ware und Geld“ und „Die Verwandlung von Geld in Kapital“. Erstes Opfer seiner komprimierten Darstellung ist die Sphäre des Besitzes und des Eigentums. Nach der Darstellung der Geldform und des Fetischcharakters der Ware geht er unmittelbar über zum Geld und dessen Zirkulationsformen. Der Austauschprozess und damit die Beziehung der Warenbesitzer als gleiche und freie werden übergangen. Schon hier zeichnet sich die Tendenz ab, dass Pechmann sehr deutlich das Gewicht auf die Wertseite legt. Zwar wird die Seite der Gebrauchswerte überall dort, wo sie systematisch hereinspielt, nicht übergangen, aber die Entwicklung basiert auf dem Wert. Ähnliches gilt auch für das 13. Kapitel, in dem die Auswirkung der absoluten und relativen Mehrwertproduktion auf die Arbeiter (und natürlich auch die Arbeiterinnen und die Kinder) durchaus historisch beschrieben werden. Pechmann folgt wohl der Meinung, dass es in diesem Kapitel vor allem um die Beschreibung des proletarischen Elends gehe, um die empirischen Auswirkungen dessen, was begrifflich zuvor mit der Entwicklung des absoluten und relativen Mehrwerts dargestellt wurde. Der Aspekt, dass Marx hier mit empirischen und historischen Belegen zeigt, dass sich die kapitalistische Produktionsweise nur mit Hilfe aller nichtökonomischen Repressionsapparate (Staat, Justiz, Religion, Ideologie einschließlich der sozialen und

moralischen Zerrüttung) durchsetzen und erhalten kann, geht damit verloren. Die entsprechenden Ausführungen dieses Kapitels sind mehr als bloßes historisches Quellenmaterial, das heute ohnehin überholt ist. Der Aspekt, dass Marx mit empirischem Material einen Ausblick auf den Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise gibt, den er systematisch an dieser Stelle noch nicht geben kann, wird vernachlässigt.

Erfreulich ist, dass Pechmann den zweiten und dritten Band ebenso ausführlich behandelt wie den ersten. Er holt vor allem den zweiten Band, der in den heute gängigen Einführungen sehr stiefmütterlich behandelt wird – Heinrich widmet ihm gerade mal neun und Fülberth kommt mit sechs Seiten aus – aus seiner Schmuddelcke heraus. Alle drei Abschnitte werden mit der gleichen Ausführlichkeit und für den „interessierten Laien“ nachvollziehbar behandelt. Dies gilt insbesondere für das Reproduktionschema des Gesamtkapitals im dritten Abschnitt des zweiten Bandes. Dasselbe trifft weitgehend auch auf den dritten Band zu. Die Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise, der tendenzielle Fall der Profitrate werden nicht vereinfacht und trotzdem verständlich dargestellt.

Insgesamt hat Pechmann eine anregende Zusammenfassung geschrieben, ohne die Schwierigkeit des Stoffes zu bagatellisieren. Der Untertitel „Handbuch“ ist jedoch nicht angebracht. Es ist nicht ein Buch, das der Leser bei einzelnen Schwierigkeiten heranzieht; und es ist auch kein Nachschlagewerk. Das dazu nötige Sachregister mit entsprechenden Querverweisen fehlt völlig. Für diese Thematik

wäre es ohnehin angebracht, für ein Handbuch aber unerlässlich. Das Buch vermittelt aber auf jeden Fall einen ersten kompetenten Überblick über Marxens ökonomische Theorie und vermag auch das Interesse zu wecken, sich mit dem Original zu befassen.

Martin Schraven

Marxsche Philosophie

Urs Lindner, Marx und die Philosophie. Wissenschaftlicher Realismus, ethischer Perfektionismus und kritische Sozialtheorie, Schmetterling, Stuttgart 2013, 424 S., 24,95 Euro

In der Auseinandersetzung und Analyse der Krisenkonstellation seit den Jahren 2007/2008 rücken philosophische Thematiken im marxistischen Spektrum in den Hintergrund der Aufmerksamkeit. Mehrere jüngst veröffentlichte Publikationen, etwa die Übersetzung eines Werkes von Etienne Balibar, wirken diesem Trend entgegen. Auch die hier besprochene, auf eine Dissertation zurückgehende Veröffentlichung, die ursprünglich als Einführung gedacht war (7), sticht heraus.

Das Ziel des Buchs ist ein „philosophische[r] Durchgang durch das gesamte marxsche Werk“ (ebd.). Es umfasst neben einer Einleitung sechs Kapitel sowie eine Schlussbetrachtung. Das Werk zeichnet sich durch eine gut zugängliche Sprache aus, die auch denjenigen Lesern den Zugang zur Materie gewährt, die bislang kaum oder vielleicht auch keinen Kontakt zu philosophischen Themen haben. Das Vorgehen des Verfassers ist transparent und (selbst)kritisch. Seine Studie verfügt über einen eigenständigen Interpretati-

onsrahmen, der zur Diskussion und zum Gedankenaustausch anregt. Immer wieder erfolgen die Betrachtung und der Rückbezug auf die Biografie von Marx. Lindner zeichnet die Verbindungen der verschiedenen Werke nach und zeigt auf, ob, wann, warum und auf welche Weise spezifische Thematiken wiederkehren. Zudem arbeitet sich der Autor kritisch an verschiedenen Marx-Interpretationen ab, wobei insbesondere Althusser im Fokus steht. Am Ende des Werkes findet sich ein umfangreiches Literaturverzeichnis sowie ein kurzes, hilfreiches Glossar.

Lindner verortet die Marxschen Schriften „in der Tradition sozialphilosophischen Denkens“ (12). Eine „rekonstruktive Frage“ ist in der Untersuchung leitend: „Was von seinem Denken ist für eine heutige kritische Sozialtheorie“ zu verwenden und welche Aspekte nicht? Lindner möchte den „wissenschaftlich-materialistischen“ und den ‚ethisch-politischen‘ Marx zusammensbringen“. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt der Verf. auf drei Perspektiven: Wissenschaftstheorie, Ethik und Dekonstruktion (13). Er lässt hierbei allen Texten von Marx eine Gleichbehandlung zukommen und arbeitet sich in chronologischer Reihenfolge vor (17). Die Dichotomie „von weitgehender Kontinuität oder völligem Bruch im marxischen Werk“ vermeidet der Autor (17f.). Ihm geht es nicht um eine „einfache [...] Erweiterung von Marx“, sondern Lindner strebt ein „Kooperationsprojekt von an Marx und Foucault orientierten Zugängen an“ (23), in enger Verbindung mit Theorien aus dem Spektrum des Feminismus und Postkolonialismus sowie „radikalem Denken aus außereuropäischen Kontexten“ (23f.).

Hervorzuheben ist, dass die Verbindungen von Marx zur Philosophie auch jenseits von Hegel und Feuerbach deutlich gemacht werden, bspw. auch zu Kant. Im zweiten Kapitel verortet Lindner den jungen Marx in den „diskursiven Koordinaten des Junghegelianismus“ (52). Auch seine Doktorarbeit bewegt sich im „theoretischen Rahmen“ der Hegelschen „Deutung der nach-aristotelischen Philosophien“ sowie Bruno Bauers „Philosophie des Selbstbewusstseins“ (58). Es finden sich Bezüge zu Schelling, bspw. in der in den Pariser Manuskripten formulierten Kritik an Hegel (69), ebenso auch eindeutige Zugriffe auf Fichte (70f.). Zu behaupten, Marx sei angesichts seiner „Lobpreisungen“ von Feuerbach jemals ein „Feuerbachianer“ gewesen, verfehle „die Komplexität seiner diskursiven Bezugnahmen und Verknüpfungen“ (69). Die Schrift *Zur Judenfrage* erweise sich als die innerhalb der Frühwerke „klarste Zurückweisung der von [John] Locke erfundenen philosophischen Akteursfigur der Person als Privateigentümer“ (96).

In Differenz zu Althusser, der wohl eine der populärsten „Periodisierung[en] des marxischen Werkes“ vorgelegt hat, ist Lindner der Auffassung, dass bei Marx ein „Einschnitt innerhalb der Philosophie und ein [...] Übergang zur Sozialphilosophie“ zu unterscheiden seien. Statt einer von Althusser vorgeschlagenen „Ablösung von Ideologie durch Wissenschaft“ in den Jahren 1845/1846 habe sich ein „philosophischer Terrainwechsel“ ereignet. Dieser umfasse nicht die Absage an frühere Positionen, sondern deren Neuartikulation (18). In der Folge unterteilt Lindner das Marxsche Wirken in von Althusser Überlegungen abweichende

Phasen. Erst mit Beginn seines Exils in London ab 1850 sei Marx als Wissenschaftler tätig gewesen (18). In dieser Periode habe Marx einen „komplexitätswissenschaftlichen Theorietypus“ entwickelt, in dessen Rahmen, so der Autor, „die Geschichtsphilosophie des historischen Materialismus“ außen vor gelassen werde (22).

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen mit den werkimmanenten Verbindungen glättet Lindner mit seinen Einschätzungen und Interpretationen das Werk von Marx keineswegs, sondern weist immer wieder auf dessen „gegenläufige Tendenzen hin“, die es in seiner Gänze sogar zu zerreißen drohten (216).

Auch zu in der Marx-Forschung umstrittenen Thematiken und Interpretationen nimmt Lindner innerhalb seines Interpretationshorizontes argumentativ überzeugend Stellung. So begreift er Marx' „Grundrisse“ als dessen „philosophisches Experimentierfeld“ (235), er weist die vielfach geäußerte Meinung zurück, hierin würde sich die „eigentliche Philosophie des *Kapitals*“ (236) in Anschluss an Hegel finden, womit er der gelegentlich hervorgebrachten Figur eines Hegelmarxismus eine Absage erteilt (237). Auch die u.a. von Axel Honneth sowie von Vertretern des „westlichen Marxismus“ postulierte, ab 1850 stattfindende Trennung „zwischen historisch-politischen Schriften“ einer- und „der systematischen Untersuchung der kapitalistischen Ökonomie“ andererseits, hält Lindner für nicht zutreffend (258). Zuletzt geht der Verf. der Streitfrage über die von Marx im Kapital verwendete Methode bzw. Art der Darstellung nicht aus dem Weg. Er kommt zu dem Schluss, es gebe hierin nicht „die Me-

thode“, vielmehr liege „bei der Produktion von Erklärungen“ die Kombination „unterschiedliche[r] Vorgehensweisen“ vor: „[D]ichte ethische Beschreibungen“ würden verknüpft mit „analytische[n] Begriffszergliederungen“ und der „genetischen‘ Entwicklung von Erscheinungsformen“ (335). Auch einen „Bruch mit der frühen Entfremdungsproblematik“ kann Lindner im Kapital nicht erkennen. Stattdessen habe eine Verteilung ihrer „normative[n] Gehalte [...] auf ein komplexeres ethisches Begriffsvokabular“ stattgefunden (346).

Im letzten Abschnitt wendet sich Lindner dem Marxschen Spätwerk zu. In den letzten 15 Jahren seines Lebens hätte „die Frage der sozialen Transformation“ im Zentrum des Interesses gestanden, von Marx bearbeitet „in Form einer Kritik der Geschichtsphilosophie“, vorangebracht im Rahmen der Beschäftigung mit Russland. In dieser Phase hätte Marx schließlich die Abkehr von der herausgehobenen Bedeutung der europäischen Entwicklung vollzogen (360).

Lindner schließt seine Betrachtungen mit dem Resümee, dass Marx noch immer ein grundlegend wichtiger Denker für eine zeitgemäße Sozialtheorie sei, hierbei jedoch „ein Bezugspunkt – unter anderen“ (396). Er plädiert für das bereits eingangs angedeutete Projekt einer „kritische[n] Sozialtheorie“, verstanden als „theoretisches Reflexionsmedium und streitbare Kommunikationsplattform immer schon pluraler Emanzipationspolitiken“. Eine irgendwie geartete Wiederbelebung eines Marxismus lehnt er dezidiert ab (397).

Sebastian Klauke

Die Möglichkeiten der Marx-Rezeption

Matthias Steinbach/Michael Ploenus (Hrsg.), Prüfstein Marx. Zu Edition und Rezeption eines Klassikers, Metropol, Berlin 2013, 383 S., 24,00 Euro

Die Feststellung, dass Marx – sowohl im Feuilleton wie auch in der Wissenschaft – wieder ein vogue ist, ist weder originell, noch angesichts der aktuellen Krisenkonstellationen überraschend, doch für die Wissenschaft und ihre Debatten sicherlich ein Glücksfall. Dem Aufschwung der letzten halben Dekade schließt sich auch der vorliegende Sammelband an. Er umfasst neben einer Einleitung durch die Herausgeber 20 Beiträge in den vier Abschnitten Edition und Biografie, Rezeptionslinien im Kaiserreich und Weimarer Republik, Kultur- und bildungsgeschichtliche Perspektiven sowie – mit drei Texten am kürzesten – Transnationale Perspektiven. Die damit gebotene thematische Breite bietet überaus vielfältige Perspektiven und Positionen. Die Beiträge bewegen sich entlang der Dimensionen des Marxismus als „Weltklärungstheorie“, „soziale Utopie“, „revolutionäre Ideologie“ sowie „wissenschaftliche Methode“ (11). Beteiligt sind ForscherInnen insbesondere der Geschichtswissenschaft, aber auch einzelne Vertreter der Pädagogik, Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte. Resultat dessen sind Beiträge wie ‚Museums- und Ausstellungskonzepte des Trierer Marx-Hauses von 1931 bis heute‘ und ‚Marxismus in der Pädagogik‘, aber auch Themen jenseits deutscher und europäischer Grenzen werden betrachtet, etwa wenn die ‚Marxistisch inspirierte his-

toriographische Diskussion in Lateinamerika‘ am Beispiel Argentiniens geschildert wird. Über ihre jeweilige Zunft hinaus bekannte Namen sind Peter Schöttler, der sich dem „Verhältnis der französischen *Annales*-Historiker zu Marx und Marxismus“ (348) widmet, das sich in beide Richtungen als „kompliziert“ (ebd.) darstellt, sowie Mario Kessler. Insgesamt sind Männer deutlich in der Überzahl.

Die Herausgeber sind der Auffassung, dass „der historische Marx“ im Zentrum der Aufmerksamkeit zu stehen habe, ebenso wie der Marxismus „als ein historisches Thema aufzufassen“ (11) sei. Die „Historisierung von Biografie, Werk und Rezeption“ sei „längst im Gange“ (ebd.) und erst „nach dem Epochenjahr 1989“ (9) sei es möglich, den Marxismus in und durch entsprechende Debatten umfänglich zu begreifen. Grundlegend wichtig sei für diese Entwicklung gewesen, dass nunmehr die „verschlungene und verästelte Editions-, Rezeptions- und Wirkungsgeschichte“ des Marxschen Denkens in den Fokus des „wissenschaftlichen Interesses“ (11) rückte.

Der erste Buchabschnitt hat die in ihrer Anzahl ausufernden Biografien über Marx sowie die „historischen und spezifisch editorischen Fähnrisse [...]“ der MEGA zum Thema. So stellt z.B. Ulrich Pagel in seinem Kapitel über die bisherige Editions-geschichte der Deutschen Ideologie dar, dass „angestrengt ein einheitliches und geschlossenes Werk zu suggerieren“ versucht wurde, es sich aber eigentlich um ein nicht abgeschlossenes, sondern letztlich wohl „abgebrochenes Projekt“ (12) handelt.

Uwe Dathe und Matthias Steinbach leiten kritisch ein und kommentieren die

„Konzeption einer beabsichtigten Habilitationsschrift des Jenaer Historikers Alexander Cartellieri“, die sich der „materialistischen Geschichtsauffassung“ (13) von Marx und Engels widmen sollte. Die Schrift stammt aus dem Jahr 1898 und wird hier abgedruckt.

Eine Analyse der „zeitgenössischen und späteren innerkirchlichen“ Debatten zum „christlichen Sozialismus und d[em] Verhältnis zur Marxschen Theorie“ wird von Stefan Gerber durchgeführt; als Beispiel führt er den Pastor Wilhelm Hohoff (1848-1923) an. Mario Kessler porträtiert Arthur Rosenberg (13), den er bereits 2003 mit einer lesenswerten Biografie bedacht hat. Etwas überraschend wird Walter Eucken durch Uwe Dathke „als ein intensiver Analytiker Marxscher Überlegungen zu Staat und Wirtschaft vorgestellt“ (14).

Manfred Neuhaus geht in seinen Betrachtungen zur MEGA auf deren Geschichte und wichtige Entwicklungsphasen ein. Der „endgültige Durchbruch zur Akademisierung und Internationalisierung“ des Projekts konnte seiner Meinung nach erst im Zuge der Ereignisse des Jahres 1989 erfolgen. Die im Anschluss daran erfolgte Rekonstruktion des Vorhabens der MEGA war „ein komplizierter, schmerzhafter, aber auch ungemein befreiender Prozess“ (20) und bedeutete in seinen Augen neben dem Genannten auch „Entideologisierung, Entpolitisierung“ (ebd.), wobei allerdings aus kritischer Perspektive die Vorteile eines „entpolitisierten“ Marx durchaus nicht auf der Hand liegen. Der Prozess der Rekonstruktion nach der ‚Wende‘ umfasste auch die Reduktion der geplanten Bücheranzahl von 164 auf 114 sowie „die Erprobung innovativer Verfahren“ zur

digitalen Vernetzung der Forschungsarbeit mit „Satz und Drucktechnik“ (ebd.). Neuhaus schildert im Weiteren immer wieder wichtige Details der Arbeit an der MEGA. So war mit dem Anlauf zur zweiten MEGA in den 1960er und 1970er Jahren die Adaption der „textologischen Innovationen der modernen Goethe- und Brechtphilologie“ (21) verknüpft. Anstatt wie bisher „einen Text zu generieren, der dem Willen des Autors möglichst nahe kommt“, wurde fortan der Fokus darauf gelegt, „den Text in seiner Genesis vom frühesten Entwurf bis zur letzten Fassung zu dokumentieren“ (ebd.). Ein wichtiges Ergebnis der MEGA seit 1989 sei der Umstand, dass die als Marxsche Hauptwerke bezeichneten Texte *Deutsche Ideologie* und *Das Kapital* erstmals deutlich als „unabgeschlossene Auseinandersetzungen mit zeitgenössischen Forschungs- und Diskurszusammenhängen“ (23f.) wahrnehmbar sind, die man als LeserIn erst einmal „rekonstruieren“ (24) muss. Dies ist aus marxistischer Perspektive als ein produktives Vorgehen zu bewerten, aus dem bereits einige Debatten entstanden sind. Es kann den Worten Neuhaus' gefolgt werden, wenn er behauptet, nur mit der MEGA erhalte man „einen authentischen Marx und einen authentischen Engels“ (28).

Regina Roth betrachtet in ähnlicher Weise die Veröffentlichungsgeschichte des Kapital und erkennt im „fragmentarische[n] Charakter der [dem *Kapital* zugrundeliegenden] Manuskripte“ (63) und der damit verknüpften „Unfertigkeit und Ambivalenz“ (64) die „Chance“ (ebd.) einer fruchtbaren Auseinandersetzung mit Marx. Und zwar „nicht [als] eine[n] Säulenheiligen, eine[n]

Systembauer, sondern mit [ihm als] eine[n] kritischen Geist“ (ebd.).

Gerd Biegel beleuchtet in einem biografisch gefärbten Abriss das Zustandekommen der ersten „biographischen Skizze“ (65) über Marx, die von Engels auf Bitten von Wilhelm Bracke 1878 angefertigt wurde und im Braunschweiger Volks-Kalender erschien. Die Skizze Engels erfuhr durch das gewählte Medium seiner Veröffentlichung „eine schnelle Vermittlung mit populärer Strahlkraft“ (74), die den aktuellen Internetforen ähnele.

Michael Ploenus widmet sich dem „Marxsch[en] Werk“ im Lichte „seiner Biografien“ (75). Dabei sei „[d]ie Suche nach dem Menschen [...] vom Denker Marx und seiner kontroversen Rezeption schlechthin nicht zu trennen“ (79). Daraus folgt für den Autoren, dass die vorliegenden „Marx-Biografien einen interessanten Quellenkorpus“ bilden, der „direkt ins Zentrum der diffusen ideologischen und politischen“ Konflikte des vergangenen Jahrhunderts führe. Den Autor interessieren „die Intentionen“ sowie die eingenommenen „Blickwinkel der Biografien“ (ebd.).

In ihrem Vergleich der Darstellung des Lebens von Marx in Schulbüchern kommt Heike Christina Mätzing zu dem Schluss, dass wohl in England „lebensnähere Bilder“ (326) Verbreitung finden, während sich in Tschechien das Bild von einem Extrem ins andere gewandelt habe: Vor 1989 war Marx erst ein Held, danach der Antiheld und aktuell wird ein neutralisierter Marx „in den Kulissen der Strukturgeschichte“ (ebd.) zum Verschwinden gebracht. Genau dies sei auch in Deutschland der Fall (ebd.).

Nach diesem schlaglichtartigen Durchforsten des Sammelbandes lässt sich abschließend festhalten, dass selbst Marxologen aus diesem Band noch einiges an Wissen mitnehmen können und das bereits unüberschaubar gewordene Mosaik Marx (und Engels) mit weiteren Verästelungen bereichert wird.

Sebastian Klauke

Rosa Luxemburg und die Emanzipation junger Staaten

Ingo Schmidt (Hg), Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“. Die Aktualität von ökonomischer Theorie, Imperialismuserklärung und Klassenanalyse, VSA-Verlag, Hamburg, 165 S., 16,80 Euro

Der Sammelband, der sieben sehr unterschiedliche Beiträge enthält, wurde aus Anlass des vor 100 Jahren erschienenen Hauptwerks von Rosa Luxemburg herausgegeben. Er beleuchtet viele Facetten der Vorstellungen und Arbeiten von Rosa Luxemburg, die teilweise wenig bekannt sind. Vorgestellt wird eine marxistische Theoretikerin und praktische Revolutionärin, die überraschend modern ist, deren Analysen teilweise zutreffender oder doch klarer formuliert sind als die vieler ihrer Zeitgenossen.

Dies gilt für ein breites Spektrum von Themen. So wird im Beitrag Bellofiore deutlich, wie Luxemburg den ‚Fetischcharakter‘ der kapitalistischen Ökonomie glänzend auf den Punkt bringt, wenn sie formuliert: Die Gesellschaft wird „zu einer uns fremden, entäußerten, von uns unabhängigen Erscheinung

(...), deren Gesetze wir ebenso ergründen müssen, wie wir die Erscheinungen der äußeren Natur untersuchen, wie wir die Gesetze zu ergründen suchen, die das Leben des Pflanzenreichs und des Tierreichs, die Veränderungen in der Erdrinde und die Bewegungen der Himmelskörper beherrschen.“ (40) Das passt genau auf jene Hervorbringungen der modernen Wirtschaftswissenschaften, die uns z.B. die Finanzmärkte als Naturgewalt präsentieren, an deren Anforderungen man sich – bei Strafe wirtschaftlicher Katastrophen – anzupassen habe. Das Zitat stammt allerdings nicht aus der „Akkumulation des Kapitals“ sondern aus der „Einführung in die Nationalökonomie“.

Ein weiterer Aspekt hängt mit der von Luxemburg entwickelten ökonomischen Zusammenbruchstheorie zusammen (dazu mehr weiter unten), zu der, wie Bellofiore meint, ihre Organisationstheorie und politische Praxis eigentlich nicht passe: Tatsächlich gehe Luxemburg keineswegs davon aus, dass der (als sicher angenommene) Zusammenbruch des Kapitalismus notwendig zum Sozialismus führen müsse: „Nicht als ein gesichertes Ergebnis oder Schlusspunkt in der Geschichte, sondern als die einzige Möglichkeit, der ‚Barbarei‘ zu entkommen...“ (48) Daher ist ihr eine politische Haltung fremd, die nach dem Motto ‚Die Zeit arbeitet für den Kommunismus‘ auf den historischen Automatismus vertraut.

Dies kann auch anhand ihrer Organisationstheorie gezeigt werden, die sich in vielen Punkten als realistischer herausgestellt hat als viele ihrer Kritiker damals vermuteten. Luxemburg setzte nicht auf reine Spontaneität, wie ihr teilweise vorgeworfen

worden ist; sie war sich aber, stärker als z.B. Lenin, der Gefahren bewusst, die die Existenz einer von den Massen losgelösten Avantgardepartei mit sich bringt. In ihrem Konzept versucht sie, zwischen den bewusstseinsbildenden Momenten der ökonomischen Kämpfe und der politischen Rolle einer von ihr keineswegs abgelehnten Avantgardepartei zu vermitteln (50).

Eine Überinterpretation der Luxemburg'schen Position stellt m.E. der Beitrag von Dörre über das „Landnahmtheorem“ (83) dar. Rosa Luxemburg war der Überzeugung, dass der Kapitalismus nur existieren kann, indem er sich schrittweise nicht-kapitalistische Produktionsweisen einverleibt. Dies begründete sie – sich stützend auf die Marx'schen Reproduktionsschemata im zweiten Band des ‚Kapital‘ – mit dem der kapitalistischen Produktionsweise angeblich immanenten Nachfrage-mangel. Nur weil Dörre von Luxemburgs sehr präziser Begründung abstrahiert, kann er sie für eine Position vereinnahmen, die den Kapitalismus als „fortwährende Okkupation eines nicht-kapitalistischen Anderen“ beschreibt (83) – wobei nun so ziemlich alles, was nicht unmittelbar und direkt der kapitalistischen Verwertung unterworfen ist, als „Anderes“ gilt: Von der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft bis zur weiblichen Sexualität. Indem er das Wort „Landnahme (als) Metapher für die expansive Dynamik des Kapitalismus“ nimmt (83) – obwohl diese Dynamik im Begriff der kapitalistischen Produktionsweise selbst bereits fest eingeschrieben ist – kann er sämtliche Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung mit dem Label „Landnahme“ versehen. Das

hat nun mit Luxemburgs Ableitung nichts mehr zu tun.

Ein für die Analyse der Gegenwart weitaus wichtigerer Aspekt betrifft Luxemburgs spezielle Fassung von Imperialismus und das Verhältnis zu den Problemen und Möglichkeiten unterentwickelter, kolonialer Länder. Die Beiträge von Löwy und van der Linden widmen sich diesem hochaktuellen Thema. Dass der Imperialismus auch mit der Durchdringung nicht-kapitalistischer Gesellschaften verbunden ist, haben auch andere ‚klassische‘ Imperialismustheoretiker wie Hilferding, Lenin oder Bucharin gesehen. Sie haben sich allerdings vor allem mit den Rückwirkungen der kolonialen Expansion auf die Hauptländer des Kapitals beschäftigt. Das tut Luxemburg auch – darüber hinaus aber untersucht sie teilweise sehr detailliert die widersprüchlichen Auswirkungen für die Kolonialländer. Dabei schildert sie sowohl die dort angerichteten Verheerungen als auch die ausgelösten Entwicklungsprozesse. Indem sie zeigt, dass die ausgebeuteten Länder unter bestimmten Bedingungen zu kapitalistischen Konkurrenten der Ausbeuterstaaten werden, sich von diesen also (unter kapitalistischen Vorzeichen) emanzipieren können, ist sie weit-sichtiger als viele Dependenztheoretiker, die eine solche Entwicklung für unmöglich hielten.

Schließlich ist auch Luxemburgs Position zum nationalen Selbstbestimmungsrecht überraschend modern, wobei sie hier näher bei Marx und Engels als bei Lenin ist. Ingo Schmidt weist in seinem Schlussbeitrag darauf hin, dass sich Luxemburg im Kontext des von Woodrow Wilson

verkündeten „Selbstbestimmungsrechts der Nationen“ vor dem damit ihrer Ansicht nach notwendig verbundenen Nationalismus fürchtete (147). Betrachtet man die blutigen Ereignisse nach der Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens, die absurde Sortierung der Bevölkerung nach Religion und ‚Volkszugehörigkeit‘ im Irak und anderswo so wird deutlich, wie realistisch sie die Gefahren dieser Art nationaler ‚Selbstbestimmung‘ erkannt hat: Jede zur ‚Selbstbestimmung‘ gelangende ‚Nation‘ (und sei sie noch so klein) sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, alle dieser Nation nicht angehörenden Minderheiten auf ihrem Territorium nun ihrerseits zu unterdrücken.

Trotz der vielen interessanten und anregenden Analysen einzelner Aspekte von Luxemburgs Arbeiten hat der Band aber entscheidende Schwächen. Denn obwohl behauptet wird, es ginge hier um Luxemburgs Hauptwerk, gibt es keinen Beitrag, der sich systematisch mit der „Akkumulation des Kapitals“ auseinandersetzt. Man pickt sich hier und da passende Gedanken heraus, ohne sich mit dem Buch als geschlossenem theoretischen Werk – das es nun mal ist – auseinanderzusetzen. Warum die Autoren des Sammelbandes – einschließlich seines Herausgebers – sich um diese Arbeit drücken, kann nur vermutet werden: Möglicherweise wollte man eine (vielleicht ja – horribile dictu – kritische) Bewertung jener Teile vermeiden, die von vielen ihrer Kritiker als Fehler oder Schwäche im Umgang mit Marx bezeichnet wurden. Die dem „partei-offiziellen Marxismus“ (in mehreren Beiträgen kommt diese abwertende Leerformel vor) vorgeworfene Heiligenvereh-

rung von Klassikern feiert nun in Bezug auf Rosa Luxemburg fröhliche Urständ. Kaum einer der versammelten Autoren (übrigens alles Männer) versäumt es, auf die Kritik an Luxemburgs Reproduktionstheorie hinzuweisen; manche halten sie für berechtigt, manche nicht, sind sich aber weitgehend einig in der Ablehnung ihrer Position: dass der Kapitalismus an Nachfragemangel zugrunde gehen müsse wenn er erstmal sämtliche nicht-kapitalistische Produktionsweisen aufgesaugt habe. Le Blanc beschränkt sich darauf hinzuweisen: „Wie wir sehen können, enthält Luxemburgs Analyse des kapitalistischen Akkumulationsprozesses eine komplizierte (für einige eine zu komplizierte) Kritik des zweiten Bands von Marx' Kapital.“ (64) Tatsächlich ist ein Großteil von Luxemburgs Hauptwerk der Auseinandersetzung mit Marxens im zweiten Band des ‚Kapital‘ enthaltenen Reproduktionsschemata gewidmet, einer oft unterschätzten und als marginal betrachteten Analyse der Gleichgewichtsbedingungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, der – immerhin weist Schmidt in seinem Einleitungsbeitrag darauf hin – Elemente der modernen Wachstumstheorie vorwegnimmt. Luxemburg meint, dass die Marxsche Darstellung fälschlicherweise von der Notwendigkeit einer von außerhalb des Systems stammenden Endnachfrage abstrahiere. Viele ihrer Kritiker waren der Ansicht, dass sie den methodischen Stellenwert der Reproduktionsschemata übersehen habe – m. E. hat das am klarsten Eduard März in seiner Einleitung eines 1975 von Verlag Neue Kritik herausgegebenen

Nachdrucks der ‚Akkumulation‘ formuliert¹: „Heute,... sind wir in der Lage zu erkennen, an welchen Schwierigkeiten die große Rosa gescheitert ist. Beim Marxschen Schema der Reproduktion (...) haben wir es mit einer Identität zu tun. (Genauso wie es sich bei den berühmten Gleichungen aus der ‚General Theory‘ von John Maynard Keynes um Identitäten handelt.) Aus Identitäten lassen sich aber bekanntlich keine Kausalzusammenhänge ableiten.“ Das kann hier nicht diskutiert werden – ein Buch aber, das dem Luxemburg'schen Hauptwerk gewidmet ist, hätte sich diese Auseinandersetzung nicht sparen dürfen; sie betrifft das Herzstück des Werks. Das wäre im Übrigen auch eine echte Weiterentwicklung gewesen und man hätte so den Luxemburgschen Irrtum als Beitrag zum Wissensfortschritt geehrt. Die Reproduktionsschemata waren eine für Marx' Zeit absolut innovative Darstellungsweise, auch wenn es Kritiker gibt, die meinen, dass Marx (und Engels als Bearbeiter) wegen nicht ausreichender mathematischer Kenntnisse den Ansatz nicht voll beherrscht haben. Das gilt in diesem Punkt möglicherweise auch für Rosa Luxemburg, wobei ihre Auseinandersetzung mit der Marx'schen Darstellung auch wichtige innovative Elemente beinhaltet. Rosa Luxemburg war eben auch eine wichtige marxistische Theoretikerin – eine Eigenschaft, die in dem Sammelband etwas untergeht.

¹ Eines der inkriminierten „kommunistischen Regime“ (157) veröffentlichte schon ab 1972 „Rosa Luxemburgs Gesammelte Werke“ (Dietz Verlag Berlin), aus denen die Autoren des Sammelbandes natürlich zitieren.

Die Tatsache, dass die Autoren eine Auseinandersetzung mit diesem grundlegenden Teil der ‚Akkumulation‘ gescheut haben, ist allerdings nicht die einzige Schwäche der Veröffentlichung. Eine andere, bedauerliche Lücke betrifft die Auseinandersetzung mit Luxemburgs Entwicklungstheorie. Es wird zwar – wie oben gezeigt – deutlich gemacht, dass Luxemburg sich sehr intensiv mit vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen auseinandergesetzt hat. Dabei ist van der Linden zuzustimmen, dass Luxemburg nicht, wie Paul Le Blanc (67) behauptet, „die weltweite Koexistenz von verschiedenen Kulturen, verschiedenen Gesellschaftsformationen und verschiedenen Produktionsweisen ...“ annahm. Sie ging im Gegenteil davon aus, dass der Kapitalismus diese in historisch kurzer Zeit beseitigen würde: „Luxemburg nahm an, dass die Einverleibung der noch-nicht-kapitalistischen Schichten und Gesellschaften zur totalen Vernichtung der alten sozial-ökonomischen Strukturen führen würde. Tatsächlich können nicht-kapitalistische Verhältnisse aber als hybride Bestandteile des Kapitalismus weiter bestehen ...“ (135). Leider wird von den Autoren das Potential von Luxemburgs ‚Akkumulation‘ zur Erklärung des gegenwärtigen Aufstiegs der Peripherie nicht ausgeschöpft. So folgt Ingo Schmidt in seinem Schlussbeitrag offensichtlich dependenztheoretischen Erklärungsmustern, wenn er eine angebliches „Ende der Entwicklungsstaaten“ und eine „Proletarisierung der Peripherien“ konstatiert, die „in maßgeblich von westlichen Konzernen kontrollierte Produktions- und

Vertriebsnetzwerke“ eingegliedert würden. Einige dieser Staaten sind aber heftig dabei, sich von dieser untergeordneten Rolle zu befreien. Heute ein „Ende der Entwicklungsstaaten“ (Schmidt, 159) zu deklarieren, erscheint völlig abwegig. Der aktuell zu beobachtende „Aufstieg des Südens“ ist – wie z.B. die Entwicklungsorganisation der UN in ihrem jüngsten Bericht über die menschliche Entwicklung herausarbeitet – ganz entscheidend dem „proaktiven Entwicklungsstaat“² zu verdanken, also der Tatsache, dass die großen Schwellen- und Entwicklungsländer die „Wendung zum Neoliberalismus“ (Schmidt, 160) nicht mitgemacht haben. Schmidts widersprüchlicher Umgang mit dem entwicklungspolitischen Diskurs Luxemburgs zeigt auch seine Behauptung, dass „die neoliberale Akkumulation in diesem Jahrzehnt (die 1990er Jahre, J.G.) zu erheblichen Teilen mit der Expansion des Kapitals in die vormals staatssozialistischen Länder Osteuropas und Asiens erklärt“ werden könne (31). Ganz davon abgesehen, dass es schwer fällt, das China der 1990er Jahre als „staatssozialistisch“ zu verstehen (tatsächlich qualifiziert Schmidt China weiter unten als „Zentrum der kapitalistischen Transformation“ (161)), so wird bei ihm nicht klar, wieso sich diese Rolle schon in der ab 2001 einsetzenden Periode „äußerst labiler Akkumulation“ in ihr Gegenteil verkehrt haben soll, so dass „China, Indien und Brasilien“

² UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2013. Der Aufstieg des Südens: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt, Berlin 2013, S. 77

heute angeblich die „Tendenz zur globalen Überproduktion“ verschärfen (32). Dass einige der ehemals peripheren Länder dabei sind, sich unter kapitalistischen Vorzeichen von der Dominanz des Imperialismus zu befreien, passt nicht in dieses Betrachtungsschema – wohl aber in das von Rosa Luxemburg, die formulierte: „Diese (,die äußeren Anleihen’) sind unentbehrlich zur Emanzipation der aufstrebenden kapitalistischen Staaten und zugleich das sicherste Mittel für alte kapitalistische Staaten, die jungen zu bevormunden Sie sind das hervorragendste Mittel, dem akkumulierten Kapital alter Länder neue Anlagensphären zu eröffnen und zugleich jenen Ländern neue Konkurrenten zu schaffen, den Spielraum der Kapitalakkumulation im ganzen zu erweitern und ihn gleichzeitig einzuengen.“³ Rosa Luxemburg wiederholt im Kontext der kapitalistischen Durchdringung der kolonialen Länder so oft die Formulierung von der „Emanzipation der jungen kapitalistischen Staaten“, dass es verwundert, wie dieser wichtige und hochaktuelle Aspekt übersehen werden konnte. Luxemburg hatte schon früh erkannt, dass die kapitalistische Expansion sich rasch gegen die Hauptländer richten könnte, und dass eine Emanzipation junger kapitalistischer Länder möglich ist.

Indem die zentralen Aussagen von Luxemburgs Hauptwerk nicht oder nur unzureichend diskutiert und ausgeschöpft werden, wurde eine große Chance zur Weiterentwicklung von Luxemburgs Gedanken vergeben. Trotzdem ist der vorliegende Sam-

melband lesenswert – denn er ist eine der wenigen Veröffentlichungen, die wenigstens versuchen, auf die aktuelle Bedeutung und den nach wie vor innovativen Gehalt der Luxemburgschen Analysen aufmerksam zu machen. Etwas Besseres gibt es wohl nicht zu diesem Thema.

Jörg Goldberg

Flugstunden mit der italienischen KP

Lucio Magri, The Tailor of Ulm. Communism in the Twentieth Century, Verso, London/New York 2011, 434 S., 59,95 US-Dollar

Das Leben des im November 2011 verstorbenen italienischen Journalisten und Politikers Lucio Magri wäre an und für sich ein (sofern in autobiographische Form gegossen) hinreichend interessantes Buch, dessen Lektüre sich lohnen würde, da sich an Magris Lebenslauf exemplarisch Entwicklungslinien eines Teils der italienischen Linken nach dem Zweiten Weltkrieg ablesen lassen: ursprünglich aus der Jugendorganisation der Christdemokraten kommend und seit Mitte der 1950er Jahre Mitglied des PCI (Partito Comunista Italiano), der – seit der brutalen Zerschlagung der KP Indonesiens – bedeutendsten und größten kommunistischen Partei in einem kapitalistischen Land, Mitbegründer und langjähriger Redakteur der neulinken Zeitung „Il Manifesto“, wofür er ebenso wie Rossana Rossanda aus der Partei ausgeschlossen wurde, in die er jedoch nach dem kläglichen Scheitern der Konzeption des „historischen Kompromisses“ zwischen Kommu-

³ Rosa Luxemburg., Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S. 367.

nisten und Christdemokraten wieder zurückkehrte, als die von ihm geführte kleinere „Partei der proletarischen Einheit“ mit dem PCI fusionierte, nur um letzteren nach dessen faktischer Selbstaflösung oder Mutation zu einer sozialdemokratisch ausgerichteten Formation Anfang der 1990er den Rücken zu kehren und am Beginn des Aufbaus der *Rifondazione Comunista* mitzuwirken. Magri wählt in dem hier zu besprechenden Buch jedoch einen anderen Ansatz. Zwar erweckt der Untertitel der sehr gut von Patrick Camille besorgten und flüssig lesbaren englischsprachigen Übersetzung den Eindruck, dass es sich bei Magris Text um eine Weltgeschichte des Kommunismus im vergangenen Jahrhundert handele. Das 2009 im Original erschienene Buch, dessen Untertitel („*Il sarto di Ulm. Una possibile storia del PCI*“) allerdings verrät, dass es um *eine mögliche* Geschichte der italienischen KP geht, ist bescheidener – und ambitionierter zugleich.

Die privilegierte Stellung eines aktiv in die im Verlaufe des Buchs beschriebenen und zu einem Großteil durchaus treffend analysierten politischen Auseinandersetzungen Eingebundenen nutzend, weiß Magri um die begrenzte (allerdings deswegen nicht minder wertvolle) Sicht der Memoiren. Vielmehr ergänzt er mit seinen eigenen Erinnerungen in sinnvoller Weise die Verlautbarungen anderer zur Parteigeschichte und rückt die Entwicklung des italienischen Kommunismus in eine aus seiner Sicht richtige Perspektive. Das Buch trägt daher eher den Charakter eines Essays als einer Geschichtsdarstellung. Vorkenntnisse in der Ge-

schichte der italienischen Linken sind deshalb bei der Lektüre von Vorteil, lassen sich für deutschsprachige Leser aber hervorragend z.B. mit Hilfe der Publikationen Gerhard Feldbauers erwerben. Insbesondere die nicht-italienischen Lesern wohl oft eher unbekannt Namen vieler KP-Funktionäre und anderer italienischer Politiker könnten Verwirrung stiften. Hilfreich sind hier die oft mit biographischen Informationen gefüllten Fußnoten, die jedoch leider bei einigen erklärungsbedürftigen Namen ausbleiben.

Der Autor konzentriert sich, nach einer geboten kurzen Überblicksdarstellung der Genese des kommunistischen Teils der internationalen Arbeiterbewegung allgemein und eines Abrisses zum spezifischen, durch Antonio Gramsci bestimmten, theoretischen und historischen Hintergrund des Marxismus in Italien, auf die Entwicklung seit der Wandlung von der Kommunistischen Partei Italiens (PCdI) zur Italienischen Kommunistischen Partei (PCI): eine im Zuge der antifaschistischen Resistenza und der Auflösung der Kommunistischen Internationalen 1943 durch Palmiro Togliatti angestoßene Betonung der nationalen Unabhängigkeit, deren Emphase sich vor allem in der deutschsprachigen Übersetzung anhand der Stellung des Adjektivs „italienisch“ veranschaulichen lässt. Dementsprechend entfaltet Magri seine Schilderungen vor dem Hintergrund zweier widerstreitender, von ihm gleichermaßen als dominant wahrgenommener Thesen zum Charakter des PCI. Diese wären: 1.) die von Teilen der Linken vertretene Auffassung, dass der PCI

nach dem Zweiten Weltkrieg lediglich eine sozialdemokratische Reformpartei gewesen sei, deren Ende letztendlich aus der Konsequenz dieses Wesens entsprungen sei, und 2.) der vor allem von rechts vorgebrachte (und in der Politikansprache eines Silvio Berlusconi bis heute eine wichtige Rolle spielende) Vorwurf, wonach die italienischen Kommunisten letztlich verhinderte Insurrektionisten im Dienste der Sowjetunion gewesen seien. Es sei an dieser Stelle vorweggenommen, dass Magri beide Thesen inhaltsreich verwirft, jedoch auch kein kohärentes eigenes Ergebnis vorlegt. Auch anderen Legenden, wie zum Beispiel dem Mythos von der angeblichen Verfälschung des Werks Gramscis durch Togliatti, tritt Magri, der aus biographischen Gründen der „Linientreue“ gegenüber dem alten PCI verhältnismäßig unverdächtig ist, entgegen. In der Tat kommt der PCI, der nicht nur als eine in der italienischen Gesellschaft in faszinierender Weise als „normal“ akzeptierte politische und kulturelle Institution, sondern auch als eine – insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit – zum Teil verfolgte und in der Ausübung ihrer Rechte behinderte Massenpartei gezeichnet wird, in Magris Urteil erstaunlich gut weg. Die Ursachen für Fehlentwicklungen werden zumeist in objektiven Umständen, wie beispielsweise den Vorgaben des KomInform in den frühen 1950er Jahren, gesucht. Trotz ihres genuinen Wirkens in Italien wird der Zusammenhang mit der Geschichte der Sowjetunion – anders als es viele Führer des rechten Flügels des PCI vor allem in der Endphase der Parteigeschichte darzustel-

len versuchten – von Magri klar unterstrichen. Materialistischen Ansprüchen genügend lässt Magri auch Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Italiens breiten Raum, die die geschichtliche Entwicklung der Partei so besser verständlich machen.

Eine abschließende befriedigende Antwort, die darüber Auskunft geben könnte, warum nicht nur der PCI, sondern vor kurzem faktisch auch Rifondazione Comunista verschwunden ist, oder anders ausgedrückt: warum der Ulmer Schneider, der leitmotivartig den Titels des Buches bestimmt, abgestürzt ist, bleibt Magri in seinem Buch freilich schuldig. Dass der ehemalige rechte Flügel der Rifondazione um Nichi Vendola sich nun als Teil der Partei SEL (Sinistra Ecologia Libertà) abermals auf dem Weg in Richtung Sozialdemokratie befindet deutet auf ein tieferliegendes Problem hin. „Dritte Wege“ in Italien scheinen tatsächlich eine Durchgangsphase zur Sozialdemokratie zu sein.¹ Für die Frage bezüglich einer etwaigen Beteiligung von Linksparteien an bürgerlichen Regierungen, die sich in Deutschland scheinbar regelmäßig stellt, aber beispielsweise auch die derzeitige Situation in Griechenland betrifft, ist Magris Kritik an Enrico Berlinguers theoretischer Konzeption des bereits erwähnten „historischen Kompromisses“ sowie der Darlegung des

¹ Vgl. Georg Fülberth, Die europäische Sozialdemokratie: Geschichte eines Zerfallsprozesses?, in: Marcel van der Linden/Christoph Lieber (Hrsg.), Kontroversen über den Zustand der Welt. Weltmarkt – Arbeitsformen – Hegemoniezyklen, Hamburg 2007, S. 199-208, hier S. 206.

Scheiterns der Umsetzung sehr instruktiv. Besonders die von Magri vorgenommene Teilung des Wirkens Berlinguers als KP-Führer in zwei Phasen verdient Beachtung. Der „erste“ Berlinguer (1972-1980) ist hierbei der staatstragende Protagonist einer Verständigung mit den Christdemokraten. Der „zweite“, dessen Wirkungsspanne die Zeit bis zu seinem Tod 1984 markiert, wird hingegen durch folgende Parameter bestimmt: die Rückbesinnung auf den Klassenkampf (illustriert beispielsweise durch strikte Parteinahme für die FIAT-Arbeiter im Rahmen der dortigen Auseinandersetzungen); die Frage der Moral in der Politik (die mehr war als ein bloßes idealistisches Moralisieren, sondern eine progressive Kritik an der um sich greifenden Korruption); das Bemühen um ein weiteres Absetzen von den Staaten des Warschauer Vertrages. Die Widersprüchlichkeit dieses Ansatzes, der eine innenpolitische Besinnung auf klassische linke Positionen mit einer außenpolitischen Bindung an den Westen zu vereinen suchte, zeigt das Dilemma einer Partei, der Berlinguer als „Zentrist“ Vorstand und deren Flügel sich in Zentrifugalkräfte verwandelt hatten.

Während der bestenfalls noch als sozialliberal zu kennzeichnende Partito Democratico (PD), der über Umwege aus der alten PCI kommt, zweifelsohne die Hypothek des „ersten Berlinguer“ für sich reklamieren kann und dies auch tut, wurde der „zweite“, zumindest was die Betonung des Klassenantagonismus angeht, zum Vorbild der Rifondazione und der sich 1998 von ihr abgespaltenen PdCI (Partito dei Comunisti

Italiani). So wird klar, wieso sich alle Derivate des alten PCI auf dieselbe zeitgeschichtliche Person als Leitfigur berufen, aber zum Teil gegensätzliche Konzeptionen mit ihr verbinden. Berlinguers Ausspruch, wonach der PCI eine Partei sei, die sowohl „konservativ“ als auch „revolutionär“² zu sein habe, war sein rhetorisch unglücklicher Versuch, sich zumindest zwei Aspekten des dialektischen Begriffs der „Aufhebung“ zu nähern. Übrig geblieben ist hiervon heute bei einem Großteil seiner vermeintlichen Erben allein die Bedeutungsebene, wonach die Verwaltung der kapitalistischen Gesellschaft am besten bei der PD aufgehoben sei. Magri hielt demgegenüber auch Jahrzehnte nach den beschriebenen Ereignissen die Existenz einer selbstständigen KP für notwendig, was auch sein im Anhang des Buchs in einem langen Auszug abgedruckter Aufsatz über kommunistische Identität zeigt, der ursprünglich aus dem Jahr 1987 stammt und Teil des Selbstverständnisses derjenigen wurde, die sich gegen die faktische Selbstauflösung ihrer Partei stellten. Dass er und seine Mitsreiter in dieser Frage nicht alleine waren, zeigt Magri anhand von Zahlen, die den Rückgang des Wählerzuspruchs und sinkende Mitgliederzahlen im Endstadium der Parteigeschichte verdeutlichen. Ein Großteil der ehemaligen PCI-Mitglieder hat sich jedoch offensichtlich komplett von der aktiven Politik abgewandt.

Am Ende bleiben der Trotz und der durchaus nicht zu Unrecht empfundene

² Vgl. Leo Kofler, *Der Konservatismus. Zwischen Dekadenz und Reaktion*, Hamburg 1984, S. 50.

Stolz von Akteuren wie Magri, „dabei gewesen“ zu sein, die Trauer und die Wut über das Ende der Existenz des PCI und die Ungewissheit, wie mit dem sich daraus ergebenden Dilemma umzugehen ist. Dem Ulmer Schneider war, zumindest in seiner von Bertolt Brecht als Gedicht erschaffenen Form, – trotz seines Scheiterns – die Klarheit gegeben, dass soziale Verhältnisse historisch und als solche gestaltbar und letztendlich überwindbar sind und überwunden werden müssen. Dem Schneider namens PCI und mit ihm bedeutenden Teilen der italienischen Linken scheint diese Erkenntnis verloren gegangen zu sein. Ein Buch, welches sich einer Erklärung des Scheiterns nähert, müsste unter anderem den Widerspruch zwischen einer imposanten und wirkungsmächtigen kommunistischen Kommunal- und Regionalpolitik, die bei Magri kaum vorkommt, und dem Fehlen der Perspektive einer grundlegenden Veränderung berücksichtigen. Der „Tailor of Ulm“ ist dieses Buch noch nicht, aber eine sehr lesenswerte Etappe auf dem Weg dorthin. Schade, dass noch keine deutsche Übersetzung vorliegt.

Phillip Becher

Politische Bildung

Harald Werner, Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen. Dialektik und Didaktik der politischen Bildung, PapyRossa, Köln 2013, 189 Seiten, 12,90 Euro

Vorweg: Der Weg von den Gedanken in die Köpfe, wie er in dem Buch von Harald Werner beschrieben wird, vollzieht sich insbesondere durch die Aneignung von Inhalten der gewerk-

schaftlichen und politischen Bildungsveranstaltungen. Dabei wird auch berücksichtigt, dass ja die TeilnehmerInnen derartiger Veranstaltungen immer schon mit vielfältigen Gedanken im Kopf erscheinen, geprägt von ihren beruflichen, politischen und privaten Erfahrungen – vielleicht noch nicht genug, aber das ist sicher auch sehr schwer zu erfassen.

Wenige Monate, nachdem das Buch mit dem prägnanten Titel „Belehre mich nicht – lass mich lernen“ (Tübingen, DGVT-Verlag 2013) von Harald Werner und mir erschienen ist, legt der Autor jetzt sein neues Buch mit dem Titel „Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen“ vor. Man merkt es dem Text allerdings auch an, dass er nicht nur schnell verfasst, sondern offenbar auch in Eile lektoriert wurde. So etwa, wenn in der Einleitung auf Kapitel verwiesen wird, die es leider gar nicht gibt.

Der Band enthält vor allem eine Fülle nützlicher Hinweise für Lehrende als auch für Lernende, die konsequent im Sinne der Kritischen Psychologie als Subjekte betrachtet werden. Also nicht als Objekte der Belehrung! Man spürt, dass der Autor selbst kein Stubenhocker ist, vielmehr aus langjähriger vielfältiger Erfahrung schöpft und nicht beabsichtigt hat, eine theoretische Belehrung zu verfassen. Bis ins kleinste Detail (Kap. 4.2) der Kartenarbeit werden die methodischen Vor- und Nachteile in der Bildungsarbeit erörtert. „Alles schön bunt hier“ (Kap. 4) macht die Kritik konkret, „fremdbestimmte Selbstbestimmung“ mit bunten Karten und Bildern wird als Methode einer interessen geleiteten Belehrung identifiziert.

Das Kapitel „Lernen im Internet“ (Kap. 4.7) dürfte für viele in der Bildungsarbeit Tätige eine Einführung in ein Neuland bedeuten, das wiederum vom Autor bereits in einem Pilotprojekt erprobt wurde und im Buch mit seinen Vor- und Nachteilen beschrieben wird. Schließlich wird das „Lehren lernen“ (Kap. 5) dem aufklärerischen Charakter des Buches in besonderer Weise gerecht.

Hier wird gezeigt, wie „Coaches, Trainer und Weiterbildungsmanager“ um der Karriere ihrer künftigen Klientel nicht nur mit fremdbestimmtem Lernen hergerichtet werden, sondern auch mit den entsprechenden Methoden. Dagegen wird das „Vorbereitet sein“ (Kap. 5.3) in emanzipatorischen Zusammenhängen als wesentlich aufwendiger dargestellt.

Eingangs stellt sich der Text allerdings sehr viel theoretischer dar. Prinzipien der Dialektik: „Einheit und Kampf der Gegensätze“, „Negation der Negation“ und „Umschlag quantitative Veränderungen in eine neue Qualität“ werden wie aus einem Lehrbuch referiert. Anders und leichter lesbar ist die Erklärungen der Entwicklung der Kritischen Psychologie zu einer Subjektwissenschaft. Aus ihr folgt, dass sowohl in der Forschung als auch in praktischen Arbeitszusammenhängen die Subjektorientierung zum Ausgangspunkt genommen wird. Dem wird der Autor in besonderer Weise gerecht.

Die Vielzahl konkret nützlicher Erkenntnisse für die praktische Bildungsarbeit, die oben bereits hervorgehoben wurde, verdankt sich der profunden praktischen Erfahrung des Autors. Sie steht allerdings etwas unvermittelt neben dem Titel des Bu-

ches und dem Versprechen, das damit angekündigt wird.

Im zentralen Kapitel 2.2., das schließlich dem Titel des Buches näher kommt, folgen die Erklärungen im Wesentlichen den von J. Bauer vor fünf Jahren spekulativ in die Welt gesetzten „Spiegelneuronen“, die aber, so es sie denn real geben sollte, die Frage des Kapitels und des zentralen Buchtitels nicht hinreichend beantworten können (56ff). Andererseits wird aber wiederum auf einer anderen Ebene deutlich beschrieben, über welche Vermittlungsformen und Widerspiegelungsprozesse „Gedanken in die Köpfe der Menschen“ gelangen.

Die von L. S. Galperin erforschten und ausführlich beschriebenen Etappen des Denkens und des ontogenetischen Aneignungsprozesses werden nur unzureichend von der Gestaltung von Lernprozessen in der Erwachsenenbildung unterschieden. Man muss Harald Werner sicher nicht unterstellen, dass er vergessen haben könnte, dass die Teilnehmer bereits denken können! (87f.)

Und an anderer Stelle erklärt er (155), dass das Spiel nicht nur ontogenetisch, sondern auch phylogenetisch als ursprüngliche Form des Lernens zu verstehen sei. Das widerspricht den bisherigen Forschungen zum Tier-Mensch-Übergangsfeld und auch der vom Marxismus mit dem historischen Materialismus hervorgehobenen Abfolge: Arbeit – Sprache – Denken. Dennoch ist die Aussage als eine These des Autors durchaus bedenkenswert.

Uneingeschränkte Bedeutung kommt hingegen dem Kap. 3 „Zur Dialektik von Lehren und Selbstlernen“ zu. Hier werden die verschiedenen von K. Holzkamp erarbeiteten Lernformen

erklärt, und es wird andererseits die immer wieder notwendige Kritik des Frontalunterrichts referiert. Eine originäre Leistung besteht in dem Bezug von Marx' Hinweisen zur Aneignung wissenschaftlicher Ergebnisse auf die politische Bildungsarbeit.

In einer Zeit, in der wir es, wie der Autor betont (30), mit einer eher rückläufigen gesellschaftlichen Bedeutung der Bildung zu tun haben, in der die Menschen zwar immer besser qualifiziert, aber immer weniger gebildet sind, kommt diesem Buch eine besondere Bedeutung zu.

Auch wenn sich der Autor das wahrscheinlich gewünscht hat, es ist keine leichte Lektüre daraus geworden. Nur wer bereit ist, sich der Mühe einer sehr intensiven Lektüre zu unterziehen, wird großen Gewinn aus ihr ziehen können.

Bernhard Wilhelmer

Europäische Wirklichkeit

Andreas Wehr, Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen, PapyRossa Verlag, Köln 2013, 12,90 Euro

2013 beschloss die Partei „Die Linke“ ihr Europawahlprogramm. Deren Vorsitzende teilte dazu mit, es sei lang darüber diskutiert worden, wie „zugespitzt“ die Kritik an der Europapolitik formuliert werden solle; mehrheitlich sei ein „Rückzug auf den Nationalstaat“ abgelehnt worden, auch sei nicht beabsichtigt, die AfD im Euro-Skeptizismus „zu überholen“. Man kann nur hoffen, dass diejenigen, die dann der stumpfen Kritik zur Mehrheit verholfen haben, dies nicht wegen der

Gefahr getan haben, anderenfalls die AfD einzuholen und zu überholen.

Die Linke hat nur dann eine Chance, wenn sie nach eingehender Analyse und Diskussion ihre eigene Position klar bestimmt; erst wenn dies geschehen ist, kann überlegt werden, ob um der besseren Realisierung willen möglicherweise Abstriche am Programm und Akzentverschiebungen in der Begründung vorgenommen werden sollen.

Ganz verfehlt ist es aber, eigene, als richtig erkannte Erkenntnisse und Positionierungen zu relativieren oder gar aufzugeben, weil sie übereinstimmen mit denen anderer Parteien oder gesellschaftlicher Kräfte, zu denen man ansonsten in grundsätzlicher Opposition sich befindet.

Das zeigt sich bei der Europapolitik besonders deutlich. Die Linke hat 360.000 Stimmen an die AfD verloren. Sehr wahrscheinlich ausschließlich wegen deren Europapolitik. Wenn nun herausgestellt wird, dass auch die Linke in der Beurteilung einzelner Fragen der Europapolitik der gleichen Meinung wie die AfD ist, so können nicht nur die Abgewanderten zurückgeholt werden, es kann auch die Grundsatzkritik an der AfD überzeugender formuliert werden; so kann gezeigt werden, dass man sich z.B. von einer SPD unterscheidet, die aufgrund eines fundamentalistischen, dogmatischen Feinddenkens Berührungsverbote zur Linken praktiziert und Anträge der Linken, die identisch sind mit den eigenen, allein deshalb ablehnt, weil sie von den Linken gestellt werden.

Wenn die AfD in den Wahlkampf zieht mit den Behauptungen, den

Griechen gehe es schlecht, die Deutschen zahlten und die Banken kassierten, so kann jeder Linke der ersten und der letzten Feststellung voll zustimmen, um dann aber um so überzeugender und glaubhafter die zweite Behauptung zu kritisieren und die Frage zu stellen, was die BRD gewinnt und verliert und welche Deutsche denn zahlen und welche profitieren.

Andreas Wehr gehört zu denjenigen Kritikern der Europäischen Union, die von keinen Berührungsneurosen geplagt werden und die unermüdlich ihre Kritik vortragen.

In seiner neuesten Publikation, einem schmalen, aber sehr informativen Band beschreibt und analysiert er die Argumente einiger prominenter Befürworter der EU. Als Befürworter hat er ausgewählt: Jeremy Rifkin, Jürgen Habermas, Ulrich Beck, Daniel Cohn-Bendit/Guy-Verhofstadt und Martin Schulz.

A.W. stellt zutreffend fest: „In der Europäischen Union eskalieren die Klassenkämpfe.“ Er gehört nicht zu den Linken, wie Lothar Peter, die nicht wissen, was sie mit dem Klassenbegriff anfangen sollen. Aber auch die von A.W. zitierten Befürworter einer Stärkung der Union wissen nichts von Klassen und sehen sich nicht als ideologische Klassenkämpfer von oben, sondern eher als die Vertreter einer demokratischen, sozialen Friedensunion.

A.W. zeigt sehr exakt an gut ausgewählten Selbstzeugnissen der Autoren auf, dass die Wirklichkeit anders aussieht und – bestenfalls – nur geträumt wird. Es wird von Wehr nicht erklärt, welche Kriterien seine Auto-

renauswahl bestimmt haben; eine sehr große Zahl von Wissenschaftlern und Publizisten haben sich positiv zum Projekt EU geäußert und so kann gefragt werden, warum z.B. keine Juristen oder Friedensforscher Objekte der kritischen Analyse Wehrs geworden sind. Es wurde wohl nach Prominenz und öffentlicher Wirksamkeit ausgewählt, um so der Kritik mehr Gewicht zu verschaffen.

Die Auseinandersetzung mit Rifkin, auf dessen Schrift „Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht“ Wehr sich im Titel seiner Polemik bezieht, ist eine glänzende, vernichtende Kritik. Wehr weist auf zahlreiche fehlerhafte Tatsachenbehauptungen, Fehleinschätzungen und Widersprüche hin. Das Ganze sei gespickt „mit Spekulationen, schlichten Glaubenssätzen und unzähligen Phrasen.“ Weshalb denn auch zahlreiche phrasendreschende Politiker gern aus dem Rifkinschen Buch zitieren.

Rifkin erträumt sich eine Europäische Union ohne kapitalistische Marktwirtschaft und ohne Nationalstaaten. Netzwerke sollen an die Stelle des Privateigentums treten und eine herrschaftsfreie Zivilgesellschaft soll den nationalen Staat ablösen; diese Rifkinsche Zivilgesellschaft hat mit der von Gramsci nichts zu tun, denn diese ist „erweiterter Staat“ und alles andere denn herrschaftsfrei; wie könnte denn auch eine auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Klassengesellschaft herrschaftsfrei sein? Wehr nimmt die Thesen und Träume Rifkins mit hochentwickelter kritischer Sezierkunst auseinander, und das intellektuelle Vergnügen, das diese bereitet, wird allenfalls durch

das Bedenken geschmälert, ob hier nicht vielleicht J.R. doch etwas zu viel Ehre und Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Die anderen EU-Befürworter träumen nicht, sondern stellen konkrete politische Forderungen auf und argumentieren mit angeblich handfesten Tatsachen, die aber von Wehr als zweckgerichtete Behauptungen und Propaganda kritisiert werden. So behauptet z. B. Martin Schulz – und findet damit vielfache Zustimmung – durch die immer engere Verbindung der Staaten seien in Europa Kriege verhindert worden und würden auch gegenwärtig durch die EU verhindert. Für J. Habermas hat sich die „zivilisierende Kraft“ der europäischen Einigung „vor allem in der Pazifizierung eines bluttriefenden Kontinents geäußert.“ Solchen Gründungsmythen hält Wehr entgegen: „Nicht Rom als Gründungsort der Europäischen Gemeinschaften, sondern Stalingrad markiert den Wendepunkt der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.“ Die beiden großen Siegermächte des zweiten Weltkriegs führten zwar einen kalten Krieg gegeneinander, verhinderten aber, dass in Europa ein heißer Krieg ausbrach. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR dauerte es denn auch nicht lange, bis in Europa – gegen Jugoslawien – wieder Krieg geführt wurde, völkerrechts- und verfassungswidrig. Deutschland – endlich! – wieder voll dabei: Genscher steckte die Lunte in Brand, J. Fischer blies aus vollen Backen, den Brand zu entzünden, und Scharping erfand seinen Hufeisenplan; dann zerstörten und töteten wieder deutsche Piloten. Das fand auch Habermas gut so.

Zurzeit rüstet die EU sich, eine eigenständige militärische Macht zu werden, um auch ohne die NATO weltweit ihre Interessen durchsetzen zu können, weitgehend unabhängig von den rechtlichen Schranken der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die demokratischen Defizite der EU werden vielfach beklagt, aber sie sind, wie Wehr ausführt, wesentlich für die gegenwärtige Verfasstheit der Union. Die EU ist die neoliberale Speerspitze im Kampf des Kapitals für den Abbau staatlicher Fürsorge und Vorsorge; sie ist gerichtet gegen staatliche Planung im Interesse der lohnabhängig Arbeitenden, die keine Verfügungsgewalt über Produktionsmittel besitzen.

Das Ziel der Stärkung der EU ist nicht die Bewahrung und Vertiefung der Demokratie und ist auch nicht der soziale Staat und die Gesellschaft der Gleichen; das Ziel ist, die Weltmachtstellung des europäischen Kapitals dauerhaft zu begründen und damit die Deutschlands, denn wie die Bundeskanzlerin feststellt: „Deutschland wird auf Dauer nur stark sein, wenn Europa stark ist.“

Wehr sieht nicht in der EU, sondern in den nationalen Staaten den „Raum politischer Kämpfe und Klassenausinandersetzungen.“ Auf diesen Raum seien die Kräfte, die für eine fortschrittliche Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse in den Mitgliedsländern eintreten, dringend angewiesen, „um ihre Forderungen operationalisieren, d.h. überhaupt durchsetzbar machen zu können.“

Peter Römer

Autorinnen und Autoren

Phillip Becher – Siegen, Sozialwissenschaftler

Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer – Oldenburg, Musik- und Kulturwissenschaftlerin, Hochschullehrerin

Kai Degenhardt – Hamburg, Musiker

Klaus Dräger – Köln, Autor

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler und Z-Redakteur

Prof. Dr. Werner Goldschmidt – Hamburg, Politikwissenschaftler, Z-Beirat

Sebastian Klauke – Kiel, Doktorand im Bereich politische Soziologie

Dr. habil. Kai Köhler – Berlin, Publizist und Literaturwissenschaftler

Dr. André Leisewitz – Frankfurt/M., Dipl. Biologe, Z-Redakteur

Ben Lewis – South-Wales (UK), Historiker und Kolumnist

Dr. Regine Meyer – Heidelberg, Sozialwissenschaftlerin/Public Health, langjährige Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Dr. Jürgen Reusch – Eppstein/Ts., Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Gerd Rienäcker – Berlin/Mühlenbeck, Musikwissenschaftler, ehem. Musikdramaturg, Hochschullehrer

Prof. Dr. Peter Römer – Kassel, Univ.-Prof. i.R., Verfassungsrechtler, Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Werner Röhr – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Frank Schneider – Berlin, Musikwissenschaftler, ehem. Künstlerischer Intendant des Konzerthauses Berlin und des Berliner Sinfonie-Orchesters

Prof. Dr. Martin Schraven – Bremen, Institut für Philosophie der Universität Bremen

Prof. Dr. Richard Sorg – Hamburg, Sozialwissenschaftler

Prof. Dr. Wolfgang Martin Stroh – Oldenburg, Musikwissenschaftler, Hochschullehrer

Prof. Dr. Friedrich Tomberg – Vehlefanz bei Berlin, Philosoph

Alan Ruben van Keeken – Siegen, Student der Musikwissenschaft, Z-Redakteur

Dr. Gerd Wiegel – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linksfraktion im Bundestag, Z-Redakteur

Prof. Dr. Bernhard Wilhelmer – Berlin, em. Hochschullehrer für Entwicklungspsychologie

Prof. Dr. Jörg Wollenberg – Bremen, em. Hochschullehrer für Weiterbildung

*Maria Backhouse,
Olaf Gerlach, Stefan Kalmring,
Andreas Nowak (Hrsg.)*

**Die globale Einhegung -
Krise, ursprüngliche Akkumulation
und Landnahmen im Kapitalismus**

2013 - 340 Seiten - € 29,90
ISBN: 978-3-89691-942-7

Mit Beiträgen von Elmar Altvater,
Joachim Bischoff, Klaus Dörre,
Reinhart Kößler, Birgit Mahnkopf,
Raul Zelik.



Roland Atzmüller, Joachim Becker, Ulrich Brand, Lukas Oberndorfer, Vanessa Redak, Thomas Sablowski (Hrsg.)

Fit für die Krise?

Perspektiven der Regulationstheorie

2013 - 399 Seiten - € 36,90
ISBN: 978-3-89691-925-0

Wie viele gesellschafts- und kapitalismuskritische Analysen erfährt auch die Regulationstheorie in der aktuellen Krise eine gewisse Renaissance. Vor diesem Hintergrund geht der Band der Frage nach, ob die von diesem Ansatz entwickelten Konzepte und Werkzeuge, die in der Krise des Fordismus erarbeitet wurden, geeignet sind, die gegenwärtige multiple Krise zu erklären und wo an andere Theorien und Diskussionen angeknüpft werden muss.



Eine Tageszeitung, die sich gegen Krieg und Ausbeutung positioniert?
Lernen Sie uns kennen!

**Sie lügen
 wie gedruckt.
 Wir drucken,
 wie sie lügen.**

**3 Wochen
 kostenlos
 testen**

- Das junge Welt-Testabo
- ist kostenlos, unverbindlich
- muß nicht abbestellt werden
- endet automatisch



**Jetzt bestellen unter: www.jungewelt.de/testabo
 Telefonisch unter 0 30/53 63 55 50**



Domenico Losurdo

Das 20. Jahrhundert begreifen

Dass die Oktoberrevolution zu den Grundübeln des 20. Jahrhunderts gehöre, gilt heute häufig als selbstverständlich. Doch ohne den Oktober 1917 wäre die Überwindung der drei großen Diskriminierungen – Einschränkung der politischen Rechte der Frauen und der Subalternen sowie Kolonialismus und Rassismus – kaum denkbar.

95 Seiten | € 8,00



Harald Werner

Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen

Dialektik und Didaktik der politischen Bildung: Linke Bildungsarbeit bewegt sich in ständigen Widersprüchen, so beim Verhältnis von Theorie und Praxis oder dem von Lehren und Lernen. Orientiert an Marxismus und Kritischer Psychologie bietet das Buch Grundlagen für die Entwicklung von Bildungsangeboten.

189 Seiten | € 12,90



Konrad Lotter/Reinhard Meiners/Elmar Treptow

Das Marx-Engels-Lexikon

Von Abstraktion bis Zirkulation

Für Anfänger wie für Kenner ein wertvolles Hilfsmittel für die Erschließung der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels. Rund 250 zentrale Begriffe werden in kurzen Einführungen erläutert, die wichtigsten Belegstellen aus den 42 Bänden sind im Wortlaut angeführt.

402 Seiten | € 19,90

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Postvertriebsstück D 2841 F

Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

„Theoretiker, die sich auf die autonome, abstrakte Entwicklung des musikalischen Materials berufen, haben etwas vergessen: daß Musik von Menschen für Menschen gemacht wird. Das geschieht nicht im luftleeren Raum. In den Klassenkämpfen entwickelt sich die Musik, denn die Klassenkämpfe sind die Quelle aller Produktivität. In der Musik sind sie verfeinerter und komplizierter, als es je ein Ideologe wahrhaben will. Es gibt keine autonome Entwicklung des musikalischen Materials an sich. Nur in dem widerspruchsvollen Verhältnis der Musik zur Gesellschaft entwickelt sich Musik.“

Hanns Eisler, Über die Dummheit in der Musik. Gespräch auf einer Probe (1958), in: ders., Materialien zu einer Dialektik der Musik, Leipzig 1973, S. 276f.

Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648